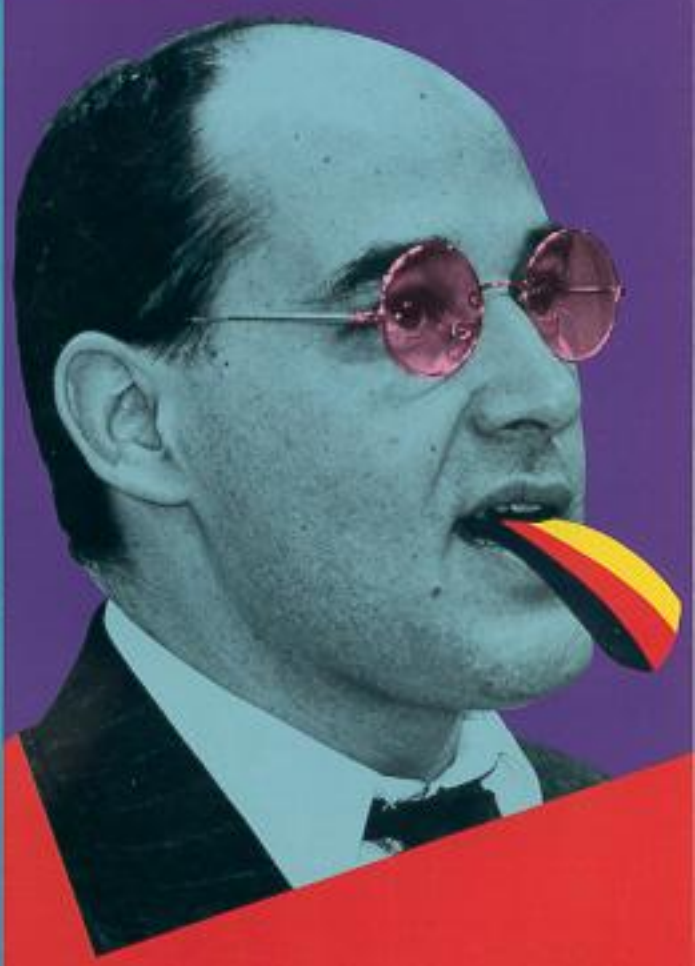
Heft 9 September 1990 6,80 DM

C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- KPD + SPD = SED - KPD = PDS
- Golfkrieg: German spoken
- Castro: Lauter letzte Tage?
- Im Jahr der Schweine: Interview mit Degenhardt
- Kronauer: Literatur und Staubmäntel
- Sedlmayr lebt



in konkret September 1990

Von Konkret

An Konkret

Mardersprung nach Akaba? von Hermann L. Gremliza

Nach dem Anschluß von Karl Heinz Roth

Das Absterben der DDR geht nicht reibungslos über die Bühne. Zwischen den Akteuren des Finanzkapitals, ihren Vollzugsgehilfen aus der Ministerialbürokratie und der Jubelgemeinde der politischen Parteien tun sich taktische Meinungsverschiedenheiten über die Frage auf, wie das Wechselverhältnis von Zerstörung und Annexion des Nachbarstaates zu optimieren sei. Ein Rückblick auf die Ereignisse der vergangenen Monate und ein Ausblick auf das, was nach dem Anschluß auf uns zukommt

Von allen verkannt von Oliver Tolmein

Daß die große bürgerliche Koalition sie meidet und beschimpft, hat die PDS so wenig verdient wie die Hoffnung, die viele Linke in sie setzen: Sie ist für Deutschland und gegen fremde Truppen, für die Zusammenarbeit mit der SPD und gegen antifaschistische Militanz, für Parlamentarismus und gegen Kommunismus

Schuld sind die anderen von Wolfgang Pohrt

Kohls Sieg im Kaukasus besiegelt das definitive Ende einer schönen Zeit

Eher umgekehrt von Georg Fülberth

Um an das Parteivermögen der PDS zu kommen, scheuen die Sozialdemokraten keine Geschichtsklitterung. Ihre Behauptung jedenfalls, der Zusammenschluß von SPD und KPD zur SED im April 1946 sei gegen den erklärten Willen ihrer Mitgliedschaft durch die Machthaber der Sowjetischen Besatzungszone erzwungen worden, ist falsch

Buch des Monats: Heute schon gelebt? von Heide Knetsch

Christine Swientek: Wenn Frauen nicht mehr leben wollen, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1990, 189 Seiten, 10,80 Mark

Verfassungsschutz für Embryonen von Gaby Peter

Bundestagspräsidentin Süßmuth will den »Schutz des ungeborenen Lebens« im Grundgesetz verankern. Ihr »dritter Weg« ist für Frauen einer der steinigsten

»Der nukleare Geltungszwang« von Matthias Küntzel

Daß die turnusmäßig alle fünf Jahre stattfindende Überprüfungskonferenz zur Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags, die zur Zeit läuft, von den deutschen Medien ignoriert wird, liegt nicht etwa an mangelndem Interesse an ihrem Gegenstand. Im Gegenteil: Noch nie waren die Deutschen der Erfüllung ihres Traums von der Verfügung über Atomwaffen so nah wie heute

Qualifizierte Technokraten von Jochen Hippler

Als »geisteskrank«, »Größenwahnsinnig«, und »unberechenbar« wird der irakische Präsident Sanddam Hussein der Weltöffentlichkeit präsentiert. Dabei folgt seine Politik, die noch im Golfkrieg Unterstützung von der amerikanischen Administration bis zu Otto Schily fand, durchaus jenen Prinzipien, die auch im Westen gelten: Sie ist strikt am Eigeninteresse orientiert, kühl kalkuliert und wird mit brutaler Konsequenz durchgeführt

»Kuba ist am Ende« von Gisela Wuttke

Kuba bekam bislang umfangreiche wirtschaftliche Hilfe aus der DDR. Seit Anfang 1990 ist der Warenverkehr aber faktisch eingestellt. Die BRD besteht darauf, daß die DDR »ideologischen Ballast« abwirft

Der Weg zur inneren Einheit V von Wolfgang Pohrt

In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert (siehe KONKRET 5-9/90). Im Rahmen dieser Studie, deren Ziel es ist, die Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung in Deutschen zu sondieren, hat Pohrt auch Gespräche mit politisch aktiven Rechtsradikalen geführt, um zu ermitteln, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener »Immanenz fortschreiten kann«. Nach Gesprächen mit je einem Funktionär der Republikaner, das KONKRET im letzten Heft veröffentlichte, folgt nun ein Gespräch mit einem Anhänger der > In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empüfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert (siehe KONKRET 5-9/90). Im Rahmen dieser Studie, deren Ziel es ist, die Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung in Deutschen zu sondieren, hat Pohrt auch Gespräche mit politisch aktiven Rechtsradikalen geführt, um zu ermitteln, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener »Immanenz fortschreiten kann«. Nach Gesprächen mit je einem Funktionär der Republikaner »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) Angaben zur Person wurden anonymisiert.

Drogenkrieg gegen Schwarze von Heike Kleffner

Die weiße Führungsschicht der USA profitiert doppelt von dem Drogenkonsum in den schwarzen Ghettos: Der Drogenhandel ist eine der umsatzstärksten Industriebranchen und der öffentlichkeitswirksam geführte Kampf gegen die Konsumenten ein wirkungsvolles Mittel, die Armen in Schach zu holten. Mittlerweile beginnt sich in den Ghettos, aber auch in der schwarzen Mittelschicht, Widerstand zu regen: Die Gründung eines unabhängigen schwarzen Staates wird gefordert, in einzelnen Städten wird die Formierung schwarzer Milizen angekündigt

Weiter militant von Peter Bahlsen

Der ANC gibt in Südafrika den bewaffneten Kampf auf und bleibt politisch in der Offensive

Wiedergutmachung der 68er von Franz Josef Degenhardt

Seine erste Platte hat er Jahre vor dem Aufkommen der APO produziert, etlichen 68ern war er zu reformistisch«, mit der Friedensbewegung hatte er seine Schwierigkeiten, heute macht sich Franz Josef Degenhardt Gedanken darüber, wieso ausgerechnet die Radikalen von einst die lautesten Schreier gegen alles sind, was zur DDR gehört. Oliver Tolmein sprach mit ihm über seine neue Platte (»Wer jetzt nicht tanzt«), über die DKP, den bewaffneten Kampf in der BRD und die Hoffnung auf die Urenkel

Dokumentation

Das Hamburger Infobüro für Gefangene hat einen offenen Brief an die in der DDR festgenommenen Ex-RAF-Mitglieder geschrieben Wir dokumentieren außerdem einen (leicht gekürzten) Brief von Inge Viett an Verona Becker

»Erschießen, aufhängen, ausrotten« von Eva Groepler

Wes Geistes Kind war Louis-Ferdinand Céline, dessen Romane Matthias Altenburg in KONKRET 8/90 als »Gegengift gegen die frommen Verblasenheiten der Linken«

empfohlen hat?

»Lösung der Frauenfrage« von Maria Baader; Gotlind Magiriba-Lwanga
Eine Kritik an antisemitischen Tendenzen in der Frauenbewegung und der selbstherrlichen Auseinandersetzung der Linken mit Rassismus

Terroratio I von Jan Philipp Reemtsma
Ausgehend von Hannah Arendts Annahme, daß»weder die Einrichtung der Lager selbst und was innerhalb ihrer streng bewachten Grenzen vor sich ging, noch deren politische Rolle ... irgendeinen Sinn (ergeben)«, versucht Jan Philipp Reemtsma in einem zweiteiligen Beitrag, die Frage nach Rationalität oder Irrationalität der nationalsozialistischen Massenvernichtung zu beantworten. Seine These: Erst das Verständnis der Logik terroristischer Handlungen erlaubt auch die Einsicht in die Logik einer »Vernichtung um der Vernichtung willen«

Literatur und Staubmäntel von Brigitte Kronauer

Disput und Widerspruch von Hermann Peter Piwitt
Der Kritiker Stephan Reinhardt hat die erste umfassende Biographie des deutschen Schriftstellers Alfred Andersch (1914-1980) vorgelegt, die Geschichte eines »konservativen Linken«

Just another word von Roger Willemsen
Während niemand glaubt, mit dem Kauf einer bestimmten Seife wirklich die Freiheit eines Liebesspiels in der Atlantik-Brandung zu erwerben, glauben die Deutschen durchaus, ihr Regieren, Rechten und Rüsten folge jener hehren Idee, »der man im Hafen von New York ein irreführendes Denkmal errichtet hat«

Sedlmayr tot von Eckhard Henscheid
Stand der Mörder am Grabe?

»Was derzeit stattfindet, ist ein Krieg« von Heiner Carow; Conrad Schuhler
Seit 1980 ist Heiner Carow Mitglied der Ost-Berliner Akademie der Künste, vor wie nach der Wende ihr Vizepräsident. Mit »Paul und Paula«, »Bis daß der Tod Euch scheidet« und dem jüngsten Berlinale-Beitrag »Coming Out« wurde er zum erfolgreichsten Filmregisseur der DDR. Conrad Schuhler besuchte den Filmemacher in Babelsberg und sprach mit ihm über die kulturelle Identität der DDR und Möglichkeiten, diese auch gegen den Nivellierungsdruck des Westens zu erhalten

Platte des Monats: »Slap!« von Diedrich Diederichsen
Chumbawamba: Slap! Agit-Prop/ EfA

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/90, S. 4

Von Konkret

In der Regel entscheidet die KONKRET-Redaktion nach dem Konsens-Prinzip – in diesem Heft gibt es eine Ausnahme: Im Streit um den Leserbrief, in dem KONKRET-Autor Wolfgang Pohrt KONKRET-Autorin Claudia Burgsmüller vorhält, sie gebe ein »lebendiges Beispiel für jene Mentalität, wie sie etwa von KZ-Aufseherinnen benötigt worden ist«, dominierten die Differenzen, sowohl über formale Fragen (wie »frei« sind Leserbriefe?) als auch über die inhaltliche Bewertung (ist Pohrts Kritik an Burgsmüllers Kommentar inhaltlich zutreffend oder bloß eine haßerfüllte Tirade, die eine argumentative Auseinandersetzung erschwert?). Die einfache Mehrheit entschied.

Im Zusammenhang mit de, Auseinandersetzung um die DDR-Schriftstellerin Christa Wolf hatte der BRD-Schriftsteller Günter Grass in einem »Spiegel«-Gespräch dem DDR-Schriftsteller und KONKRET-Autor Hermann Kant vorgeworfen, er sei 1976 für die »SED-Kampagne« gegen den Liedermacher Wolf Biermann »zumindest mitverantwortlich« gewesen. Kaum hatte Kant dieses in einem Beitrag für das »Neue Deutschland« bestritten, blies ein Frankfurter Feuilleton zur Hatz auf ihn. Es hat sich dabei arg vertutet, wie der folgende Text Kants zeigt, der uns erst nach Redaktionsschluß erreichte, und der deshalb an dieser Stelle erscheint:

In der »FAZ« vom 26. Juli – es dauert, bis man mir solche Ausschnitte zuschickt – hat ein gewisser Jens Jessen eine Entgegnung auf meinen »ND«-Beitrag zu »Spiegel« und Grass veröffentlicht, die den auf mich gemünzten Satz enthält: »Der alte Fuchs witterte die Chance, einem unerfahrenen Jäger die Flinte zu entwinden, und nur darum trat er vorsichtig witternd aus dem schützenden Unterholz.«

Geschenktem Gaul schaut man nicht ins Maul und geschenktem Fux nicht in die Bux, aber weil sich bei »FAZ«-Komplimenten vorsichtiges Wittern empfiehlt, habe ich mich an einige erfahrene Waidmänner mit der Bitte gewandt, die bildhafte Sprache der Frankfurter Zeitung in einen Vergleich zum Jägerbilde vom Fuchs (canis vulpes) zu bringen.

Abgesehen von philologischer Flohknackerei, wonach es sich bei einer Kreatur, die vorsichtig witternd aus dem Unterholz tritt, eher um ein Reh handeln sollte – jenes Tier also, von dem ein deutscher Parlamentarier kürzlich sagte, es sei scheu wie das Kapital, oder so ähnlich – und abgesehen von der Mäkelei einiger Stilistiker, die es störte, den alten Fuchs innerhalb desselben Satzes sowohl eine Chance wittern als auch vorsichtig witternd aus dem schützenden Unterholz treten zu sehen, abgesehen von dergleichen linguistischem Kleinkram äußerten die angesprochenen Fachleute Zweifel an der Zulässigkeit des hier erörterten »FAZ«-Bildes. Nach ihrer Meinung müssen Redewendungen auf Gebräuchliches, Beobachtetes, Gepflogenheiten zurückzuführen sein. Als Beispiele wurden die Spruchweisheit »Die Katze läßt das Mausen nicht« oder auch ein volksmundiger Liedertext wie »Fuchs, du hast die Gans gestohlen«, sprachliche Fassungen gewisser Erfahrungen mithin, genannt. Es müsse, führte ein Gewährsmann aus, allgemein als ausgemacht gelten, daß Katzen zum Mausen neigen oder Füchse Gänse stehlen, wenn es zur Ausbildung metaphorischer Behauptungen kommen solle.

Füchse jedoch, alte oder junge, die Jägern, erfahrenen oder unerfahrenen, deren Flinten zu entwinden versucht hätten, seien bislang in Jagdberichten, selbst solchen, welche sich des Lateins bedienten, nicht vermerkt. Zwar mangele es nicht an Geschichten, die man nur mit Anstrengung glauben könne, aber der Fuchs beim Versuch, den Jäger abzurüsten, nein, der komme erstmalig bei Jens Jessen im Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen« vor.

Solche Erst- und Einmaligkeit schmeichelt dem, der mit ihr gemeint ist, und ich werde wohl mit dem »FAZ«-Satz verfahren, wie ich vor sieben Jahren mit einer »NRZ«-Überschrift verfuhr. Damals hatte die »Neue Ruhr-Zeitung« getitelt: »Kant greift NATO an«. Ich schnitt die Meldung, mit der sich der Verteidigungscharakter des Atlantischen Bündnisses gültig belegen ließ, aus und rahmte sie ein, doch werde ich sie jetzt gegen den Jux vom Fuchs mit der Buchs vertauschen.

Zumal, was soll eine Polemik gegen die Nato, wo wir der, geht es ähnlich wie mit Paragraph 23, Fünf-Prozent-Klausel, Fairneß, sozialer Sicherheit und anderen Sprüchen, Versprechen und Versprechern, demnächst selber angehören werden? Da hieße es dann womöglich in »NRZ« oder »FAZ« oder »RAZ«: Kant, der verwitterte Fuchs, greift im publizistischen Unterholz die chancenlos ungeschützte eigene Nato an und damit deren unerfahrenen Jägern in die nichtsahnenden Flinten.

Zugegeben, dergleichen machte sich gut in meinem Bilderrahmen, aber in einer Zeit, in der dem DDR-Bürger endlich Bescheidenheit abverlangt wird, muß man sich wohl mit dem Leistungsstand der »FAZ« begnügen.

Anfang September erscheinen im KONKRET-Literatur-Verlag: –

Eckhard Henscheid, Musikplaudertasche – Erich Kuby, Der Preis der Einheit –

Gregor Gysi, Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS.

Gregor Gysi wird sein Buch auf mehreren Veranstaltungen vorstellen: – 10. September in Hamburg, HWP – 11. September in Essen, Zeche Carl in Altenessen –

12. September in Esslingen, Kultur- und Kommunikationszentrum –

13. September in Saarbrücken, Garage

Konkret 09/90, S. 6

An Konkret

Kurzer Prozeß

KONKRET 8/90 »Faschismus ist nicht « von Georg Fülberth; »Das Tabu dar Rache« von Claudia Burgsmüller

Wenn bundesdeutsche Unternehmen die Gangster-Regimes im arabischen Teil des nahen und mittleren Ostens mit Fabriken zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen beliefern, dann existiert für die kriminellen Geschäfte mit Libyen, dem Irak und dem Iran doch immerhin noch ein plausibles Motiv, nämlich der Gewinn. Anders verhält es sich, wenn deutsche Linke ohne Aussicht auf irgendeinen Gewinn die Exportinteressen des deutschen Kapitals zu ihrer Herzensangelegenheit machen und behaupten, Israel sei »einer der aggressivsten imperialistischen Staaten der Gegenwart«. Wer in der BRD von einem israelischen Imperialismus sprechen zu müssen meint, während mit Waffen bundesdeutscher Herkunft der Irak, der Iran und Syrien sich auf die Entscheidungsschlacht gegen Israel um die Rolle der Hegemonialmacht in Nahost vorbereiten, der muß es sich gefallen lassen, daß man ihn einen ordinären Antisemiten nennt.

Zur platten Demagogie des Artikels paßt seine noch plattere Gelehrsamkeit, die uns, wie tröstlich, etwas verrät: »Insgesamt ist der Faschismus nur eine – besondere – Gewaltform des Kapitalismus unter anderen«, wobei noch anzumerken wäre, daß irgendeiner oder irgendetwas zwar besonders blöde sein kann, nicht aber besonders katastrophal oder besonders tot. Wenn Fülberth ferner den Faschismus lobt: »Dieser nämlich, der Millionen Menschen vernichtete, beließ doch einigen seiner aktiven« – ladies first – »Gegnerinnen und Gegnern die Würde des Widerstandes«, so drückt die Hinrissigkeit des Gedankens sich in der so geschwollenen wie falschen Sprache aus, denn man hat Würde, oder man hat sie nicht, aber eine 'Würde des Widerstandes' kann man weder erwerben noch besitzen, noch verlieren. Und wenn der verhinderte Held schließlich die heutigen lauen Zeiten mit den Worten beklagt: »Antikapitalisten in den imperialistischen Zentren gelten häufig als Deppen, solange ihre Aktionen sich nicht konkretisiert haben«, so wird man hinzufügen dürfen, daß als Depp nicht nur gilt, sondern daß ein Depp wirklich ist wer Aktionen nicht etwa machen oder unterlassen, sondern diese Dinger sich selbst konkretisieren lassen will.

Während Georg Fülberth die Frage nicht klären kann, was Faschismus sei, gelingt es Frau Burgsmüller immerhin, ein lebendiges Beispiel für jene Mentalität zu geben, wie sie etwa von KZ-Aufseherinnen benötigt worden ist. Meisterhaft, wie sie es fertig bringt, angelesenen Wissenschaftsjargon in den Dienst der Rationalisierung niederer Ressentiments zu stellen und das Gespreizte, Gezierte mit dem Gemeinen zu verbinden, wenn sie etwa von der »Akzeptanz des Huren-Stigmas« spricht und schreibt: »Es wäre an der Zeit, nicht dem männlichen Blick zu folgen, der die generelle Verfügbarkeit von Frauen voraussetzt, sondern in Kenntnis der normativen Wirkungen des Huren-Stigmas den Blick zu wenden und Keuschheit zu unterstellen.«

Dem Tenor des Artikels – mit Angeklagten ist kurzer Prozeß zu machen – wird man bescheinigen müssen, daß er durchaus zeitgemäß ist, für die darin erhobene Forderung nach Enttabuierung der Rache gilt dies nicht. Mag sein, daß Frau Burgsmüller und ihresgleichen derzeit »in ein mitreißendes, befreiendes Gelächter ausbrechen«, wenn im Film »die rituell in Szene gesetzte Tötung eines beliebigen Mannes« gezeigt wird, nur daß es sich bei der im Gelächter freiwerdenden Lust um solche an der Wiederholung, nicht um die an der Rache handelt. Blutrache im von Frau Burgsmüller befürworteten Sinn wäre es vielmehr, wenn der Ritualmord an ihr selber vollzogen würde, gleichsam zur Strafe dafür, was deutsche Weiber angerichtet hatten, ganz gleich, ob sie als KZ-Aufseherinnen eigenhändig Menschen umbrachten und quälten, ob sie als Denunziantinnen wüteten, oder ob sie massenhaft vor lauter Hitler-Begeisterung beim Sieg-Heil-Rufen Wein- und Schreikrämpfe bekamen.

Manche Artikel sind mißlungen, manche sind falsch, manche sind einfach schlecht. Dieser ist widerlich.

Wolfgang Pohrt

Stuttgart

Gut gebrüllt, Löwin! Aber: Du fällst selbst auf den fiesen Trick der Gerichte herein, wenn Du verlangst, es sei »Keuschheit zu unterstellen«: damit thematisierst auch Du das sexuelle Verhalten des Opfers. Dabei geht es doch darum, daß gerade dieses überhaupt nicht Thema sein darf. Ob das Opfer »keusch« oder »verhurt« sei, darf für die Beurteilung der Tat überhaupt keine Rolle spielen.

Stell Dir mal vor, nach einem brutalen Raubüberfall wird vor Gericht das finanzielle Verhalten des Opfers untersucht: »Die betreffende Person gab sich finanziell freizügig; sie kontrollierte nie die Beträge, die von Angehörigen aus ihrer Kasse genommen wurden; sie hielt die Handtasche nie geziemend vor zudringlichen Blicken verhüllt; sie gab bei geselligen

Anlässen oft ganze Runden aus; sie warf unbekannten bettelnden Jugendlichen buchstäblich Geld nach; einmal soll sie sogar in einem Spielcasino Geld verschleudert haben; kurz: sie signalisierte deutlich, daß sie darauf aus ist, sich Geld nehmen zu lassen; und somit war der Raubüberfall gar kein Raubüberfall, sondern etwas, was die betreffende Person eigentlich gewollt oder mit ihrem Verhalten mindestens provoziert hat.«

Nochmals: Das Verhalten des Opfers steht nicht zur Debatte ! Über das Verhalten des Opfers gibt es nichts zu unterstellen ! !

John Schmocker

Bern/Schweiz

Voll in's Schwarze

KONKRET 8/90 »The Opera; the Opera, I like the Opera«

Die Eier und Farbbeutel haben nach meiner Einschätzung voll in's Schwarze getroffen. Wer sich die Premierenkarten 2000, (und mehr!) kosten läßt (eine sozial mehr als fragwürdige, durch nichts zu rechtfertigende Unverschämtheit) sollte sich über derartige Attacken als Reaktion auf eine dekadente, und zugleich provokante Selbstdarstellung eigentlich nicht wundern!

Mir hat man es von Kindesbeinen an beigebracht, die Sprache zu sprechen, die mein (kommunikatives) »Gegenüber« unmißverständlich versteht – und daran hat sich bis zum heutigen Tage, trotz (paramilitärischer) patriarchaler Prägungs- respektive Sozialisationsversuche nichts geändert. Der fragwürdige »Schutz« der durch und durch kommerziellen seichten Inszenierung – wäre es gerecht zugegangen, hätten auch den mittlerweile stimmschwachen Barden Hofmann (darüber war sich das Gros der Rezensenten einig) einige (faule) Eier treffen müssen – durch eine als Prätorianerhorde mißbrauchte Polizei war eine gesellschaftliche Farce. Mir wäre als eingesetzter Polizist dabei speiübel geworden. Unter einer modernen, kritisch und selbstkritisch interagierenden Polizei stelle ich mir wahrhaftig etwas ganz und gar anderes vor. Wir sollten den Büttelstatus erneut und schleunigst überdenken!

Ein Quentchen Anarchie (»ziviler Ungehorsam«) würde sicherlich auch dem einen oder anderen Gesetzeshüter gut zu Gesicht stehen.

Jürgen Bugla

Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten (e. V.)

Castrop-Rauxel

Korrektur

KONKRET 8/90 »Der Weg zur inneren Einheit IV« von Wolfgang Pohrt

Da auch ich von Herrn Pohrt interviewt wurde, möchte ich einige Thesen, die global über die Interviewten geäußert wurden, korrigieren:

1) Polen ist, glaube ich, nicht nur das Feindbild Nummer 1 der Rechten, sondern auch der Linken (zumindest derjenigen Linken, die ihre Ziele auf legalem und demokratischem Wege erreichen wollen). Wer eine völkerrechtswidrige Annexion Ostdeutschlands durch die Diktatur Polen begrüßt, und zwar ohne Berücksichtigung der betroffenen Bevölkerung, der sollte, glaube ich, ernsthaft darüber nachdenken, ob er nicht auch aus der Geschichte lernen will.

2) Ich persönlich bin stark an der Wiedervereinigung interessiert, und zwar auch dann, wenn die Einheit Geld kostet.

3) Ich bin zwar der Meinung, daß die Welt, insbesondere auch Deutschland, überbevölkert ist, betrachte jedoch die vermeintlich menschenleeren Ostgebiete nicht als Chance (zur Umverteilung der Menschen). Da gerade der Osten im besonderen Ausmaße ökologisch belastet ist, sollte gerade auch hier die Bevölkerungsdichte abnehmen (selbstverständlich langfristig und auf demokratisch legitimiertem Wege).

Uwe Knöpke

Stuttgart

Konkret 09/90, S. 8

Hermann L. Gremliza

Marderspung nach Akaba?

DER NÖRCLER:... Die Engländer sind keine Idealisten. Sie sind vielmehr so sauber, wenn sie ein Geschäft machen wollen, es nicht Vaterland zu nennen, sie sollen gar kein Wort in ihrer Sprache dafür haben, sie lassen die Ideale in Ruhe, wenn der Export in Gefahr ist.

DER OPTIMIST: Sie sind Händler.

DER NÖRGLER: Wir sind Helden.

DER OPTIMIST: Ja, aber Sie sagen doch wieder, daß die Engländer mit allen andern zusammen für ein Ideal kämpfen?

DER NÖRGLER: Ich sage, daß sie es unter den realsten Vorwänden zu tun imstande sind, während wir unter den idealsten Vorwänden auf ein Geschäft ausgehen.

DER OPTIMIST: Halten Sie es für ein Ideal, die Deutschen an einem Geschäft zu hindern?

DER NÖRGLER: Gewiß, eben das, was wir für Konkurrenzneid halten. In Wahrheit ist es das Wissen, wem eine Ausdehnung des Etablissements kulturell bekömmlich ist und wem nicht. Es gibt Völker, die nicht zu viel essen dürfen, weil sie eine schlechte kulturelle Verdauung haben... Diese Vermischung der inneren Dinge mit den Lebensnotwendigkeiten, diese Einstellung des Lebensmittels als Lebenszweck und gleichzeitige Verwendung des Lebenszwecks im Dienste des Lebensmittels, wie etwa der »Kunst im Dienste des Kaufmanns« – dies ist das unselige Element, in welchem das deutsche Ingenium floriert und verwelkt. Dies und nichts anderes, der fluchwürdige Geist ewiger Verbindung, Umstülpung, Aufmachung ist das Problem des Weltkriegs. Wir sind Händler und Helden in einer Firma.

Ein albernes Unternehmen, dem Dialog zwischen dem Nörgler und dem Optimisten in den Letzten Tagen der Menschheit Aktualität bescheinigen zu wollen: Es ist die neue deutsche Zeit und es sind die deutschen Optimisten, deren aktuelle Existenz überraschen müßte, weil sie doch jenen Weltkrieg, den der Nörgler vor siebzig Jahren beschrieben hat, erst vorbereiten; die nicht fressen können, ohne zu moralisieren, die noch ihre krudesten (und jedem Deppen verständlichen) Interessen als Menschheitstraum firmieren müssen, die, wenn sie einen Markt erschließen, nicht einen Markt erschließen, sondern den Armen der Welt einen Dienst erweisen, selbstlos und unbedankt, und, wo säuberliche Trennung von Gebet und Nehmen die Ausübung von Macht wie ihr Ertragen erleichterte, stets jenes Durcheinander von Kyffhäuser und Kaufhäuser (K.K.) anrichten, in dem das Geschäft Glaubenssache und die Glaubenssache blutiges Geschäft werden muß.

Denn also lautet die deutsche öffentliche Meinung zur Golfkrise: Weil Saddam Hussein, der Irre (oder der Hitler) von Bagdad, das heilige Völkerrecht gebrochen hat, sind gerade wir Deutschen, die so bitter unter der britischen Appeasement-Politik gegenüber dem Führer gelitten haben, vor unserer Geschichte und aus Solidarität mit unseren bedrohten amerikanischen Freunden verpflichtet, dem Anfänger auch militärisch zu wehren, um im nächsten Winter nicht höhere Heizkosten bezahlen zu müssen. Wörtlich vom Leitartikler der »Hamburger Morgenpost«: »Wenn ein souveräner deutscher Staat installiert ist, wird er sich in vergleichbaren Fällen vor internationaler Solidarität nicht drücken können – vor allem, wenn es um unser Öl geht.« Oder vom Redakteur für Rechtsfragen der mogadischu-liberalen Wochenzeitung »Zeit«: »Die Bundesregierung würde... dem Geist der Verfassung zuwiderhandeln, wenn sie sich einem Appell des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen entzöge, gemeinsam mit ihren Verbündeten dem Friedensfeind dort Paroli zu bieten, wo er den Weltfrieden wirklich bedroht – im Golf... Die Quellen, aus denen sich unsere Wirtschaft speist und auf die sich unser Wohlstand gründet, liegen nun einmal *out of area,* außerhalb des Bündnisgebietes der Nato.«

Ob unter Wilhelm, dem Pantherspringer von Agadir*, oder unter Helmut, dem Befreier Germaniens vom Russenjoch: Helden und Händler in einer Firma. Mag anderswo das Öl Standard Oil, BP oder Shell heißen – unser Öl heißt (Die Kunst im Dienste des Kaufmanns:) Solidarität, Geist der Verfassung oder Weltfrieden. Pax non ölet.

Zum Glück für sie selbst ist die deutsche Außenpolitik in der schönen Lage, einmal nicht zu dürfen. Sie kann nämlich mit jenem gewissen Recht, das ihr bei anderer Interessenlage natürlich schnurzegal ist, behaupten, daß die Verfassung den Einsatz deutschen Militärs out of area und damit den Aufmarsch deutscher Wüstenfüchse, der das Unternehmen »Wüstenschild« hätte schmücken können, diesmal noch nicht zulasse, was, wie der Filou Lafontaine gleich gemerkt hat, schon darum »keinen schnellen Handlungsbedarf« erzeuge, weil es mehrere Vorteile bietet: Sollte die Intervention der USA Erfolg haben, profitierten die Deutschen eh davon, ohne dafür bezahlen zu müssen; ginge es schief, bleiben jene berühmte Deutschfreundlichkeit der arabischen Lieferanten, die auf der Bewunderung für die Endlösung der Judenfrage gründet, und die Ölzufuhr stabil.

Gewonnen haben aber wird das neue deutsche Reich vor allem eine Opposition, deren nationale Zuverlässigkeit in künftigen Krisen über jeden Zweifel erhaben ist. Seit Hitler in Bagdad wohnt und also seine Gegenwart außenpolitisch bewältigt werden darf, gehen den Sozialdemokraten und den Ökopazifisten die »Anforderungen an eine Weltmacht« noch lockerer von der Zunge als dem Regierungssprecher. Die grüne Abgeordnete Vollmer stellt dem Bundeskanzler geradezu die Frage: »Wie gehen wir mit der neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht um?« Frau Antje aber bringt nicht Käse aus Holland, sondern einen Abfall, der nicht nur in den Niederlanden als ungenießbar empfunden werden dürfte: »Die europäische Welt hat keine Angst mehr vor den Deutschen, weil wir 1968 aufgebrochen sind, . . . weil wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben. . . Allerdings gibt es auch Anforderungen an die Opposition in einer werdenden Weltmacht.«

Wer geglaubt hatte, daß von allen Anforderungen an eine Opposition in diesem Land die unverzichtbare die sei, den dritten Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht zu verhindern, unter allen Umständen und mit allen Mitteln, wird von Frau Antjes Beratern belehrt, es gebe »keine Grande mehr für eine US-amerikanische Intervention, die nicht gleichzeitig für eine deutsche Beteiligung sprächen«, und es reiche »auch für die pazifistische Opposition in der BRD nicht mehr, mit bloß hehren Argumenten pazifistischer Unschuld über die Anforderungen an eine Weltmacht hinwegzugehen«. Jetzt sei »die Gelegenheit, eine internationale Weltpolizei zu etablieren«, wobei kein Zweifel aufkommen dürfe, »daß den politischen Forderungen militärisch Nachdruck verliehen wird«. Weil wir diese deutsche Gesellschaft zivilisiert haben, geben wir dem deutschen Expeditionskorps Feuer frei. Und wir, eine andere Generation, werden vielleicht bald, ganz alternativ zum Polenmädchen, singen: O wie schön ist Panama.

... während wir unter den idealsten Vorwänden auf ein Geschäft ausgehen: wie die Pastorin Vollmer, die, als ein Rest von Scham selbst dem Genscher dieses Wort längst verboten hatte, es fertigbrachte, noch im August 1990 die Eroberung und Plünderung der DDR einiger verjährter Randerscheinungen wegen »eine demokratische Revolution« zu nennen, oder der grüne Fraktionsassistent Knapp, jener konsumfreudige Citoyen, dem es nicht genügte, sein Verlangen nach einem deutschen Militäreinsatz im Golf mit den Spritpreisen für den GTI zu begründen, sondern der das angenehm Ökofaschistische auch noch mit edler Antifagesinnung verbinden mußte; es gehe, schrieb er, »sowohl um das Öl als auch um die Zukunft Israels« . Wehe Israel, wenn es einmal um seine Zukunft gehen sollte und das Umbauprogramm der deutschen Ökologen den Benz schon mit Kuhmist treibt.

* Am I . Juli 1911 entsandte Wilhelm II. das Kanonenboot »Panther« vor die marokkanische Küste, als Demonstration gegen die französische Kolonialpolitik. Der »Panthersprung nach Agadir« wurde ein böser diplomatischer Reinfall im Vorfeld des ersten deutschen Weltkriegs.

Konkret 09/90, S. 10

Karl Heinz Roth

Nach dem Anschluß

Das Absterben der DDR geht nicht reibungslos über die Bühne. Zwischen den Akteuren des Finanzkapitals, ihren Vollzugsgehilfen aus der Ministerialbürokratie und der Jubelgemeinde der politischen Parteien tun sich taktische Meinungsverschiedenheiten über die Frage auf, wie das Wechselverhältnis von Zerstörung und Annexion des Nachbarstaates zu optimieren sei. Ein Rückblick auf die Ereignisse der vergangenen Monate und ein Ausblick auf das, was nach dem Anschluß auf uns zukommt

Anschluß durch die Androhung ökonomischer Vernichtung: Strategiedebatten des Finanzkapitals

Unmittelbar nach dem 9. November hatten in den Chefetagen der großen Geschäftsbanken, der Bundesbank, der Wirtschaftsforschungsinstitute und der EG-Kommission Debatten darüber eingesetzt, wie der demokratische Massenaufbruch in der DDR mit Hilfe einer kapitalistisch-restaurativen Anschlußstrategie zu kanalisieren sei. Die EG-Technokratie empfahl eine politische Konföderation und die Einbindung eines darauf basierenden ökonomischen Integrationsprozesses in den Planungsrahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Bundesdeutsche Wirtschaftswissenschaftler votierten für ein mehrstufiges ökonomisches Stützungsprogramm mit einer anschließenden Herstellung der Konvertibilität der DDR-Währung und einer abschließenden Übernahme der D-Mark. Die Planungsstäbe der Deutschen Bank, des Bundesbankdirektors und Finanzstaatssekretärs Hans Tietmeyer sowie der Dresdner Bank kehrten diese Prioritätenskala um. Sie forderten eine an drei Punkten ansetzende monetaristische Offensive: sofortige Einführung der D-Mark in der DDR, Unterwerfung des DDR-Staatshaushalts unter die Leitlinien des Bundesetats und Abschaffung aller Subventionen für das soziale Existenzminimum (sogenannte Preisreform). In der Zange von Währungs-, Fiskal- und Bankpolitik sollte das DDR-Volkseigentum so schnell wie möglich reprivatisiert und die DDR-Gesellschaft den produktivitätsfördernden Segnungen eines entfesselten Überlebenskampfs ausgesetzt werden.

Die Meinungsführer der Hochfinanz begannen für diese Variante des Anschlusses zu trommeln, indem sie sie als monetaristisch-angebotsorientierte Schocktherapie verharmlosten. Während die Spezialisten der Landeszentralbanken, der Wirtschaftsforschungsinstitute und der EG-Kommission hinter verschlossenen Türen vor den unwägbaren Risiken dieses Konzepts warnten, sammelte die Fronde des Finanzkapitals ihre Anhänger in den Spitzenbürokratien der Wirtschafts- und Fiskalpolitik sowie des Bundeskanzleramts. Kein wie auch immer gearteter Versuch des »dritten Wegs« zur basisdemokratisch-sozialistischen Erneuerung der DDR-Gesellschaft sollte eine Chance bekommen: Das Modell bezog seine Attraktivität gerade daher, daß es den Fangschuß an den Anfang setzte und eine Kettenreaktion wirtschaftlicher, sozialer und politischer Umschichtungen auslöste, der sich keiner der Beteiligten mehr entziehen konnte. Die naiven Bittgänge des neuen DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow und seiner Wirtschaftsministerin Christa Luft ernteten nur Spott und Hohn. Man hielt sie taktisch hin, gab sich ihnen und der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit gegenüber konzeptionslos und organisierte die D-Mark-Wahl. Die DDR-Bevölkerung wurde in der Illusion bestärkt, auf sie würde bei entsprechendem Wohlverhalten an der Wahlurne eine makroökonomische Bestechung zukommen, die ihr den Weg zum langfristig gesicherten Wohlstand freimacht.

Nach der DDR-Wahl vom 18. März wurde schlagartig klar, daß das Finanzkapital inzwischen die Strategiedebatte zu seinen Gunsten entschieden hatte. Ein Aktionszentrum aus Großbankiers, Bundesbankdirektoren und Fiskalpolitikern hatte sich formiert, die regulären Planungsinstrumente einschließlich der Bundesbank selbst ausgeschaltet, das Kanzleramt sowie das Finanz- und Wirtschaftsministerium erobert und sich zugleich gegenüber allen konkurrierenden Einflüssen abgeschottet. Es schrieb die Kernsätze in die nun dicker werdenden Plankataloge und Vertragsentwürfe und bestimmte die Dynamik der Verhandlungsrunden mit der neuen bürgerlichen DDR-Regierung, deren Loyalität und Inkompetenz es schamlos ausnutzte. Währungsanpassung, bundesdeutsche Finanzhoheit und bedingungslose Wiederherstellung des Privateigentums: Das war die Parole. Der Aufwertungseffekt der Währungsumstellung und die sofortige Eröffnung westdeutscher Geschäftsbanken sollten den gesamten planwirtschaftlich gesteuerten Produktionsapparat von seiner Kreditbasis abtrennen, aber auch seine Anpassungschancen an die BRD- und Weltmarktkonkurrenz auf den eigenen Binnenmärkten auf Null reduzieren. Zugleich sollten die dem DDR-Staatshaushalt verordneten fiskalpolitischen Restriktionen jeden Versuch vereiteln, mit Hilfe keynesianischer Defizitoperationen dem absehbaren Ende zu entkommen.

Die 8000 Industriekombinate und die 7000 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurden auf Übernahme durch Bankrott getrimmt. Der Schlag gegen den Produktionskern und die zentrale Arbeiterklasse der DDR wurde mit einem Umstellungskurs gekoppelt, der am Ende so hoch angesetzt war (1:1), daß er einen kurzfristigen Kaufkraftschub auslöste, die Anschluß-Begeisterung möglichst bis zur politischen Angliederung absicherte und eine Welle mittelständischer Existenzgründungen im Dienstleistungssektor ermutigte. Bezüglich der sozialpolitischen Abfederung des Zerstörungsangriffs auf das Rückgrat der DDR-Ökonomie gönnte man den Kollaborateuren des neugewählten politischen Übergabeausschusses der DDR einen gewissen Handlungsspielraum.

In der internationalen Finanzwelt löste dieser eiskalte Coup der feindlichen Übernahme einer ganzen Volkswirtschaft helle Begeisterung aus. Monetarismus und Deregulierung, kommentierte ein US-amerikanischer Finanzspezialist befriedigt, waren jetzt auch ohne die Exzesse einer Militärkamarilla (wie in Chile) zur Wirkung gelangt. Ein westdeutscher Wirtschaftspublizist identifizierte das Herzstück der ganzen Operation, als er das Fehlen jeglicher Stützungsprogramme für Kombinate und Infrastruktur als des »Pudels Kern« bezeichnete: Im Entwurf des Staatsvertrags zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion haben DDR-Betriebe und -Grundeigentum keine Wertschöpfungsfunktion mehr, sondern werden ausschließlich als Verfügungsmasse des bundesdeutschen Großkapitals behandelt. Ihr Verkauf an die BRD-Unternehmen soll die Lücken im Ostberliner Staatshaushalt schließen und die erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen in Gang bringen.

Gegen diesen Ausverkauf unter der Drohung des finanzpolitisch jederzeit möglichen Konkursverfahrens gab es nur noch verhaltene Einwände in Detailfragen, nicht aber wegen der Generallinie. Die Argumentationsweise einiger Korrekturvorschläge zeigt allerdings auch, daß des »Pudels Kern« wegen seiner zerstörerischen Dimensionen überhaupt nicht verstanden worden war, obwohl die Vertragsentwürfe inzwischen vorlagen. Die einen wollten die Kombinate bei der Währungsumstellung entschulden, um ihnen einen gewissen Investitionsspielraum bei den Umstrukturierungsmaßnahmen zu sichern. Andere schlugen vor, die DDR-Mark erst einmal mit Hilfe von Stützungsgarantien der Bundesbank konvertibel zu machen und erst danach auf D-Mark umzustellen, um der DDR-Wirtschaft eine Anpassungschance an die Weltmarktbedingungen zu verschaffen.

Das alles war illusionär, denn es ging der inzwischen von Tietmeyer und dem Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht zusammengestellten Verhandlungsgruppe der Bundesregierung gerade darum, der DDR-Ökonomie jegliche Chance zur eigenständigen Reorganisation ihres Produktionspotentials – mit welchen Gemeinschaftsprojekten und Privatisierungsschritten auch immer garniert – zu verbauen.

Das Finanzkapital spielte va banque. Im Wissen um die Tatsache, daß die BRD-Unternehmen an der DDR vor allem als Markt und Immobilienobjekt und nur in geringem Umfang als Produktionsstandort interessiert sind, stellten Tietmeyer und Schlecht die DDR-Verhandlungspartner vor die Alternative: entweder uneingeschränkte Reprivatisierung des Produktionspotentials der DDR durch das BRD-Kapital oder aber kompletter Bankrott. Dabei wurden die Weichen so gestellt, daß auf jeden Fall erst einmal eine breite Konkurswelle in Gang kam.

Die Umsetzung des Programms durch die ministerialbürokratische Elite

Um dieses Modell der beschleunigten Privatisierung mit Hilfe der geld- und finanzpolitischen Maßnahmen durchzusetzen, agierte die Tietmeyer-Schlecht-Gruppe auf mehreren Ebenen: Sie zog den Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion durch, wendete eine noch unter der Regierung Modrow eingesetzte Treuhandanstalt für die Reorganisation der Kombinate und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zum Konkurs- und Reprivatisierungsinstrument und arrangierte parallel dazu die Reprivatisierung aller seit dem Jahr 1949 in der DDR enteigneten Vermögen und Sachwerte. Während die Finanz- und Wirtschaftsinstitute zur Liquidierung der DDR-Ökonomie ihre Tätigkeit aufnahmen, initiierten die Juristen und Verwaltungsexperten ihre erste Planungsphase zur politischen Annexion durch einen Wahl- und Verfassungsvertrag. Inzwischen geriet der politische Anschluß zunehmend unter Zeitdruck, weil sich schon wenige Wochen nach dem Zugriff der monetären, bankwirtschaftlichen und fiskalpolitischen Abdrosselungsinstrumente der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft beschleunigte.

Am reibungslosesten gestaltete sich die Durchsetzung des Vertrags zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Eine erste »vorläufige Skizze« wurde der de Maizière-Regierung Anfang April präsentiert. Darauf folgten nach einem ersten Meinungsaustausch erweiterte »Elemente für einen Vorschlag an die DDR«, die sechs Anlagen enthielten und den beteiligten Ressorts am 17. April zugestellt wurden. Am 2. Mai verabschiedeten die Regierungen der BRD und DDR dann die »Eckwerte des Staatsvertrags«, die den Köder der Währungsanpassung mit seinen für die DDR-Konsumenten vorteilhaften und für die DDR-Produzenten fatalen Umtauschrelationen auslegten und die falsche Hoffnung erweckten, ein Teil des zur Disposition, gestellten volkseigenen Vermögens könnte durch seine Veräußerung an das BRD-Kapital zur eigenständigen Privatisierung einer Restgruppe von Kombinaten und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beitragen. Der volkswirtschaftliche Übergabevertrag selbst wurde am 18. Mai unterzeichnet. Er folgte in allen wesentlichen Punkten der seit November/Dezember festgelegten Generallinie:

Währungsunion. Mit der Einführung der D-Mark als einzigem gesetzlichen Zahlungsmittel (im Verhältnis 1:1 für die Löhne sowie für Sparguthaben bis zu einer gestaffelten Obergrenze und für Vermögen und Verbindlichkeiten im Verhältnis 2:1) gab die DDR ihre Währungshoheit an die Bundesbank ab. Diese übernahm – ohne jegliche Vertretung der DDR im Zentralbankrat – das Kommando über die Geldpolitik der DDR. Als Voraussetzung für die Steuerung der Geldströme wurde ein nach privatkapitalistischen Grundsätzen operierendes Geschäftsbankensystem eingeführt. Hier lief der Vertrag längst geschaffenen Tatsachen hinterher: Die westdeutschen Großbanken hatten in den Wochen zuvor mit den inzwischen

aus der DDR-Staatsbank ausgegründeten ostdeutschen Geschäftsbanken fusioniert und waren schon flächendeckend präsent.

Unterordnung des DDR-Staatshaushalts unter das Staatsbudget der BRD. Er wurde an die bundesdeutsche Budgetstruktur angepaßt, an bundesrepublikanische Vorgaben gebunden und in seinem Kreditspielraum eng begrenzt. Etwa ein Drittel der zu erwartenden Defizite soll durch die Privatisierungserlöse aus der DDR-Wirtschaft bestritten werden, die restlichen zwei Drittel werden aus einem BRD-Nebenhaushalt »Deutsche Einheit« zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Haushaltsanpassung an die BRD-Verhältnisse wurden große Teile des Sozialbudgets ausgelagert und indirekte Sozialfonds (Lebensmittelsubventionen) gestrichen. Die BRD-Zuschüsse zum Haushaltsausgleich wurden für das zweite Halbjahr 1990 auf 22 Milliarden und für 1991 auf 35 Milliarden festgesetzt. Hinzu kamen 17 Milliarden DM zur Vorfinanzierung der zu erwartenden Privatisierungsgewinne, von denen bis zu zwei Milliarden zur Subventionierung langfristiger Exportverträge mit Osteuropa und insbesondere der UdSSR verwendet werden dürfen.

Sozialunion. Die soziale Einheitsversicherung der DDR wurde von ihrem bisherigen Träger, dem FDGB, abgetrennt und entsprechend der gegliederten Struktur der gesetzlichen Sozialversicherung der BRD neu aufgebaut. Die Mindestrenten wurden auf 495,-- DM erhöht, der neue Rentenversicherungsträger erhielt eine Anschubfinanzierung in Höhe von 750 Millionen DM. In Erwartung einer Arbeitslosenziffer von 435 000 wurden für die zweite Jahreshälfte 1990 zwei Milliarden DM für die Arbeitslosenversicherung aus BRD-Mitteln bereitgestellt, sie sollen 1991 auf drei Milliarden aufgestockt werden. Eine am BRD-System orientierte Arbeitsverwaltung befindet sich inzwischen im Aufbau.

Wirtschaftsunion. Für den Kern des ökonomischen Anschlußvertrags gibt es – abgesehen von Vorschüssen auf zu erwartende Privatisierungsgewinne – keine BRD-Mittel. Die Umstrukturierung von Wirtschaft, Landwirtschaft und Infrastruktur soll ausschließlich aus dem Verkauf der volkswirtschaftlichen Substanz finanziert werden. Hinter dem paradoxen Anspruch, der Kern der DDR-Ökonomie solle sich durch seine Liquidierung sozusagen selbst aus dem Sumpf ziehen, steckt eine kaum verschleierte Vernichtungsabsicht, die durch das gleichzeitige Anpreisen von Marktmechanismen und Privatinitiative besonders zynisch wirkt. Alle im Rahmen der Treuhandanstalt abzuwickelnden Übergangsmaßnahmen haben überdies »im Einvernehmen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland« stattzufinden. Die dafür erforderlichen Instrumente aber fehlen auch in den Zusatzvereinbarungen: Weder Konkursbestimmungen noch Vorschriften zur Eröffnung von D-Mark-Bilanzen – beides für Kreditaufnahmen seitens der Kombinate und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bei den ja längst privatisierten Banken unabdingbar – wurden am 18. Mai ratifiziert. Die Schlüsselpassagen des ökonomischen Annexionsvertrags verdeckten mit ihren feierlichen Glaubensbekenntnissen zur Selbstgesetzlichkeit der freien Marktwirtschaft eine entscheidende Leerstelle. Daß die DDR-Wirtschaft in aller Form von ihren Finanzierungs- und Kreditmöglichkeiten abgetrennt und ausschließlich für das BRD-Kapital zur Disposition gestellt war, wollte man denn doch nicht schriftlich festhalten.

Fast genau einen Monat später (am 17. Juni) verabschiedete die Volkskammer ein der DDR-Regierung diktiertes Treuhandgesetz, das zusammen mit dem ökonomischen Annexionsvertrag am 1. Juli in Kraft trat. Es annullierte das vom Runden Tisch und der Regierung Modrow Anfang März verabschiedete erste Treuhandgesetz, durch das in letzter Minute versucht worden war, die Modernisierung der Kombinate mit Hilfe konkretisierter Strukturen des Volkseigentums attraktiv zu machen. Die Kombinate wurden zum 1. Juli in Aktiengesellschaften bundesdeutschen Rechts umgewandelt, alle künftigen Ausgründungen erhalten die Rechtsform der GmbH. Sie wurden gleichzeitig einer Treuhandanstalt unterstellt, die nun den Charakter einer reinen Konzernholding annahm. Mit Ausnahme der volkseigenen Wohnungssubstanz, die kommunalisiert wurde, gingen sämtliche Sachwerte, Umlaufvermögen sowie Grund und Boden mit einem Schlag in das Eigentum der Konzernholding »Treuhandanstalt« über.

Mit mehr als sechs Millionen Beschäftigen und 8000 Tochtergesellschaften war der größte Konzern der Welt entstanden, eine gigantische Sanierungs- und Liquidierungsagentur. Da die Industriebetriebe ebenso wie die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften längst aufgrund der seit dem Mai greifenden Kreditsperre der Banken in eine akute Liquiditätskrise geraten waren, begann nun ein Wettlauf mit der Zeit. Die finanzpolitische Abdrosselung hatte schon vor dem Inkrafttreten des ökonomischen Annexionsvertrags nachhaltige Folgen, so daß Anfang Juli der völlige Kollaps der DDR-Wirtschaft absehbar wurde. letzt, mit der wirtschaftsrechtlich abgesicherten Privatisierung des DDR-Volkseigentums, mußte die Leerstelle rasch besetzt werden. Die ministerialbürokratischen Vollstrecker der monetaristischen Unterwerfungsstrategie traten ins Glied zurück und machten den hartgesottensten Sanierungsexperten Platz, die das BRD-Kapital aufzubieten hatte. Detlev Rohwedder, Sanierer und Vorstandsvorsitzender des Hoesch-Konzerns, übernahm zunächst den Vorsitz des Verwaltungsrats, ehe er schließlich Mitte August den ehemaligen Bundesbahnchef Reiner Maria Gohlke an der Spitze des Präsidiums der Treuhandanstalt ablöste.

Blieb noch die Reprivatisierung und Rückerstattung all jener Vermögenswerte in der DDR, die nicht in die Verfügungsgewalt des Treuhand-Konzerns übergegangen waren. Um dessen Substanz vor den hochkochenden kleinen und mittleren Eigentumsansprüchen zu sichern, wurden entsprechende Schnitte gemacht: Firmen, die in den Konglomeraten der Kombinate nicht mehr zu identifizieren sind, werden genauso wenig zurückgegeben wie das Grundeigentum der

Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die noch während der sowjetischen Besatzungszeit entstanden waren. Abgesehen davon schrieben die BRD- und DDR-Regierung jedoch in den »Eckwerten zu den Vermögensfragen« fest, »enteignetes Grundvermögen« müsse grundsätzlich »den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben« zurückgegeben werden. Um soziale Konflikte so weit wie möglich abzupuffern, wird dabei Entschädigungsleistungen der Vorrang eingeräumt. Etwa 800.000 heutige und ehemalige DDR-Bürger werden schätzungsweise 20 Milliarden DM einstreichen, in der BRD etwa 350.000 Lastenausgleichsverfahren neu aufgerollt. Eine Million Datschen-Erbauer werden ihre Grundstücke verlieren, aber ihre Wochenendhäuser, die dem Kündigungsschutz nach DDR-Recht unterliegen, vorläufig behalten. Damit sie der Va banque-Strategie des Großkapitals nicht in die Quere kommen, werden die kleinen und mittleren Eigentümer sich auf vielen Spielwiesen im Kampf um ihre eigenen Vorrechte und Vermögensvorteile tümmeln. Der durch den Vermögensvertrag ausgelöste Run zum schnellen Geld und zum schnellen Eigentum wird das Gebiet der DDR in den nächsten zwanzig Jahren vollends in ein Objekt der spekulativen Bereicherungssucht verwandeln.

Vom Überlebenskampf zur Agonie

Am 1. Juli traten der ökonomische Übergabevertrag, das Treuhandgesetz und die Vermögensvereinbarung in der DDR in Kraft. Mit ihnen hatten sich die Finanz- und Wirtschaftseliten sowie die Ministerialbürokratie der BRD die Schlüsselpositionen über ein Land gesichert, dessen Bevölkerungsmehrheit die Bedingungen zur Überwindung der tiefen Strukturkrise der achtziger Jahre in einem manipulierten Wahlakt in ihre Hände gelegt hatte. Ihnen zur Seite stand eine loyal ergebene politische Kompradorenschicht, die sich redlich müht, den übernommenen Verwaltungsapparat zu reorganisieren und in eine Kopie der bundesdeutschen Administrationsstrukturen umzuwandeln. Daß ihr das nicht so schnell gelingen wird, liegt nicht an mangelndem Elan, sondern an der Konfrontation mit einer gesellschaftlichen Entwicklung, die sich innerhalb weniger Wochen extrem zugespitzt hat. Die DDR-Gesellschaft bricht unter dem westdeutschen Monetarisierungs- und Deregulierungsdiktat buchstäblich auseinander. Dabei haben entscheidende Polarisierungseffekte überhaupt noch nicht eingesetzt.

Betrachten wir zunächst die sich abzeichnende Gewinnerseite der DDR-Gesellschaft. Eine neue Manager- und Spekulantenschicht ist entstanden, die fast ausschließlich mit der Regulierung der Finanz- und Handelsströme beschäftigt ist und für die westdeutschen Groß- und Einzelhandelskonzerne, Banken, Versicherungsgesellschaften, Kaffeeketten und Baumärkte die Immobilientransaktionen abwickelt und die Filialen aufbaut. Das Spektrum dieser Agenten des expandierenden Dienstleistungssektors ist außerordentlich breit. Es reicht von den gewendeten Managern der Staatsbank, der Hotelketten usw. bis zu den 4000 neuen Transportunternehmern, die bis zum Juli, mit einem Lastwagen ausgestattet, als Strohmänner in das Geschäft der westdeutschen Speditionskonzerne eingetreten sind. Diese neue Schicht praktiziert zusammen mit ihren einschlägigen Geschäftspartnern inzwischen Wildwest in Ostdeutschland. Sie verhökert die Stadtzentren, die Feriengebiete und attraktiven Landstriche. Gemeinsam mit den Planungsstäben der westdeutschen Kaufhauskonzerne wandelt sie die Staatshandelsmonopole in Marktmonopole um. Sie reorganisiert das Hotelgewerbe und die Restaurantketten. Mit den sich überall etablierenden akademischen freien Berufsgruppen schließt sie lokale Machtbündnisse. Der tertiäre Sektor blüht und gedeiht in einem typischen Prozeß der Konzentration ohne Zentralisation, und bald wird sich der neue Mittelstand auch, mit entsprechenden Assoziationsverträgen ausgestattet, an die Software-Struktur der Informatikkonzerne anschließen.

Der neue Mittelstand ist überhaupt das Wunschkind des ökonomischen Anschlußvertrags. Aus ihm rekrutieren sich schon jetzt die neuen Propheten der kapitalistischen Postmoderne, die in der zusammenbrechenden Infrastruktur und im Kontrast zu den einsetzenden Stillegungen der Produktionsbetriebe, der aufkommenden Massenarbeitslosigkeit und der Kurzarbeit besonders auffallen. Der neue Mittelstand des tertiären Sektors macht der absterbenden zentralen Arbeiterklasse zugleich deutlich, mit welchen Arbeitgebern sie – wenn überhaupt – in Zukunft zu rechnen hat. Wenn man von den privilegierten Bankfilialen und Einzelhandelsketten absieht, dominiert in den Betriebsgründungen des Dienstleistungsgewerbes die Teilzeitarbeit, die Schwarzarbeit und das übrige Spektrum der ungeschützten Arbeitsverhältnisse.

Aber auch in den Industriekombinaten und den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist schon lange nichts mehr so, wie es einmal war. Die Direktionen wußten, was mit der Währungsunion und der Treuhandanstalt auf sie zukam.

Sie hatten sich längst mit den Managementmethoden des Westens vertraut gemacht und zum Überlebenskampf gerüstet. Ihre Dezentralisierungs- und Flexibilisierungspläne nahmen die Roßkuren, mit denen sie seit dem 1. Juli zu rechnen hatten, ein Stück weit vorweg. Sie verringerten die Produktionstiefe, verkleinerten die Verwaltungseinrichtungen, verschoben einen großen Teil der Gemeinkosten auf die Kommunalverwaltungen und arrangierten die Ausgründung besonders marktfähiger Produktionsteile. Auch die LPG-Leitungen schritten zur Tat, verkleinerten ihre Betriebsflächen und faßten Viehwirtschaft und Pflanzenproduktion im wechselseitigen Anlagentausch wieder zusammen. Daß sie sich bei dieser Flucht nach vorn genauso wenig wie die Kombinatsdirektoren um das Arbeitsgesetzbuch und die noch Anfang März verabschiedete Sozialcharta kümmerten, wurde zunächst als unvermeidlich hingenommen. Noch vor dem Inkrafttreten des monetär-fiskalpolitischen Anschlusses und des Treuhandgesetzes hatten sie ihre Belegschaften verkleinert. Vor allem

alleinstehende Mütter mit Kindern, ältere Arbeiterinnen und Arbeiter, Behinderte, aber auch viele Jugendliche wurden aus ihren Arbeits- und Lehrverträgen entlassen. Das alles zeigt, daß die Direktionen des industriellen und des landwirtschaftlichen Produktionsapparates genauso wie die neuen Tycoons von Handel, Banken und Dienstleistungen die Zeichen der Zeit verstanden und sich entsprechend eingerichtet hatten.

Und dennoch kamen sie nicht zum Zug. Schon in den Wochen vor der Währungsanpassung war es ihnen immer seltener gelungen, bei ihren Banken im gewohnten Ausmaß Kredite zu bekommen. Dramatisch wurde es vollends nach dem ersten Juli. Zwar flossen jetzt die Geldströme reichlich, aber die nun formell privatisierten Geschäftsbanken finanzierten nur noch die kleinen und mittleren Unternehmensgründungen in den Bereichen Dienstleistungen, freie Berufe und Handwerk (Dresdner Bank Mitte Juli 750 Millionen, Deutsche Bank Anfang August 1,5 Milliarden DM). Abgesehen davon stornierten die Banken nun das gesamte Aktiva-Geschäft der ehemaligen Staatsbankfilialen, bei denen die Kombinate mit einer auf 130 Milliarden DM halbierten Kreditbilanz in der Kreide stehen. Da die Zinsen sich am 1. Juli mehr als verdoppelt hatten, stand weiteren Krediten eine – zudem schockartig aufgewertete – unveränderte Zinslast gegenüber, und überdies verfügte keines der Kombinate und keine der inzwischen erfolgten Ausgründungen über eine D-Mark-Eröffnungsbilanz. Auch die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften standen nunmehr einer fast vollständigen Kreditsperre gegenüber. Die am 1. Juli schlagartig einsetzende kurzfristige Liquiditätskrise des gesamten zentralen Produktionssystems der DDR war die logische Folge des ökonomischen Annexionsvertrags.

Nach der Währungsumstellung vom 1. Juli organisierten aber auch die Arbeiterinnen und Arbeiter und Bauern ihren Überlebenskampf. Noch in den Tagen vor der Einführung der D-Mark hatten die Ostberliner Müllwerker eine Leistungszulage in Höhe von 30 Prozent erstritten. Auf sie folgte in der ersten Juliwoche eine Streikbewegung der 350.000 Metallarbeiter von Berlin-Brandenburg, die mit einem Teilerfolg endete: 250,-- DM Lohnerhöhung rückwirkend zum 1. Juli, Kündigungsschutz bis Ende Juli 1991. Dieses Ergebnis wurde nicht nur von den übrigen Tarifbezirken der Metallindustrie übernommen, sondern erlangte Signalwirkung für eine Reihe weiterer Tarifbewegungen bis hin zum gewerkschaftlich neu formierten Öffentlichen Dienst. Aufschlußreicher als die Ergebnisse, die insgesamt lediglich die Erhöhung der Lebenshaltungskosten ausglichen und statt schwer kalkulierbarer Rationalisierungsschutzabkommen den Unternehmen das »Parken« ganzer Belegschaften als Kurzarbeiter zu Lasten des staatlichen Sozialbudgets ermöglichen, sind die Motive, die zu diesem zeitweiligen Status quo geführt haben. Arbeitgeber und IG Metall, beide inzwischen in der Hand ihrer westdeutschen Mentoren, waren sich darin einig, daß ein Durchbruch zu »sozialen Unruhen« und unkontrollierbaren syndikalistischen »Artikulationen« unbedingt verhindert werden müsse.

Weniger erfreut waren die Akteure des ökonomischen Anschlusses. Sie monierten einhellig das Fehlen leistungsstimulierender Lohndifferenzierungen in den Abschlüssen und verurteilten den einkommenspolitischen Vorgriff auf Produktivitätssteigerungen, die doch erst einmal erwirtschaftet werden müßten. Wie beschränkt auch immer in den Ergebnissen: die zentrale Arbeiterklasse war noch da und mußte in einem Ausmaß lohnpolitisch ruhiggestellt werden, das nicht erwartet worden war. Die Ergebnisse der Berlin-Brandenburger Metallarbeiterstreiks und die kurz darauf einsetzenden Massendemonstrationen von LPG-Bauern machten auf jeden Fall klar, daß sich die hinter der produktions- und infrastrukturpolitischen Leerstelle des ökonomischen Anschlußvertrags versteckte Absicht zur Umwandlung der konkursreif gemachten DDR in ein tertiarisiertes Billiglohnland nicht ohne den Preis massiver sozialer Konflikte bewerkstelligen läßt.

Das aber hatte, wie einige Unternehmenspapiere zeigen, die sofortige Stornierung von vielen Übernahme- und Beteiligungsprojekten zur Folge. Was die Strategen des Finanzkapitals als Erpressungsmittel eingesetzt hatten, drohte nun ein Stück weit Realität zu werden, und zwar im Ergebnis einer Streikbewegung, die in der Woche nach dem ökonomischen Anschluß ein unmißverständliches Gegensignal gesetzt hatte. Die Metallarbeiter und nach ihnen die LPG-Bauern hatten überraschend schnell gehandelt. Und das in einer Situation, die schon vom dramatischen Anstieg der Arbeitslosenziffern geprägt war. Die Zahl der offen Arbeitslosen ist von 142.000 Ende Juni auf 260.000 Ende Juli gestiegen. Daneben gibt es Mitte Juli schon 222.000 und Ende des Monats 500.000 Kurzarbeiter. In der zweiten Augustwoche wurde die Millionengrenze überschritten: 320.000 offen Arbeitslose und 850.000 Kurzarbeiter, von denen 90 Prozent vollständig für die Unternehmen »geparkt« sind. Bevor der Treuhandkonzern überhaupt richtig funktionsfähig war, war das Schicksal ganzer Branchen (Lebensmittel- und Textilindustrie) und eines Drittels der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (235.000 Beschäftigte) schon unwiderruflich besiegelt.

Und so ist schon im Verlauf des Juli das monetaristische Übernahme- und Erpressungsprogramm des bundesdeutschen Finanzkapitals gescheitert. Die Entscheidung, Produktion und Infrastruktur den Eigengesetzlichkeiten des angeblich freien Marktes zu überlassen, hatte zwar die Umwandlung von Staats- und Marktmonopol im Handel sowie im tertiären Sektor gefördert und einer spektakulären Übernahme der Elektrizitätswirtschaft den Weg geebnet, aber zugleich die Kombinate und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften an den Rand des Ruins getrieben. Sie verloren fast schlagartig Kernbereiche des DDR-Binnenmarktes an das BRD-Kapital, und gleichzeitig verfielen ihre Finanzierungsspielräume dramatisch.

Der Ostberliner Satellitenregierung blieb nichts anderes mehr übrig, als Feuerwehr zu spielen. Um den akuten Finanzkollaps der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften abzuwenden, wurden sie im Juli mit 500 Millionen und im August mit nochmals 700 Millionen DM ausgestattet. Ähnlich agierte auch die Treuhandanstalt: Um die Liquiditätsforderungen der Kombinate zumindest partiell zu befriedigen, überzogen Gohlke und Rohwedder schon im Juli alle Etatansätze und zahlten zehn Milliarden DM aus. Das waren aber nur 41 Prozent der angeforderten Mittel. Sie reichten zur Lohnzahlung, genügten aber nicht zur Bezahlung laufender Verbindlichkeiten der neuen Aktiengesellschaften und GmbHs. Für August haben die Unternehmen erneut elf Milliarden DM beantragt, aber nicht mehr alle werden Mittel erhalten. Noch dramatischer entwickelte sich die Haushaltslage. Die neuen Hochrechnungen der Arbeitslosenversicherung erfordern Zusatzmittel in Höhe von sieben Milliarden DM. In der nach BRD-Modell reorganisierten Krankenversicherung ist ein Defizit von vier Milliarden aufgelaufen. Bei einem Bestand von 750 Millionen zur »Anschubfinanzierung« wurden in der Rentenversicherung allein für Juli 2,1 Milliarden DM verausgabt. Die Sozialhilfeleistungen (2,5 Milliarden DM) waren im ersten Haushaltsansatz überhaupt nicht berücksichtigt. Schon jetzt (Mitte August) wird ein Gesamtdefizit in Höhe von 20 Milliarden DM hochgerechnet und es wird in den nächsten Monaten zweifellos weiter steigen. Die Akteure und Kollaborateure des Anschluß-Pakts stehen schon jetzt vor dem Offenbarungseid. Der völlige Zusammenbruch im Winter 1990/91 läßt sich nur noch durch riesige Infrastruktur- und wirtschaftliche Umstrukturierungsprogramme aufhalten, die auch die ökonomische Weltmacht BRD nur meistern kann, wenn sie die Steuern drastisch erhöht und den finanzpolitischen Notstand ausruft. Sonst wird das im monetaristischen Anschlußprogramm instrumentalisierte Drohpotential bittere Wirklichkeit.

Panik in der politischen Klasse

Wenn man von einigen kurzlebigen und von der chauvinistischen Parteimehrheit zum Schweigen gebrachten Kassandrarufen des SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine absieht, haben die etablierten politischen Parteien diesseits und jenseits der Elbe dem Durchmarsch der finanzkapitalistisch-ministerialbürokratischen Aktionsgruppe um Tietmeyer und Schlecht vorbehaltlos zugestimmt. Im Taumel des kapitalistischen Restaurationsprozesses und der damit verbundenen Begleichung alter Rechnungen haben sie überhaupt nicht bemerkt, worauf sie sich einließen. Das monetaristische Übernahmekonzept führt zu einer Spaltung des sich politisch formierenden Großdeutschland in zwei volkswirtschaftlich scharf getrennte Territorien. Es koppelt das DDR-Gebiet langfristig vom westdeutschen Sektor mit seinen überdurchschnittlich hohen Löhnen und Lohnersatzleistungen ab. Es basiert auf der Annahme, daß es möglich sei, etwa zehn Jahre lang die ostdeutsche Wirtschaftssphäre in einem Zustand niedriger Löhne und extremer Massenverarmung zu fixieren, bis sich die Leistungsstandards und das Produktivitätsniveau dem westdeutschen Durchschnitt angenähert haben. In diesem Planspiel wurde offensichtlich von der Annahme ausgegangen, daß sich die sozialen Konfliktpotentiale einmal durch ausgedehnte Migrationsarbeit und zum andern durch die Beschäftigungs- und Leistungsanreize einer fest über die DDR-Gesellschaft gestülpten postfordistischen Dienstleistungsgesellschaft kompensieren lassen. Denn die Bedingungen des ökonomischen Annexionsvertrags sind so gestaltet, daß sie zwar ein einheitliches Währungsgebiet und eine damit verbundene mittelständische Dienstleistungskultur erzeugen, jedoch die Rekonstruktion eines den Bevölkerungsverhältnissen einigermaßen gerecht werdenden Industrie- und Agrarpotentials von Extraprofiten und sonstigen außergewöhnlichen Investitionsanreizen abhängig machen, wie wir sie gegenwärtig allenfalls in den freien Produktionszonen der Drei Kontinente antreffen.

In seiner Grundannahme kennt das Übernahmemodell der Tietmeyer-Schlecht-Gruppe nur die Alternative zwischen extremer Niedriglohnsphäre oder weitgehender Deindustrialisierung auf lange Sicht. Es konzipiert innerhalb des großdeutschen Verbunds eine Zone der proletarischen Verelendung oder aber des völligen Verschwindens der Arbeiterklasse in einer Dienstleistungsgesellschaft à la Las Vegas. Diese Perspektive bezieht auch die Landwirtschaft mit ein. Während das industrielle Produktionspotential und mit ihm die Qualifikations- und Leistungsstruktur der DDR-Arbeiterklasse weit hinter den BRD-Standards herhinken, verhält es sich in bezug auf die Agrarstruktur in vielem umgekehrt. Ein mittlerer Investitionsschub zur Redimensionierung der Betriebsgrößen, zur Zusammenführung von Pflanzenproduktion und Viehzucht sowie zum Ausbau der nachgeordneten Veredelungsbereiche würde ausreichen, um die westdeutsche Landwirtschaft mit ihren übertechnisierten Strukturen und unrentabel kleinen Anbauflächen niederzukonkurrieren. Sie würde aber auch das gesamte protektionistisch gestützte System der EG-Agrarordnung herausfordern.

Über diese paradoxe Konstellation vermögen die aktuellen Finanzierungsengpässe nicht hinwegzutäuschen. Durchdenkt man sie einigermaßen systematisch, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Logik des ganzen bis jetzt praktizierten ökonomischen Annexionsprogramms die Drohgebärde des Bankrotts im Fall der Landwirtschaft tatsächlich mit einem Konzept der langfristigen De-Investition und in bezug auf die Industrie mit der Belassung relativ kleiner Produktionsinseln kombiniert hat. Da die DDR aber ökonomisch und demnächst auch politisch nicht mehr realsozialistisch-stagnierendes Ausland ist, sondern Teil der prosperierenden BRD, sind soziale Massenkämpfe vorprogrammiert, die sich mit den Repressionsinstrumenten einer repräsentativ-parlamentarischen Demokratie allein nicht unter Kontrolle halten lassen. Es

sei denn, das gesamte bisherige Modell der ökonomischen Annexion wird in aller Offenheit für gescheitert erklärt und durch eine neokeynesianische Produktions- und Infrastrukturpolitik ersetzt, deren Finanzierungsvolumen aber nur unter der Voraussetzung langfristiger hoher Kapitalüberschüsse in Westdeutschland und der sich entsprechend engagierenden EG aufzubringen sein wird.

Was also tun? Nachdem sie den Finanzleuten und Ministerialbürokraten monatelang das Feld überlassen und die brutalste Variante des kapitalistischen Restaurationsprozesses in der DDR propagandistisch abgedeckt hat, kommt die politische Klasse zusammen mit ihren Ostberliner Juniorpartnern allmählich ins Schwitzen. Sie entdeckt, daß sie wesentliche Handlungsspielräume an Hochfinanz und ministerielle Eliten verloren hat, ohne es überhaupt zu bemerken. Sie ist zum Hintersassen einer Kanzlerautokratie verkümmert, die sich im Rausch der deutsch-deutschen Abrechnung und des außenpolitischen Triumphs immer mehr ihrer Kontrolle entzieht. War Adenauer der 'Kanzler der Westalliierten', so hat sich sein Enkel Kohl zum Kanzler des Finanzkapitals und seiner Deregulierungsstrategie gemausert. Die Folgen sind verheerend. Die ökonomische Annexion der DDR war nur ein erster Durchbruch. Das neu formierte finanzkapitalistisch-ministerialbürokratische Herrschaftszentrum wird seine Macht ausbauen und das ohnehin verkrustete politische Vermittlungssystem der repräsentativ-parlamentarischen Parteidemokratie in eine beliebig manipulierbare Akklamationsmaschine verwandeln.

Bezeichnend für den Zustand der Bonner – und Ostberliner – Parteien ist, daß sie auch da beiseitestehen, wo die Ministerialbürokratie die Ausweitung ihrer ureigensten Machtsphäre betreibt. Seit Ende Juni verhandeln deutsch-deutsche Expertendelegationen über den zweiten Staatsvertrag. Unverhohlen wird davon ausgegangen, daß der politische Anschluß gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes zu erfolgen habe. Die Rechtsangleichung, die einseitige Diskriminierung völkerrechtlich wirksamer DDR-Verträge, die Übernahme der öffentlichen Verwaltung und Rechtsprechung, die Gleichschaltung von Kultur- und Wissenschaftspolitik: alles richtet sich nach den BRD-Normen, und überall werden die Bedingungen für den Einmarsch bundesdeutscher Evaluierungskommissionen geschaffen, die prüfen, sortieren und aussondern. Das alles wird nur in Einzelaspekten in Frage gestellt. So etwa der Abtreibungsparagraph 218 oder einige besonders rigorose Eingriffe in die bisherige ostdeutsche Kulturpolitik. Zwar hat die SPD inzwischen einen eigenen Entwurf präsentiert: In manchem repressiver angelegt als die Orientierungspunkte der selbstherrlichen Ministerialbürokratie, plädiert sie für die Einsetzung eines Verfassungsrats, aber erst nach dem Anschluß gemäß Artikel 23. Sie nimmt also im Nachsatz zurück, was sie in der Präambel vorschlägt. Das Desinteresse an den Ungeheuerlichkeiten des Gesamtkonzepts und die nur selektive Wahrnehmung und Diskussion einzelner Facetten in der Öffentlichkeit arbeitet einer Ministerialbürokratie in die Hände, die nur ein Ziel hat: die reibungslose Einverleibung eines politisch gesäuberten DDR-Verwaltungsapparats in einen neu auferstehenden großdeutschen Obrigkeitsstaat.

Es wird für sie fatale Folgen haben, daß sich die politische Klasse nur noch da zu Wort meldet, wo ihre unmittelbaren Interessen tangiert sind. Noch schlimmer wird sich für sie aber auswirken, daß es auch in ihren ureigensten Domänen nur noch die schlechtesten aller Lösungen gibt. Der ganze Juli war mit dem Gezerre um Wahlhürden und Sperrklauseln ausgefüllt, und herausgekommen ist ein Ergebnis, das die mögliche parlamentarische Opposition weitgehend ausgrenzt, dafür aber den rechtsextremen Rand des Parteienspektrums begünstigt. Das alles sind bitterböse Vorzeichen. Niederschmetternd ist auch die Art und Weise, in der der DGB und die westdeutschen Einzelgewerkschaften in der DDR aktiv geworden sind. Sie haben den Reorganisationsbemühungen der ostdeutschen Gewerkschaftsbewegung den Todesstoß versetzt, das noch im März erlassene Gewerkschaftsgesetz verhöhnt und unter dem Vorwand, eine Billiglohnentwicklung verhindern zu wollen, eine nach ihren Bedingungen diktierte einheitsgewerkschaftliche Organisationsausweitung durchgepaukt.

Die politische Klasse der BRD und der DDR befindet sich in heller Panik. Sie rettet sich in einen Formierungsprozeß, weil sie ein riesiges Legitimationsdefizit auf sich zukommen sieht. Sie ist dabei, all jene Spielräume und Flexibilitäten zu verlieren, die sie in der politischen Verfassungswirklichkeit der BRD trotz allem einmal auszeichneten. Die Sozialistische Einheitspartei ist tot. Ihre politischen Funktionen werden von einem Parteiensystem übernommen, das unter dem Druck des Va Banque der bundesdeutschen Herrschaftselite immer stärker den Charakter einer ganz eng zusammenrückenden kapitalistischen Einheitspartei annimmt. Antje Vollmer, die jetzt großdeutsch gestimmte Pastorin mit der so sympathisch traurigen Stimme, täuscht sich sehr, wenn sie glaubt, daß nun die Stunde der Parlamentarisierung der 68er Massenbewegung und der Basisorganisationen vom Herbst 1989 gekommen sei. Ihr Gouvernementalwerden besiegelt lediglich das Scheitern aller praktisch-politischen wie analytischen Bemühungen in jenen Bewegungen, zu deren Sprecherin sie sich aufschwingt. Und es fällt in eine Zeit, wo alle Indikatoren im Verhältnis von ökonomischer, ministerialbürokratischer und politischer Macht auf die Dringlichkeit einer illusionslosen und langfristig angelegten Widerstandsperspektive außerhalb der Parlamente hinweisen.

Konkret 09/90, S. 16

Oliver Tolmein

Von allen verkannt

Daß die große bürgerliche Koalition sie meidet und beschimpft, hat die PDS so wenig verdient wie die Hoffnung, die viele Linke in sie setzen: Sie ist für Deutschland und gegen fremde Truppen, für die Zusammenarbeit mit der SPD und gegen antifaschistische Militanz, für Parlamentarismus und gegen Kommunismus

»Aber das eine muß sich jeder Genosse vor Augen halten: Aus einem so tiefen Fall kann nur eine ganz geschlossene, klare, rücksichtslose Politik die Rettung bringen. Mit halben Mitteln, mit Hin- und Herschwanken, mit zaghafter Schaukelpolitik kann uns nimmermehr geholfen werden. Jetzt muß sich jeder sagen: entweder – oder. Entweder sind wir nationalliberale Schafe im sozialistischen Löwenfell. . . oder aber wir sind Kämpfer der proletarischen Internationale in vollen Bedeutung dieses Wortes, dann muß eben mit der Opposition ganze Arbeit gemacht, dann muß die Fahne des Klassenkampfes und des Internationalismus rücksichtslos und offen entfaltet werden.«
Rosa Luxemburg

Wenige Monate nur nach der Zerschlagung der real existierenden DDR und ihrer Staatspartei SED, nach der Quasi-Auflösung der linken antifaschistischen Opposition der BRD in die Ratlosigkeit wird ein Silberstreif an den Horizont projiziert: Weitblickende Linke haben die in der großdeutschen Restauration verborgene »große Chance für einen neuen Sozialismus« (Gysi), die »einmalige Chance für die deutschen Linkskräfte« (Andre Brie), »die Krise als Chance« (»Arbeiterkampf«) sichtbar gemacht. Der geifernden Öffentlichkeit und den staunenden Marginalisierten aller Bundesländer haben sie auch gleich die neue Kraft präsentieren können, die diese Chance nutzen will. Innerhalb weniger Wochen ist, in etlichen informellen Gesprächen im kleinen, ganz kleinen und kleinsten Kreis in Hamburg und Berlin (Hauptstadt der DDR) die Gründung der Linken Liste/PDS (LL/PDS), die in der BRD zu den großdeutschen Parlamentswahlen kandidieren und dann mit der in der DDR antretenden PDS eine Listenverbindung eingehen wird, vorbereitet und schließlich im August bekanntgegeben worden.

Ihr taktisches Gesellenstück weist die knapp zwei Dutzend Initiatorinnen und Initiatoren als gelehrige Lenin-Schüler aus: Ohne Rücksicht auf basisdemokratische Sentimentalitäten wurde die neue Partei nach Effizienz-Kriterien formiert, kein Abstimmungsschnickschnack sollte das wichtige Projekt gefährden, potentielle bundesdeutsche Quertreiber wurden ausgebootet, Kritik radikalerer Geister gelassen ignoriert. Die PDS-Mitgliedschaft, aber auch die Funktionäre der mittleren Ebene wurden von ihrem Parteivorstand vor vollendete Tatsachen gestellt. In der BRD wurden die Vorbereitungen, um schärfere Auseinandersetzungen zu vermeiden, von vornherein strikt abgeschottet getroffen. Gruppen, die als zögerlich, unentschlossen, »sektiererisch« gelten, wie VSP, BWK, MLPD, waren nicht in die Planungen einbezogen; andere, die, wie die DKP oder die PDS-Initiativen, als »belastet« oder zu »orthodox« gelten, aber aufgrund ihrer traditionell guten Kontakte zur PDS-Basis nicht offen ausgegrenzt werden können, sind auf ein Plätzchen im zweiten und dritten Glied verwiesen. Die Linke Liste/PDS besteht jetzt aus einem zwar nicht weniger traditionellen, aber doch respektabel wirkenden Bündnis von Personen aus den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) und dem Kommunistischen Bund (KB), von ehemaligen Grün-Alternativen, Ex-SPDlern und Leuten aus dem »Sozialistischen Forum« (Ex-DKP-»Erneuerer«); zusätzlich glänzen die Namen einiger zumeist parteiloser Prominenter wie Axel Eggebrecht, Heinrich Hannover, Inge Stolten oder Dorothee Sölle unter dem Gründungsaufruf.

Das autoritäre Vorgehen wird von den LL/PDS-Gründerinnen und -Gründern und der PDS-Spitze schulterzuckend mit »Sachzwängen« begründet: »Die Zeit drängt, die PDS muß sich an gesamtdeutschen Wahlen beteiligen« (Gysi). Das mag gut gemeint sein, ist politisch allerdings eine Katastrophe: Das Prinzip der innerparteilichen Demokratie ist in einer entscheidenden Phase, sozusagen noch bevor es überhaupt beschlossen werden konnte, aufgegeben worden. Statt aus der Geschichte der sozialistischen Linken und insbesondere der SED zu lernen, daß Demokratie eine Frage der Strategie ist und (zumindest zu Zeiten der Legalität) nicht aus taktischen Erwägungen suspendiert werden darf, wird, um sich an Parlamentswahlen beteiligen zu können, der einfachste Weg gegangen und die Praxis der bürgerlichen Parteien übernommen, daß in wichtigen Fragen ohnedies nur die Partei-Führer entscheiden. Es hat weder der LL/PDS noch der PDS-Führung Probleme bereitet, die eigenen Vorstellungen von Demokratie den von der großen Koalition geschaffenen Bedingungen anzupassen – es gibt jedenfalls keine öffentlichen Stellungnahmen oder Papiere, die das erkennen ließen. Die Unbesorgtheit und Formelhaftigkeit, mit der »Zeitdruck« als Begründung für alles hergenommen wird, steht in auffälligem Widerspruch sowohl zum Ziel des Bündnisses, eine Neuformierung der Linken in Gang zu bringen, als auch zu den Beteuerungen der PDS, mittlerweile eine demokratische, moderne Partei zu sein, die sich auch als Bewegung verstehe.

Während aber die halb-öffentliche Einladungspraxis in der Vorbereitungsphase der mit weitaus bescheideneren Zielen angetretenen Radikalen Linken (zu recht) scharfe Kritik hervorrief, wird das Vorgehen der LL/PDS, sieht man von einer von VSPlern und Georg Fülberth unterzeichneten Mahnung ab, kommentarlos hingenommen: Anders als Ende der siebziger Jahre zu Gründungszeiten bunter, alternativer und grüner Listen existiert heute keine Bewegung, die sich für das

neue Projekt ernstlich interessierte oder gar engagierte, die bereit wäre, sich um dessen Stoßrichtung und Akzente zu streiten. Statt von Aufbruchsstimmung wird die Gründungsphase der LL/PDS und die Konstituierung des Wahlbündnisses mit der PDS von linker Routine geprägt. Statt sich um Programm und Ausrichtung des »historischen Projekts« zu streiten, konzentrieren sich dessen Gründerinnen und Gründer auf die notwendige Verwaltungsarbeit: Termine zur Einschreibung beim Bundeswahlleiter, zum Vorstellen vor den Bonner JournalistInnen, zum Aufstellen der KandidatInnen-Liste müssen eingehalten, die Auftritte von Gregor Gysi koordiniert, ein paar Interviews gegeben werden. Die Auseinandersetzungen um inhaltliche Fragen, die zwischen der Staatspartei-Nachfolgerin PDS und den Aktiven der Mehrheitsströmung des zumindest ehemals maoistisch-leninistischen KB oder zwischen den sozialdemokratisch orientierten SOSTlern und den Ex-GALiern anstehen (und die von Arbeits- aber Sicherheits- bis Wirtschaftspolitik alle relevanten Bereiche betreffen), müssen suspendiert werden, um überhaupt ein Parteiprogramm zustande zu bekommen. Der Preis für den taktischen Erfolg ist der Verzicht auf eine erkennbare Strategie. Die Schüler haben, bevor sie von ihm garnichts mehr wissen wollen, Lenin auf den Kopf stellen.

Charakteristisch für die erneuerte alte und die bald veraltete neue Partei ist die Selbstverständlichkeit, mit der sie der Beteiligung an den Wahlen zum Parlament alle anderen Auseinandersetzungen und Vorhaben unterordnet. Die Beteiligung an diesem unter Mißachtung selbst bürgerlich-demokratischer Umgangsformen durchgezogenen Legitimationsprojekt für die Restauration Groß-Deutschlands wird zwar konkret begründet – ohne aber zu erklären, wieso der Annäherung an die angestrebten Ziele ausgerechnet eine Fraktion im künftigen Reichstag dienlich sein soll. Der Widerstand gegen »einen Vernichtungsfeldzug gegen die sozialistische Idee«, die Schaffung eines »Gegengewichts zum Nationalismus« und das Vorhaben, »den von dieser Entwicklung hauptsächlich Betroffenen. . . weiteren Mut zu machen, Rückhalt zu geben und mit ihnen gemeinsam den politischen und sozialen Protest zu organisieren« (Programm der LL/PDS) erscheinen auch nicht gerade selbstverständlich als vordringlich parlamentarisch anzugehende Projekte: kein Wort über die Erfahrungen der Volkskammer-Fraktion der PDS, die gemessen an diesen Zielen ihre parlamentarische Betätigung wenigstens mit einem Fragezeichen versehen sollte, kein Gedanke auch an die Praxis der Grünen, deren Bundestagsfraktion eher der zu wenig reformistischen Bundesdelegiertenkonferenz die Leviten liest, als das Parlament zur Tribüne für die Verbreitung der, im Vergleich zur PDS, radikalen eigenen Programmatik zu machen. Ein Argument für die Wahlbeteiligung allerdings ist neu: Sie dient der »Besitzstandswahrung«, der anders offensichtlich nicht vorstellbaren Rettung der Partei – und wird damit zum Selbstzweck: »Wenn wir nicht zu den Wahlen antreten«, erklärt PDS-Präsidiumsmitglied Andre Brie, »besteht die große Gefahr, daß die PDS von der Bildfläche verschwindet. Die Abnutzung unseres Potentials läßt sich durch Erfolge bei den Landtagswahlen allein nicht aufhalten.«

Der Verzicht darauf, die Kandidatur inhaltlich präziser zu begründen, erklärt sich daraus, daß die Protagonistinnen und Protagonisten dieses gesamtdeutschen Wahlbündnisses ihre Beteiligung an den Institutionen der repräsentativen Demokratie prinzipiell, also unter allen Umständen, für notwendig halten. »Wenn man nicht im Parlament oder in bestimmten Institutionen sitzt, ist man außen vor«, verkündet LL/PDS-Gründungsmitglied Ulla Jelpke; »die LL/PDS verteidigt die bestehenden Freiheiten einer parlamentarischen Demokratie gegenüber jeder Form diktatorischer Herrschaft«, schreibt das Programm ihrer Partei in aller gewollten Naivität fest, gerade so als ob die »bestehenden Freiheiten einer parlamentarischen Demokratie« in Deutschland nicht zum Nationalsozialismus geführt und als ob die NS-Diktatur mit der realexistierenden oder kommunistisch gedachten Diktatur des Proletariats so umstandslos in eine BRD-staatstragende Formulierung gepackt werden könnte.

Die Preisgabe der prinzipiellen Parlamentarismus-Kritik, die sogar die Grünen in den ersten Jahren ihrer Gründung auszeichnete und sie im nachhinein als geradezu radikales Projekt erscheinen läßt, ist ein Indiz für den systemkonformen Charakter des neuen Wahlprojekts, dessen Initiatorinnen und Initiatoren sich zwar gerne auf Rosa Luxemburg berufen, den von ihr immer wieder formulierten Unterschied zwischen »parlamentarischem Kretinismus« und demokratischer Politik aber lieber nicht reflektieren. Nun ist die PDS Nachfolgeorganisation einer Staatspartei, die sich zu keiner Zeit durch revolutionären Elan oder durch besonderes Interesse an spontanen Massenaktionen ausgezeichnet hat. Daß ihre Mitglieder jetzt das bloß formale Verständnis von sozialistischer Demokratie plötzlich durch die Begeisterung für die Rituale der ebenfalls bloß formalen bürgerlichen Demokratie ersetzen. kann also ernstlich niemanden erstaunen. Es verdient aber festgehalten zu werden: Aus dem Scheitern des real-existierenden Sozialismus folgern die PDS-Politikerinnen und -Politiker nicht, daß es zu wenig Sozialismus respektive Kommunismus, sondern daß es zuviel davon gegeben habe. Ihre Kritik führt sie zurück in den Schoß der Sieger, des kapitalistischen repräsentativen Parlamentarismus. Sie wollen nicht nach neuen, unbekannten Wegen suchen, sondern sich künftig nur noch auf schon gut erschlossenes Terrain begeben, auf die sorgsam beschilderte und nach den Regeln der Straßenverkehrsordnung zu befahrende Umgehungsstraße, wenn das Autobahnteilstück gerade mal verstopft ist: auf den »Dritten Weg«. Die westdeutschen LL/PDSler haben sich, wohlwissend, wer 350.000 Mitglieder, die für den Wahlkampf notwendigen finanziellen Mittel, den Publikumsmagneten und mehr als eine Million Wähler-Stimmen in das Bündnis einbringt, Orientierung und Diskussionsstand der PDS angepaßt.

Die von Sachzwängen geleitete Organisationspolitik des Wahlbündnisses ist traurig, aber sie folgt der bisherigen politischen Praxis seiner treibenden Kräfte. Niederschmetternd ist allerdings, wie beiläufig und unengagiert das aktuell und auf absehbare Zeit zentrale politische Thema, die deutsche Expansions- und Großmachtpolitik, zu einem unter vielen gemacht wird. Nachdem er sich in seinem Aufsatz »Was will die PDS in Deutschland?« seitenlang über die »unsterbliche Idee des Christentums«, über Menschheitsfragen und die von Marxisten unterschätzte Reformfähigkeit des Kapitalismus ausgelassen hat, konstatiert Gregor Gysi ganz nebenbei und so, als sei das nur eine Möglichkeit, und nicht etwa untrennbar mit der Wiedervereinigung verknüpfte Wirklichkeit: »Das geeinte Deutschland läuft Gefahr rechtslastig zu werden.« Und André Brie warnt, daß »den Deutschen« eine »vierte Chance« nicht mehr gegeben werde – daß die ersten beiden schon zuviel waren und bereits die auch nur geringe Möglichkeit eines neuen Faschismus auch die dritte »Chance« als Katastrophe erscheinen läßt, gerät in diesem moralisierenden Diskurs völlig aus dem Blick.

Bedenkenlos wird von PDS und der treu jede Parole nur leicht variierenden LL/PDS der Protest gegen die »Annexionspolitik der BRD-Regierung« zu einer sozialpolitischen Wahlkampf-Formel verkorkst, über den unmittelbaren Folgen für »die Deutschen« werden die mittelbaren Folgen für die Welt »vergessen«, kein Gedanke wird über den Charakter dieser Wahl und die Art des dadurch legitimierten groß-deutschen Parlaments entwickelt, keine Analyse der Wiedervereinigung und ihrer Konsequenzen wird auch nur versucht. Angesichts eines seit 1941 beispiellosen Siegeszuges deutscher Weltmachtpolitiker und expansionsgieriger deutscher Kapitalfraktionen üben sich die PDS-Politiker und LL/PDS-Gründerinnen in Allerweltsrhetorik und dreschen Phrasen wie eine wohlerzogene Oppositionspartei im Normalfall: »Der sozialstaatliche Kompromiß. . . bildet den Ausgangspunkt unserer Politik... Wir setzen uns für eine europäische Wirtschafts- und Friedensordnung ein. Für die Linke Liste/PDS stellen die Forderungen von Frauenbewegungen und Feministinnen eine wesentliche Erneuerung der Politik dar« (LL/PDS-Programm) .

Was bei einigen der LL/PDS-Mitglieder Anpassung an den Zeitungeist sein mag, ist bei der die Politik des Bündnisses bestimmenden Partnerin PDS programmatisches Selbstverständnis. Hans Modrow hat als DDR-Ministerpräsident an die Stalinnote von 1952 und an die nationale KPD- und SED-Tradition Ende der Vierziger/Anfang der Fünfziger Jahre angeknüpft und sich für die deutsche Einheit ausgesprochen. Für die Politik seiner später in SED-PDS und dann in PDS umbenannten Partei wurde das zur Richtlinie. In seiner Juni-Rede vor dem Parteivorstand hat Gregor Gysi zwar betont, daß »die Rechten da (in der nationalen Frage, O.T.) einfach besser sind. Dafür sind wir in Antinationalismus und Internationalismus besser« – nicht einmal in dieser, gemessen an allen seinen anderen einmalig linken Rede hat sich Gysi aber gegen die Restauration Groß-Deutschlands ausgesprochen. Vorher und nachher leierten die PDS-Redner und -Beschlüsse aber sozialnationale Töne wie von der Drehorgel: »Deutschland einig Vaterland – das ist doch ein gutes Wort, auch wenn es von manchen auf der Straße mißbraucht wird. Den Einigungsprozeß will und wird niemand aufhalten« (Hans Modrow); »Wir sind für ein Deutschland – einig Vaterland« (PDS-Landesdelegiertenkonferenz Thüringen); »Der Anschluß an die BRD ist in mancher Hinsicht ein häßlich Ding. Kolonisierung und Fremdbestimmung sind unvermeidlich. Dies ist die Kröte, die wir schlucken müssen. Aber dieser Anschluß ist ein Fortschritt. Der Anschluß an die BRD ist ein Wandel von einer halbierten Modernisierung zur modernen Gesellschaft« (PDS-Theoretiker Michael Brie); »Es bleibt dabei: Die Partei des Demokratischen Sozialismus ist für die Einheit Deutschlands in einem Europa freier, gleichberechtigter Nationen und Völker« (Gregor Gysi).

Die deutsch-nationalen Äußerungen sind nicht bloß Rhetorik und Ideologie, sie bestimmen die politischen Konzepte und tatsächlichen Interventionen der PDS – und sieht man, wie sich die LL/PDS der großen Schwester angeglichen hat, auch die der erhofften sozialistischen Reichtstagsfraktion.

In der unmittelbaren Auseinandersetzung mit den anderen Parteien, die, der »konfrontatives Denken« verhindern wollenden PDS-Sprachregelung zufolge, auf gar keinen Fall als Gegner angesprochen werden sollen, führt der nationale Grundton der Politik zu einer Konkurrenz um »die beste Lösung für Deutschland«. Auf dem Wahlparteitag der PDS Ende Februar hielt Gregor Gysi dem Bundeskanzler beispielsweise vor: »Bisher ist der Kanzler zu keiner einzigen politischen Konzession um der deutschen Einheit willen bereit, und das ist antinational«. Auf der von Mitgliedern der PDS und des Neuen Forums im August initiierten Protestkundgebung im Berliner Lustgarten schien Gysi der Stichwortzettel von Oskar Lafontaine untergeschoben worden zu sein: »Die Regierung hat inzwischen erkannt, daß sie den Prozeß der Vereinigung nicht mehr beherrscht. Wir haben eine Regierung, die man nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern endlich in die Verantwortung stellen sollte.« Den Zuhörerinnen und Zuhörern auf einer Podiumsdiskussion mit Christian Ströbele (AL/Die Grünen) und Karsten Voigt (SPD) in Frankfurt erklärte Gysi, daß die Dritte-Welt-Politik der Bundesrepublik schädlich sei, »weil, wenn es uns nicht gelingt, die Probleme in der Dritten Welt zu lösen, dann kommen die Probleme zu uns nach Deutschland«.

Weil Deutschland ihnen über alles geht, das Beste für seine Zukunft gerade gut genug ist, versucht die PDS auf die militär- und sicherheitspolitischen Entwicklungen besonderen Einfluß zu nehmen. Vordringlich ist etlichen Reden und programmatischen Erklärungen zufolge, »daß ein vereintes Deutschland gleichberechtigt und als souveräner Staat« agieren kann. Aus dieser strategischen Bestimmung folgt für die PDS, daß taktisch vorsichtiges Vorgehen angesagt sei: »Versuche, die Einheit gegen die Interessen anderer durchzusetzen, können nur Gegenreaktionen zum Nachteil der Deutschen

hervorrufen. Eine Neuauflage des Versailler Vertrages bzw. gravierende Einschränkungen der Souveränität eines künftigen Deutschlands wären jedoch erneut eine Quelle für gefährliche Spannungen auf unserem Kontinent.« (Aus der Kommission Internationale Politik beim Parteivorstand: PDS schlägt Festschreibung äußerer Aspekte der Vereinigung im Staatsvertrag vor).

Da die Durchsetzung der Einheit gegen die Interessen aller, dieser Warnung zum Trotz, keine Gegenreaktionen zum Nachteil der Deutschen hervorgerufen, sondern im Gegenteil den Einfluß Deutschlands in der Welt gemehrt und dessen volle Souveränität gesichert hat, sind zum einen die Einwände der PDS gegen Kohls aggressive Durchmarsch-Politik eindrucksvoll widerlegt, zum anderen gibt es dieser PDS-Analyse zufolge, da keine Neuauflage des Versailla(Schand-)Vertrages droht, jetzt auch keine Quelle für gefährliche Spannungen auf »unserem« Kontinent. In dieses deutsch-nationale Denken paßt, daß auch Forderungen, die im Wortlaut exakt denen rechtsextremer Gruppierungen entsprechen, wie sdbstverständlich aufgestellt werden: »Rückzug aller fremden Truppen von deutschem Territorium« zu fordern, verstellt den Blick darauf, daß die »fremden Truppen« die Befreier vom Nationalsozialismus waren; sich für einen »Volksentscheid über Nato-Mitgliedschaft« (nicht aber die sofortige Abschaffung einer deutschen Armee) einzusetzen, ohne zu thematisieren, daß Deutschland von der Nato nicht etwa zu irgendetwas gezwungen wird, sondern selbst eine Führungsmacht ist (und »die Deutschen« davon gut profitieren), suggeriert, die »Neutralität« würde den Frieden zuverlässiger sichern.

Wenig besser verhält es sich im übrigen mit dem Engagement der PDS für Europa: »Die Chance für ein demokratisches, friedliches, kooperatives und solidarisches Europa muß genutzt werden«, fordern PDS-Politiker in zahllosen Varianten (diese stammt von der Kommission Internationale Politik beim Parteivorstand) – gerade so als ob die unter bundesdeutscher Führung seit Jahren betriebene Politik der Stärkung der EG diese »Chance« eröffnete und nicht im Gegenteil, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, eine imperialistische Politik forcierte, die antidemokratisch, aggressiv und konkurrent wirkt. »Globale Probleme sind nur global lösbar. In Übereinstimmung mit dieser Notwendigkeit steht das Bestreben nach einer politischen Union Europas. Es ist letztlich darauf gerichtet, die Nationalstaatlichkeit zu überwinden. Seitdem die EG existiert, wird, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, Schritt für Schritt die Souveränität einzelner Staaten abgebaut.« Gregor Gysi unterstellt der EG nur das Allerbeste. Er räumt zwar ein, daß »das deutsche Kapital dabei (ist), die führende Rolle in Europa zu übernehmen... Das ändert jedoch nichts an der Notwendigkeit des Abbaus von Nationalstaatlichkeit.«

An frommen Phrasen festzuhalten, wenn selbst ein erster Blick zeigt, daß sie bestenfalls bzw. schlimmstenfalls von den tatsächlichen Auseinandersetzungen ablenken, die gegensätzlichen Interessen verkleistern, statt sie in aller Schärfe herauszuarbeiten, ist ein wesentliches Merkmal der PDS-Politik. Erklärlich ist das aus der Vergangenheit als Staatspartei, die sich für die PDS als doppelter Fluch erweist: Das Selbstverständnis ihrer Funktionäre ist das von Regierungsmitgliedern im Wartestand eher als das von Oppositionellen; aus der SED-Vagangenheit resultiert gleichzeitig eine Isolation, die zu durchbrechen sich als stärkste Triebkraft der PDS-Politik erweist. Mit fast jeder Initiative bemühen sich die Mandatierten der Partei zu beweisen, daß sie gelernt haben, auf der richtigen Seite zu stehen, bzw. daß sie gar nichts lernen mußten, weil auch sie zu denen gehörten, die zu SED-Zeiten nichts wußten oder unterdrückt waren, Opfer und nicht Macher.

Die Absage an radikale Kritik, Klassenkampf, ja politischen Kampf überhaupt, ist die Botschaft, die die PDS überall verkündet: »wir können und wollen nicht Zaungast der politischen Prozesse in unserem Lande sein, wir wollen eine konstruktive Opposition sein« (Hans Modrow). »Der demokratische Sozialismus ist auf friedlichem Weg zu erreichen..., indem ein Evolutionstyp des Menschheitsfortschritts durchgesetzt wird, der neue Prioritäten setzt« (Gregor Gysi). »Gysi räumte ein, daß es auch in der PDS Kräfte gebe, die in der SPD ihren Gegner sehen. Er selbst werde gegen solche Tendenzen Front machen, weil zwar 'kritische Begleitung nötig sei, aber vor allem auch Suche nach Zusammenarbeit« (»Neues Deutschland«).

Scharfe Abgrenzung gibt es folgerichtig nur nach links: Einer »Arbeitsgruppe Radikale Linke in der PDS« wurde der Abdruck ihrer Plattform im »Neuen Deutschland« verweigert, stattdessen wurde sie dort namens der Parteiführung als »sektiererisch« abgekanzelt und ihr mit der Schiedskommission gedroht. Nach einer militanten Antifa-Demonstration gegen ein Neonazi-Zentrum stimmte die Berliner PDS einem CDU-Antrag »zur Einleitung notwendiger Maßnahmen gegen den Radikalismus im Bezirk Berlin-Lichtenberg« zu, der neben anderem die Einleitung von Ermittlungen gegen die Betreiber des Antifa-Telefons und Schadenersatz in Höhe von 80.000 DM vom Anmelder der Demonstration fordert. In ihren Anträgen zum 2. Staatsvertrag forderte die PDS, die Bestrafung »terroristischer Tätigkeit in jeglicher Form« in den Verfassungsrang zu heben. Von der LL/PDS werden diese Vorstöße, die in etwa der Politik des Realo- und Vollmer-Flügels der Grünen entsprechen, stillschweigend hingenommen.

Die Behauptung, es sei möglich (oder gar sinnvoll), eine »eigene Struktur revolutionärer Kräfte« innerhalb des Wahlbündnisses aufzubauen, entbehrt angesichts seiner Entstehungsgeschichte und der bereits vertretenen Politik jeder Grundlage und ist etwa so sinnvoll, wie den Langen Marsch in den Juso-Vorstand zu propagieren. Setzt sich durch, was das

Wahlbündnis LL/PDS-PDS anstrebt, daß nämlich die Unterstützung dieser Kandidatur zur politischen Perspektive für die verschiedenen Fraktionen der Linken wird, dann kommt zu ihrer realen Niederlage auch noch die ideologische Entwaffnung. Eine Formation zu unterstützen, die eine »links«nationale Politik betreibt und nicht nur kein »Nein« zur Wiedervereinigung zustande gebracht, sondern sogar lauthals »Ja« gebrüllt hat, löst die strategischen Probleme der Linken nur insofern, als sie sich damit selber auflöst.

Konkret 09/90, S. 20

Wolfgang Pohrt

Schuld sind die anderen

Kohls Sieg im Kaukasus besiegelt das definitive Ende einer schönen Zeit

Der 16. Juli lieferte einen weiteren Beweis dafür, daß die Zeiten immer schnellebiger werden. Drei Jahre hatte es damals gedauert, bevor der Triumph bei den Berliner Olympischen Spielen von 1936 sich in politischen und militärischen Erfolgen niederschlug. Nur eine Woche verging diesmal, bis aus dem Spiel Ernst wurde. Am 9. Juli wurden die Helden von Rom gefeiert, am 16. Juli, rund 45 Jahre nach der Eroberung des Berliner Führerhauptquartiers durch die Rote Armee, bezwang ein dicker Deutscher in Stawropol/Kaukasus die sowjetische Regierung.

Sein Erfolgsrezept: sich an die Devise zu halten, daß erkaufte Siege oft billiger als erkämpfte kommen, und daß man den Kampf, der den Sieg erst adelt, später nachholen und ihn dann mit der Beute schon in der Tasche auch viel besser gewinnen kann. Für ein vermutlich dickes Trinkgeld in derzeit unbekannter Höhe hatte die BRD die volle Souveränität oder das jedem souveränen Staat zustehende Recht auf Kriegführung nach außen und Unterdrückung der Opposition im Inneren bekommen, und außerdem mit der DDR einen tüchtigen Vorschuß auf den angestrebten Gewinn an Territorium.

Zwischen dem Dicken mit der prallen Brieftasche und seinem Gastgeber spielte sich eine jener Verbrüderungsszenen ab, wie sie in armen Ländern zwischen Kellnern und Hartwährungstouristen die Regel sind. »Kanzler Kohl platzte vor guter Laune, sein Gastgeber Gorbatschow lachte ausgelassen. 'Es fehlt nur noch ein Kuß', sagte eine Diplomatin bei der Pressekonferenz, die beide gestern mittag in Moskau gaben«, meinte »BILD«. Bei gleicher Gelegenheit bekam der kellnernde sowjetische Staatspräsident seinen künftigen Status zugewiesen, auf Gastarbeiterdeutsch – »Gut? Gut?« – sprach ihn der Kanzler an, und die verständnislose Mine des Angesprochenen bewies: Nur Russen sind dümmer als Türken.

Dumm zwar, aber eben auch gelehrig und beflissen, denn anderntags hatte Gorbatschow die Lektion kapiert, und in der Pressekonferenz konnte er schon das Wort 'Realpolitik' auf Deutsch buchstabieren. Zur Strafe dafür, daß er seine Genossen in der DDR und anderswo nicht nur verraten hatte, sondern mit ihrem obersten Verfolger, wie die Presse mit unbeabsichtigter Anzüglichkeit über die anrüchige Liaison schrieb, »die Nacht unter einem Dach« verbrachte, wurde der im Westen umjubelte Kreml-Chef, den am gleichen Tag die Autonomie-Erklärung der Ukraine zum Herrscher ohne Reich degradierte, als dressierter Affe vorgeführt.

Nur anders als gedacht war also doch noch gekommen, was die untergangsgestimmten Deutschen so lange erwartet hatten, nämlich das definitive Ende einer schönen Zeit. Erträgliche Löhne, erschwingliche Wohnungen, reichlich Essen, für die meisten jedenfalls – so war man ein knappes halbes Jahrhundert lang verwöhnt worden. Und weil die Firma freier Westen hieß, gab's als Beilage persönliche und politische Freiheitsrechte, nur damit keiner zur Konkurrenz überlief. Nun, da die Konkurrenz erledigt ist, ist mit den Vergünstigungen Schluß und werden die Aufwendungen für Werbung gestrichen. Es war einmal, daß eine Regierung wegen ein paar hunderttausend Wählern in Hektik geriet, die beim besten Willen keine Wohnung finden, und Freizügigkeit endet für die Polen an der deutschen Grenze.

Durch seine bloße Existenz hatte der Ostblock die angenehme Illusion gestützt, man brauche Marx nicht so wörtlich nehmen, denn auch unter der Herrschaft des Kapitals könne die Menschheit den Wohlstand mehren und den Frieden bewahren. Fast ein halbes Jahrhundert lang schien es so, als wäre mit der Koexistenz der Blöcke die Alternative Sozialismus oder Barbarei widerlegt. Nun aber, da sich mangels gemeinsamen Feindes die Verbündeten im Westen als die feindlichen Rivalen zu erkennen geben werden, die sie sind; nun, da mit dem Zusammenbruch des Ostblocks fürs Kapital die innenpolitischen Voraussetzungen vorhanden sind, die seit langem schwelende und sich mit dem Zusammenbruch des Ostblocks noch verschärfende Weltwirtschaftskrise auf Kosten der Massen auch in den privilegierten Ländern zu lösen – nun also wird die Rechnung präsentiert.

Fast scheint es, die mächtigen und reichen Nationen wären von dem Glauben erfüllt, sie müßten sich aus dem Fenster stürzen, zur Strafe dafür, daß man ein halbes Jahrhundert lang die Hungernden verhungern ließ, und daß nach Auschwitz einfach alles wie bisher weiterging. Vielleicht denken sie angesichts der Erwartung eines schwarzen Freitags auch, die Lage sei so gründlich verpfuscht, daß kein guter Engel mehr, sondern nur der Teufel in eigener Person sie retten könne. Jedenfalls verhalten sie sich, wie wenn sie lebensmüde wären und ein Ende mit Schrecken dem Schrecken ohne Ende vorzögen, welcher das halbe Jahrhundert westlichen Wohlstands für den größten Teil der Menschheit gewesen war. Denn sie lassen die Deutschen nicht nur gewähren, sondern man könnte fast meinen, daß eine Epoche, die mit ihrem Latein am Ende ist, sich nach ihrem Totengräber sehnt. Nicht weil die Deutschen unbezwingbar sind, sondern weil die Welt sie zu brauchen meint, wird Deutschland stark, zur freudigen Verwunderung auch der Deutschen selber, die wie in den Jahren vor 1939 es kaum fassen können, was man sich ungestraft alles herausnehmen darf. Die »FAZ« vom 18. Juli kommentiert: »Die Deutschen haben fast auf dem silbernen Tablett bekommen, was zu begehren sie sich kaum noch getraut hatten: sich vereinigen zu können, souverän zu werden und dabei in jeder Hinsicht partnerschaftlich zum Westen zu gehören.«

Je deutlicher sich abzeichnete, was die Menschheit von einer Vormachtstellung Deutschlands in Europa zu erwarten hat, desto bereitwilliger wurde sie von den anderen Nationen akzeptiert, gerade von jenen, die zusammen oder auch allein noch stark genug sind, die Katastrophe durch ein simples Nein zu verhindern. Denn was immer man den Deutschen vorwerfen mag: An Warnungen haben sie es nicht fehlen lassen, ein Geheimnis haben sie aus ihren Absichten nicht gemacht, diesmal so wenig wie vor 1939. Und eine Chronologie der laufenden Ereignisse führt zu dem Schluß, daß das Ausland ungefähr wie ein Masochist reagiert, der die Androhung künftigen Leides als Verheißung empfindet. Das Resultat ist Weltgeschichte, die den bitteren Konsequenzen zum Trotz größte Ähnlichkeit mit einer Boulevardkomödie hat.

Am Montag, dem 9. Juli beispielsweise meldete »BILD«: »Ja, es ist wahr! Weltmeister«, und nicht zu überhören ist dabei ein Unterton ungläubigen Erstaunens. Als wolle er den WM-Pokal ganz schnell durch einen politischen Skandal vergessen machen, hatte nachts zuvor der Bundestrainer vor der internationalen Presse erklärt, was der Titelgewinn bedeutet: »Wir sind die Nummer eins in der Welt. Wir sind über Jahre nicht mehr zu besiegen. Es tut mir leid für den Rest der Welt, aber es ist so.« Der Rest der Welt fand sich ab mit der Provokation, und drei Tage später, am 11. Juli, las man wieder in »BILD«, daß deutsche Siege auch auf dem Fußballfeld nicht auf überlegener Spielkunst, sondern auf einem Schreckensregiment basieren, in diesem Fall auf dem Schreckensregiment zänkischer Nachbarn. Der Artikel hieß »Franz: Wie ich Trainer Bilardo aus dem Stadion von Rom jagte«, und Beckenbauer berichtet: »Wißt ihr eigentlich, wann für mich klar war, daß wir Weltmeister sind? Das kann ich euch auf die Minute genau sagen. Weltmeister waren wir schon einen Tag vorm Endspiel. Am Samstag um 18.43. Die Argentinier trainieren im Olympiastadion. Sie sind vor uns dran. Jetzt sind wir dran. Argentinien will weitertrainieren. Diese üblichen Spielchen. Ich raus zu Bilardo: Jetzt aber weg hier! Da haben die sofort eingepackt, haben sich geschlichen. Und da wußte ich: DIE HABEN ANGST.«

Und sie sind dabei, sich in eine Lage zu bringen, in welcher diese Angst begründet wäre. Denn während der dicke Deutsche im Kaukasus noch die Puppen tanzen ließ und eine Lokalrunde nach der anderen schmiß, begann man in seiner Heimat nach den Kosten für das spendierfreudige Gehabe zu fragen. Während Kohl noch dachte: »Kein schlechtes Geschäft, für ein dickes Trinkgeld die Macht zu erwerben, dem Begönnerten das Almosen und noch viel mehr wieder abzujagen, auch wenn mit den Milliarden uns Gefühle verbinden, die selbst die kurzfristige, nur vorübergehende Trennung zur Qual machen«, während Kohl noch den eigenen Schachzug genoß, währenddessen hatte »BILD«, mit dem ökonomischen Sachverstand des Lumpenproletariats engstens vertraut, schon tiefer geblickt. Wer für ein Trinkgeld seine Wertgegenstände verscheuert, so die Leihauslogik, muß das nötig haben, und wer es nötig hat, wird auch mit weniger zufrieden sein. Die Balken-Schlagzeile vom 16. Juli hieß: »Gorbi lacht, Kohl zahlt«, und der Untertitel »Aber es ist ja für die Einheit« war ein schwacher Trost.

Gewiß:

»Kanzler Kohl hat in den Verhandlungen mit Gorbatschow den Durchbruch erzielt. Das bedeutet: Versailles 1919 und das Besatzungsregime der Kapitulation von 1945 gehören der dunklen Geschichte an. Das Tor zu einer besseren Zukunft ist aufgestoßen« (Herbert Kremp in »BILD« vom 17.7.), und daß die deutsche Geschichte sich nach neuester Lesart nicht 1933, sondern 1919 und 1945 verfinstert hat, ist als Hinweis auf die Zielrichtung zu werten, in welche die Truppen durch das aufgestoßene Tor im Geist schon marschieren. Mit einem Streich hatte man die militärischen Niederlagen in zwei Weltkriegen aus der Welt geschafft und sich dergestalt qualifiziert für einen dritten Versuch – mehr konnten die Deutschen nicht wollen. Nur hatte der »BILD«-Balken vom 7. Juli, der dem Volk aus der Seele sprach, einfach »Her mit dem Ding« gefordert, und keiner mag zahlen für das, was ihm verdientermaßen zusteht, ganz gleich, ob es sich dabei um die Einheit, die Souveränität, die Ostgebiete oder den WM-Pokal handelt. Während der dicke Deutsche im Kaukasus am Denkmal für die russischen Opfer von Wehrmacht und SS vor laufenden Kameras noch über alle vier Backen strahlte, wie nur ein dicker Deutscher das kann, einer von denen, die in der angelsächsischen Militärklamotte immer wie Göring fast aus der Uniform platzen, währenddessen kam in der Heimat schon Unmut auf, Unmut über eine andere Nation, deren Fehler es ebenfalls in der Vergangenheit gewesen war, den Deutschen gegen billiges Geld zu geben, was die Deutschen, die ein idealistisches Volk sind, lieber umsonst bekommen mögen. Die »Stuttgarter Zeitung«, ebenfalls vom 16. Juli, notierte in einem Bericht über den CSU-Parteitag vom Wochenende: »In einer bei nur einer Gegenstimme angenommenen Entschließung verlangt die CSU von Polen 'ein deutliches und offizielles Wort zu dem Leid, das Deutschen mit der Vertreibung aus ihrer Heimat zugefügt wurde'. Weiter fordert sie Rückkehrmöglichkeiten für Heimatvertriebene und den unmißverständlichen Verzicht Polens auf deutsche Reparationszahlungen. Ferner müßten die Volksgruppenrechte der in Polen lebenden deutschen Minderheit vertraglich verankert werden.«

Während die Russen sich also den Verzicht auf moralische und politische Ansprüche noch bezahlen ließen, bekamen die Polen schon die Quittung dafür, daß sie mit Blick auf einen Milliardenkredit Ex-Kanzler Brandt vor dem Mahnmal für die Toten des Warschauer Gettos knien ließen, dort, wo ein deutscher Kanzler, ob knieend oder stehend, ob mit Kranz oder ohne, einfach nichts zu suchen und vor allem keine gute Figur zu machen hat. Auf der Pressekonferenz im Kaukasus sprach Kohl wörtlich von den »gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion«, die es zu entwickeln gelte. Gorbatschow sekundierte: »Wir fühlen, daß wir zusammengehören«, und klar war, daß die Polen, die

einstweilen einer Nachbarschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion noch im Wege stehen, der Macht dieses Gefühls würden weichen müssen.

Am Beispiel Polen wurde der Sowjetunion, die selber auf genügend schlechte Erfahrungen zurückblicken kann, noch einmal vorgeführt, was es heißt, sich mit Deutschen in anrüchige Geschäfte einzulassen. Der Wink mit dem Zaunpfahl, der erhobene Zeigefinger, die Warnung noch in letzter Minute – ein phantasieloses Lehrstück von der plattesten Art, wie man denken könnte, aber noch lange nicht platt genug. Denn ebenfalls am 16. Juli hatte der »Spiegel« mit der Frage »Wohin mit den Russen?« auf der Titelseite ein bevölkerungspolitisches Problem zur Diskussion gestellt, worunter die Deutschen leiden, seit sie sich als Volk ohne Raum begreifen, und ein Problem obendrein, für welches schon Lösungsmodelle entwickelt worden waren, damals in den Kriegsgefangenenlagern, wo man die sowjetischen Soldaten zu Hunderttausenden vorsätzlich einfach verhungern ließ. Deutsche und Russen – sie waren aufeinander zugegangen, sie waren einander nähergekommen, in der DDR fast auf Nahkampfdistanz: »Schon gibt es 'Russen raus'-Parolen an Kasernenmauern, schon Angriffe zorniger Bürger auf sowjetische Soldaten« (»Spiegel« vom 16.7., Hausmitteilung).

Müßig daher, weiterhin Vorwürfe an die Deutschen zu richten, ebenso müßig, wie es ist, sich zum dritten Mal über die Schlechtigkeit eines Diebes zu beklagen, den man zum dritten Mal selber in die Wohnung nahm, obgleich an seinen Absichten nicht zu zweifeln war. Falls es ein Nachher gibt, wird nicht der Täter interessieren, sondern es wird zu richten sein, wer dem Wiederholungstäter die Gelegenheit zur Wiederholung seiner Tat gegeben hat.

Konkret 09/90, S. 22

Georg Fülberth

Eher umgekehrt

Um an das Parteivermögen der PDS zu kommen, scheuen die Sozialdemokraten keine Geschichtsklitterung. Ihre Behauptung jedenfalls, der Zusammenschluß von SPD und KPD zur SED im April 1946 sei gegen den erklärten Willen ihrer Mitgliedschaft durch die Machthaber der Sowjetischen Besatzungszone erzwungen worden, ist falsch

I. Urteil

In dem Familienstreitverfahren:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

gegen

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

wegen:

Vereinigung SPD + KPD = SED 1946

ergeht folgendes Urteil:

Die Klage der SPD wird abgewiesen.

Die Kosten des Verfahrens in Höhe des gegenwärtigen Parteivermögens der PDS trägt die Klägerin.

II. Leitsätze

1. Die Vereinigung von SPD und KPD zu einer neuen sozialistischen Partei wurde im Mai und Juni 1945 von zahlreichen sozialdemokratischen Funktionären gewünscht, von der KPD jedoch abgelehnt.

2. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in eine West- und in eine Ost-Organisation (Oktober 1945) und die damit verbundene Auslieferung der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) an die dortigen Machtverhältnisse wurde von Dr. Kurt Schumacher (Hannover) herbeigeführt.

3. Das Verhalten der KPD und der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) ab November 1945 erfüllt den Tatbestand der Nötigung. Diese ist im Verhältnis von Privatpersonen untereinander strafbar, nicht jedoch in den Beziehungen zwischen politischen Machtfaktoren. Hier ist sie vielmehr die im allgemeinen unbeanstandete Regel.

4. Die Nötigung bei der Vereinigung von SPD und KPD zur SED betraf die Modalitäten des Verfahrens, nicht jedoch die Tatsache selbst. Diese wurde von der SPD in der SBZ nach wie vor gewünscht. Insgesamt haben SMAD und KPD gegenüber der SPD seit November 1945 weit weniger Zwang ausgeübt als die Bundesrepublik Deutschland (BRD) in den Monaten August 1989 bis März 1990 gegenüber der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Von einer Zwangsvereinigung von SPD und KPD 1945/46 könnte deshalb nur dann die Rede sein, wenn man – analog – 1989/90 von einer Zwangs-Wieder-Vereinigung Deutschlands sprechen wollte. Dieses ist abzulehnen.

5. Durch die Gründung der SED 1946 wurde nicht nur die SPD liquidiert, sondern auch die KPD. An der Stelle der beiden untergegangenen Parteien entstand eine neue, in erster Linie verwaltungsförmige Organisation, in der im Laufe der Jahrzehnte sozialdemokratische Verhaltensweisen mehr eingeübt wurden als kommunistische. Insofern kann eher davon gesprochen werden, daß die KPD von der SPD aufgesaugt wurde, als umgekehrt.

III. Begründung

1. Mai/Juni 1945: Die linden Lüfte sind erwacht

Der Zusammenbruch des deutschen Faschismus brachte nicht sofort die Legalität der politischen Parteien. Es wurde eine Militärdiktatur der Besatzungsmächte eingerichtet. In den einzelnen Zonen erfolgte die Zulassung von Parteien unterschiedlich. Während in der gesamten SBZ ab Juni 1945 Parteigründungen erlaubt wurden, sind in der britischen und in der US-amerikanischen Zone Parteien und Gewerkschaften erst ab ca. September genehmigt worden, und dies zunächst ausschließlich auf lokaler Ebene. In der französischen Besatzungszone geschah es in der Regel noch später.

Allerdings hatten sich noch in den letzten Wochen des »Dritten Reiches« die Mitglieder der verbotenen Arbeiterparteien an vielen Orten wieder organisiert zusammengefunden, oft über die alten Parteigrenzen hinweg. Typisch dafür waren die »Antifaschistischen Ausschüsse« (Antifa), in denen Sozialdemokraten, Kommunisten sowie die Genossinnen und Genossen aus »Splittergruppen« zusammenwirkten. Insofern waren hier Ansätze einer künftigen sozialistischen Einheitsorganisation vorhanden. Bereits 1934 hatte die SPD in ihrem »Prager Manifest« die »Einheit des revolutionären

Sozialismus« propagiert und verkündet: »Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig.« Max Fechner, 1925-1933 Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand der SPD, schrieb Ende April 1945 einen Brief an Walter Ulbricht und schlug vor, baldmöglichst »die so ersehnte Einheitsorganisation der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen«. Den gesamten Mai 1945 liefen in Berlin sozialdemokratische Funktionäre hinter den Kommunisten her und wollten die gemeinsame Partei. Am 15. Juni 1945 konstituierte sich dort unter der Führung von Fechner und Otto Grotewohl ein »Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei«. Er schlug am 19. Juni der KPD die Bildung einer gemeinsamen Partei vor. Die Kommunisten sagten nein.

2. Walter Ulbricht: KPD i.L.

Noch im April 1945 waren mit der Roten Armee drei Gruppen von führenden Funktionären der Kommunistischen Partei Deutschlands aus der Sowjetunion ins Reich gekommen. Eine Verschmelzung mit der SPD von Anfang an lehnten sie mit der Begründung ab, die KPD müsse sich erst einmal reorganisieren, auch ideologisch. Das klingt plausibel, denn angesichts der Stärkeverhältnisse zwischen beiden Parteien 1933 und der weit höheren Verluste der KPD im Faschismus wäre die kommunistische Substanz sonst in der neuen Organisation wohl einfach verschwunden.

Aber wahrscheinlich war es so gar nicht gemeint.

Stalin hatte aus dem Untergang der KPD 1933 und aus der Schwäche der anderen kommunistischen Parteien des Westens (FKP und KPI wurden erst ab 1943 wirklich Massenorganisationen) ganz offensichtlich ein hartes Urteil gefolgert: Saftläden. Auf sie dürfe man sich nicht verlassen. Für die UdSSR könne es nunmehr nur noch einen einzigen kalkulierbaren Machtfaktor geben: ihre eigene Stärke im internationalen System. Falls kommunistische Parteien überhaupt noch eine Existenzberechtigung haben wollten, dann als Elemente einer sowjetischen Außenpolitik, die nirgends eine Chance zum revolutionären Sturz des Kapitalismus von innen heraus sah und deshalb ausschließlich auf militärische Sicherheit und auf Kooperation mit den kapitalistischen Demokratien des Westens setzte.

Die zurückkehrende Emigrationsführung der KPD versuchte diese Strategie in Deutschland zu verwirklichen. Das schloß ein Wiederaufleben der linksradikalen Thälmann-Partei aus. Der führende Kopf der Exil-Leitung, Walter Ulbricht, schilderte in einem Brief an Wilhelm Pieck, welcher zunächst noch in Moskau geblieben war, daß bei den Genossinnen und Genossen, die jetzt aus den Konzentrationslagern zurückkamen und aus der Illegalität auftauchten, bedenklich viel Sektiererei vorfindlich sei. Einige träumten weiter von Räte-Deutschland und grüßten mit »Rot Front«. Damit mußte unbedingt Schluß gemacht werden. Befremdend war überdies, daß auch viele Sozialdemokraten und Mitglieder der ehemaligen Splittergruppen jetzt vom sofortigen Übergang in den Sozialismus schwadronierten – nach Auffassung von Stalin und Ulbricht eine unverantwortliche Provokation, auch unter Berücksichtigung des internationalen Kräfteverhältnisses. Umso notwendiger war die Schaffung einer für die sowjetische Strategie absolut verläßlichen eigenständigen Partei. Mochte diese den alten Namen KPD tragen, so erfolgte ihre Neukonstituierung doch unter der Bedingung, ihre bisherige linksradikale Politik zu liquidieren.

3. Kurt Schumacher: ein deutscher Ultra

Diejenigen Sozialdemokraten, welche jetzt schnell zur Einheit mit der KPD bereit waren, hatten in der Weimarer Republik teilweise auf dem rechten Flügel der SPD gestanden. Ihr scharfes Gespür für machtpolitische Opportunitäten veranlaßte sie zu der Annahme, nunmehr nur noch in Anlehnung an die siegreiche UdSSR Politik machen zu können. Dieser Reflex war in der sowjetischen Besatzungszone besonders stark, aber auch in den Westzonen durchaus vorhanden. Allerdings waren dort die Meinungen schon bald geteilt. Die Anwesenheit kapitalistischer Besatzungsmächte legte eine umgekehrte Anwendung des gleichen Machtkalküls nahe. In Hamburg sorgten rechte Gewerkschafter im Zusammenspiel mit der britischen Militärregierung schon im Juni 1945 für das Scheitern der »Sozialistischen Freien Gewerkschaft«, die an die Stelle der alten Parteien hätte treten sollen.

Der schärfste Gegner der Einheit allerdings setzte nicht auf die Besatzungsmächte: Dr. Kurt Schumacher, der rasch zum zunächst inoffiziellen Führer der SPD in den Westzonen aufstieg. Seine Operations-Grundlage war die Nation.

Zeit seines Lebens kannte Schumacher nur einen höchsten Wert: Deutschlands Größe. Für sie war er 1914 als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg gezogen. Er wurde schwer verwundet. Den Junkern und Schlotbaronen galt seine Verachtung, da sie seiner Meinung nach den Sieg vergeigten. Deshalb müsse die nationale Arbeiterklasse die Führung übernehmen. 1918 trat Schumacher der SPD bei. Sein Haß auf die Nazis war ehrlich: Er verzieh ihnen nicht, daß sie sein Heiligtum, die Nation, für sich usurpieren und es den Verlierern von gestern überantworten wollten.

Kurt Schumacher gehörte zu jenen »linken Leuten von rechts«, die unter dem Faschismus für ihre Überzeugung Opfer brachten. Er lehnte es ab zu emigrieren und war mehr als zehn Jahre im Konzentrationslager. Dies gab ihm ab 1945 ein unüberwindliches Charisma gerade bei denjenigen seiner Genossen, die ab 1933 andere Wege gegangen waren. Die

Kapitalisten und die Besatzungsmächte sah er nach der Kapitulation gleichermaßen als Gefahr an. Nur gegen sie sei die nationale Wiedergeburt zu erreichen. Schien ihm nach dem Wahlsieg der Labour-Party 1945 immerhin noch eine Kooperation mit Großbritannien möglich, so betrachtete er die Sowjetunion als Bedrohung der nationalen Interessen. Eine einheitliche Sozialdemokratie im Reichsmaßstab und mit einem Vorstand in Berlin war für ihn so lange undenkbar, wie die Hauptstadt zu erheblichen Teilen von der Roten Armee besetzt war und eine sowjetische Besatzungszone bestand. Auf einer Parteikonferenz in Wennigsen bei Hannover (5. und 6. Oktober 1945) setzte Schumacher eine Abgrenzung der Einflußsphären durch: Der Zentralausschuß in Berlin sollte ausschließlich für die SBZ zuständig sein, das »Büro Dr. Schumacher« dagegen für den gesamten Westen. Diese Regelung war die erste Teilungs-Maßnahme innerhalb Deutschlands (neben der Abtrennung der Gebiete östlich von Oder und Neiße sowie des Saargebiets) und bildet somit ein Vorspiel zum Kalten Krieg. Schumacher schrieb die SBZ vorerst ab. Sie könne nur dann für eine national orientierte Sozialdemokratie wiedergewonnen werden, wenn es auf lange Sicht dem Westen gelinge, wie eine Art Magnet auf sie zu wirken.

4. Der doppelte Kurswechsel

Schumachers Erfolg machte der SMAD und auch der KPD einen Strich durch die Rechnung. Das künftige Parteiensystem hatten sie sich als einen »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« (CDU bzw. Zentrum, Liberale, KPD, SPD) vorgestellt, der sich in prinzipieller Übereinstimmung mit der Anti-Hitler-Koalition, also auch mit der UdSSR befinden sollte. Schumacher aber wollte die westdeutsche Sozialdemokratie zu einer nationalistischen Bewegung machen. Solange es die SPD in der SBZ gab, bestand zumindest in den Augen von solchen kommunistischen Politikern, die auf Nummer sicher gehen wollten, die Gefahr, daß sie diese Politik übernahm. Bei Wahlen konnte sie u.U. die KPD marginalisieren. Dies zeigte sich im November in Österreich: Dort erhielt die Sozialistische Partei (SPÖ) 76 Sitze, die KP aber nur vier.

Die KPD vollzog im Herbst 1945 einen Kurswechsel: Die Herstellung einer einheitlichen sozialistischen Partei erschien ihr offensichtlich als das geeignete Mittel, um den Einfluß Schumachers zumindest in der SBZ auszuschalten. Gelang es gar, die Parteieinheit reichsweit zu vollziehen, dann war er auch im Westen an den Rand gedrängt.

Allerdings hatte sich inzwischen die Position des Zentralausschusses der SPD ebenfalls gedreht – in die umgekehrte Richtung. Offensichtlich hatte Schumacher inzwischen auch Einfluß unter Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone gewonnen. Er lehnte die Einheitspartei scharf ab. So würde sie am Ende nur im Osten zustandekommen, wo die Besatzungsmacht schon bisher die KPD deutlich bevorzugt hatte. Manche schreckten jetzt vor dem nicht mehr völlig auszuschließenden Risiko zurück, daß sie durch ein zu enges Zusammengehen mit den Kommunisten es sich mit den Westmächten, die ja auch ganz schön mächtig waren, verderben könnten. Das harte Auftreten der Roten Armee in einem Land, das vorher die Sowjetunion überfallen und dessen bewaffnete Kräfte (Wehrmacht und SS) dort mit Mord und Brand gewütet hatten, drohte die deutschen politischen Organisationen, die mit ihr identifiziert wurden, im Volk zu isolieren.

Auf einer Konferenz von je dreißig Spitzenfunktionären von SPD und KPD in Berlin am 20. und 21. Dezember 1945 (»Sechzigerkonferenz«) trug Grotewohl die Bedenken vor, welche gegen eine sofortige Vereinigung sprachen. Aber er ließ auch keinen Zweifel daran, daß er die gemeinsame Partei prinzipiell bejahte. Der erste Satz seines Referats lautete: »Über die Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion: sie ist notwendig.« Er stellte die Bedingung, daß die Vereinigung in allen vier Besatzungszonen gleichzeitig erfolgen müsse. Angesichts der Haltung Schumachers wäre sie – und das erwähnte Grotewohl nicht – dann allerdings auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden. Die KPD schlug dagegen vor, die Einigung dort herzustellen, wo sie zunächst möglich sei – umso größer sei die Chance, daß die anderen nachkommen. Die gemeinsame Entschließung, in welcher die Verschmelzung als Ziel verkündet wurde, beruhte auf der kommunistischen Vorlage. Ein paar Änderungen veranlaßten den Zentralausschuß zu der Behauptung, er habe einen Kompromiß erreicht: Einheit reichsweit. Dem brauchten die Kommunisten nicht zu widersprechen, denn das wollten sie auch. Die entscheidende Differenz bestand in der Frage, ob die Herstellung der gemeinsamen Partei in allen vier Besatzungszonen das Ziel oder die Bedingung sei.

Spätestens im Februar 1946 spürte der Zentralausschuß, daß er das Geschehen kaum noch beeinflussen konnte: Auf örtlicher Ebene kam es landauf, landauf bereits zu Vereinigungen, oder die lokalen Genossen signalisierten zumindest, daß sie das nicht mehr zu verhindern vermochten. Da und dort mag ein sowjetischer Ortskommandant auch einmal mit Druck und Wodka nachgeholfen haben, aber das war nicht das Entscheidende. Viele Sozialdemokraten wollten die Einheit tatsächlich, und das erschien ihnen wichtiger als die Frage des Zeitpunkts und andere Modalitäten. Im Unterschied zu den Westzonen hatte man inzwischen schon ein gemeinsames Erfolgserlebnis hinter sich: die Bodenreform vom Herbst 1945. Andere hielten es angesichts des Drängens der KPD und deren massiver Unterstützung durch die SMAD für sinnlos, sich lange zu zieren.

Am 19. und 20. April 1946 tagte in Berlin der 40. Parteitag der SPD: Die Numerierung zeigt den Anspruch, für sämtliche vier Besatzungszonen zu sprechen, in Wirklichkeit waren nur 103 Teilnehmer aus dem Westen, 445 aus der SBZ. Schon einen Tag vor der Eröffnung hatte die SPD der Westzonen sich gegen die Vereinigung ausgesprochen. In Berlin aber ist sie

einstimmig beschlossen worden. Gleichzeitig hatte der Parteitag der KPD dieselbe Entscheidung getroffen. Am 20. und 21. April fand dann – ebenfalls in Berlin – der Gründungsparteitag der SED statt. Die Sozialdemokraten nahmen es dabei hin, daß die Modalitäten des Zusammenschlusses zur SED dem tatsächlichen quantitativen Verhältnis der beiden Parteien nicht entsprach: Sämtliche Führungspositionen wurden paritätisch mit Funktionären der ehemaligen Parteien KPD und SPD besetzt.

5. Keine Einheit im Westen

Die Gründung der SED war als reichsweiter Vorgang proklamiert worden. In den westlichen Besatzungszonen aber kam sie nicht zustande. Hier hatten inzwischen – und zwar noch vor dem offenen Bruch der Anti-Hitler-Koalition – unter den deutschen politischen und gesellschaftlichen Kräften Tendenzen zur separaten, von der SBZ fundamental abweichenden Entwicklung mächtigen Auftrieb erhalten. Die erste Entscheidung war bereits die Spaltung der SPD in Wennigsen gewesen. Im April 1946 zog die CDU nach: Der Vorsitzende dieser Partei in der britischen Zone, Adenauer, lehnte die Forderung Jakob Kaisers (Berlin), eine reichseinheitliche Union zu schaffen, ab. (Das war vielleicht gut so, denn Kaisers Partei wäre ein ähnlich nationalistischer Horror-Haufen geworden wie eine gesamtdeutsche SPD nach Schumacher-Art.) Erst danach, im Mai 1946, kam mit dem Stopp US-amerikanischer Demontagelieferungen ein erstes Zeichen für Brüche in der alliierten Deutschlandpolitik .

Gemeindewahlen im Januar und Mai zeigten einen klaren Vorsprung der SPD vor der KPD, den Sozialdemokraten schwoll der Kamm. Schumachers Agitation tat ein Übriges. Er konnte den traditionellen sozialdemokratischen Antikommunismus, der älter war und tiefer saß als die kurzfristige Einheits-Neigung, erfolgreich mobilisieren. Die Ängste und Vorbehalte von SPD-Mitgliedern gegen eine neue Partei schienen durch die Geschwindigkeit und Massivität, mit der in der SBZ die SED gegründet wurde, bestätigt. Wo Schumacher allerdings nicht hinkam, blühte die Einheit noch ein bißchen. Frankreichs Regierung hatte ihre Besatzungszone gegenüber der US-amerikanischen und britischen abgeschottet. (Um sie zur Räson zu bringen, hatten die USA im Mai 1946 ja nicht nur den Sowjets, sondern auch den Franzosen die Demontagelieferungen gestrichen .) Die gesellschaftlichen und politischen Prozesse, die dort zur Vorbereitung eines künftigen westdeutschen Teilstaats führten, wirkten sich im deutschen Südwesten verspätet aus. Schumacher erhielt längere Zeit noch nicht einmal eine Einreise-Möglichkeit in die französische Zone. Noch im März 1946 hatten die Landesvorstände von SPD und KPD in Südbaden einstimmig einen gemeinsamen Ausschuß zur Vorbereitung der Parteieinheit beschlossen. Allerdings gingen die Sozialdemokraten dort bald danach ebenfalls auf Abstand.

Insgesamt konnte die KPD im Westen nur sehr wenige Sozialdemokraten für eine Vereinigung gewinnen. Die Kommunisten blieben unter sich. Als sie dennoch die Zulassung einer SED im Westen beantragten, lehnten die Militärregierungen dies ab, da sie nicht aus einer Vereinigung von KPD und SPD entstanden sei. Dies war zutreffend: Die Entscheidung gegen die SED fiel nicht durch irgendein Besatzer-Verbot, sondern bereits vorher in der SPD.

6. Berlin 1946

Die Vereinigung von SPD und KPD war in der SBZ aus denselben Gründen zustandegekommen, aus denen sie im Westen unterblieb: Anpassung an teils real existierende, teils auch nur vermutete Machtverhältnisse, die dadurch erst richtig hergestellt und festgeklopft wurden. Die Autoritäre Persönlichkeit hat in Deutschland auch parteiförmige Ausprägungen. Eine davon ist der sozialdemokratische Charakter.

Von den Zuständen in Berlin mußte dieser allerdings sehr irritiert werden. Denn hier war durch die Überschneidung der beiden Machtkreise leider gar nicht klar, wo's langging. Gegner der Vereinigung veranstalteten am 31. März 1946 eine Urabstimmung. Der Zentralausschuß rief zu deren Boykott auf. Die sowjetische Kommandantur verbot ihre Durchführung im Ostsektor.

In ganz Berlin gab es damals 66.246 SPD-Mitglieder, davon 39.716 in den westlichen Sektoren. An der Abstimmung nahmen 23.019 teil. Von ihnen votierten 18.951 gegen eine sofortige Vereinigung mit der KPD.

Für die Organisatoren der Abstimmung war das Ergebnis klar: 82,2 Prozent der Westberliner Sozialdemokraten hätten der geplanten Einheitspartei eine Abfuhr erteilt.

Grotewohls Zentralausschuß rechnete anders. Er bezog das Ergebnis auf die Gesamtzahl der Berliner SPD-Mitglieder (66.246). Da nur 23.019 abstimmten, habe die Mehrheit also seinen Boykott-Aufruf befolgt.

Wahrscheinlich hatten – wie das bei Zankereien unter Sozialdemokraten so ist – beide unrecht. Selbstverständlich war das sowjetische Abstimmungsverbot im Ostsektor eine schwere Behinderung. Es mußte allerdings die Ostberliner SPD-Mitglieder nicht davon abhalten, sich für ein paar wertlose Reichspfennige eine U- oder S-Bahnkarte zu kaufen und im Westsektor einen Zettel in die Urne zu werfen. Das war ihnen die Sache – »der Freiheitskampf der Berliner

Sozialdemokratie« – aber nicht wert.

7. Cottbus und Datteln

1948, zwei Jahre nach der Vereinigung von SPD und KPD, wurde die SED »bolschewisiert« – als eine »Partei neuen Typs«. Mit Lenin und Thälmann hatte dieser Vorgang aber nur das historisierende Vokabular gemeinsam. In Wirklichkeit ging es – zeitgleich mit dem Ausscheren Jugoslawiens – darum, die Partei auf den Kalten Krieg einzustellen. In den fünfziger Jahren dann, als sich die DDR nicht mehr als ein Provisorium auf dem Weg zu Gesamtdeutschland begriff, wurde die SED ihre Staatspartei, die in diesem Landstrich den Sozialismus aufbauen wollte. Nach dem Abschluß der Konferenz von Helsinki 1975 hörte das allmählich auf: Die Souveränität der DDR, gerade jetzt durch internationale Verträge garantiert, wurde durch die Objekt-Rolle dieses Staates auf dem Weltmarkt zunehmend ausgehöhlt. Die SED war nun nur noch eine große Verwaltungspartei, die ihren Massenanhang durch Chancen-Zuteilung und die Furcht vor individuellen Sanktionen hielt. Insofern unterschied sie sich gar nicht mehr so sehr von der SPD – sagen wir mal: – im niederrheinischen Datteln. So erwies sich letzten Endes, noch lange vor dem Mauer-Fall, die Sozialdemokratie als die tatsächliche »Zwangs«vereinigungs-Gewinnlerin, und nicht die KPD. Diese war 1946 vielmehr weit gründlicher untergegangen als die SPD.

Konkret 09/90, S. 26

Heide Knetsch

Buch des Monats: Heute schon gelebt?

Christine Swientek: Wenn Frauen nicht mehr leben wollen, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1990, 189 Seiten, 10,80 Mark

Unter dem Stichwort »Selbstmord« lese ich in Meyers Lexikon aus dem Jahre 1929, daß in Zeiten zunehmenden Wohlstands die Selbstmordhäufigkeit nachlasse; für den Zeitraum 1920/24 sei ein Jahresdurchschnitt von 218 Selbstmorden auf 1 Million Einwohner ermittelt worden, auf 100 männliche Selbstmörder seien 46 weibliche gekommen, Preußen habe in der Selbstmordstatistik an der Spitze der Länder des Deutschen Reiches gelegen.

Statistisches Material für sensible Aussagen heranzuziehen, ist ein heikles Unterfangen. In ihrem Buch beginnt Christine Swientek das Problem Selbstmord und Selbstmordversuch von der quantitativen Seite her aufzurollen. Wir erfahren, daß die Statistischen Jahrbücher für den Zeitraum 1981/86 in der BRD jährlich 12.508 Selbstmordtote verzeichnen (8.290 Männer und 4.218 Frauen). Seit den 20er Jahren hat sich demnach an den genannten Zahlenverhältnissen nichts geändert. (Umgerechnet auf 1 Million Einwohner, entspricht die Zahl der Selbstmordtoten der aus den 20er Jahren.) Nur die Annahme, nach der die Selbstmordhäufigkeit in Zeiten zunehmenden Wohlstands nachlasse, hat sich nicht bestätigt.

Die Autorin und andere Fachleute gehen aber von wesentlich mehr Selbsttötungen aus – die vielen uneindeutigen werden von keiner Statistik erfaßt. Die geschätzte Anzahl von Selbstmorden und Selbstmordversuchen: jährlich 120.000 Selbstmordtote, ein Drittel davon weiblich, und ebensoviele Selbstmordversuche mit einem Frauenanteil von 80 Prozent. Verlassen wir die Scheinobjektivität solcher Zahlen und wenden uns der globalen Aussage des Buches zu: Viel weniger Frauen als Männer töten sich durch Suizid, sehr viel mehr Frauen als Männer unternehmen Selbstmordversuche. Diese mit Zahlen belegten geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen Selbstmord und Selbstmordversuch bilden die Basis für alle weiteren Überlegungen der Autorin.

Anhand von Sozialisationstheorien geht sie der Frage nach, ob Frauen beim Sterben sich ebenso »inkonsequent« verhielten wie im Leben *oder* ob der Selbstmordversuch als weibliche Durchsetzungsstrategie für den Wunsch, *anders zu* leben interpretiert werden könne. Beide Betrachtungsweisen entpuppen sich jedoch als die zwei Seiten einer Medaille: »Erlernte Hilflosigkeit« als Merkmal weiblicher Sozialisation prädestiniere dazu, Krisensituationen zu entfliehen, statt sie zu verändern. Männliche Geradlinigkeit im Leben fände sich auch wieder in den von Männern angewandten Selbstmordmethoden, die zumeist auf Endgültigkeit zielten. Bei Frauen, die Selbstmordgedanken in die Tat umsetzen, sei hingegen die Einnahme von Tabletten verbreitet, was die Überlebenschancen erhöht.

»Erlernte Hilflosigkeit«, die zum Lebensprinzip gerinnt, wird zum Fokus der Analyse von geschlechtsspezifischen Unterschieden zwischen Selbstmord und Selbstmordversuch. Mit Ausschnitten aus narrativen Interviews belegt Christine Swientek ihre These, daß Frauen auch in Krisensituationen den Rückzug in die Passivität antreten. Seitens der Gesellschaft werde dieses Verhalten sogar belohnt: Patientinnen, die einen Selbstmordversuch hinter sich haben, werden in den Klinken fürsorglicher behandelt als Männer (»zu schwach zum Selbstmord?!«).

Die Tatsachen scheinen für sich zu sprechen. Aber was ist, wenn das »Konzept der erlernten Hilflosigkeit« in Frage gestellt wird? Jeder Forschungsansatz ist geprägt von den erkenntnisleitenden Interessen der Forschenden. Christine Swientek interpretiert ihre Untersuchungsergebnisse aus der Perspektive einer Opfertheorie und kommt zu entsprechenden Schlüssen, die andere Interpretationsmöglichkeiten ausblenden.

»Der Tod des Menschen im Denken des Lebens« heißt der Titel eines bemerkenswerten Büchleins (herausgegeben von Marcelo Marques, edition diskord, Tübingen 1988). Zwd kurze Abhandlungen sind darin veröffentlicht – eine von Georges Canguilhem über Michel Foucault und eine von Foucault über Canguilhem: Für beide wurzelt Erkenntnis in der »unabhlässigen diskontinuierlichen Umarbeitung von Geschichte«; die dem Leben innewohnende Möglichkeit des Irrtums sei das Würfelspiel, um das sich die Geschichte des Lebens und das Leben der Menschen drehe: »Was lange Zeit Sackgasse war, wird eines Tages Ausweg; ein Versuch am Rande wird zu einem zentralen Problem, um das andere herumkreisen; eine leichte Abweichung wird zu einem grundlegenden Bruch....Die Phänomenologie hat den ursprünglichen Sinn eines jeden Erkenntnisaktes beim *Erlebnis* gesucht. Aber ist er nicht vielmehr beim *Lebenden* selber zu suchen?« fragt Foucault. Und Canguilhem antwortet: »Hätte Comte eine Geschichte des Wahnsinns geschrieben – und denkbar wäre es durchaus gewesen – , dann hätte er darin auch Cervantes einen Platz eingeräumt, denn mehr als einmal hat er unter Berufung auf Don Quijote den Wahnsinn definiert als Übermaß an Subjektivität und als förmliche Sucht, gegen die Dementis der Erfahrung durch unablässige Komplizierung der ihr zuteil werdenden Interpretationen Einspruch zu erheben.«

Anders als Christine Swientek verstehe ich Selbstmord und Selbstmordversuch nicht als Widerpart des Lebens, sondern als diesem zugehörig, und Tod nicht als Negation des Lebens, sondern als Teil desselben; deshalb steht mir die »diskontinuierliche Umarbeitung von Geschichte« als Denkansatz auch näher als eine Opfertheorie, was mit der

Entwicklung der Frauenbewegung in den letzten zwanzig Jahren zu tun hat. Vorbei sind die Zeiten der bloßen Defizitzuschreibungen; längst werden die sogenannten weiblichen Schwächen auch in anderem Licht gesehen. Das hermetisch in sich geschlossene »Konzept der erlernten Hilflosigkeit« verabsolutiert jedoch das Resultat gegenüber dem Weg, als wäre im Anfang bereits alles enthalten: »Unkontrollierbarkeit führt zur Machtlosigkeit. Machtlosigkeit führt zur Hilflosigkeit. Hilflosigkeit führt zur Angst. Angst führt zur Depression. Depression führt zur Einengung. Einengung ist die Basis der Selbstmordgefährdung.« Für psychosoziale Kriseninterventionen mögen diese Kategorien einen gewissen heuristischen Wert haben. Aber auf jeder Stufe dieses »Trichtermodells« gibt es viele Alternativen – die »diskontinuierliche Umarbeitung von Geschichte«. Das konstatiert auch Christine Swientek und deckt damit zugleich die Leerstellen in ihrem »Konzept der erlernten Hilflosigkeit« auf: *»Die* Selbstmordbiographie gibt es nicht! Es gibt keine typischen Lebensläufe, die gradlinig auf den Selbstmord hinführen. Alle diskutierten Ursachenbündel lassen viele tausend Menschen ebenso weiterleben, wie andere daran sterben.«

Selbstmordversuche sind Hilfe-Rufe an die Mitwelt *und* sprachloses Verabschieden von ihr. Wenn die erlernte Form der Kommunikation nicht mehr herstellbar scheint, wird auf anderem Wege versucht, sich mitzuteilen. Der kommunikative Gebrauch der Sprache gilt als weiblich, der instrumentelle Gebrauch der Sprache als männlich. Daher der hohe Anteil von Männern bei Selbstmorden mit instrumentellem Charakter, und daher der hohe Anteil von Frauen bei Selbstmordversuchen – als *eine* Antwort auf kommunikative Ausgrenzung. Wollen diese Frauen, wie die Autorin fragt, tatsächlich sterben, wenn sie versuchen, sich das Leben zu nehmen, *oder* möchten sie nicht vielmehr ein anderes Leben statt den Tod? Fragen von zentraler Bedeutung, durch die für mich neue aufgeworfen werden: Welche Verzweiflung und welcher Zweifel am Leben werden in Selbstmord und Selbstmordversuch von Frauen (und Männern) ausgedrückt? Eine Motivsuche hilft da nicht weiter.

Irrtum und Diskontinuität können, ja nach Perspektive, als Inkonsequenz und Verfangensein *oder* als Fähigkeit zum Innehalten und Umdenken interpretiert werden. Irrtum und Diskontinuität gelten in modernen Gesellschaften als weiblich. In einer männlichen Sozialisation ist weniger Spielraum vorgesehen für das Zugestehen von Irrtümern und diskontinuierlichen Lebenswegen: Welcher Politiker wagt es, in aller Öffentlichkeit Fehlentscheidungen, die tagtäglich geschehen, einzugestehen, welcher berufstätige Mann wird mit einer frauentypischen Patchwork-Karriere ernst genommen? Die auslösenden Begleitumstände bei Jugendlichen, die sich durch Selbstmord töten, scheinen oft mit dem Prinzip Leistung verknüpft zu sein: schlechte Schulnoten – weshalb es denn auch überwiegend männliche Jugendliche seien, die im Selbstmord dem »Versagen« ein Ende bereiten.

Frauen und Männer, die sich selbst töten, wollten eine bestimmte Sorte von Leben nicht länger leben. Frauen und Männer, die nach einem Selbstmordversuch weiterleben, haben einen Versuch unternommen, ihrer Mitwelt zu verdeutlichen, daß sie ihre Lebensbedingungen, so wie sie sind, in Frage stellen. Diese radikale Aufforderung, über die Entfremdung von Leben und Tod nachzudenken, scheint, den Zahlen nach zu schließen, von Frauen stärker auszugehen als von Männern. Männer, die den Umgang mit Schwäche nicht gelernt haben, verhalten sich rigider, wenn die Fundamente ihrer Existenz erschüttert werden; diejenigen unter ihnen, denen der Lebenssinn dabei gründlich abhandengekommen ist, greifen häufiger als Frauen zu endgültigen Methoden. »Erlernte Hilflosigkeit« ist nicht eingelassener Bestandteil einer Mädchensozialisation, sondern die Fähigkeit, zwischen den »Dementis der Erfahrung« zu balancieren – ähnlich dem weiblichen Umgang mit Krankheit. Aus Schülerselbstmorden könnte gefolgert werden, daß Mädchen eher den Zweifel leben können, sich weniger mit den Anforderungen der Ellenbogengesellschaft identifizieren wollen als Jungen – und das bei inzwischen ausgewogenem Verhältnis der Geschlechter an weiterführenden Schulen und Universitäten.

Leistungsgesellschaft, Informationsgesellschaft und Zwischenmenschlichkeit. Jeder kennt aus seinem Bekanntenkreis mindestens einen Menschen, der einen Selbstmord begangen oder einen Selbstmordversuch unternommen hat. Jeder weiß um die situative Konstellation von Selbstmordgedanken und darum, wie nichtig der Auslöser für die Tat sein kann. Christine Swientek widmet der Unvorhersehbarkeit von Selbstmorden und Selbstmordversuchen und dem ebenso plötzlichen Ablassen von der Tat ein Kapitel ihres Buches: »Deine Füße riechen!« Diese Bemerkung des Mannes beim gemeinsamen Fernsehen hat nach jahrzehntelanger »funktionierender« Ehe plötzlich genügt, daß die Frau einen Selbstmordversuch unternahm. Oder ein Beispiel aus meinem eigenen Bekanntenkreis: Nach der Krebsdiagnose wollte sich die Freundin mittels Fön in der Badewanne töten, aber das Kabel war zu kurz; sie ging in den Keller, um ein Verlängerungskabel zu suchen. Als sie es gefunden hatte, wollte sie ihr Leben nicht mehr verkürzen. Jeder kennt solche Beispiele. Aber was bedeuten sie für unser Leben?

Nicht der endgültige Selbstmörder, sondern die Selbstmordversucher werden uns gefährlich – nur sie können noch Fragen stellen, die unsere Erfahrung mit »toten Punkten« ins Bewußtsein holen. Da wird aus Selbstschutz schnell mit der Kompliziertheit des »Falles« argumentiert, dessen Lösung ausschließlich in professionelle Helferhände gehöre. »Was als Sinn des Lebens bezeichnet wird, gibt auch einen vortrefflichen Grund zum Sterben ab«, schreibt Albert Camus im »Mythos von Sisyphos«. Das geheime Wissen um die Essenz dieses Satzes ist es, das uns sprachlos macht, wenn wir in der Begegnung mit Selbstmordversuchern uns selbst begegnen. Diese Hilflosigkeit legen wir auch an den Tag, wenn alte

Menschen mit uns über ihren nahenden Tod sprechen möchten: Aber, aber, sagen wir, Sie sind doch noch so rüstig. Der nächste Frühling kommt bestimmt.

In einer Gesellschaft, in der Kommunikation auf Information reduziert wird, in der auf existentielle Fragen pragmatische Antworten gegeben werden, sind Selbstmord und Selbstmordversuch eine Form der Kommunikation mit anderen Mitteln. Aber es gibt und gab immer Fragen, auf die wir keine Antworten finden und ersatzweise zu Hilfskonstruktionen aus Mythologie und Religion greifen. Viele Lebenskrisen werden *auch* durch geschlechtsspezifische Verhältnisse provoziert, aber manche Zäsur haust einfach im Leben selber, sie wird aus der Betrachtung ausgeblendet, weil sonst bodenlose Ratlosigkeit entsteht. »Letztlich ist das Leben – daher sein radikaler Charakter – dasjenige, was irren kann«, schreibt Foucault. Das Leben riskieren – in der etymologischen Spurensuche nach den Bedeutungen von Risiko finden wir das Wagnis, den Verstand aufzuklären und Klippen zu umfahren.

In ihrem Buch hat Christine Swientek ihre Schwerpunkte gesetzt: In weiblichen Sozialisationsmustern sucht sie ausschließlich die tragfähigen Nahtstellen für das »Konzept der erlernten Hilflosigkeit«; das ist aber nur *eine* Sichtweise der Geschlechtsspezifik von Selbstmord und Selbstmordversuch.

Konkret 09/90, S. 28

Gaby Peter

Verfassungsschutz für Embryonen

Bundestagspräsidentin Süßmuth will den »Schutz des ungeborenen Lebens« im Grundgesetz verankern. Ihr »dritter Weg« ist für Frauen einer der steinigsten

Die Übertragung bundesdeutschen Rechts auf die DDR ist in keinem Punkt so umstritten wie in der Frage der Abtreibung. Bundesdeutsche Politiker und Politikerinnen machen einen neuen Regelungsvorschlag nach dem anderen. Hatte die Bundesregierung Mitte Juli noch verlautbaren lassen, im zweiten Staatsvertrag für eine Übergangszeit die Fristenregelung auf dem Gebiet der DDR und die Indikationsregelung in der BRD gelten zu lassen, präsentierte Rita Süßmuth ihren »dritten Weg« bereits als gesamtdeutsche »Lösungsperspektive«. Der zusammen mit der Vorsitzenden des deutschen Ärztinnenbundes, Ingeborg Retzlaff, entwickelte Vorschlag gilt mittlerweile als Favorit im Rennen um eine einheitliche Regelung.

Nach Süßmuths Vorstellungen soll die Änderung der Schwangerschaftsgesetzgebung damit verknüpft werden, dem »Schutz des ungeborenen Lebens« Verfassungsrang einzuräumen. Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes soll um die Passage »Das ungeborene, das behinderte und das sterbende Leben stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung« ergänzt werden. In einem neu zu schaffenden *Lebensschutzgesetz* will sie gleich mehrere ethisch höchst brisante Problembereiche regeln: den Embryonenschutz, Schutz des »ungeborenen Lebens«, Schwangerschaftskonfliktlagen, Organverpflanzungen, Schutz des behinderten menschlichen Lebens, Schutz des sterbenden Lebens. Konkrete Vorstellungen gibt es vorerst aber nur für den Bereich des Schwangerschaftsabbruchs.

Die Paragraphen 218 - 219 d StGB sollen zwar aus dem Strafgesetzbuch herausgenommen, in ihrer Substanz aber in das *Lebensschutzgesetz* übernommen werden. An der Strafandrohung für den Schwangerschaftsabbruch ändert sich also anderslautenden Behauptungen zum Trotz nichts; nach wie vor ist die Abtreibung nur nach Indikationsstellung straffrei. Unverändert sollen die Voraussetzungen für medizinische und kriminologische Indikationen gelten. Neuerungen sind für die Abtreibung aus eugenischen und sozialen Gründen vorgesehen: Die 22-Wochen-Frist bei eugenischer Indikation soll auf 12 Wochen verkürzt werden. Damit paßt Süßmuth die Regelung den technischen Möglichkeiten der pränatalen Diagnose an, die mittlerweile bis zur 12. Woche vielfältige Aussagen über mögliche Behinderungen des Embryos zulassen. Aus sozialen Gründen sollen Frauen nur abtreiben können, sofern ihnen eine Beratungsstelle bescheinigt, den Konflikt ausreichend reflektiert zu haben. Ohne Beratungsbescheinigung bleibt Abtreibung eine Straftat.

Auch heute gibt es die Pflicht zur Beratung nach einer von einer Ärztin oder einem Arzt anerkannten Notlagenindikation. Die Beratungsstelle hat jedoch keinerlei Entscheidungskompetenzen. Nach dem Beratungsgespräch darf einer Frau die Bescheinigung nicht verweigert werden. Anders stellt sich die Zwangsberatung nach Süßmuths Konzept dar: Die Beratung muß darauf abzielen, »den Konflikt zwischen dem Lebensrecht des ungeborenen Kindes und den Bedrängnissen der Frau deutlich zu machen, die Probleme eingehend zu reflektieren und über die ihr zustehenden Ansprüche zu informieren, um auf diese Weise zu einer verantwortlichen Entscheidung zu kommen«. Damit hat die Beratung aber noch kein Ende. *Nach* dem Eingriff muß die Frau sich ihr erneut unterziehen. »Nachsorge« soll das Ganze heißen. Dem Beratungspersonal soll »qualitativ« und »quantitativ« Aus- und Fortbildung verordnet werden. Als flankierende Maßnahmen fordert Süßmuth u.a. die Erhöhung des Kindergeldes, die Ausweitung des Erziehungsgeldes/Erziehungsurlaubs bis zum 3. Lebensjahr des Kindes sowie einen Rechtsanspruch auf Leistungen aus der »Mutter und Kind«-Stifung.

Die Berichterstattung in der Presse war mit Überschriften wie »Süßmuth: Paragraph 218 streichen!« (»taz« v. 24.7.1990), »Süßmuth: Frauen sollen über die Abtreibung entscheiden« (»Die Welt« v. 24.7.1990) oder »Süßmuth tritt für radikale Änderung des Abtreibungsrechts ein« (»FR« v. 24.7.1990) versehen. Der Süßmuth-Vorschlag erscheint als Verbesserung des derzeitigen Mißstands, eine Bewertung, die er nicht verdient.

Süßmuth ist es gelungen, die Debatte um den Schwangerschaftsabbruch zu dominieren. Sie hat Überlegungen, die DDR-Fristenregelung zu übernehmen, verdrängt. Abtreibungspolitik geht am »dritten Weg« nicht mehr vorbei. Die niedersächsische Frauenministerin Waltraud Schoppe (Die Grünen) akzeptiert bereits die Zwangsberatung – Bedingung: offenes Beratungsziel – und fällt noch hinter die Forderung der SPD nach einer Fristenregelung mit Beratungsang*ebot* zurück. Seite an Seite mit der FDP kann Schoppe jetzt für die Fristenregelung mit Beratungspflicht eintreten. Willi Hoss, Bundestagsabgeordneter der Grünen, verlangt, »Kinderkriegen zur Männersache« zu machen, und signalisiert im gleichen Atemzug die Unterstützung für Süßmuths Vorschlag.

Der bietet in der Substanz nicht viel Neues. Ähnlichkeiten zu ihrem Entwurf eines »Beratungsgesetzes«, der noch aus ihrer Zeit als Frauen und Familienministerin stammt und mittlerweile aus dem Gesetzgebungsverfahren zurückgezogen wurde, sind nicht zu übersehen. Wie gehabt wird Frauen die Einschätzung ihrer eigenen Notlage nicht zugetraut. Weiterhin werden sie genötigt, soziale Gründe gegen über den vermeintlichen »Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen« des Staates geltend zu

machen. Genügt es nach der gültigen Indikationsregelung, die Beratung »irgendwie« über sich ergehen zu lassen, droht Frauen zukünftig eine Mitwirkungspflicht an der Beratung.

Nach dem Süßmuth'schen Konzept erhalten die Beratungsstellen einen zielgerichteten Auftrag: den »Schutz des ungeborenen Lebens« vor der abtreibungswilligen Frau. Beratung heißt hier, Emotionen für das ' Lebensrecht' des Fötus zu wecken. Ohne moralischen und psychischen Druck wird kaum eine Frau aus der Beratung gehen. Dann erst darf sie den »Gewissensentscheid« über den Abbruch der Schwangerschaft treffen. Für diejenigen, die dem Beratungsauftrag nicht zugänglich sind, besteht die Gefahr, daß sie die Beratungsbescheinigung nicht erhalten. Zwar soll die objektive Notlage wohl nicht nachgeprüft werden. Anstelle dessen droht aber die Gewissensprüfung darüber, ob die »Lebensinteressen« des »Ungeborenen« ernst genommen werden. Je nach Façon der Beratungsstelle wird diese Beurteilung unterschiedlich ausfallen. Damit sind der Willkür Tür und Tor geöffnet. Letztlich entscheiden Berater und Beraterinnen, was die Frau leisten muß, bevor sie eine Bescheinigung verdient. Dabei werden intimste Details gefragt sein. Darüber hinaus soll der Gesprächsinhalt für die abtreibenden Ärzte und Ärztinnen protokolliert werden. Von Datenschutz und informationellem Selbstbestimmungsrecht der Frau kann keine Rede mehr sein.

Frauen müssen nicht nur damit rechnen, den nötigen Beratungsschein nicht zu bekommen, sondern auch keine Ärzte und Ärztinnen zu finden, die riskieren, aufgrund eines unklaren oder zweideutigen Beratungsergebnisses den Eingriff auszuführen. Selbst die Beratungsstellen, die bislang prinzipiell parteilich für Frauen beraten haben, werden sich der Kontrolle, ob sie der Zielvorgabe »Lebensrecht des ungeborenen Kindes« folgen, nicht entziehen können.

Taktisch ist es Süßmuth gelungen, alle anderen – eher plakativen – Forderungen zum Schwangerschaftsabbruch in die Defensive zu drängen. Konkret wird sie aber nur an wenigen Stellen. Beratungspflicht und Beratungsauftrag werden ganz präzise umrissen, während der genaue Ablauf des Indikationsverfahrens offen bleibt. Es kann z.B. nur spekuliert werden, ob ein Rechtsanspruch auf die notwendige Beratungsbescheinigung unabhängig vom Beratungsablauf vorgesehen ist.

Entscheidungsfreiheit von Frauen und Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs beinhaltet Rita Süßmuths Vorstoß nicht. Auch wenn sie sich hinsichtlich der Strafbarkeit der Abtreibung sehr bedeckt hält, läßt sie letztlich in dieser Frage keine Zweifel bestehen: Ohne Indikation und Beratungsbescheinigung bleibt der Schwangerschaftsabbruch strafbewehrt!

Die Inszenierung weiterer Memminger Prozesse ist also zu befürchten. Strafrechtliche Verfolgung von Beratern und Beraterinnen sowie Ärzten und Ärztinnen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, ist nicht ausgeschlossen. Mit den Beratungsprotokollen wird das Beweismaterial noch mitgeliefert, das bisher aufwendig von den Strafermittlungsbehörden im Wege der Beschlagnahme von Patientinnenkarteien besorgt werden muß. Keine Abtreibung nach Notlagenindikation ist vor richterlicher Interpretation geschützt. Ganz sicher machen sich diejenigen Frauen strafbar, die sich von vornherein dem erniedrigenden Verfahren verweigern und vorziehen, zur Abtreibung in die Niederlande zu fahren.

Kernstück des Süßmuth-Vorschlags ist jedoch, dem »Schutz des ungeborenen Lebens« Verfassungsrang einzuräumen.

Abtreibungsgegnerinnen und ' Lebensschützer' werden die vorgeschlagene Verfassungsänderung freudig begrüßen. So eine Schützenhilfe von renommierter Seite haben sie sich in den letzten Jahren nicht erhoffen können. Groß-Deutschland wäre mit diesem Gesetz nach Irland das zweite Land, in dem der »Schutz des ungeborenen Lebens« verfassungsrechtlich verankert ist. Was das für Frauen bedeutet, läßt sich an Irland ablesen: Legale Schwangerschaftsabbrüche sind unmöglich – dafür droht maximal die lebenslange Freiheitsstrafe.

Süßmuths Vorschlag geht sogar so weit, das »ungeborene Leben« gegenüber dem geborenen zu privilegieren, indem sie ersteres unter den »besonderen Schutz der staatlichen Ordnung« stellen will. Damit hat sie eine eindeutige Wertentscheidung gegen die Frau und für den Embryo getroffen. Es bestätigt sich eine Entwicklung, die schon mit dem Regierungsvorschlag eines Embryonenschutzgesetzes eingeleitet wurde: die Trennung von Frau und Embryo, mit der der Embryo der Frau als eigenständiges Rechtssubjekt gegenübergestellt wird.

Die verfassungsrechtliche Verankerung des »Schutzes des ungeborenen Lebens« wird auf jeden Fall eine Lawine von Verfassungsbeschwerden gegen die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs auslösen. Denn der Gesetzgeber ist verpflichtet, die Einfachgesetzgebung auf das übergeordnete Verfassungsrecht abzustimmen. Ob das geltende Recht oder der Süßmuth'sche Vorschlag angesichts des Verfassungsranges des »Schutzes des ungeborenen Lebens« überhaupt Bestand haben können, wird dann wieder einmal das Bundesverfassungsgericht entscheiden müssen. Ist das »ungeborene Leben« erst einmal verfassungsrechtliches Schutzgut, versperrt es jeden Weg hin zu einer liberalen Abtreibungsgesetzgebung.

Nach all dem stellt sich der »dritte Weg« Süßmuths als ein offenbar erfolgreicher Trick dar, der wiederaufflackernden Bewegung gegen den Paragraphen 218 StGB den Wind aus den Segeln zu nehmen. Unter Verschleierung der vollen Konsequenzen ihres Vorschlags setzt sie neue Kriterien gegen die Ziele der Bewegung gegen den 218. Noch vor kurzem schien die Stimmung wenigstens zugunsten der Fristenregelung umzuschlagen. Das Bündnis »Frauen begehren Selbstbestimmung«, das im Juni erfolgreich zu einer Großdemonstration für die Streichung des 218 mobilisieren konnte, ist jetzt auf die Auseinandersetzung zurückgeworfen: Wie hältst Du es mit dem »dritten Weg«?

Konkret 09/90, S. 30

Matthias Küntzel

»Der nukleare Geltungszwang«

Daß die turnusmäßig alle fünf Jahre stattfindende Überprüfungskonferenz zur Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags, die zur Zeit läuft, von den deutschen Medien ignoriert wird, liegt nicht etwa an mangelndem Interesse an ihrem Gegenstand. Im Gegenteil: Noch nie waren die Deutschen der Erfüllung ihres Traums von der Verfügung über Atomwaffen so nah wie heute

»Wird es immer ein Fehler sein, nach deutschen Kernwaffen zu streben, oder werden heute umgekehrt Situationen denkbar, in denen wir sie haben müßten, auch im Interesse der europäischen Nachbarn und Partner?«, fragte im Frühjahr 1990 der Historiker Arnulf Baring in einem Beitrag für die »FAZ«. Im Moment sei der Gedanke zwar unzeitgemäß. »Aber morgen oder übermorgen könnte Deutschland die militärischen Attribute brauchen, um einem ökonomischen Einfluß politischen Nachdruck zu verleihen – nicht bedrohlich, sondern zur Stabilisierung eines demokratischen Europa.«

Frieden schaffen mit deutschen Atomwaffen? Welche Kräfte könnten von außen »Deutschland einig Vaterland« daran hindern, Atommacht zu werden? Und welche Gruppen wären in der Lage, innenpolitischen Druck auszuüben, um die »nukleare Selbstbestimmung« der Deutschen auszuschließen?

Eine Analyse der deutschen Ambitionen erfordert zuerst einen Blick auf die internationale Lage, die im Rahmen der »4+2«-Verhandlungen aus den Trümmern der Nachkriegsordung zurechtgezimmert wurde. Die wesentlichen Resultate der 4+2-Diplomatie sind seit dem Nato-Gipfel und dem als Rührstück inszenierten Treffen zwischen Kohl und Gorbatschow im Kaukasus bekannt. BRD-Außenminister Genscher konnte als einziger seinen Auftrag erfüllen und zeigt sich deswegen bescheiden, sein sowjetischer Amtskollege Schewardnadse mußte als einziger in allen Punkten passen und gibt sich zufrieden. Die Nato hat global auf Kosten der Sowjetunion an Macht gewonnen, die EG-Staaten haben Nato-intern gegenüber Nordamerika ihren Einfluß vergrößern können, die Bundesrepublik hat EG-intern die Gewichte zuungunsten Londons und Paris' verschoben. Der Ost-West-Konflikt – wie weit geht der einseitige Rückzug Moskaus? – war zugleich überlagert von einem West-West-Konflikt – wie weit rücken die Deutschen vor? Die Ergebnisse im Einzelnen:

1. Die Farbe der Einheit ist nato-oliv. Das DDR-Territorium fällt an Brüssel. Artikel 5 und 6 des Nato-Vertrags (Beistandspflicht im Falle eines bewaffneten Angriffs) finden sofortige Anwendung.

2. Die Nato tauscht nicht, sie nimmt. Als »Zugeständnis« firmiert der Versuch, die Niederlage der Sowjetunion in einer ihr Selbstwertgefühl schonenden Weise zu besiegeln. Deutsche Nato-Truppen sollen erst nach Abzug der Roten Armee (1993/94) an der polnische Grenze stationiert werden. Die westlichen Nato-Verbündeten und ihre Atomwaffen sollen nicht auf dem gesamten deutschen Territorium stationiert, sondern im Westteil konzentriert werden. KSZE hin, KSZE her: Während die Nato den ehemaligen Ostblock-Ländern die eine Hand zur Freundschaft reicht, sorgt die andere für die Beibehaltung und Modernisierung der westlichen Atomwaffenarsenale. Der angebliche Aggressor zieht in ungeordnetem Rückzug in Richtung Heimat, der atomare Erstschlag bleibt trotzdem gültige Nato-Doktrin. Während Gorbatschow zum Atlantikrat nach Brüssel reisen darf, werden zugleich die Nato-Atomwaffen auf Reichweite Moskau justiert.

3. Die künftige Reichsarmee soll 370.000 Soldaten unter Waffen halten. Das seit jeher nicht der Nato unterstellte Territorialheer der Bundeswehr wird ohne Verzug auf DDR-Gebiet vorrücken und mit den neuen Territorialstreitkräften Ost (bisher: NVA) verschmolzen werden. Damit wird diese bislang als nationale Reserve vernachlässigte Armee an Bedeutung gewinnen. Die Streitkräfte unter rein deutschem Kommando werden künftig alle drei Waffengattungen umfassen und 20 Prozent der Gesamtstärke der Bundeswehr ausmachen. Die Gründung eines eigenen Generalstabes wird nicht lange auf sich warten lassen.

4. Deutschland bleibt ein Atomwaffenträger. Die sowjetischen Truppen werden abziehen. Die amerikanischen, britischen und französischen werden bleiben und zunehmend als multinationale Einheiten organisiert werden. So möchte man mit den in der Bundesrepublik stationierten EG-Truppen den Aufbau einer gemeinsamen europäischen »Verteidigung« in Angriff nehmen: »Ohne diese Perspektive«, so CDU-Sprecher Carl Lamers, »ist die Präsenz dieser Truppen – oder das Recht dazu – in einem vereinigten Deutschland auf Dauer schwer zu rechtfertigen.«

5. Großdeutschland verzichtet auf Herstellung, Besitz und Verfügungsgewalt über ABC-Waffen und bleibt ein Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrags. Das klingt beruhigend, hat aber zwei große Haken: Einerseits soll die Bundeswehr mit ihren nuclear mission teams auch weiterhin den Atomkrieg proben dürfen. Andererseits gilt nach dem Beitritt der DDR der Atomwaffensperrvertrag in seiner bundesdeutschen Variante: Vollgespickt mit Zusatzvereinbarungen, Spezialinterpretationen und Vorbehalten, in denen sich das nukleare amerikanische Entgegenkommen schon in der Entstehungsphase jenes Vertrages ausgedrückt hatte. Nicht der Wortlaut des Non-Proliferation-Treaty (NPT), sondern das Kleingedruckte beschreibt auch in Zukunft den Spielraum deutscher Ambitionen. Zwei Beispiele:

Nukleare Teilhabe

Washington hatte es durchgesetzt und Moskau stillschweigend akzeptiert: die Vereinigung des Unvereinbaren – Nukleare Teilhabe und NPT. Das eine soll das Entstehen weiterer Atommächte verhindern, das andere auf die Existenz neuer Atommächte hinarbeiten. In der für das künftige Deutschland geltenden Nato-Interpretation des NPT wird nicht nur die Stationierung von Atomwaffen, sondern auch das nukleare Zweischlüsselsystem und das Einüben des Atomkriegs durch die Streitkräfte einer Nichtatomwaffenmacht als vertragskonform definiert. Falls »eine Entscheidung, Krieg zu führen, getroffen wird«, tritt der NPT von heute auf morgen außer Kraft, heißt es folgerichtig in jener Interpretation. Das Prinzip des trojanischen Pferdes (im Ernstfall verwandeln sich einige Nichtatomwaffenstaaten über Nacht in Atommächte) hat nicht nur die 4 + 2-Verhandlungen überlebt, sondern wird in Zukunft angesichts multinationaler Nato-Verbände an Bedeutung gewinnen.

Das wichtigste geplante Teilhabe-Projekt ist eine Bomberflotte mit weitreichenden Luft-Boden-Raketen. Mit einer Reichweite bis Moskau werden jene TASM-Raketen (tactical air-surface missiles) den Verlust der Cruise Missiles ohne weiteres wettmachen können. Das in der Nato entwickelte Modell geht von einer britisch-amerikanisch-deutschen Flotte mit Standort Großbritannien aus. Der Oberbefehl über die Atomstreitmacht soll an die USA und die Stellvertretung an Großbritannien gehen. Der Stabschef wäre ein Deutscher. Das letztere ist wichtig. Großbritannien und den USA geht es darum, durch Vorzugsbehandlung »sicherzustellen, daß Deutschland weder denuklearisiert wird, noch in die Versuchung kommt, eine eigene Atomwaffe zu entwickeln«, berichtete die amerikanische Presse.

Auch Bonn ist begeistert. Erstens ist mit dem Projekt ein Statuszuwachs verbunden. Wann wurde den Deutschen je ein vergleichbarer Einfluß bei weitreichenden Atom-Raketen eingeräumt? Zweitens würde innenpolitischer Widerstand ausgehebelt. Die Atomgeschwader könnten in der west- und südeuropäischen Randzone stationiert werden, um sie erst bei Bedarf nach Deutschland zu fliegen, wo bis dahin die entsprechende Infrastruktur eingerichtet werden soll. Nach diesem Modell wäre Deutschland nach Abzug der kurzreichenden Systeme in Friedenszeiten atomwaffenfrei – und könnte trotzdem teilweise über nukleare Gefechtssysteme verfügen.

Eine ungeschriebene Regel der bisherigen amerikanischen Nuklearpolitik besagt, daß, um der Gefahr des deutschen Abdriftens zu begegnen, auch die Angebote der nuklearen Teilhabe attraktiver werden müssen. Der Atomwaffenverzicht verkommt dadurch zur Formalität, der reale Status verändert sich im Verborgenen. Für die westeuropäischen Verbündeten hatte die CDU schon wenige Wochen nach dem Fall der Mauer gute Ratschläge parat: Die beste Versicherung gegen la derive allemande – so der CDU-Vordenker Lamers im Dezember 1989 – läge für Frankreich darin, die nukleare Verteidigung in europäische Hände zu legen!

In der Tat werden die seit Jahrzehnten stagnierenden Bemühungen um eine Europäische Sicherheitsunion durch die Wiedervereinigung rasant beschleunigt. Ihre Gründung soll nunmehr noch 1990 über die Bühne gebracht werden. Die Möglichkeit der bundesdeutschen Teilhabe an einer europäischen Atomstreitmacht ist die zweite jener Sonderbestimmungen, für die Bonn schon im NPT-Kontext Sorge getragen hatte.

Der gaullistische Weg zur Bombe war bisher für alle Bundesregierungen bestenfalls ein probates Drohmittel, keinesfalls aber eine reale Option. Die nuklearstrategischen Realitäten verboten die Selbstisolierung im westlichen Lager und den Affront gegen die USA. Das Minus an eigener Souveränität wurde immer durch ein Plus an Engagement für europäische Lösungen ausgeglichen.

1987 hatte der Bundeskanzler den Anspruch darauf, daß sein Land den gleichen militärischen Status wie Frankreich und Großbritannien haben sollte, auch öffentlich betont, als er die Pershing IA-Raketen als »Drittstaatensysteme« eingeordnet wissen wollte. 1988 wurde das neue sicherheitspolitische CDU-Grundsatzprogramm verabschiedet, das die Regierungen in London und Paris auffordert, ihr nukleares Potential in eine »gemeinsame Europäische Sicherheitsunion einzubringen«, die früher oder später auch »über einen Europäischen Verteidigungsrat als politische Entscheidungsinstanz« verfügen solle – eine Formel, die dem alten deutschen Traum von der »Europäischen Atomstreitmacht« bereits sehr nahekommt.

1989 wurde mit Unterstützung der SPD auch der deutsch-französische Vertrag von 1963 durch Errichtung eines gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitsrats um die nukleare Dimension erweitert.

Zurück zum Sperrvertrag. 1975 erfolgte die bundesdeutsche NPT-Ratifizierung auf der Grundlage eines Vorbehalts, wonach jener Vertrag die Schaffung einer Europäischen Union auf dem Gebiet der Sicherheits- und Außenpolitik auch in nuklearpolitischer Hinsicht nicht behindern dürfte.

Die aktuelle Bedeutung dieser Klausel liegt auf der Hand. Die Europäische Sicherheitsunion, ursprünglich frühestens für 1992 vorgesehen, soll jetzt schon im Dezember 1990 aus der Taufe gehoben und um einen Europäischen Verteidigungsrat ergänzt werden. Welche Rolle werden darin die französischen und britischen Atomwaffen spielen, welchen Status erhält Bonn? Es dürfe jedenfalls keine Vorkehrungen geben, so Carl Lamers, »die eine gleichberechtigte Beteiligung Deutschlands an der Europäischen Verteidigungsunion erschweren oder ausschließen« . Das kann also noch heiter werden. Will Bonn die nukleare Mitverfügung? Mit der Zurückhaltung ist es jedenfalls vorbei. Orginalton Lamers: »Wenn es einen gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsraum gibt, dann kann ein französischer Präsident oder eine

britische Premierministerin gar nicht anders entscheiden als ein deutscher Kanzler.« Kann gar nicht? Und wenn doch? Was werden dann bei uns jene sagen, die schon immer gegen die Stationierung us-amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Territorium waren, weil die Deutschen nicht souverän über deren Einsatz entscheiden dürften?

Der nukleare Geltungszwang

Der Viermächte-Status von Berlin, die geographische Labilität Westberlins und die deutsche Teilung: Dies waren Pfeiler, die den Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik 40 Jahre lang wohltuend eingeengt und die Machtentfaltung der BRD ökonomisch kanalisiert hatten. Die damit verbundene Abhängigkeit von den westlichen Verbündeten entfällt jetzt. Als »entfesselte« Nation wird Deutschland die Arena der Weltpolitik betreten. Aus Nato-Sicht sollte die Bundesrepublik bisher insbesondere deshalb keine Atomwaffen erhalten, weil es zwei deutsche Staaten gab. Eine deutsche Atommacht könnte, so wurde vermutet, um die Wiedervereinigung zu erzwingen, den Dritten Weltkrieg provozieren. Dieses Motiv hat sich erledigt. Wir müssen konstatieren, daß sich mit der Wiedervereinigung die objektiven Voraussetzungen für eine deutsche Atommacht verbessern werden.

Wie steht es um den subjektiven Faktor? Braucht Bonn die Bombe? Wir wissen: Bonn braucht keine Bombe, die BRD ist auch so eine Führungsmacht. Statusdenken hat mit Rationalität jedoch recht wenig zu tun, zumal wenn es als Obsession in Erscheinung tritt. 40 Jahre nuclear history in der Bundesrepublik erlauben nur den einen Schluß: Deutschland drängt nach Atomwaffen, solange und weil es den 8. Mai 1945 verdrängt.

Am 9. Mai 1945 begannen die Deutschen damit, die reale Niederlage und den realen Faschismus zu verleugnen. Der zornige Blick wurde nicht zurück gerichtet, sondern gen Osten. Weil man sich der deutschen Katastrophe nicht stellte, mußte jede Einengung neudeutscher Machtentfaltung als gemeine und diskriminierende Provokation erscheinen – weg damit! Eine gekränkte Elite machte sich an die Arbeit, alle Hürden, die auf dem Weg zum Platz an der Sonne im Wege stehen, beiseite zu räumen. Verbissen klammerte man sich an jeden noch so geringen Machtzuwachs.

Geblieben ist die Unfähigkeit zur Selbstbescheidung und das Unvermögen, den »niederen« Status einer Nicht-Atomwaffenmacht anders als mit vernehmbarem Zähneknirschen zur Kenntnis zu nehmen. Geblieben ist zugleich der verächtlich-instrumentelle Umgang mit all jenen, die für Deutschlands Größe nicht mehr gebraucht werden. Seit die Großmacht reüssiert, hat sich die KSZE-Konferenz mit deutschen Wahlterminen abzufinden, werden Frankreich und Großbritannien, so der frohlockende ZDF-Kommentar, »abgefrühstückt« und wird nur noch mit seinesgleichen – Gorbi und Bush – verhandelt.

Im Vollzug eines Wiederholungszwangs wird die Status-Obsession, jener westdeutsche Geburtsfehler, in das vereinigte Deutschland eingebracht. Ihn durch Einbindung und Zugeständnisse beschwichtigen zu wollen, ist illusionär. Im westeuropäischen und im atlantischen Rahmen wird »Deutschland einig Vaterland« seinen Rang auch nuklear umzusetzen suchen. Die Bundesrepublik war eine Atommacht in Wartestellung. Als Deutschland wird sie sich in Bewegung setzen.

Über die TASM-Option berichtet ausführlich ein im Juni 1990 unter dem Titel »Die atomare Planung der Nato nach dem Ende des kalten Krieges« veröffentlichter Bericht. Bezugsadresse: Institut für Internationale Politik, Postfach 131821, 5600 Wuppertal.

Aus Anlaß der 4. NPT-Überprüfungskonferenz führt die Bundestagsfraktion der Grünen am 15./16. September in Bonn ein öffentliches Hearing durch. Thema: »Atomare Teilhabe oder Atomwaffenverzicht? Die Bundesrepublik Deutschland und Atomwaffen«

Konkret 09/90, S. 34

Jochen Hippler

Qualifizierte Technokraten

Als »geisteskrank«, »Größenwahnsinnig«, und »unberechenbar« wird der irakische Präsident Sanddam Hussein der Weltöffentlichkeit präsentiert. Dabei folgt seine Politik, die noch im Golfkrieg Unterstützung von der amerikanischen Administration bis zu Otto Schily fand, durchaus jenen Prinzipien, die auch im Westen gelten: Sie ist strikt am Eigeninteresse orientiert, kühl kalkuliert und wird mit brutaler Konsequenz durchgeführt

Die Weltöffentlichkeit hat einen neuen Oberteufel. Nach den Kampagnen gegen Gaddafi, Khomeini, Castro, Noriega und Arafat erleben wir nun eine gegen den irakischen Präsidenten Saddam Hussein, »den Hitler von Bagdad«, den »Irren«, den »Geisteskranken«, den »Größenwahnsinnigen« (»Bild«). »Größenwahn« diagnostiziert auch der »Spiegel« und betont die »völlige Unberechenbarkeit« der irakischen Führung. An weiteren Psychologisierungen herrscht kein Mangel, die Unfähigkeit zu begreifen und die moralische Empörung stehen einer nüchternen politischen Analyse im Weg. Will der »Schlächter von Bagdad«, daß »wir alle im Winter frieren«?

Obwohl sich nur schwer feststellen läßt, was an einer derartigen Kampagne nur Unverständnis, was Rassismus und was politisches Kalkül ist, wäre es natürlich absurd, aus ihr schließen zu wollen, Saddam Hussein sei ein progressiver und angenehmer Zeitgenosse, seine Politik an humanitären, antiimperialistischen oder sonstwie fortschrittlichen Idealen orientiert – schließlich haben sich die westlichen Medien die Aggression gegen Kuwait nicht bloß ausgedacht. Die Existenz dieser Kampagne spricht per se weder für noch gegen die irakische Führung und ihre Politik. Die Kampagne emotionalisiert und personalisiert, sie zielt auf die Homogenisierung einer politischen Front, während sie gleichzeitig ihren Gegenstand jeder rationalen Analyse und Kritik entzieht. Ich mochte demgegenüber einigen Fragen zum Charakter der irakischen Regierung und den Motiven ihrer Politik nachgehen.

Der Irak war in der Vergangenheit eines der instabilsten Länder in einer ohnehin instabilen Region, er war jahrzehntelang praktisch »unregierbar«. 1933 schrieb König Faisal I. kurz vor seinem Tod, es gebe überhaupt »kein irakisches Volk«, sondern nur »unvorstellbare Massen von Leuten«, die durch nichts verbunden seien und zur Anarchie neigten, »bereit, ständig gegen jede beliebige Regierung aufzubegehren«. Das mag übertrieben gewesen sein, aber es war nicht falsch. Etwa 20 Prozent der Irakis sind Kurden, die insgesamt traditionell an größerer Autonomie interessiert waren und sind, aber kaum als einheitliche Gruppe begriffen werden können: Stammeskonflikte, Stadt-Land-Gegensätze, politische Auseinandersetzungen waren und sind an der Tagesordnung. Der Konflikt der Kurden mit der Zentralregierung in Bagdad ist fast immer von Elementen eines innerkurdischen Bürgerkrieges überlagert gewesen. Die Bevölkerungsmehrheit des Irak (schätzungsweise 55 Prozent) besteht aus schiitischen Arabern, die insbesondere im Süden des Landes wohnen. Unter ihnen haben sich religiöse und ethnische Einflüsse aus dem Iran breitgemacht, weshalb der Iran während des Golf-Krieges – mit geringem Erfolg – versuchte, die Schiiten zum Aufstand anzustacheln. Unruhe schafft potentiell vor allem auch die Tatsache, daß die Politik des Irak im wesentlichen von Sunniten kontrolliert wird, die nur ein knappes Viertel der Bevölkerung ausmachen. Eine kleine turkmenische Minderheit im Norden spielt in der Politik kaum eine Rolle, siedelt aber zum Teil in ölreichen Gegenden, etwa bei Kirkuk.

Zur ethnischen und religiösen kommt, daß die politische Elite des Irak traditionell stark fragmentiert war, und daß sich diese Fragmentierung in zahlreichen Militärputschen niedergeschlagen hat. Der Irak war das erste Land im Nahen und Mittleren Osten, das einen Militärputsch erlebte (1936). Bemerkenswert ist weiterhin die Existenz einer Kommunistischen Partei in den fünfziger und sechziger Jahren, die zu einem der stärksten Machtfaktoren des Landes wurde, während bis zur Revolution des Jahres 1958 der Irak zugleich von einer krass ungleichen, »feudalistischen« Land- und Machtverteilung geprägt war.

Im Kontext dieser historischen und politischen Bedingungen muß die Herrschaft der Baath-Partei des Saddam Hussein gesehen werden. Die Baath-Partei hatte bereits 1963 kurzzeitig und ausgesprochen gewalttätig regiert, war dann 1968 durch einen erneuten Putsch dauerhaft an die Macht gekommen. Trotz der offiziell gepflegten »arabisch-sozialistischen« Rhetorik und außenpolitischer »Radikalität« (etwa dem Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion 1972) war die irakische Revolution spätestens mit dem Machtantritt der Baath abgeschlossen. Statt sozialer Umgestaltung standen nun »Stabilisierung«, »Aufbau« und »Nationale Größe« auf der Tagesordnung. Nach über 20 Jahren läßt sich heute feststellen, daß die Baath-Diktatur viele dieser Aufgaben weitgehend erfüllt hat. Die Kette der Staatsstreiche und Gegenputsche ist abgerissen, ständig wechselnde Regierungen wurden durch ein erstaunlich stabiles Regime ersetzt, das bisher auch schwere Krisen ohne Machtverlust überstanden hat. Die Armee wurde gezwungen, sich von einer innenpolitischen Machtzentrale zu einer militärischen Organisation umzuformen, sie ist heute der zivilen Führung vollkommen untergeordnet.

Diese politische Stabilisierung des Landes wurde mit beträchtlicher Skrupellosigkeit, ja massiver Brutalität und einem extremen Maß an Repression durchgesetzt. Die putschlüsterne Armee wurde »baathisiert«, tatsächlich oder vermeintlich unzuverlässige Offiziere systematisch identifiziert und hingerichtet. Der fast permanente Säuberungsprozeß begann sofort

bei Machtantritt und reicht bis in die letzten Tage und Wochen, bis zur Hinrichtung von 120 Offizieren, die eine Beteiligung an der Eroberung Kuwaits abgelehnt haben sollen.

Aber die Baath-Diktatur beschränkte sich nicht auf die Umformung und Kontrolle der Armee, sie durchdrang fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Schulen und Universitäten sind 'baathisiert', das vom Staatsapparat bzw. der Partei organisierte Spitzelwesen ist hoch entwickelt und wirksam. Alle oppositionellen Parteien und Organisationen wurden zerschlagen oder in die Illegalität gedrängt. Von den Ansätzen einer demokratischer Entwicklung Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre ist nichts geblieben.

Bis 1973/74 stand dieses brutale Stabilisierungskonzept allerdings noch auf schwachen Beinen. Erst mit dem steilen Anstieg der Ölpreise entstand die Chance, die repressiven Herrschaftselemente durch wirtschaftliche Anreize und sozialpolitische Maßnahmen (etwa einer massiven Subventionierung von Grundnahrungsmitteln) zu ergänzen.

Im September 1980 begann der Irak den Krieg gegen den Iran. Ein ganzes Bündel von Gründen hatte die irakische Führung zum Angriff veranlaßt:

1. die drohende Destabilisierung durch die kurz zuvor siegreiche islamische Revolution angesichts der eigenen schiitischen Bevölkerungsmehrheit und der iranischen Versuche, die Revolution zu exportieren;

2. die Möglichkeit einer »Korrektur« der Grenze am Schatt-el-Arab, die man sich 1975 vom Schah unter ungünstigen Bedingungen hatte diktieren lassen müssen;

3. die »Befreiung« der arabischen Bevölkerung in der iranischen Ölprovinz Khusistan (»Arabistan« im irakischen Sprachgebrauch) mit der Möglichkeit, iranische Ölquellen zu erobern;

4. die Versuchung, die vermeintliche Schwächung des Iran durch die Revolutionswirren für sich auszunutzen, um den Irak durch einen Blitzkrieg zur Vormacht am Golf zu machen.

Bereits damals konnte nüchternen Beobachtern auffallen, daß der irakische Angriff zwar völkerrechtswidrig sein mochte, aber alles andere als emotionale, psychologische Ursachen hatte und kaum auf das Konto »Unberechenbarkeit« verbucht werden konnte. Es handelte sich vielmehr um eine kühl kalkulierte Operation. die sich ausschließlich an der Abwägung eigener Interessen orientierte und logische Schlußfolgerungen zog. Trotzdem handelte es sich um eine Fehlkalkulation: Von einem »Blitzkrieg« gegen den Iran konnte keine Rede sein, nach relativ kurzer Zeit geriet der Irak sogar in die Defensive. Schuld daran waren folgende Faktoren: Die arabische Bevölkerung Khusistans dachte überhaupt nicht daran, den irakischen Angriff als »Befreiung« aufzufassen und durch einen Aufstand zu unterstützen; entgegen den Erwartungen konnte von einem raschen Zusammenbruch der iranischen Streitkräfte keine Rede sein, es gelang den Mullahs sogar, sich durch den Krieg innenpolitisch zu stabilisieren sowie den religiösen Eifer gegen den Feind zu lenken und zu einer militärischen Kraft werden zu lassen. Drittens erwies sich das irakische Militär als wenig kampfstark, da es über keine tatsächliche militärische Erfahrung verfügte und von der politischen Führung in hohem Maße gegängelt wurde. Bis 1986 geriet der Irak immer stärker in die Defensive, bis dem Iran sogar die Einnahme der Fao-Halbinsel am Persischen Golf gelang. Damit wäre dem Irak sein einziger Zugang zum Meer abgeschnitten worden – wenn er nicht den Hafen Kuwaits großzügig hätte nutzen dürfen. Der Verlust Faos hatte den Irak auf seine Achillesferse aufmerksam gemacht und zugleich eine Lösung des Problems nahegelegt: Kuwait.

Zugleich markierte das Jahr 1986 den Wendepunkt des Krieges: Die irakische Führung begann mit einer tiefgreifenden Umstrukturierung und Aufrüstung ihres militärischen Apparates und koppelte sie mit größeren operativen Freiräumen für das Offizierskorps. Diese systematische Mobilisierung und Freisetzung der personellen und materiellen Reserven des Landes zahlte sich 1988 aus: In fünf Schlachten von April bis August gelang es dem Irak, die iranischen Truppen fünf Mal entscheidend zu schlagen – mit dem Ergebnis, daß im August 1988 der Iran über keine funktionsfähigen Streitkräfte mehr verfügte. Erst daraufhin erklärte Khomeini, »den bitteren Kelch des Friedens trinken« zu müssen.

Tatsächlich war damit der Golfkrieg nicht in einer allgemeinen Erschöpfung zuende gegangen, sondern – entgegen der westlichen Wahrnehmung – durch einen militärischen Sieg des Irak beendet worden. Vier Faktoren hatten ihn möglich gemacht:

1. die Anspannung aller nationalen Reserven und die erfolgreiche Reorganisierung des irakischen Militärs. Aus einer desolaten Truppe unter schlechter Führung war während des Krieges die – sieht man von Israel ab – kampfkräftigste Militärmaschine der Region worden;

2. die Unterstützung des Irak durch fast alle arabischen Regierungen (außer Syrien und Libyen), die beträchtliche finanzielle Zuwendungen (mehr als 30 Mrd. Dollar), die Nutzung von Territorien und Infrastruktur (kuwaitische Hafennutzung, saudische Ölpipelines und Verladestationen, jordanische Straßen und Hafennutzung) und personelle Hilfe (Millionen ägyptischer Gastarbeiter) einschloß;

3. die offene oder verdeckte Unterstützung des Irak durch Frankreich, die USA, die Sowjetunion und andere Staaten. Diese Hilfe reichte von nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit über massive Waffenlieferungen auf Kredit bis zur

Flottenentsendung der USA und der WEU-Mitgliedsstaaten in den Golf, der größten militärischen Flottenkonzentration in Friedenszeiten seit dem Zweiten Weltkrieg.

Tatsächlich wurde der Irak von den Nato-Staaten (in geringerem - Maße auch von der Sowjetunion) in den letzten Jahren als kalkulierbare, gemäßigte Alternative und als Barriere gegen die iranisch-islamische Bedrohung einer »völligen Unberechenbarkeit« betrachtet und mit großen Mengen modernster Waffen aufgerüstet. Selbst ein Politiker wie Otto Schily rief noch Anfang 1988 dazu auf, den Irak »gegen die fanatisierten Menschenmassen des Iran« mit modernen Waffensystemen auszustatten und die westliche Kriegsflotte im Golf zu lassen: zwecks »Sicherung des Gleichgewichts im Golf«.

In der Schlußphase des Krieges und unmittelbar nach dem Waffenstillstand nutzte die irakische Führung ihre neue Stärke und die freigewordenen militärischen Kräfte, um auch an der Heimatfront klare Verhältnisse zu schaffen: Die aufständischen Kurden hatten sich während des Krieges teilweise als Hilfstruppen dem Iran zur Verfügung gestellt (insbesondere die KDP des Masoud Barzani). Nun ergriff die irakische Führung die Chance zur entschlossenen Niederwerfung des Aufstandes. Truppen wurden nach Kurdistan verlegt. Unter Einsatz aller Mittel gelang es ihnen in wenigen Wochen, alle kurdischen Organisationen vernichtend zu schlagen. Daß dabei auch Giftgas eingesetzt wurde, ist bekannt – wenn auch in manchen Fällen (gerade auch bei Halabja) ungeklärt blieb, ob der Irak oder der Iran das Gas zuerst einsetzte. Danach befand sich die irakische Regierung innen- und außenpolitisch in der stärksten Position seit der Unabhängigkeit des Landes, trotz der Kriegsschäden und seiner kriegsbedingten, beträchtlichen Auslandsverschuldung .

Die irakische Führung ist zum großen Teil mit westlich ausgebildeten, hochqualifizierten Technokraten besetzt und agiert vollkommen skrupellos, wenn es um die Verwirklichung der eigenen Ziele geht. Bei einer westlichen Regierung würde man ein derartiges Verhalten »zweckrational« und »realpolitisch« nennen. Effizienz und kühles Kalkulieren gelten dem irakischen Regime als hohe Werte, wenn auch das Eingehen hoher Risiken in diesem Rahmen akzeptiert wird. Dieses Bündel westlicher Sekundärtugenden wird in den Dienst folgender Ziele gestellt: Herrschaftssicherung der Führung und vor allem des Präsidenten; Aufbau und Entwicklung des Landes, seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ressourcen; Erringung einer außenpolitischen Vormachtstellung am Persischen Golf und in der arabischen Welt. »Nationale Größe« – das ist das noch immer proklamierte Ziel, wobei sich die drei genannten Elemente – im Verständnis der irakischen Führung – gegenseitig bedingen.

Die Eroberung Kuwaits ist hierfür beispielhaft. Kuwait bietet dem Irak den Zugang zum Persischen Golf, der zuvor nur unter erschwerten Bedingungen möglich war – und insbesondere direkt vor den Artilleriegeschützen Irans vonstatten gehen mußte. Die Annexion des Scheichtums macht es wesentlich schwieriger, den Irak vom Golf abzuschneiden. Zweitens ist – oder war – Kuwait ein extrem reiches Land. Auf seinem Gebiet lagern die drittgrößten Ölvorkommen der Welt. Kombiniert mit den irakischen verfügt Saddam Husseins Regierung nun über ein glattes Fünftel der bekannten Erdölvorkommen der Welt. Außerdem ist der Irak bei den arabischen Nachbarn am Golf infolge des Krieges hoch verschuldet, insgesamt mit 30-35 Milliarden Dollar, davon allein gegenüber Kuwait mit schätzungsweise 10 Mrd. Dieses Problem ist jetzt gelöst: Die Schulden an Kuwait sind mit der Eroberung dieses Landes gestrichen, und wie die anderen Golfanrainer ihre Außenstände nun eintreiben wollen, ist nicht absehbar. Zugleich werden die Ölpreise mittelfristig steigen, und der Einfluß Iraks auf die Preisgestaltung innerhalb der OPEC wachsen. Die Eroberung Kuwaits hat somit – falls auf Dauer erfolgreich – die irakische Schuldenkrise auf einen Schlag gelöst.

Weiterhin sollte nicht vergessen werden, daß die Invasion dazu geeignet ist, den irakischen Führungsanspruch unmißverständlich zu unterstreichen. Nachdem man im Frühjahr einen Vergeltungsschlag gegen Israel mit Raketen und C-Waffen angedroht hatte, demonstrierte die Einnahme des südöstlichen Nachbarlandes erneut, daß Hussein tatsächlich der »starke Mann der Araber« ist. Manche arabische Regierung mag sich dadurch bedroht fühlen, große Teile der Bevölkerung dieser Länder identifizieren sich jedoch mit dem, was sie für eine kraftvolle arabische Politik halten. Der ganzen Welt die Stirn zu bieten, das nötigt ihnen Respekt ab.

Schließlich ist die Geschicklichkeit bemerkenswert, mit der Saddam Hussein versucht, die Kosten seiner Aggression gering zu halten. Mit Gegenmaßnahmen immerhin mußte er rechnen, obwohl er annehmen konnte, daß sich diese in Grenzen halten würden. Die arabischen Nachbarstaaten hatten und haben ohnehin keine Möglichkeit, ernsthafte Schritte gegen den Irak zu unternehmen, am allerwenigsten militärische. Militärische Gegenmaßnahmen der USA waren nicht auszuschließen, würden aber begrenzt bleiben: Die achtziger Jahre hatten gezeigt, daß die USA militärisch ausschließlich gegen Staaten vorgingen, die sich nicht verteidigen konnten: Grenada, Nicaragua, Libyen, Panama. Selbst an Syrien hatten sie sich nicht herangetraut, vor dem Iran waren sie immer wieder zurückgeschreckt. Gegen eine Million kampferprobte irakische Soldaten, ausgerüstet mit modernen westlichen Waffensystemen und C-Waffen würden die USA mithin einen Krieg nicht riskieren, wobei einzelne Luftangriffe oder Beschießungen durch USKriegsschiffe natürlich nicht ausgeschlossen waren, aber dieser Preis war notfalls zu zahlen. Wirtschaftliche Boykottmaßnahmen wären schwierig und kaum auf Dauer durchzuhalten: Sie hatten auch gegen andere Länder praktisch nie gegriffen, außerdem würde der Westen sich hüten, durch langfristige Unterbrechung des Ölflusses die Ölpreise drastisch nach oben zu treiben.

Als sich der Konflikt dann doch bedrohlich zuspitzte – Beschluß des UNO-Sicherheitsrates, Kriegsschiffe zahlreicher Staaten im Golf, Sperrung der türkischen Ölpipeline, arabische Truppen in Saudi Arabien – , da erwies Hussein abermals sein taktisches Geschick: Seine Appelle an die »arabischen Massen« anderer Länder über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg, die Forcierung des arabischen Nationalismus und die politische Ausnutzung der US-Truppenentsendung sind kluge Schachzüge. Besonders brisant und zugleich nicht ohne Witz war dann sein Aufruf zum »Heiligen Krieg« – ausgerechnet ein laizistischer Diktator, der sich acht Jahre als Bollwerk gegen den islamischen Fundamentalismus iranischer Prägung bewährt hatte, rief plötzlich zur »Befreiung der Heiligen Stätten Mekkas, Medinas und Jerusalems von der Schändung durch Ausländer und die korrupten Herrscher« auf. Es war ein politisch-psychologischer Coup, die den Führungsanspruch des Irak noch einmal unterstrich und durch seine Verknüpfung des Kuwait-Problems mit der Forderung nach einem Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten eine arabisch-nationalistische Lösung der Probleme versprach. Die Stationierung von US-Truppen in Saudi Arabien läßt dieses Konzept den arabischen Staaten plausibel erscheinen.

Da die irakische Regierung ausschließlich ihrem Eigeninteresse folgt, sind weitere Aggressionen gegen Nachbarländer in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Weder Saudi Arabien, die Türkei noch Israel müssen mit irakischen militärischen Interventionen rechnen – nicht etwa, weil sie prinzipiell auszuschließen wären, sondern weil der Irak dabei nur verlieren könnte. Saddam Husseins Regierung hat Kuwait erobert und nun genug damit zu tun, diesen Erfolg zu verdauen, abzusichern und materiell auszubeuten. Jede weitere Aggression würde die erreichte starke Position nur gefährden. Drohgebärden gegen Saudi Arabien, die Türkei und vor allem Israel bleiben allerdings auch weiterhin innen- und außenpolitisch sehr nützlich, unterstreichen sie doch abermals den irakischen Anspruch auf Führung der arabischen Welt. Welches andere arabische Land könnte sonst glaubhaft Israel bedrohen? Dies ist auch der Hauptgrund für die palästinensische Unterstützung der irakischen Politik.

Die USA sind in einer verzwickten Lage. Akzeptieren sie die Annexion Kuwaits, verunsichern sie ihre traditionellen, konservativen Verbündeten am Golf (Saudi Arabien und die Scheichtümer) und zwingen sie zu einer Annäherung an Bagdad. Akzeptieren sie die irakische Eroberung nicht, stehen sie vor der Frage möglicher Gegenmaßnahmen. Eine direkte militärische Konfrontation ist aufgrund der schwierigen topographischen und klimatischen Bedingungen (zum Teil bis zu 60 Grad im Schatten) und der irakischen Bereitschaft, C-Waffen einzusetzen, wenig attraktiv. Eine langfristige Einschnürung und Blockade des Irak ist zwar mit geringerem militärischen Risiko behaftet, aber ebenfalls problematisch: Eine »Seeblockade« ist nach völkerrechtlichen Kriterien ein Kriegsakt, dieser setzt nach US-Recht eine formelle Kriegserklärung voraus. Zweitens würde eine solche Maßnahme erst mittel- und langfristig wirken und dem Irak zu Gegenmaßnahmen Zeit lassen – etwa für massive Waffenlieferungen an die türkisch-kurdische PKK, für eine Destabilisierung Saudi Arabiens, der Scheichtümer und Jordaniens oder für die Vorbereitung von Vergeltungsschlägen gegen saudische Ölfelder. Das Dilemma der USA besteht darin, sich zwischen einer schnellen und extrem riskanten militärischen Option auf der einen Seite, und einer langfristigen zivilen andererseits entscheiden zu müssen, in deren Folge möglicherweise die gesamte Region destabilisiert würde. Und dabei stellt sich natürlich die Frage, ob die Unabhängigkeit Kuwaits diese Risiken aus US-Sicht wirklich wert ist.

Der Irak pokert hoch, aber er pokert auf der Grundlage einer nüchternen Kalkulation.

Von Jochen Hippler ist beim Institut für Internationale Politik (Neue Friedrichstraße 12, 5600 Wuppertal 1) als Arbeitspapier Nr. 6 erschienen: Westliche Flottenpräsenz im Persischen Golf und die Diskussion um Out-of-Area Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr, Preis: 6 Mark

Konkret 09/90, S. 37

Gisela Wuttke

»Kuba ist am Ende«

Kuba bekam bislang umfangreiche wirtschaftliche Hilfe aus der DDR. Seit Anfang 1990 ist der Warenverkehr aber faktisch eingestellt. Die BRD besteht darauf, daß die DDR »ideologischen Ballast« abwirft

Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke (CSU) weiß gar nicht, wo das Problem liegen soll. Sozialismus, so radotiert er in Springers »Welt«, sei »ein Auslaufmodell«, und es möge doch bitte niemand von ihm erwarten, daß er Regime unterstütze, »die bewußt die Entwicklung ihrer Länder behindern«. Die Rede ist nicht von El Salvador, nicht von der Türkei, nicht von den Philippinen. Die Rede ist von Kuba, dem Stachel im Fleisch der Wiedervereiniger, der Machtlüsternen, der Einverleiber.

Noch zu guten alten COMECON-Zeiten witzelte Castro, Perestroika sei wohl »die Braut eines Anderen«, jedenfalls eine Gringa, die auf Kuba nichts verloren hätte. Inzwischen sind vormals unverbrüchliche (Männer-)Freundschaften kaum noch einen Rubel wert: Die sozialistischen Bruderländer werden die Präferenzpreise für kubanische Waren zukünftig über den Weltmarkt nach unten korrigieren und bislang hochsubventionierte Produkte (Erdöl, Weizen, Fleisch, Milchpulver u.a.) unter Fortfall der Subventionen nur noch gegen frei konvertierbare Währungen liefern. Stützungsmilliarden zur Aufrechterhaltung sozialer Errungenschaften wurden bereits drastisch reduziert, mit ihrer Einstellung kann gerechnet werden. Ungarn, die CSFR, Polen und nun auch die DDR haben ihre Verträge bereits storniert oder auf Dollars umgestellt, was die Staatssolidarität bislang zu politischen Konditionen gewährte: die Entwicklung und Existenzmöglichkeit der kubanischen Revolution.

Von der DDR erhielt Kuba bis zum jüngsten Tag den Bärenanteil wirtschaftlicher Hilfe, innerhalb der besonders geförderten Länder hielt es vor Mosambique, Nicaragua und Vietnam eine einsame Spitzenposition. Der Umsatz zwischen den beiden real nicht-mehr- bzw. noch-sozialistischen Länder wird bis zum Jahresende 10 Mrd. Mark erreicht haben – veranschlagt vor der Währungsunion. Ein ganzes Regelwerk von Verträgen und Vereinbarungen verpflichtet die DDR noch bis Ende 1990, dann laufen die 1986 geschlossenen Handelsabkommen aus. Kuba bezog aus der DDR technisches Know-How für seine Zuckerindustrie, Brauereien und Bildungseinrichtungen, importierte Maschinen, chemische Produkte, Düngemittel und Konsumgüter und lieferte im Gegenzug Zucker, Zitrusfrüchte, Futterhefe, Nickelerz, Honig, Tabak, Spritrektifikate und Spanplatten. Da es seine Lieferverpflichtungen jedoch nicht in vollen Umfang einhalten konnte, wird die DDR zum Jahresende auf einem Aktivsaldo von 200 Mio. Rubel sitzen. Rechnet man die gewahrten Kredite hinzu, erhöht sich der Schuldenberg Kubas leicht auf 600-700 Mio. Rubel.

Bereits im 1. Halbjahr 1990 haben die Außenhandelsunternehmen der DDR ihren bisher auf Clearing-Basis organisierten Warenverkehr mit Kuba faktisch eliminiert. Besonders hart traf Kuba die Aufkündigung der Lieferung von Milchpulver, das die tägliche Versorgung insbesondere der kubanischen Kinder sichern sollte. Präferenzpreise, so wurde in der deutsch-deutschen Beratungsrunde in Konstanz entschieden, werden nicht mehr gezahlt. Ein Schuldenerlaß für Kuba ist nicht beabsichtigt – Kuba soll bluten.

Ebeling (Ex-DSU), Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Kabinett de Maiziere, versprach seinem Amtskollegen in Bonn eilfertig, die Entwicklungshilfe der DDR »vom ideologischen Ballast« zu befreien. Die Filiale in Ost-Berlin wurde mit 285 Mio. DM ausgestattet, mit denen Vorhaben, die ins Bonner Kalkül passen, gesichert werden sollen. Kuba gehört nicht dazu.

Fast zeitgleich forderte der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums Washington auf, Kuba darin zu unterstützen, sich aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der UdSSR zu befreien. Kuba stelle »keine Gefahr« mehr für die Vereinigten Staaten dar. Es nützte alles nichts, das mächtige Amerika im Norden sieht seine Sicherheit nach wie vor bedroht und hält am totalen Boykott der roten Insel fest. Konzeptionslos laviert die Bush-Administration zwischen bereits überlebten und ins Gegenteil verkehrten Forderungen: Abrücken von der UdSSR bzw. Übernahme der dort eingeleiteten Reformen, Truppenabzug aus dem südlichen Afrika und Einstellung der Unterstützung mittelamerikanischer Befreiungsbewegungen (wenigstens die, die die Contra-USA-Connection noch am Leben gelassen hat). Willfährig setzt die Bundesrepublik auf den amerikanischen Triumphalismus und wartet auf das Scheitern der Revolution oder mindestens den Tod Castros (so viel wie die halbe Miete). Die neuen Verhältnisse in Ost-West-Europa geben dazu mächtig Auftrieb.

Während sich in der ukrainischen Stadt Charkow Mitglieder der Liberaldemokraten, der Republikanischen Partei und der Jugendliga aus Protest gegen die sowjetische Wirtschaftshilfe an Kuba in einen eintägigen Hungerstreik begeben (da kommt Hunger gar nicht erst auf), erklärt Fidel Castro in seiner Rede zum 37. Jahrestag des Aufstandes gegen die Batista-Diktatur den Sozialismus in Kuba für »eine historische Notwendigkeit«, um die nationale Unabhängigkeit gegenüber den USA behaupten zu können. Daß Kuba ein Grenada und Panama vergleichbares Schicksal widerfahren wird, wenn sich seine wirtschaftlichen Probleme innenpolitisch noch zuspitzen, ist wahrscheinlich, zumal sich die Vereinigten Staaten im Schatten der Perestroika nicht mehr an das mündliche Abkommen mit der UdSSR aus dem Jahre 1962 gebunden fühlen

müssen, das die Unantastbarkeit Kubas als Gegenleistung für den Abzug der sowjetischen Atomraketen vorsah. Die barsche Reaktion Castros auf die Botschaftsbesetzungen einiger Kubanerinnen und Kubaner, die das Land verlassen wollen, läßt darauf schließen, daß die kubanische Führung die außen- und wirtschaftliche Krise nach innen zu wenden versucht, um das Widerstandsvermögen der Bevölkerung zu mobilisieren.

Die anhaltende angespannte politische und sich noch verschärfende wirtschaftliche Lage Kubas führt zu wachsender Unzufriedenheit in der Zivilbevölkerung und macht auch vor den Kasernentoren nicht halt. So soll eine größere Anzahl kubanischer Offiziere der Westarmee ihren Dienst quittiert haben, weil sie der ständigen Alarmbereitschaft müde geworden sind. Schon wird offen darüber spekuliert, daß der für extreme Notzeiten entworfene Drei-Stufen-Plan (»Besondere Bedrohung in Friedenszeiten«), der Rationierungen von Treibstoff, Energie und Wasser vorsieht und bis hin zur Evakuierung der Stadtbevölkerung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion reicht, noch vor dem großen Knall in Kraft gesetzt wird. Dahinter verschwinden die Früchte der Rectificación (»Korrektur von Irrtümern«, das kubanische Gegen-Marktwirtschaftskonzept) ebenso wie die ersten Effekte der Ent-Bürokratisierung. Nach wie vor intensiv verfolgt wird die Konzeption des »Krieges des ganzen Volkes«, und es ist gut möglich, daß der im 1. Quartal 1991 stattfindende Parteitag der Kommunistischen Partei die Revolution nicht mehr wird retten können, weil die demokratische Öffnung jetzt, spätestens jetzt, erfolgen muß.

Kuba ist am Ende. Seine Auslandsverschuldung umfaßt gegenüber den westlichen Industrienationen 6 Mrd. Dollar, gegenüber der UdSSR ca. 15 Mrd. Rubel. Seinen Hauptexportschlager Zucker liefert Kuba in diesem Jahr nur noch an die Sowjetunion, rien ne va plus. Diese Politik hat dramatische Konsequenzen: Die geprellten Länder – Ungarn, die CSFR, die DDR, Bulgarien, Rumänien und Polen – antworteten bereits mit der Stornierung ihrer Exportverpflichtungen. Schlüsselindustrien und Versorgungsbetriebe in Kuba mußten daraufhin vorübergehend oder für längere Zeit stillgelegt werden, Strom- und Wasserrationierungen sind bereits kubanische Alltagserfahrung, es fehlt an Treibstoff, Ersatzteilen, an allem, was über die Grundversorgung hinausgeht und nicht im eigenen Land produziert werden kann. Mit wachsenden Schwierigkeiten verbunden ist selbst die Versorgung mit Lebensmitteln.

Eine schonungslose Analyse des kubanischen Entwicklungsweges steht in Kuba noch aus, und auch die Menschenrechtsfrage ist noch längst nicht beantwortet. Fehler werden für jene Bereiche und Phasen eingeräumt, wo Strukturen kopiert wurden, statt das eigene Vermögen zu realisieren. Alles zusammen hat wohl dazu geführt, daß Kuba sich nun entschloß, wieder der Organisation amerikanischer Staaten beizutreten und seine inner-amerikanischen Beziehungen zu verstärken. Auffällig ist das kubanische Engagement hinsichtlich der Volksrepublik China (!) und Japan, wenngleich die Perspektiven der bilateralen Beziehungen zwischen Kuba und der UdSSR inzwischen wieder hoffnungsvoller scheinen als noch vor wenigen Monaten.

Im Hinblick auf die Entwicklung in beiden deutschen Staaten wird betont, daß man keinerlei Einwände gegen den Vereinigungsprozeß habe und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen akzeptiere. Allerdings mache man sich Sorgen über die Zukunft der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR, zumal die »Produktionsprobleme verschiedener DDR-Unternehmen« eine Erfüllung der Lieferverpflichtungen schon jetzt unmöglich gemacht habe. Die Währungsunion führte zudem bereits zu einer Aufkündigung des Arbeitskräfteabkommens und des Studentenprogramms, da sich Kuba ihre Aufenthalte in der DDR nun nicht mehr leisten kann.

Alle weiteren noch zu erwartenden Entscheidungen der DDR werden von Bonn diktiert – und Warnke läßt daran keinen Zweifel: Kuba wird das Opfer sein, das die Konkursverwalter einer sozialistischen Entwicklungspolitik den neuen Verhältnissen zu bringen haben. Und so kommt es, daß ein Zweitregister-Unternehmen wie die DDR, selbst im Zustand des Zusammenbruchs und unter kolonialer Verwaltung, einen Verbündeten aus gar nicht grauer Vorzeit absaufen läßt, weil man sich selbst noch schnell rüberzuretten vermochte. Da stehen sie an der Reling wie ein Mann.

Der Delegationsbericht der Abgeordneten Uwe Holtz (SPD), Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag, und Heinrich Pohlmeier (CDU), schließt mit der Aufforderung, daß »die Bundesregierung sich den Wünschen Kubas nach einer Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit im Sinne einer Unterstützung notwendiger Reformen nicht verschließen und grundsätzlich bereit sein (sollte), Entwicklungshilfeprojekte der DDR in Kuba weiterzuführen bzw. mit der DDR gemeinsam neue Projekte zu beginnen«. Die Verfasser ahnten wohl schon, daß nichts draus wird: »Auf jeden Fall sind die von der DDR völkerrechtlich verbindlichen Abkommen mit Kuba von einem vereinten Deutschland einzuhalten.« Nicht auszuschließen, daß es Bonn noch billiger kommt, sich im Falle Kubas auf die Zahlung von Konditionalstrafen zu beschränken. Protest ist da wohl nur noch von der deutschen Wirtschaft zu erwarten.

Konkret 09/90, S. 39

Wolfgang Pohrt

Der Weg zur inneren Einheit V

In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert (siehe KONKRET 5-9/90). Im Rahmen dieser Studie, deren Ziel es ist, die Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung in Deutschen zu sondieren, hat Pohrt auch Gespräche mit politisch aktiven Rechtsradikalen geführt, um zu ermitteln, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener »Immanenz fortschreiten kann«. Nach Gesprächen mit je einem Funktionär der Republikaner, das KONKRET im letzten Heft veröffentlichte, folgt nun ein Gespräch mit einem Anhänger der > In Anlehnung an die Arbeit »The Authoritarian Personality«, in der Theodor W. Adorno und andere die Zusammenhänge zwischen Charakterstrukturen und der Empüfänglichkeit für faschistische untersucht hatten, erstellt Wolfgang Pohrt für die »Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur« eine Studie über den »autoritätsgebundenen Charakter BRD 1990«, die KONKRET als work in progress dokumentiert (siehe KONKRET 5-9/90). Im Rahmen dieser Studie, deren Ziel es ist, die Chancen für einen neuen Faschismus als Gemütsbewegung in Deutschen zu sondieren, hat Pohrt auch Gespräche mit politisch aktiven Rechtsradikalen geführt, um zu ermitteln, »wohin das gängige Alltagsbewußtsein kraft eigener »Immanenz fortschreiten kann«. Nach Gesprächen mit je einem Funktionär der Republikaner »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) Angaben zur Person wurden anonymisiert.

Gespräch mit Herrn B.

Während besonders die Älteren unter seinen Parteifreunden bei den Skalensätzen nicht an Zustimmung sparten, erwies sich Herr B., Mitte 20, von Beruf EDV-Experte, als ausgesprochen kritisch. Mit einem Durchschnittswert von 3.78 rangierte er bei den low-scorern, und wenn die Skala ein absolut zuverlässiges Instrument wäre, dann müßte man ihn trotz seines Engagements für die FAP als vergleichsweise resistent gegen faschistische Ideologie einstufen (zu den Skalensätzen und ihrer Auswertung siehe KONKRET 6 + 7/90).

Allerdings hatte Herr B. nicht nur den Fragebogen ausgefüllt, sondern zusätzlich auf separatem Papier einzelne Sätze kommentiert, und diese Anmerkungen waren der Beweis dafür, daß ein niedriger Gesamtpunktwert im Einzelfall noch nicht viel bedeutet. Der low-scorer entpuppte sich als schlauer Pedant mit einer Schwäche für Verfahrensfragen, liebevoll tüftelt er offenbar in der Freizeit Bedingungen und Bestimmungen aus, unter denen es als gesetzlich erlaubt und als sozial nützlich gelten würde, einen Menschen zu töten.

Bevor mit Herrn B. gesprochen wurde, lag also der folgende Text von ihm vor – die Hervorhebungen sind im Original nicht enthalten, sie wurden hier der Übersichtlichkeit halber hinzugefügt:

Zu Nr. 2 (Im Wohlstand verkümmern die inneren Werte): Sogenannte »innere Werte«, die nur in Armut gedeihen, haben m. E. menschenverachtenden Charakter und sind somit abzulehnen (z.B. die Werte der katholischen Kirche). »Innere Werte« wie z.B. Fleiß, Strebsamkeit und Intelligenz führen zwangsläufig immer zu Wohlstand.

Zu Nr. 3 (Wichtige Lehren stets mit Leiden bezahlen): Jeder, der Willens ist, sein Gehirn zu benutzen, kann auch ohne Leiden Lehren ziehen. Nur wer sich konsequent weigert, sein Gehirn zu benutzen, wird immer wieder leiden, allerdings nie Lehren ziehen.

Zu Nr. 5 (Arbeitslosigkeit und Drückeberger): Daß Arbeitslosigkeit ein Problem ist, wird kaum jemand leugnen können. Drückeberger wären kein Problem, wenn sie das Volk nicht schädigen würden (materiell, visuell oder auf eine andere Art). Auch wenn mehr als 99 Prozent das Volk nicht schädigen würden, so wäre der Rest (und damit Drückeberger) ein Problem.

Zu Nr. 11 (Europa/organisiertes Verbrechen): Aber auch in einem Europa mit Grenzen findet das organisierte Verbrechen seinen Weg nach Deutschland.

Zu Nr. 12 (Zerstörung der Ozonschicht): Bezüglich des Umweltschutzes möchte ich hier nur kurz folgende Statements abgeben:

- Umweltschutz muß von allen Bürgern bezahlt werden;

- fahrlässige Umweltverschmutzung sollte mindestens doppelt so viel kosten wie der angerichtete (auch Langzeit-)Schaden;

- vorsätzliche Umweltverschmutzung sollte mit Enteignung des gesamten Besitzes und der anschließenden Hinrichtung des Verursachers geahndet werden;

- Tempo-30-Zonen sowie sonstige Straßenverengungen sind schnellstmöglich wieder aufzuheben aufgrund ihrer umweltschädigenden Auswirkungen.

Zu Nr. 13 (Wertvolle Menschen opfern sich): Generell würde ich folgendes Beurteilungskriterium für einen wertvollen Menschen aufstellen: Wert = Summe aller Inputleistungen zur Steigerung des Wohls des Volkes minus Summe aller Outputleistungen des Volkes, welche von dem betreffenden Menschen alleine vereinnahmt werden, um seine egoistischen Ziele zu erfüllen (z.B. Gehalt).

Zu Nr. 18 (Starke politische Führung): An der Aussage stört mich das Wort »stark«. Ich würde folgende Formulierung abgeben: Wir brauchen eine kompetente, zukunftsweisende politische Führung, deren Ziel es sein muß, den Wohlstand des deutschen Volkes langfristig zu mehren und zu sichern, wobei zu versuchen ist, die übrige Welt in die Wohlstandssteigerung einzubeziehen.

Zu Nr. 19 (Ausländer kapseln sich ab) und Nr. 27 (Ausländer wollen sich nicht anpassen): Zur Ausländerfeindlichkeit ließe sich meiner Meinung nach folgendes sagen:

- Eine Gleichstellung von Deutschen und Ausländern dürfte meiner Meinung nach immer zu Ausländerfeindlichkeit führen (die Schuld liegt allerdings nicht bei den Ausländern, sondern bei den Politikern).

- Ausländer, die das deutsche Volk schädigen (wie z.B. durch Mord, Erpressung . . .) sollten ausgewiesen werden, da gerade sie zu einem hohen Prozentsatz an der Ausländerfeindlichkeit schuld sind.

- Abgewiesene Ausländer, die nicht ausgewiesen werden können, da ihre Staatsbürgerschaft nicht festgestellt werden kann, sollten zum Tode verurteilt werden, wobei der Vollzug nur dann durchzuführen ist, falls der Verurteilte nicht innerhalb eines Monats einen Staat gefunden hat, welcher ihm Asyl gewährt. Innerhalb dieser Monatsfrist ist er im Gefängnis einzusperren.

Zu Nr. 20 (Sittlichkeitsverbrecher verdienen härtere Strafen): Sittlichkeitsverbrecher ins Gefängnis zu stecken ist meiner Meinung nach unsinnig. Stattdessen sollte man ihn in eine psychiatrische Anstalt stecken. Sollte innerhalb eines Jahres keine Heilung erfolgt sein, so ist er zum Tode zu verurteilen. Ein Wiederholungstäter ist, sofern die Umstände nicht dagegen sprechen, sofort zum Tode zu verurteilen.

Zu Nr. 22 (Es gibt kaum etwas Gemeineres...): Wer sich nichts Gemeineres vorstellen kann, dem fehlt es an Fantasie.

Zu Nr. 24 (Wir Deutsche haben wenig Freunde): Siehe zweiter Weltkrieg, siehe Wiedervereinigung.

Zu Nr. 26 (Homosexualität): Homosexualität ist eine natürliche Evolution, die sich aufgrund der fehlenden Möglichkeit nicht fortpflanzen kann (es sei denn durch Gentechnologie).

Zu Nr. 31 (Das Anwachsen der Kriminalität, besonders im Drogenhandel): Meiner Meinung nach kann das Drogenproblem auch durch noch so hohe Strafen (z.B. Folterung bis der Tod eintritt) nicht ausreichend gelöst werden. Ich würde das Drogenproblem durch folgende Maßnahmen lösen:

- Drogen werden vom Staat legal verkauft, wobei der Drogenpreis nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten festzulegen ist.

- Drogen dürfen nur nach vorheriger Information über die Nebenwirkungen verkauft werden.

- Der Verkauf von Drogen über Privatpersonen bleibt verboten.

- Süchtige werden zwangsweise in eine Entzugsanstalt geschickt (ca. 6 – 12 Monate); süchtig ist jeder, welcher nicht aus eigenem legalen Einkommen die Drogen bezahlen kann. Falls jemand das zweite Mal süchtig geworden ist, so wird er mit dem Tode bestraft.

Zu Nr. 32 (Deutschen fehlt Zukunftsvision): Wenn man das Wort machtvoll streichen würde, dann könnte man aus meiner + I eine + 3 machen.

Zu Nr. 36 (Bevor man Asylbewerber und Aussiedler unterstützt...): Da Asylbewerber und Aussiedler nur sehr wenig miteinander zu tun haben, sollte man keine Aussagen treffen, welche beide Gruppen berühren, es sei denn, die Aussage ist für beide gültig. In Ihrer Frage trifft dies nicht zu.

Zu Nr. 40 (Weihnachten in der Familie feiern): Da ich glaube, daß die Kirchen (z. B . die Religion und die Sekten überhaupt) im großen und ganzen menschenverachtende Verbrecherorganisationen sind, würde ich die Mitgliedschaft in einer solchen Organisation unter das Jugendschutzgesetz stellen, desgleichen gottverherrlichende Schriften etc. Bei einer solchen Meinung erübrigt sich, glaube ich, die Beantwortung dieser Frage.

Zu Nr. 45 (Arme glücklicher als Reiche) und Nr. 53 (Schönheit nur Zeichen für Leere): Eine Aussage, die m.E. nur von Neid besessene Menschen aufstellen können.

Über gewöhnliche Neid- und Haßgefühle ist Herr B. schon hinaus. Selbst zum Sittlichkeitsverbrecher nimmt er eine nüchtern-abgeklärte Haltung ein, was in seinem Alter doch etwas verwundert, weil die Zeit um die Pubertät herum eine Phase ist, in welcher männliche Jugendliche eigene verdrängte Wünsche auf den Wüstling projizieren, aus dessen Fängen

es das unschuldige schöne Mädchen zu retten gilt – der Unhold ist sonst gerade für männliche Jugendliche einer, den man nicht zum Psychiater auf die Couch schleppen, sondern den man kräftig verhauen will, in seiner Eigenschaft als Stellvertreter für eigene Triebanteile nämlich, deren Zurückweisung allerhand emotionale Energie erfordert.

Gegen die landläufige Meinung nun, dies Reaktionsschema sei irrational, weil es auf Projektion beruht, ist mit Adorno und Horkheimer einzuwenden, daß in gewisser Weise alles Wahrnehmen Projizieren ist und das Pathische an der pathischen Projektion der Ausfall der Reflexion darin. Zugespitzter noch könnte man sagen, daß erst das Projizieren eigener Wünsche und Triebe auf Andere menschliche Verhältnisse herstellt. Indem man den Schurken haßt und ihn bestrafen will, akzeptiert man ihn zugleich als Subjekt, mit dem eben nicht wie mit einer Sache verfahren werden kann: Der Bösewicht, der mir vor's Schienbein getreten hat, ist etwas anderes als der Stein, über den ich gestolpert bin. Letzterer kann einfach weggeräumt werden, er ist nur ein Problem, ersterer aber ein Feind, und selbst wenn ich ihn in den Mülleimer stecken dürfte, wäre die Tat, die er an mir begangen hat, deshalb nicht ungeschehen. Während ich den Stein am besten wegräume, muß ich mich am Bösewicht, der mich trat, auch rächen, indem ich ihm den Schmerz zurückgebe, den er mir verursacht hat. Zwischen uns gibt es eine Rechnung zu begleichen, weil er sich an seinen Tritt erinnert. Dem Stein hingegen bin ich später nicht mehr böse, weil er von seinem Triumph und meinem Wehgeschrei nichts weiß.

Daß der Verzicht auf Rache nicht human sein muß, daß es vielmehr ausgesprochen widerwärtige Konsequenzen haben kann, wenn Menschen als Objekte betrachtet und behandelt werden, hat sich nicht nur in den Vernichtungslagern gezeigt, wo leidenschaftslos umgebracht wurde und es den Mördern ausdrücklich verboten war, ihre Opfer zu hassen, sondern dies geht auch aus dem kleinen Kommentar von Herrn B. hervor. Den Sittenstrolch strenger bestrafen möchte er nicht, weil er ihn nicht haßt, und er haßt ihn nicht, weil er mit ihm schon fertig ist: Warum den Sittenstrolch eigentlich noch hassen, wo es doch längst beschlossene Sache ist, daß er repariert oder eliminiert werden soll.

Im Unterschied zum gewöhnlichen Autoritären hat Herr B. schon den Punkt erreicht, wo er sich die Gemütsaufwallungen schenken kann, die durch pathische Projektion angekurbelt werden müssen. Die Absichten bedürfen keines größeren Aufwandes an moralischer Rechtfertigung mehr, lediglich Verfahrensfragen und Ausführungsbestimmungen sind noch zu klären, weil die Grundsatzentscheidung schon gefallen ist. Nicht die sadistische, bluttriefende Strafaktion ist bezweckt, die dem Opfer Schmerz und dem Täter Lust bereitet, sondern intendiert ist die hygienische, nach Möglichkeit auch juristisch saubere und nicht zuletzt kostensparende Lösung. So blaß wie die Liquidation selber können daher auch die Affekte sein, die ihre Vorbereitung begleiten, und im Interview spricht Herr B. eher verständnisvoll als haßerfüllt über den Triebtäter, in dessen eigenem Interesse es schließlich läge, wenn er durch den Tod von seinen Qualen erlöst wird. Beinahe drängt sich der Eindruck auf, wie wenn dieser Herr B. einfach nichts zum Projizieren hätte, und zu seinem unterkühlten Plädoyer für die Eliminierung von Triebtätern paßt es ganz gut, daß er im Interview auch auf gezielte Fragen hin keine einzige Person zu nennen wissen wird, die ihm wirklich was bedeutet.

Anders als Herr A. also, der sich noch an der Vorstellung von Blut, Knochen und Kilogramm Lebendfleisch berauschte (s. KONKRET 8/90), legt Herr B. als Person ohne Innenleben auf solche Opulenz keinen Wert mehr. Was ihm Genugtuung bereitet, ist eher das ausgetüftelte Verfahren, welches ohne Blut, Geschrei und Gestank zur Beseitigung eines Menschen führt, oder auch der kurze Prozeß: »Standardlösung, also erschießen«, wie es Herrn B. während des Interviews einmal herausrutscht. Diesem Verfahren einen Hauch von Begründung oder Sinn zu geben ist der einzige Zweck des verfügbaren Restbestandes an völkischer oder nationalistischer Ideologie, der bei Herrn B. noch kümmerlicher, brüchiger und fadenscheiniger ist, als er dies schon bei seinen Gesinnungsgenossen war.

Überhaupt fiel bei allen Interviewten auf, daß ihr Nationalismus ein vordergründiger, aufgesetzter ist, daß ihnen das Deutschtümeln eine Pflichtübung bedeutet, die sie trotz Anstrengung nicht bewältigen, daß ihre Vorstellungen vom deutschen Volk oder einem künftigen deutschen Reich kaum eine halbe Druckseite füllen würden, und daß solchen Vorstellungen alles Schwärmerische abgeht. Visionen von einer herrlichen großdeutschen Zukunft, wie sie im Prinzip durchaus denkbar wären, existieren praktisch nicht, keiner scheint fähig zu sein, sich Zustände auszumalen, die er für paradiesisch halten würde. Jeder epische Atem, jede Symptomfülle, jede gestalterische Kraft fehlt diesem Wahn, der bei Herrn B. fast schon wie seine eigene Karikatur wirkt, weil der Junge mit dem Kopf-ab-Tick eigentlich wie ein delirierender Vollidiot immer nur 'hinrichten', 'vollstrecken' oder 'erschießen' sagen möchte. Keineswegs bringen Begriffe wie Volk, Reich, Deutschland, Heimat, Vaterland seine Augen zum leuchten, keineswegs sind diese Wörter zu einem wenngleich schaurigen, so doch inhaltsreichen Märchen verwoben, welches sich lang und breit erzählen und beliebig ausschmücken oder weiterspinnen läßt, und eben dies, nämlich daß der deutsche Nationalismus keine Vorstellung von seinen eigenen Zielen und Wünschen besitzt, macht ihn zu einem absolut Negativen, welches seinen einzigen Daseinszweck in der Vernichtung hat.

Damit tritt er in Gegensatz zu allen Systemen, Dogmen, Lehren, die im Hauptberuf das Leben der Menschen, nicht ihre Ausrottung regeln und dabei Vernunft setzen, wie irrwitzig und unvernünftig sie selber zunächst auch sein mögen. Was nämlich den deutschen Nationalismus vom krudesten Stammeskult wie vom Christentum oder vom Kommunismus unterscheidet, ist, daß diese das Leben der Menschen unter vernünftigere oder unvernünftigere Bestimmungen des Willens

setzen, während jener dazu nicht in der Lage ist. Im Widerspruch zu seinen Allmachtsphantasien, zu seinem Herrenmenschengetue, zum Führerkult oder zum Gerede vom gestalterischen Schöpfertum fehlt ihm die Kraft zur Dezision, die Fähigkeit zu beschließen und zu dekretieren, was fortan als erstrebenswert, als gut und richtig gelten soll.

Intensive Aversionen rufen bei Herrn B. daher alle Dogmen hervor; er wäre kein schlechter Vorkämpfer der hier allseits geforderten Entideologisierung. Er haßt die Kirche, wie aus seinen Kommentaren hervorgeht, den Kommunismus haßt er noch mehr, und der selbe Mann, der eben die Hinrichtung eines Menschen nur deshalb forderte, weil dieser keine Staatsangehörigkeit, keinen Paß besitzt, wagt es dann, auf die Kirche und ihre Morallehre gemünzt, doch tatsächlich das Wort »menschenverachtend« im anklagenden Sinn zu benutzen. Es zeigt sich bei ihm noch deutlicher als bei den anderen Interviewten, wie leicht abwaschbar gerade die dick aufgetragene moralische Tünche hier ist, die Reaktionsbildung auf tiefer sitzenden Amoralismus, und es zeigt sich ferner, daß deutsche Emanzipationsbemühungen mit höchster Vorsicht zu genießen sind, weil sie meist nicht dem Willen zur Humanisierung der Gesellschaft entstammen, sondern dem Wunsch, auch noch die letzten Hemmungen abzustreifen, die ihrer Barbarisierung im Wege standen.

Exkurs: Amoralismus und Naturanalogie

Es muß sich bei dieser auch von den übrigen Interviewten mehr oder minder geteilten Haltung, die vielleicht einer Unfähigkeit zum Sublimieren entspringt, tatsächlich um eine Dauererscheinung im deutschen Volkscharakter handeln, weil schon Marx sie, freilich in ganz anderem Zusammenhang, als eine typisch deutsche beschreibt und analysiert, und weil sie mit einer anderen zweifellos typisch deutschen Neigung eng zusammenhängt, mit der Neigung nämlich, vermeintliche Naturgesetze als gesellschaftliches Regulativ installieren zu wollen, ganz gleich, ob dieser Wille nun rassistisch oder ökologisch begründet werde, wobei der Unterschied wiederum geringer ist, als man gern annimmt. So wird gegen das Heiraten zwischen Schwarzen und Weißen beispielsweise schon eingewendet, dergleichen liefe doch auf das Aussterben der blonden Rasse hinaus, und man wolle die blonden Blauäugigen nicht dereinst nur noch im Naturkundemuseum bewundern können, wie dies heute schon bei aussterbenden Tier- und Pflanzenarten der Fall sei.

Marx also, der vor anderthalb Jahrhunderten schon auf das gleiche Phänomen stieß, zitiert zunächst den deutschen Rechtsgelehrten Gustav Hugo, welcher einerseits die Ehe dafür lobt, daß sie die Befriedigung des Geschlechtstriebes ermögliche, andererseits aber auch gewisse Bedenken gegen die Institution Ehe vorbringt: »Viel bedenklicher ist schon die zweite Beziehung, daß außer der Ehe die Befriedigung dieses Triebes nicht erlaubt ist. Die tierische Natur ist dieser Einschränkung zuwider. Die vernünftige ist es noch mehr, weil ein Mensch beinahe allwissend sein müßte, welchen Erfolg es haben werde, weil es also Gott versuchen heißt, wenn man sich verpflichtet, einen der heftigsten Naturtriebe nur dann zu befriedigen, wenn es mit einer bestimmten anderen Person geschehen kann.«

Soweit Gustav Hugo, der im Jahr 1819 ohne Kenntnis der Psychoanalyse schon so schlau war, wie die Protestbewegungsgeneration von 1968 erst durch falsch verstandenen Freud wurde. Marx bemerkt dazu: »Seht ihr, in welche Schule unsere Jungdeutschen gegangen sind«, und er schreibt:

»Aber die Heiligung des Geschlechtstriebs durch die Ausschließlichkeit, die Bändigung des Triebs durch die Gesetze, die sittliche Schönheit, die das Naturgebot zu einem Moment geistiger Verbindung idealisiert – das geistige Wesen der Ehe – das eben ist dem Herrn Hugo das Bedenkliche an der Ehe ... Selbst wenn Hugo die Schwere der Gründe abwägt, so wird er mit unfehlbar sicherem Instinkt das Vernünftige und Sittliche an den Institutionen bedenklich für ihre Vernunft finden. Nur das Tierische erscheint seiner Vernunft als das Unbedenkliche . . . Jede Existenz gilt ihm für eine Autorität, jede Autorität gilt ihm für einen Grund.«

Kaum besser als mit Marxens Worten über Gustav Hugo ließe sich die Position aller Interviewten zu Fragen der Moral beschreiben, alle bemühen Naturanalogien, wenn sie etwas rechtfertigen wollen, handele es sich nun, wie bei Herrn A., um das Tulpenbeet, dem die Unterwanderung und Überwucherung durch Unkraut drohe, oder um eine genetisch bedingte 'Grundausländerfeindlichkeit', die Herr B. heranziehen wird. Weniger der Inhalt wirklicher Naturgesetze wird dabei übernommen als vielmehr die Denkform, unter der sie Alltagswissen wurden, eine Denkform also, welche komplizierteres Fachwissen soweit trivialisiert, daß auch Laien sich für eingeweiht halten können. Wie dem Inhalt nach die Tulpenbeet-Analogie von Herrn A. absolut idiotisch ist, weil sie auf das Gegenteil des Bezweckten herauslaufen würde, auf den Nachweis der Vergeblichkeit aller völkischen Reinhaltungs- und Rettungsversuche nämlich, insofern das deutsche Volk a) einer unnatürlichen und damit nicht schützenswerten Züchtung gleichgesetzt wird, insofern b) solche Treibhauspflanzen in der rauhen Natur allerdings schlechte Karten hätten, und insofern c) kein Gärtner benannt wird, welcher ins Pflanzenleben der Völker eingreifen würde – die Tulpen können sich schließlich nicht selber gegen das Unkraut schützen – , so ist dem Inhalt nach die Argumentation der Ökologen idiotisch, die unter Berufung auf ein »Leben im Einklang mit der Natur« den Artenschutz fordern, obgleich die Natur selber keine Naturschutzgesetze kennt und weder den Dinosaurier noch den Neandertaler unter Artenschutz stellte.

Keineswegs werden also, wie die faschistoide Ideologie selber behauptet, und wie man ihr gelegentlich vorwirft, aus dem Studium der Natur Lehren und Grundsätze für das gesellschaftliche Leben der Menschen abgeleitet, zumal das Verhältnis der Deutschen zur Natur durchweg ein bloß sentimentales ist und harmlose Tierchen auf einem Camping-Platz im Süden gerade die Naturfreunde leicht in Panik und Hysterie versetzen, sondern die Denkformen naturwissenschaftlicher Halbbildung allein werden übernommen, und sie werden deshalb übernommen, weil sich mit ihnen ein Nachdenken und Bescheidwissen über Nichtgedachtes und Nichtgewußtes suggerieren läßt. Die Naturanalogie füllt gleichsam die Lücke, welche die Unfähigkeit zur Ideologiebildung hinterläßt, die Unfähigkeit dazu, irgendeine schwärmerische Vorstellung vom Gewünschten zu entwickeln. Wie die Nationalisten hier absolut unfähig sind, sich das Vierte Reich als eine wenigstens sie selber begeisternde Vision auszumalen; wie die Idee der Grünen von einer glücklicheren Zukunft sich auf die stumpfsinnige Formel vom »Leben im Einklang mit der Natur« reduziert, um die herum sich dann einige geistlose bündnispolitische Erwägungen und tödlich langweilige Gesetzesinitiativen ranken, so flüchteten schon die Nationalsozialisten zu Naturanalogien, weil sie von Dingen wie Volk oder Reich eben keine zumindest sie selber faszinierende, als gut und begehrenswert begründete Vorstellung besaßen, sondern das Ziel ihrer Politik grundlose Vernichtung war, die keinen Gedanken dulden kann, der diesen Namen verdienen würde.

Die ranzige Innerlichkeit, auf welche die Skala teilweise zielt, kann also jederzeit umschlagen ins krasse Gegenteil, in die Ablehnung aller Sittlichkeit, in jene Haltung also, die zu übertünchen die Funktion des Geredes und Getues ist. Treten aber die tiefsitzende Asozialität und die Reaktionsbildung auf sie gleichzeitig auf, so kann eine Skala sie nicht mit absoluter Zuverlässigkeit messen. Unnütz ist sie trotzdem nicht, weil die offene Verachtung aller Sittlichkeit in der faschistischen Massenbewegung wohl den Wenigen vorbehalten bleibt, die wie Herr B., ein gut verdienender Single, aus Gründen der persönlichen Lebensverhältnisse unter nur geringem Rationalisierungsdruck stehen.

***

Welches waren die Gründe für Ihr politisches Engagement? Gerade in Ihrem Beruf – Sie sind Programmierer – hat man doch ohnehin schon genug Streß.

Für mich ist der Hauptgrund erstmal der, daß es keine vernünftige Partei gibt, seit ich im Wählalter bin, die ich ruhigen Gewissens wählen könnte. Das ist einer der Hauptgründe. Wenn man in einer Demokratie ist, und man findet keine Partei, die man wählen kann, dann bringt einem die Demokratie recht wenig. Deswegen bin ich der Meinung, daß man sich dann engagieren sollte.

Und warum gerade für die FAP? Finden Sie die Programmatik interessant, oder hat sich das ganz zufällig ergeben?

Ergeben hat sich das so, daß ich mal den »Deutschen Standpunkt« zugeschickt bekommen habe, und da wurde gleich nachgefragt, ob ich Parteimitglied werden will. Das wollte ich erstmal nicht, und ich bin momentan auch kein Parteimitglied. Ich habe mir dann mal die Programmpunkte geben lassen, und ich muß sagen, daß ich mindestens 60 oder 70 Prozent Übereinstimmung gehabt habe. Ich habe mich dann mit den Leuten unterhalten und dabei festgestellt, daß es dort auch viele beschränkte Leute gibt, aber das Parteiprogramm war nicht schlecht, wenn auch verbesserungsbedürftig.

Und welche Punkte haben Ihnen bei der FAP besonders gefallen ?

Erstens, daß sie sich gegen Abrüstung wenden und der Meinung sind, daß man sich gegen einen Feind verteidigen sollte . Das ist für mich eine ganz wichtige Sache, denn man hat im zweiten Weltkrieg gesehen, daß diejenigen Staaten, die sich nicht verteidigen können – also die haben auf Gutdeutsch eins auf die Klappe bekommen. Und das möchte ich doch stark verhindern. Gerade wenn man sich auch die DDR anschaut: Die Leute wurden gefoltert, deshalb, weil sie zu geizig waren oder zu faul, sich zu verteidigen.

Sie meinen also, die Bevölkerung sei zu faul gewesen, sich zu verteidigen...

Ja, wenn man jetzt sieht, daß die PDS nur 16 Prozent bekommt, dann war das eine Minderheit. Und wenn eine Minderheit sich so stark durchsetzen kann, dann gehört auf jeden Fall die Abschreckung dazu.

Das zweite, was mir an der FAP gefallen hat, ist das Umwelt-Engagement. Ich bin der Meinung, daß man härtere Strafen bräuchte gegen die Umweltverschmutzung. Da wird zu wenig getan, die Grünen sprechen das zwar an, aber ihre Lösungen sind schlecht.

Sie meinen also, daß die Grünen zu lasch sind ?

Nicht zu lasch. Die Grünen gehen das ja richtig an, sie haben nur die falschen Lösungen, beispielsweise die Tempo-30-Zonen, von denen erwiesen ist, daß man 90 Prozent mehr Kraftstoff verbraucht. Oder auch die Hindernisse in den verkehrsberuhigten Zonen. Man kann nicht im vierten Gang fahren, man muß dauernd schalten, es passieren mehr Unfälle,

weil man sich nicht auf den Verkehr oder auf die Kinder konzentrieren kann, und die Rettungsfahrzeuge kommen nicht durch.

Und welches wären im Hinblick auf die Umweltverschmutzung nun die besseren Konzepte der FAP?

Erst mal Geld reinstecken in die Forschung, zweitens öffentliches Verkehrsnetz ausbauen.

In Ihren Anmerkungen zum Fragebogen haben Sie sich öfter auf das Volk bezogen. Wer ist das?

Das sind für mich erstmal primär die Leute, die hier in Deutschland leben und dort auch geboren sind, und im weiteren Sinne auch die Aussiedler.

Im ersten Teil des Satzes haben Sie von den Leuten gesprochen, die hier leben, und darunter würden doch auch die Ausländer fallen.

Ich würde sagen, diejenigen, die hier leben und die deutsche Staatsbürgerschaft haben...

D. h. wenn die aus dem Ausland Eingewanderten die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen hätten, wäre alles in Ordnung

Dann ist alles in Ordnung.

Also wäre das, was man immer als Ausländerproblem bezeichnet, eigentlich bloß ein juristisches Problem?

Da wäre wieder die Frage, was man unter einem Ausländerproblem versteht. Ich muß sagen, daß wir zur Zeit eigentlich kein so starkes Ausländerproblem haben, weil sich auch die Ausländerfeindlichkeit arg in Grenzen hält. Ausländerproblematik würde ich so auch nicht stehen lassen, meiner Ansicht nach ist das Problem die Überbevölkerung, und das ist was anderes. Das heißt, es leben einfach auf einer zu kleinen Fläche zu viele Menschen. Das ist das Hauptproblem hier in der Bundesrepublik, das und der Umweltschutz. Bei den Arbeitsplätzen hingegen sehe ich keine Probleme, die gibt es genug.

Aber dann müßten doch auch die zuwandernden Aussiedler ein Problem sein.

Natürlich gibt es da Probleme, aber ich würde ihnen eine Vorrangstellung gegenüber Ausländern einräumen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Asylbewerber hingegen würde ich in die DDR schicken, weil die dünner besiedelt ist, weil dort mehr Platz ist, weil es dort die ganze Problematik nicht gibt. Aber ich würde keinem Aussiedler verbieten, hierherzuziehen. Er ist praktisch doch ein Deutscher, und der muß hinziehen können, wo er will. Man braucht sie aber auch nicht unterstützen – ohne Sonderbegünstigung, aber auch ohne Benachteiligung. Und jeder Ausländer, der deutscher Staatsbürger wird, weil die deutsche Regierung damit einverstanden ist, der muß dann auch die gleichen Rechte und Pflichten haben, da habe ich gar keine Vorbehalte.

Nun könnte ich sagen, daß einer, der aus Rußland kommt, zunächst ein Russe ist, egal, ob sein Urgroßvater mal ein Deutscher gewesen war.

Ich sage ja, das ist Definitionssache, da will ich auch gar nichts vorschreiben. Wenn er halt als Ausländer betrachtet wird, dann darf er auch nicht bevorzugt werden. Bei mir hätte er fast die gleichen Rechte wie ein Deutscher, mit gewissen Einschränkungen natürlich schon. Die Reihenfolge wäre dann: Deutscher, Aussiedler, Ausländer.

Und wie begründet man die Bevorzugung der Aussiedler gegenüber den anderen Ausländern? In Deutschland geboren worden sind sie nicht, die deutsche Sprache können sie oft auch nicht, was ist nun eigentlich das Deutsche an denen ?

Man muß sich die Aussiedler mal ansehen. Da gab es mal in einer Sendung einen Aussiedler, eine Spanierin und einen Deutschen. Von der ganzen Mentalität her, vom Aussehen her, von der Einstellung her, von den ganzen Bewegungen her hätte man dem Aussiedler nicht angemerkt, daß er kein Deutscher ist, es sei denn, man hört ihn sprechen.

Also Sie meinen, man hätte den Aussiedler für einen Deutschen halten können, man hätte ihn als Deutschen erkannt?

Ja, wenn man ihn nur gesehen hätte, ohne daß er spricht, dann hätte man ihn erkannt. Auch vom ganzen Meinungsbild her. Beim Ausländer ist das anders, der sagt, daß die Deutschen die Alleinschuld am zweiten Weltkrieg haben, der hat eine negative Einstellung gegenüber Deutschland. Meiner Ansicht nach kann man die Alleinschuld so nicht sehen, und wenn einer deutsch sein will, dann muß er auch sagen: Wir – oder ich – haben Mitschuld gehabt, aber er kann nicht sagen »die Deutschen«. Wenn jemand Deutscher sein will, kann er auch sagen, wir oder die Nachkriegsgeneration haben eine Mitschuld, aber dann darf er sich nicht ausschließen.

Deutschland im Jahr 2050 – wie sähe Ihre Wunschvorstellung aus?

Erstens, wie schon gesagt, muß die Überbevölkerung weg sein. Zweitens Vollbeschäftigung, und dann auch intakte Natur.

Wenn man das nun politisch konkretisiert, welches Gebiet sollte Deutschland umfassen?

Von der Fläche her ist mir das ziemlich egal, ich habe weder Gebietsansprüche noch sonstwas. Meiner Ansicht nach muß jeder Staat sagen können, ob er die deutsche Regierung haben möchte oder nicht. Er muß also sagen können, wir möchten

deutsch werden oder nicht, Deutschland muß dann die Möglichkeit haben, abzulehnen oder zuzustimmen. Aber auf längere Sicht würde ich sowieso sagen: Die Grenzen müssen weg. Wichtig ist, daß wir im Wohlstand leben – keine Arbeitslosigkeit, keine Unterdrückung, Meinungsfreiheit und so weiter.

Sie haben auch in ihren Anmerkungen geschrieben, daß es das Ziel der Regierung sein müsse, den Wohlstand der Deutschen zu mehren. Dagegen könnte man natürlich fragen: Haben sie denn noch nicht genug?

Unter Wohlstand verstehe ich, das muß ich dazusagen, nicht nur das Monetäre, sondern auch die Beseitigung der Umweltverschmutzung, und die Straßen müssen einigermaßen frei sein, die dürfen nicht dauernd verstopft sein. Das heißt auf Gutdeutsch, wenn ich in den Wald gehe, möchte ich auch Wald sehen und zum Beispiel keine Menschenmassen. Das heißt, wenn ich Natur sehen will, muß ich die sehen können. Wenn ich in Urlaub gehe, dann gehört für mich zum Wohlstand dazu, daß ich mich dabei auch erholen kann. Wenn man sagt, es ginge uns so gut wie noch nie zuvor, dann bezieht sich das nur aufs Geld, und das ist meiner Meinung nach nicht ausreichend. Wenn man Geld hat, aber keine Erholung, weil überall Staus sind, überall Leute, dann ist das für mich kein Wohlstand. Und hier ist es überbevölkert, hier sieht man überall Menschenmassen. In Frankreich dagegen, wenn man da über die Landstraßen fährt, sieht man auch mal weit und breit keinen, sondern grüne Landschaft, und es ist noch nicht alles verbaut.

Wer wäre denn Ihr politischer Gegner?

Kommunisten oder Sozialisten, weil sie die Leute unterdrücken, zweitens weil sie weiter KZs in Betrieb halten, drittens weil sie massiv die Umwelt zerstören, und weil sie psychisches Leben zerstören, also geistig zu Tode foltern.

Sie haben allerdings, wie ich Ihren Anmerkungen entnommen habe, auch recht rigorose Vorstellungen davon, wie Übeltäter zu bestrafen seien, häufig mit dem Tod . Wenn Sie den Kommunisten nun Inhumanität vorwerfen, sehen Sie darin keinen Widerspruch?

Nein, da muß man sehr streng unterscheiden zwischen Folter und Todesstrafe. Für mich ist die Todesstrafe im eigentlichen Sinn keine Strafe, weil der Verurteilte, wenn er stirbt, praktisch nichts mehr spürt. Und in dem Sinne wird er ja eigentlich nicht bestraft. Bestraft wird er, wenn er zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wird und die ganzen 15 Jahre voll mitkriegt. Zweitens: Ein psychisch Kranker, der nicht anders kann, würde ja ewig im Gefängnis schmoren müssen, weil er immer wieder rein kommt, und das würde ihm bei meiner Lösung erspart bleiben. Man muß allerdings unterscheiden zwischen dem, was ich hier sage, und dem, was ich politisch durchsetzen würde. Politisch würde ich das anders machen, ich würde ihm die Wahlmöglichkeit geben, also er soll entscheiden können, ob er für 15 Jahre ins Gefängnis oder zum Tode verurteilt werden will. Letzteres würde mir am besten gefallen, nicht zuletzt auch aus Kostengründen und weil das andere inhuman ist, aber ich würde ihm die Wahlmöglichkeit geben. Der Verurteilte muß selber entscheiden können. So, wie man heute sagt, ich spende im Todesfall meine Organe, so muß er sagen können: Ich will zum Tode verurteilt werden. Überhaupt sollten wir uns hin zu einer Gesellschaft entwickeln, in der man human leben und human sterben kann. Human sterben heißt für mich, daß man selbst über seinen Tod bestimmt, also aktive und passive Sterbehilfe.

Deutschland, Heimat, Vaterland – was bedeutet das für Sie? Bedeutet es was, oder bedeutet es nichts?

Relativ wenig. Also meine Heimat ist es, aber ich könnte mir auch vorstellen, in einem anderen Land zu leben.

Vorbilder, Ideale, Idole – gibt es für Sie sowas? Früher waren das beispielsweise Albert Einstein oder Max Planck, wenn man sich, wie Sie, für Naturwissenschaften interessierte, oder es waren Politiker oder Stars aus der Pop-Szene.

Eigentlich nicht, muß ich sagen. Ich kenne keine einzige Person oder Persönlichkeit, die mich irgendwo oder irgendwie überzeugen würde.

Auch solche nicht, die sich weniger durch große Macht ausgezeichnet haben als zum Beispiel durch humanitäre Leistungen, Albert Schweitzer meinetwegen, oder berühmte Schriftsteller?

Ich sehe keinen, der sich durch irgendwelche humanitären Leistungen profilieren würde.

Manche in Ihrem Alter bewundern auch erfolgreiche Manager wie Iacocca zum Beispiel oder in der Computerbranche herausragende Karrieren, den Erfinder des Apple oder den Gründer von Microsoft. Eifert man solchen Personen nach?

Eigentlich nicht.

Was lesen, hören oder sehen Sie gern, zum Beispiel im Fernsehen?

Im Fernsehen extrem wenig, auch keine Serien. Ich habe einmal in eine reingeschaut, und das hat mir ausgereicht. Ich schaue mir manchmal das Magazin Report an oder andere politische Sendungen, Nachrichten halt, oder wenn es wirklich mal gute Spielfilme gibt. Musik höre ich die Top Ten, dann Hardrock, allgemein Discomusik. Auch Klassik, aber nichts Spezielles – Zauberflöte, Requiem, Vier Jahreszeiten – also relativ breit gefächert. Was ich weniger gern höre, sind die deutschen Schlager, und deutsche Volksmusik mag ich auch nicht, trotz FAP, wo ich bei vielen sage: rechtsradikale Idioten.

Die FAP ist übrigens stark unterwandert, durch V-Leute vom Verfassungsschutz. Immer wieder erzählt jemand NS-Zeug im Namen der FAP, da braucht er noch nicht mal ein Mitglied zu sein oder ein Parteiamt zu haben, und bleibt straffrei. Die Republikaner sind meiner Ansicht nach auch unterwandert, die NPD schon seit langem, eigentlich jede Partei rechts von der CDU, seit 50 Jahren, und das finde ich erstaunlich. Man sieht das einfach daran, daß manche verfassungswidriges Zeug behaupten können und nicht verknackt werden, etwa 'die FAP ist eine Nachfolgeorganisation der NSDAP' oder 'Völkermischung ist Rassenmord' oder 'der Kapitalismus ist eine Ausgeburt des Judentums'. Das ist öffentlich gesagt und nicht bestraft worden, das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Was lesen Sie denn gerne?

Ich lese hauptsächlich Fachliteratur, Fachbücher über Datenbanksysteme und Netzwerke, fast ausschließlich, und wenn ich sonst noch was lese, dann Science Fiktion, oder eben auch politische Sachen. An Zeitungen das Lokalblatt, die »VDI-Nachrichten«, den »Deutschen Standpunkt«, »Der Republikaner«, »Deutsche Nationalzeitung«, aber nicht mehr lange, die taugt nicht viel, und den »Spiegel« noch relativ regelmäßig.

Irgendwelche Lieblingsbücher aus der Jugend – früher waren das Lederstrumpf oder Tom Sawyer?

Das gar nicht.

Und Lieblingsfilme, solche, die man besonders gern sieht, wo man sich den Titel und die Darsteller oder den Regisseur gemerkt hat? Oder daß man für Stars schwärmen würde – Michael Jackson, Prince, Elvis Presly, Tom Cruise?

Gibt es an sich auch nicht, oder vielleicht Spielberg, 'Krieg der Sterne', 'Alien' und lustige Filme, z.B. 'Otto'.

Sie sind ja noch sehr jung, Mitte 20, wie stellt man sich denn in diesem Alter heute sein Leben vor? Der eine möchte gern Karriere machen, der andere sinnt auf Abenteuer, der Dritte möchte gern reich werden, ein Vierter mochte bald eine Familie gründen, wie ist das bei Ihnen ?

Ich würde sagen: Karriere und angemessener Wohlstand, und daß man rechtzeitig in Rente gehen kann, bevor man sich überarbeitet. Ich nehme an, daß Informatiker in ihrem Beruf nicht alt werden. Da sollte man auch was für sich tun und mit 50 Schluß machen können. Der Beruf ist nämlich ziemlich streßreich, und da sollte man schauen, daß man möglichst bald in eine angemessene Position kommt.

Mancher hat den Tick, daß er unbedingt mal mit dem Faltboot den Amazonas runterfahren oder die Sahara durchqueren will, oder er möchte berühmt werden. Gibt es was ähnliches bei Ihnen ?

Nee, sowas gibt es nicht, auf Titel lege ich zum Beispiel gar keinen Wert, die sind mir ziemlich egal.

Sie haben ja offiziell für die FAP kandidiert. Gibt es in der Familie, im Bekanntenkreis oder unter den Arbeitskollegen darüber manchmal Diskussionen?

Diskussionen nur, wenn ich sie anrege. In der Familie diskutieren wir kaum, weil keiner von seiner Position abweicht. Mein Vater tendiert eher zu den Republikanern oder der CDU, mein älterer Bruder zur CDU oder zur SPD, und mein jüngerer Bruder ist mehr für die Grünen.

Stichwort Grüne. Der Umweltschutz ist ja für Sie auch sehr wichtig, was trennt Sie eigentlich von dieser Partei?

Ich würde sagen, der Umweltschutz ist eigentlich der einzige gute Programmpunkt, den die Grünen haben. Negativ ist, daß sie zu lange für die Teilung waren, außerdem ist das eine Chaotenfraktion, die sind zu zerstritten, und die Abrüstungspolitik ist der absolute Wahnsinn. Dafür habe ich überhaupt kein Verständnis. Im großen und ganzen finde ich es natürlich gut, daß es diese Partei gibt, denn die haben wenigsten die Leute wegen dem Umweltschutz mal wachgerüttelt.

Haben Sie vor, mal in nächster Zeit eine Familie zu gründen, ist jemand in Sicht, den Sie heiraten möchten?

Nein, und da wird sich in den nächsten 5 oder 6 Jahren auch nichts tun, da habe ich wenig Interesse. Und außerdem sind in der Bundesrepublik die, welche Kinder haben, immer die Angeschmierten, die sind finanziell die Schwächsten, und wenn es irgendwelche Kürzungen gibt, sind das die ersten. Außerdem sind wir hier sowieso überbevölkert, und dann gibt es auch noch Probleme mit der Scheidung.

Von einer nationalen Position aus argumentiert, könnte man dagegen einwenden, daß die Deutschen aussterben, wenn alle es so machen.

Alle machen es aber nicht so, und ich sage ja: 40 Millionen reichen aus, 40 Millionen auf dem Gebiet der Bundesrepublik .

Gibt es für Sie etwas, was Sie sich gern leisten würden, wenn Sie auf Geld keine Rücksicht nehmen müßten?

Also wenn ich mir was leisten würde, dann wahrscheinlich nur ein anständiges, schönes Haus mit Swimming-Pool, Sauna usw.

Sie erwähnten vorhin die V-Leute, die den Nationalsozialismus verherrlichen. Welches wäre denn die richtige Einstellung zum Nationalsozialismus?

Das kommt darauf an, ob man die Nationalsozialisten von damals oder von heute meint. Heute würde ich das unter Strafe stellen, und zwar rigoros. Für den, der sich nicht daran hält: Standardlösung, also erschießen, weil die einfach deutschlandpolitisch Schaden anrichten. Also die aktiven Neonazis würde ich rigoros bestrafen.

Aber man muß zwischen denen und dem Gespräch über die Vergangenheit unterscheiden. Was ich zum Beispiel am Geschichtsunterricht schlecht finde, ist, daß darin die Geschichte verfälscht wird, und meiner Meinung nach dient die Verfälschung der Geschichte immer nur zur Verharmlosung. Die Republikaner zum Beispiel wurden als Neonazis bezeichnet, und da würde ich sagen: Wenn das Neonazis sind, dann waren die Nazis nicht schlimm. Denn die Republikaner haben, zumindest am Anfang, doch eine ziemlich gemäßigte Politik gemacht.

In Ihren Anmerkungen zum Satz: »Die Deutschen haben vielleicht manche Bewunderer, aber wenig Freunde auf der Welt« hatten Sie geschrieben: Siehe zweiter Weltkrieg, siehe Wiedervereinigung. Meinen Sie damit, daß die Deutschen es auch nicht verdienen, viele Freunde zu haben, weil sie ja den zweiten Weltkrieg angefangen haben, oder meinen Sie: Daran, wie der zweite Weltkrieg abgelaufen ist, sieht man, daß die Deutschen wenig Freunde hatten?

Meiner Ansicht nach ist es so, daß sie wenig Freunde hatten. Meiner Meinung nach wäre der zweite Weltkrieg durchaus vermeidbar gewesen. Das Hauptproblem war ja damals mit den Polen, und im Geschichtsunterricht wird immer erzählt, die Deutschen hätten angegriffen und die Behauptung, die Deutschen hätten nur zurückgeschossen, wäre falsch. Die Information aber, die ich jetzt habe, sieht folgendermaßen aus: Erstens gab es einen längeren Streit zwischen Polen und Deutschland, zweitens haben die Deutschen mehrmals versucht, Friedensverhandlungen durchzuführen, was aber gescheitert ist, woran wahrscheinlich beide Seiten Schuld haben, aber jedenfalls auch die Polen. Polen hat Großbritannien und Frankreich als Bündnispartner gesucht, und wenn Großbritannien nicht als Bündnispartner zugesagt hätte, dann hätte es Friedensverhandlungen gegeben. Polen hat mehrmals das deutsche Gebiet übertreten und geplündert und die deutsche Bevölkerungsgruppe innerhalb Polens massakriert, teilweise wenigstens, auch schwarze Listen ausgeteilt. Die Polen haben zum Krieg gegen Deutschland aufgerufen, dort die deutsche Sprache verboten, sie haben unmittelbar vor dem deutschen Angriff einen deutschen Diplomaten umgebracht, was heutzutage als Kriegsgrund gilt, und sie haben zwei zivile Flugzeuge beschossen. Und ich muß sagen, unter diesen Bedingungen hätte ich wohl auch angegriffen.

Sie meinen also, die Kriegsschuldfrage wäre nicht so einfach zu klären, und der zweite Hauptschuldige wäre Polen.

Nein, England und Frankreich haben letztendlich Deutschland den Krieg erklärt. Und es sah auch so aus, daß Deutschland, um Polen überhaupt überfallen zu können, mordsmäßiges Schwein hatte. Wenn die Franzosen rechtzeitig zugeschlagen hätten, dann wäre die deutsche Wehrmacht innerhalb kürzester Zeit futsch gewesen, d.h. die Deutschen hätten unter normalen, vernünftigen Bedingungen gar nicht wagen können, Polen anzugreifen. Schuld haben also meiner Meinung nach erstens die Polen und dann die Bündnispartner Großbritannien und Frankreich.

Sie würde also sagen, daß man der Regierung Hitler nicht die Hauptschuld am Kriegsausbruch geben kann.

Ich würde sagen, daß Deutschland schon zu 30 Prozent Schuld trägt, aber die Frage ist: Welche Alternativen hätte es gegeben? Die Demokratie hatte total versagt, und die Kommunisten kann man nicht wählen.

Und was es sonst noch unter dem Nationalsozialismus gab, den Arbeitsdienst beispielsweise, wie würden Sie das einschätzen?

Ich würde mal so sagen, das Ganze mit der Judenverfolgung war totaler Schwachsinn. Mich würde mal interessieren, was die Gruppe um Röhm gemacht hätte, vielleicht hätten die eine vernünftige Richtung gefahren. Wenn es die ganze Judenvergasung nicht gegeben hätte, und die KZs hätte man meiner Ansicht nach auch nicht errichten müssen, und wenn man die Arbeitslager einigermaßen human gestaltet hätte, dann hätte es was werden können. Ob es langfristig was hätte werden können, ist wieder eine andere Frage, weil Polen ja Deutschland besetzen wollte. Im zweiten Weltkrieg haben die Polen, wie ich erst kürzlich las, ich wußte das vorher auch nicht, eine Polenkarte herausgegeben, die reichte von Moskau bis Berlin. Die hat halt praktisch Groß-Polen dargestellt.

Warum interessiert sich jemand in Ihrem Alter eigentlich so intensiv für die Kriegsschuldfrage von 1939. Warum ist Ihnen das nicht ganz einfach egal?

Wenn man nicht weiß, wie es damals war, dann heißt das auf Gutdeutsch, daß die gleichen Leute nochmal drankommen können. Man muß also meiner Ansicht nach aus dem zweiten Weltkrieg lernen. Neulich gab es doch aus Rumänien diese Fotos mit den Leichenbergen, und ich muß sagen, das war eine Unverschämtheit. Da sind nämlich einige Journalisten, die nichts zu fotografieren hatten, zum nächsten Friedhof gegangen und haben die Leichen ausgebuddelt, das war einfach Greuelpropaganda. Und genau das Gleiche, habe ich schon gehört, ist damals bei den Juden passiert, d.h. ich kann nicht genau verifizieren, ob es stimmt.

Sie sagten, man müsse aus der Geschichte lernen, damit nicht nochmal die gleichen Leute drankommen. Aber warum ist das ein Risiko, wo Ihrer Meinung nach doch der Nationalsozialismus, wenn man von der Judenverfolgung absieht, die Sie als noch nicht ganz erwiesen betrachten, gar nicht so schlecht gewesen ist?

Ich würde meinen, daß es ausreicht, was die gemacht haben. Deutschland hat den Weltkrieg verloren, und es wurden ein paar Millionen Menschen umgebracht, gerade auch die deutsche Bevölkerung, und ich muß sagen, das ist für mich ein entscheidendes Kriterium.

Aber Sie sagen doch auch, daß die Regierung Hitler am Kriegsausbruch nur teilweise schuld war, daß ihr eigentlich gar nichts anderes übrig blieb. Also welche Fehler haben die Nazis gemacht?

Was ich gemacht hätte, wenn ich in der damaligen Zeit regiert hätte, weiß ich auch nicht, aber es geht ja nicht nur darum, daß wir Deutsche was lernen, sondern es geht auch darum, daß die ganze Welt was lernt. Gerade Frankreich wird das ja nicht noch mal wiederholen wollen, und manchmal haben sie auch was gelernt. Die sind nicht so abrüstungsbegeistert.

Das verstehe ich jetzt wieder nicht. Sie verurteilen den zweiten Weltkrieg als eine Angelegenheit, der auch sehr viele Deutsche zum Opfer gefallen sind, und der zweite Weltkrieg hat doch nun gerade eine immense Aufrüstung vorausgesetzt.

Meiner Meinung nach hat zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs wesentlich beigetragen, daß die anderen europäischen Länder nicht stark genug gerüstet haben. Nehmen wir mal an, Frankreich wäre gut gerüstet gewesen, dann hätte es Deutschland, das daran interessiert war, den Krieg zu machen, sehr schnell überrollen können.

Also England und Frankreich hätten Deutschland in die Schranken weisen sollen, bevor aus dem Konflikt ein Weltkrieg wurde?

Ja, das wäre wesentlich besser geworden als das, was nachher rauskam. Wenn sie was dagegen hatten, wäre es humaner gewesen, sofort zuzuschlagen, statt solange zu warten, bis der zweite Weltkrieg sich nicht mehr verhindern ließ.

Manche sagen, wenn man sie nach ihren Vorbildern fragt, das seien ihre Eltern. Ist das bei Ihnen auch so.

Nein.

Aber meistens – ich reite jetzt darauf ein bißchen herum – meistens gibt es doch irgendwelche Personen im Leben, die einen besonders beeindrucken, die herausragen, die man sich merkt.

Herausragend ist was anderes als ein Vorbild. Also Lenin oder Stalin sind für mich herausragende Persönlichkeiten, weil die es geschafft haben, aus dem Nichts an die Macht zu kommen, zig Millionen Leute umzubringen und auch noch öffentlich gut dazustehen, erst jetzt beginnt der Ruhm zu bröckeln. Das ist eine erstaunliche Leistung, muß ich sagen.

Sagen Sie das mehr mit dem Ausdruck der Bewunderung oder mit dem Ausdruck der Verachtung?

Beides. Also an sich ist es bewundernswert. Als Leistung kann man es akzeptieren, aber wünschenswert ist es nicht unbedingt. Was Gorbatschow macht, ist auch erstaunlich, aber von der Leistung her ist es geringer als das, was Stalin geschafft hat. Auch die Kirche muß man bewundern. Was die Leute umgebracht haben, und wie die heute dastehen, das haben weder die Kommunisten noch die Nazis hingekriegt.

Die Kirche mögen Sie nicht besonders, das kann man schon ihren Anmerkungen entnehmen. Woher kommt das?

Als erstes von meinen Eltern her, die waren auch nicht besonders religiös. Und dann stört mich die Betonung der Armut. Daß die Mark, die ein Armer spendet, soviel wert sein soll wie die Million, die ein Reicher spendet, also das ist für mich nicht einleuchtend. Dann stört mich die Entwicklungshilfe, weil sie das Elend nur verschlimmert, und wenn man in den Entwicklungsländern gegen die Pille ist, dann ist das nur noch menschenverachtend, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis. Außerdem bin ich sicher, daß die ganzen Halbleichen in den Krankenhäusern nur weiterleben müssen, weil wir die Kirche haben.

Wie verbringen Sie eigentlich Ihre Freizeit – viel werden Sie nicht haben, Sie sind vermutlich arg eingespannt in den Job.

Also, was ich gern mache, ist wandern, Schwimmen gehen im Hallenbad, in die Sauna gehe ich jetzt regelmäßig, manchmal in die Disco.

Wandern Sie mit Freundin oder Bekannten, oder lieber allein?

Meistens allein, da kann man sich rein halten.

Zur Politik nochmal. Sie argumentieren einerseits sehr nüchtern, und dann kommt doch immer wieder das nationale Interesse durch. Ganz verstehe ich Ihre Position eigentlich nicht.

Das kommt auch darauf an, was man unter nationalem Interesse versteht. Schlecht finde ich an der FAP die Europafeindlichkeit, ich bin für ein Europa ohne Grenzen, weil wir dann in der Konkurrenz gegen Japan und die USA die erste Macht werden könnten. Ich denke nämlich, die USA geraten ins Abseits. Wenn man sich die Geschichte nämlich mal anschaut, dann sieht das so aus: Eine Macht steigt auf, und dann geht es auch wieder bergab. Mit der Sowjetunion geht es

zur Zeit recht kräftig bergab, und ich glaube, daß auch die USA auf dem absteigenden Ast sind. Und so, wie Europa sich jetzt entwickelt, hat es die besten Voraussetzungen, bis zum Jahr 2000 die Nummer I zu werden.

Stichwort USA. Da gibt es in Ihrer Partei, aber auch in weiten Kreisen der Öffentlichkeit, den Vorwurf, der amerikanische Kulturimperialimus würde die deutsche Kultur überfremden, mit TV-Serien und sowas. Sehen Sie das auch so?

Überfremdung von deutschem Kulturgut? Also ich muß sagen, ich habe über diese Frage noch nicht nachgedacht, da kam noch nichts rüber. Die USA sind eben ein Vielvölkerstaat, und ich würde sagen, daß es schon Probleme gibt, wenn man viele Kulturen zusammenmengt. Auch das Rassenproblem zwischen Schwarzen und Weißen gehört meiner Meinung nach zu einer multikulturellen Gesellschaft dazu.

Würden Sie für Deutschland so eine multikulturelle Gesellschaft für möglich halten?

Also ich würde sie ablehnen, weil die meisten Kulturen auf Religionen basieren, und die sind meistens intolerant. Mein Bruder zum Beispiel wohnt im Studentenheim, wo es auch viele Kulturen gibt, und wenn man da zu einem was sagt, dann kann das sehr schnell eine Beleidigung sein, wo der einen auch ganz schnell umbringen kann im krassen Fall, ganz einfach deshalb, weil man die Kultur nicht kennt, und weil die Kultur zusätzlich auch intolerant ist.

Von der Religion halten Sie doch ohnehin wenig. Wäre das Problem dann gelöst, wenn die Leute einfach alle auf ihren Glauben verzichten?

Humaner wäre es. Aber wenn man sich Südafrika oder die USA oder die Sowjetunion anschaut: Da sind überall verschiedene Kulturen zusammen, und überall gibt es Ärger. Und ich muß sagen, das brauchen wir in Deutschland nicht, wir haben genug Ärger gehabt. Meiner Meinung nach muß eine Kultur sich frei entwickeln können, und zwar unabhängig von anderen Kulturen, es sei denn, man käme zu einer Gesellschaft, in der die Religion absolut keine Rolle spielt.

Aber in den USA spielt die Religionszugehörigkeit doch keine Rolle, Weiße und Schwarze haben dieselbe.

Da gibt es eben Differenzen wegen der Hautfarbe, und die sind, wie ich mal gelesen habe, gentechnologisch bedingt, d.h. es gibt eine gewisse Grundausländerfeindlichkeit. Bei Schwarzen sieht es halt so aus, daß sie sich offensichtlich unterscheiden. Der Mensch ist instinktiv gegen alles Fremde auf jeden Fall, und wenn man das politisch nicht in den Griff kriegt, dann hat man halt, wie in den USA, auf Dauer nur Probleme. Das ist teilweise ein Überlebensinstinkt. Da gab es bei den Neandertalern auch die verschiedenen Gruppierungen, und einem Fremden hat man nicht nur deshalb nicht getraut, weil man ihn nicht gekannt hat, sondern weil das Leben davon abhängig war.

Konkret 09/90, S. 48

Heike Kleffner

Drogenkrieg gegen Schwarze

Die weiße Führungsschicht der USA profitiert doppelt von dem Drogenkonsum in den schwarzen Ghettos: Der Drogenhandel ist eine der umsatzstärksten Industriebranchen und der öffentlichkeitswirksam geführte Kampf gegen die Konsumenten ein wirkungsvolles Mittel, die Armen in Schach zu holten. Mittlerweile beginnt sich in den Ghettos, aber auch in der schwarzen Mittelschicht, Widerstand zu regen: Die Gründung eines unabhängigen schwarzen Staates wird gefordert, in einzelnen Städten wird die Formierung schwarzer Milizen angekündigt

1. Wir wollen Freiheit. Wir wollen die Macht, um das Schicksal unserer schwarzen Gemeinden zu bestimmen. Wir glauben, daß die Schwarzen nicht frei sein werden, bis sie über ihr Schicksal selbst bestimmen können.
10. Wir wollen Land, Brot, Wohnungen, Erziehung, Kleider, G«echtigkeit und Frieden. Und als unser hauptsächliches Ziel ein von den Vereinten Nationen überwachtes Plebiszit in der schwarzen Kolonie, an dem nur die schwarzen Kolonialuntertanen teilnehmen dürfen, um den Willen des schwarzen Volkes hinsichtlich seines weiteren nationalen Schicksals festzulegen.
(aus dem Programm der Black Panther Party vom Oktober 1966)

Mehr als 20 Jahre nachdem die beiden prominentesten Gründungsmitglieder der Black Panther, Booby Seale und Huey P. Newton, diese Forderungen erstmals öffentlich aufstellten, scheinen die 22 Millionen Schwarzen in den USA weiter denn je von deren Realisierung entfernt zu sein. Die Statistiken der letzten Jahre zeichnen ein Bild der Verelendung und Unterdrückung der schwarzen Community, das in krassem Gegensatz zum weißen amerikanischen Traum und dem offiziellen Mythos einer pluralistischen, multinationalen und integrierten Gesellschaft steht.

Heute lebt ein Drittel der Schwarzen unter der offiziellen Armutsgrenze. Die Folgen von 10 Jahren Reagan-Wirtschaft haben insbesondere die innerstädtische schwarze Bevölkerung im Wettlauf um einen Platz in der dünner werdenden Mittelschicht hoffnungslos zurückgeworfen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen einer schwarzen Familie liegt inzwischen mit 7.200 Dollar um 60 Prozent unter dem Einkommen eines weißen Haushalts. Durch die Abwanderung traditionell innerstädtischer Industrien und Produktionszweige von der Ostküste in den Südwesten der USA und in Trikontländer, ist die Arbeitslosenquote in der schwarzen Bevölkerung auf 12 Prozent gestiegen. Die drastischen Kürzungen der Reagan-Administration im Bildungssektor – insbesondere bei Zuschüssen für öffentliche Schulen und staatliche Ausbildungsförderungsdarlehen – haben dazu geführt, daß heute nur noch 39 Prozent aller schwarzen Jugendlichen nach dem High-School-Abschluß ein College oder eine Universität besuchen. 33 Prozent aller schwarzen Jugendlichen im Alter von 16 - 19 Jahren sind arbeitslos. Einsparungen wie im Bildungswesen wurden auch bei anderen Sozialleistungen vorgenommen. Heute ist die Kindersterblichkeitsrate in der schwarzen Bevölkerung mit 18 von 1000 Geburten doppelt so hoch wie die weiße Kindersterblichkeit und nur noch mit Zahlen aus sog. Entwicklungsländern vergleichbar.

Angesichts dieser Entwicklung drängt sich die Frage nach einem organisierten Widerstand, wie ihn die Panther propagierten und bis zu ihrer Zerschlagung Mitte der 70er Jahre auch organisieren konnten, geradezu auf. Und tatsächlich prognostizierten führende Strategen der inneren Sicherheit Anfang der 80er Jahre Aufstände und Proteste in den Ghettos der Großstädte und eine verstärkte Militanzbereitschaft unter schwarzen Jugendlichen aufgrund der sich verschlechternden sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Das weiße Establishment war aufgeschreckt – die Bilder der brennenden Großstädte aus den 60er und 70er Jahren waren noch allzu deutlich in Erinnerung. Da die Kürzungen im Sozialetat zugunsten von Hochrüstung und Umstrukturierung der US-Wirtschaft eine Befriedung der innerstädtischen Ghettos ausschlossen, besannen sich die Aufstandsbekämpfungsstrategen auf ein schon bewährtes Konzept: vermehrte Drogenzufuhr in die Ghettos bei gleichzeitiger repressiver Anti-Drogengesetzgebung.

Zeitgleich mit Reagans Propagierung des »Nationalen Feldzugs gegen die Drogen« 1982 beobachteten Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen die Verbreitung der neuen Droge »Crack« in den innerstädtischen Slumgebieten. Diese Mischung aus Kokain, Wasser, Backpulver und synthetischen Betäubungsmitteln – deren Name sich aus dem Geräusch ableitet, das beim Verbrennen der Substanz entsteht – erschloß der bis dahin kostspieligen Yuppiedroge Kokain einen völlig neuen Konsumentenmarkt: jugendliche Schwarze und Hispanics aus der Unterschicht. Crack kann auch in großen Mengen mit relativ geringem Startkapital in jeder hauseigenen Küche hergestellt werden. Hohe Gewinnspannen und der niedrige Preis des Endprodukts – eine Dosis Crack wird für 5 Dollar gehandelt – führten zu einer rasanten Verbreitung. Die Auswirkungen von Crack sind fatal: Es ist wesentlich schwerer zu entziehen als beispielsweise Heroin oder LSD, und da das Crackhigh höchstens 20 Minuten andauert, werden zur Deckung des Tagesbedarfs bis zu 300 Dollar benötigt. Angesichts eines Mindestlohns von 3,35 Dollar pro Stunde, den ein schwarzer Jugendlicher bei McDonalds oder in einem der unzähligen Plattenläden erhält, werden die meisten Abhängigen in die Beschaffungskriminalität getrieben. Hinzu kommt, daß der Crackhandel für viele arbeitslose schwarze Jugendliche die einzige Möglichkeit für ein zwar riskantes,

aber festes Lohnarbeitsverhältnis bietet. In einer Gesellschaft, die ihnen von Anfang an vermittelt, wertlos und Menschen zweiter Klasse zu sein, bietet der Crackhandel für viele schwarze Jugendliche die Möglichkeit, ein eigenes Selbstbewußtsein zu entwickeln. Ihre Auflehnung gegen die von Autoritäten wie Eltern, Lehrern und Polizei vermittelten Werte ist gleichzeitig mit dem Versuch gekoppelt, über materielle Statussymbole und extremen Individualismus den amerikanischen Traum mitzuträumen. Kinder und Jugendliche können bei einem Stundenlohn von bis zu 50 Dollar schon für Boten- und Wachdienste im illegalen Crackhandel pro Tag mehr verdienen, als ihre Eltern monatlich an Sozialhilfe erhalten.

Hier setzt dann der »Krieg gegen die schwerste innere Bedrohung unserer Nation« (Präsident George Bush im Oktober 1989) an. Erklärter innerer Feind in diesem Krieg sind nicht, wie zu vermuten wäre, die Drogenkartelle und ihre Hausbanken in Miami und Los Angeles. Immerhin stehen Drogenhandel und -industrie mit einem geschätzten Jahresumsatz von 140 Milliarden Dollar hinter der Elektro-, Nahrungsmittel- und Autoindustrie an vierter Stelle auf der Rangliste der umsatzstärksten Industriebranchen. Die USA nehmen 50 Prozent der Weltkoka-Produktion ab, und der Staat verdient dabei kräftig mit. Zum einen fließen die Gewinne aus dem Drogenhandel über den Umweg der US-Banken wieder »gewaschen« in den normalen Geldkreislauf zurück und können darüber hinaus an dieser Stelle auch besteuert werden. Zum anderen beteiligen sich die CIA und die oberste Drogenbekämpfungsbehörde DEA (Drug Enforcement Agency) selber an dem lukrativen Geschäft. Im Zuge der illegalen Contrafinanzierung ließ z.B. der Regierungsbeamte Oliver North mit Hilfe der CIA – und Unterstützung der DEA – allein 1982 Kokain im Wert von 10 Mio. Dollar in die USA importieren.

Angesichts dieser Tatsachen ist es nur logisch, daß die Wurzel des Übels woanders liegen muß – und auch hier weist Präsident Bush der verunsicherten weißen Nation den Weg: »Wer ist für die Drogenplage verantwortlich? Jeder, der Drogen benutzt, jeder, der Drogen verkauft, und jeder, der einfach wegguckt.« Nach jahrelanger multimedialer Propagandaschlacht – in Washington DC, zum Beispiel, versorgt das Lokalfernsehen allwöchentlich unter der Überschrift »Stadt im Ausnahmezustand« die Zuschauer und Zuschauerinnen »live« mit den neuesten Erfolgen der Polizeioperationen in den schwarzen Wohngebieten der Stadt gegen jugendliche Dealer und Konsumenten – assoziiert das weiße Amerika bei den Reizwörtern »Drogen« und »Kriminalität« automatisch »jung, männlich und schwarz«. Umso größeren öffentlichen Beifall findet dann auch die Strategie der Kriminalisierung und Stigmatisierung der ca. 24 Millionen Marihuana-Konsumenten und ca. 6,5 Millionen Heroin- und Crack-Konsumenten, die der oberste Drogenbekämpfer der Nation, William Bennett im Oktober 1989 verkündete: »Oberste Priorität in dem Krieg gegen Drogen ist eine massive Verhaftungswelle in den nächsten Monaten.« Das von Bush bei dieser Gelegenheit veröffentlichte Kriegsbudget von 7,9 Mrd. Dollar für 1990 weist in die gleiche Richtung – 3, I Mrd. Dollar sollen für die diversen Drogenbekämpfungsbehörden, wie die Bundespolizei FBI, bereitgestellt werden, für 1,6 Mrd. Dollar werden neue Gefängnisse gebaut, und nur die restlichen 3,2 Mrd. Dollar sollen für Öffentlichkeitskampagnen und Therapieeinrichtungen ausgegeben werden – und das angesichts der Tatsache, daß momentan nur für vier Prozent aller Abhängigen ein Therapieplatz zur Verfügung steht. Da ist es dann auch unerheblich, wenn William Bennett erklärt, daß angesichts der Bedrohung der nationalen Sicherheit »gewisse Bürgerrechte und die Pressefreiheit« erst an zweiter Stelle stehen können. Schließlich trifft es ja (noch) nicht Mainstream Amerika, sondern in erster Linie nur die ohnehin schon Marginalisierten .

Die Demontage der Menschen- und Bürgerrechte unter dem Deckmantel der nationalen Sicherheitsinteressen wird schon seit 1982 mit Zustimmung beider Parteien im US-Parlament vollzogen. 1984 verabschiedete der Kongreß das »Umfassende Kriminalitätskontrollgesetz« (Comprehensive Crime Control Act), das u.a. eine Erweiterung der Untersuchungshaftbestimmungen für Drogendelikte, Abschaffung von Freilassung auf Kaution bei Verdacht von Drogenhandel sowie das Beschlagnahmen des gesamten Vermögens eines Untersuchungshäftlings beinhaltete. Letzteres schränkt die Verteidigungsmöglichkeiten eines Untersuchungsgefangenen im Falle von Drogendelikten erheblich ein, da die Bezahlung von Rechtsanwälten nur aus »drogenfreiem« Vermögen erfolgen darf. Gleichzeitig hat sich das Parlament mit diesem Gesetz einer entscheidenden Kontrollmöglichkeit über die Aktivitäten der Drogenfahndungsbehörden beraubt, indem es festlegte, daß die beschlagnahmten Vermögenswerte von rechtskräftig Verurteilten den Repressionsorganen zur Verfügung und Eigenfinanzierung überlassen werden. 1987 standen den diversen Bundes- und Bundesstaatsbehörden damit immerhin 90 Mio. Dollar mehr zur Aufrüstung zur Verfügung.

In den 1986 und 1988 folgenden Drogengesetzen wurde dann eine drastische Verschärfung der Haftstrafen bei Drogendelikten verfügt. Der Besitz von geringen Mengen illegaler Drogen kostet inzwischen 100.000 Dollar. Schon bei Ersttätern wird der Besitz von 5 Kilogramm Kokain mit mindestens 10 Jahren Haft bis hin zu lebenslänglicher Gefangenschaft geahndet. Auch die Todesstrafe darf in diesem Sammelsurium nicht fehlen – sie ist bundesweit für Polizistenmord in Zusammenhang mit Drogenhandel eingeführt worden.

Gleichzeitig wurde der Spielraum der Polizeibehörden erheblich erweitert. Willkürliche Hausdurchsuchungen, elektronische Überwachung von Privatwohnungen und Geschäften, das Abhören von Telefongesprächen, der Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Männer, die Festnahme und das Verhören von Verdächtigen »aus dem Drogenhandel nahestehenden Nationalitäten« – gemeint sind hier vor allem Schwarze und Einwanderer aus dem karibischen Raum – , die

durch »das Tragen von Goldschmuck oder das Fahren eines teuren Autos« (so die Anweisungen zur Drogenfahndung für den Polizeiapparat in Florida) auffallen, gehören zum Alltag im Krieg gegen Drogen und werden immer häufiger ohne richterliche Genehmigung durchgeführt.

Derartige Fahndungsaktivitäten schlagen sich am deutlichsten in den aktuellen Gefangenenzahlen nieder – über I Million Menschen, 75 Prozent von ihnen sind Schwarze, befinden sich zur Zeit in den diversen Gefängnissen des Landes. Während heute 263 von 100.000 Amerikanern in Gefangenschaft leben, werden es nach konservativen Schätzungen 1994 schon 440 von 100.000 sein. 25 Prozent aller schwarzen Männer sind bis zur Vollendung des 35. Lebensjahrs mindestens einmal im Gefängnis gewesen – selbst im offiziellen Apartheidstaat Südafrika ist dieses Ausmaß der Internierung von schwarzen Männern und Frauen unerreicht. Eine steigende Anzahl von Drogenabhängigen wird in die von Drogenbekämpfer Bennett hoch geschätzten »Arbeits- und Straflager«, die sog. »boot camps«, geschickt. Nach dem Motto »Zwangsarbeit ist immer noch die beste Therapie«, werden in diesen Camps die Gefangenen unter der Aufsicht ehemaliger Militärs zu schwersten körperlichen Arbeiten, wie Rodungen und Straßenbau, gezwungen. Bei »guter Führung«, d.h. völliger Unterordnung und totalem Gehorsam, wird dann schon einmal Strafminderung in Aussicht gestellt. Die Ausbeutung der billigen Arbeitskraft der Gefangenen ist in allen Gefängnissen kapitalistischer Alltag. Rüstungsfirmen wie IBM und General Electrics lassen in den Gefängnissen produzieren, und in Kalifornien werden inzwischen mehrere Gefängnisse von privaten Firmen im Auftrag des Bundesstaats gebaut und verwaltet, wobei ihnen gleichzeitig der volle Zugriff auf die Arbeitskraft der Gefangenen zugesichert ist.

Um den Justizapparat auch über die nächsten Jahre hinaus mit einer ausreichenden Anzahl an Verdächtigen füttern zu können, hat die DEA in ihrem Zentralcomputer unter der Rubrik »Drogenkriminalität« mittlerweile 1,5 Millionen Namen von Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen gespeichert. Nur 5 Prozent dieser Personen werden tatsächlich des Drogenhandels verdächtigt, aber da diese Datensammlung auch für alle anderen Sicherheitsbehörden zugänglich ist und Datenschutz in den USA als subversiv angesehen wird, wird begeistert weitergesammelt.

Und was wäre ein richtiger Krieg ohne den Einsatz des Militärs – auch innerhalb der US-Grenzen? William Taylor, Lehrbeauftragter an der Militärakademie West Point, machte die Bedeutung des Kriegs gegen Drogen für die Zukunft der US-Armee deutlich, als er vor dem US-Kongreß im Oktober 1989 aussagte: »In Ermangelung einer Bedrohung durch die Sowjetunion und der marxistisch-leninistischen Stellvertreterstaaten ist zu befürchten, daß das ohnehin schon beschränkte Budget des Verteidigungsministeriums weiter gekürzt wird. Die amerikanische Bevölkerung wird die Notwendigkeit und den Sinn der Aufrechterhaltung einer großen, stehenden Streitkraft in Frage stellen.... In dem Ausmaß, in dem Drogen weiterhin als eine Hauptbedrohung für unsere nationale Sicherheit angesehen werden, wird der Einsatz des Militärs als eine positive Sache angesehen werden, die Investitionen wert ist – falls gezeigt werden kann, daß das Militär bei diesen Operationen effektiv ist.«

Zu diesen Operationen zählen seit einigen Jahren nicht mehr nur die militärischen Interventionen der US-Streitkräfte in Bolivien, Peru, Kolumbien und Panama, mit denen sich die US-Armee im Rahmen des »Kriegs der niederen Intensität« als »Weltdrogenpolizei« zu profilieren versucht. Die US-Streitkräfte unterstützen die verschiedenen nationalen und bundesstaatlichen Polizeibehörden logistisch und personell bei Abhör- und Überwachungsoperationen auf dem nordamerikanischen Festland. Seit 1989 hat das Pentagon darüber hinaus die Koordination des Küstenschutzes an der Atlantik- und Pazifikküste übernommen. So lächerlich die Vorstellung vom Einsatz hochgerüsteter Kriegsschiffe der U.S. Marine gegen die Holzboote eventueller Drogenschmuggler aus der Karibik auch sein mag – hier geht es vor allem um die psychologische Vorbereitung weiterer Militäraktivitäten. Unter unter anderem wird seit geraumer Zeit öffentlich darüber nachgedacht, die Festlandsgrenzen der USA durch Armee-Einheiten »zu schützen«.

Im Bereich der innerstädtischen Aufstandsbekämpfung hat sich vor allem die Nationalgarde, ursprünglich eine paramilitärische Bürgerwehr unter dem Oberkommando von aktiven Armeegenerälen, profiliert. Hubschrauber der Nationalgarde, die im übrigen auch Manöverübungen in Honduras und Guatemala abhält, überfliegen z.B. Tag und Nacht die schwarzen Wohnviertel von Washington DC, seitdem William Bennett die US-Hauptstadt zum »Testfall in der nationalen Strategie im Drogenkrieg« erklärt hat. Einheiten der Nationalgarde wurden u.a. auch bei der blutigen Niederschlagung von Gefangenenrebellionen gegen die Überbelegung der Gefängnisse im Bundesstaat Pennsylvania im Oktober 1989 eingesetzt. Nachdem der US-Kongreß 1988 die Nationalgarde mit zusätzlichen 80 Mio. Dollar für den Drogenkrieg nachgerüstet hat, ist das erklärte Ziel ihrer Oberkommandierenden die »Vernichtung der Marihuana-Farmen« in den sechs US-Bundesstaaten, in denen Marihuana inzwischen zum lukrativsten landwirtschaftlichen Erzeugnis geworden ist.

Jahrelang wurden polizeiliche Willkürmaßnahmen in den innerstädtischen schwarzen Wohnvierteln tatenlos hingenommen. Der Einsatz polizeilicher Sondereinheiten, den sog. »Jump Down Squads«, die mit kugelsicheren Westen, schwarzen Strumpfmasken unter dem Helm und halbautomatischen Waffen in Wohnungen eindringen und wahllos alle Anwesenden verhaften konnten, gehört ebenso wie die Passierscheine und Taschenkontrolle beim Betreten von Sozialwohnungsprojekten in den meisten US-amerikanischen Großstädten zum schwarzen Alltag. Doch die Anzeichen

mehren sich, daß die Schwarzen nicht länger gewillt sind, zuzugucken, wie »diese chemische Kriegsführung, diese Droge (Crack), das moralische Rückgrat der schwarzen Gemeinde zerstört«, so die schwarze Abgeordnete Monique Davis. Und wenn der oberste Prediger der Nation of Islam, Louis Farrakhan, in einem Interview mit der »Washington Post« im Frühjahr dieses Jahres, die »Epidemie von Drogen und Gewalt in der schwarzen Gemeinde« als einen »kalkulierten Versuch der Weißen, die schwarze Selbstzerstörung zu fördern«, bezeichnet, sind es längst nicht mehr nur radikale schwarze Aktivisten und Aktivistinnen oder Mitglieder der Nation of Islam, die seiner Analyse zustimmen. Auch der zahlenmäßig kleine, aber einflußreiche schwarze Mittelstand sieht sich durch die staatliche Repression bedroht und betroffen.

Seine Kinder werden ebenso wie Ghettojugendliche auf offener Straße von Polizisten angehalten und erniedrigenden Körperdurchsuchungen unterworfen. Und die Bush-Administration macht mit dem momentanen Prozeß gegen Marion Barry, dem schwarzen Bürgermeister von Washington DC und ehemaligen Mitstreiter von Martin Luther King, deutlich, daß sie im Drogenkrieg auch vor rechtlich äußerst fragwürdigen Polizeioperationen gegen gewählte schwarze Repräsentanten nicht zurückschreckt. Marion Barry war nach einer monatelangen Medienkampagne wegen angeblichen Drogenmißbrauchs und Korruptionsfällen in der Stadtverwaltung vom FBI mit Hilfe einer ehemaligen Freundin vor versteckten Videokameras zum Rauchen von Crack animiert worden. Diese Videoaufnahmen dienen im nun momentan stattfindenden Prozeß als Hauptbeweismittel für Barrys Drogenmißbrauch. Mit diesem Prozeß soll offensichtlich nicht nur ein schwarzer Bürgermeister demontiert, sondern auch die Möglichkeit der schwarzen Bevölkerung, ihr Schicksal parlamentarisch mitzubestimmen, in Frage gestellt werden. Die Weigerung der Demokratischen Partei, Jesse Jackson, den national und international bekanntesten schwarzen Politiker, zum Präsidentschaftskandidaten zu nominieren, ist für den integrierten schwarzen Mittelstand ein weiterer Indikator für diese Ausgrenzung.

Insbesondere schwarze Jugendliche üben jedoch inzwischen heftige Kritik an Jesse Jackson und der von ihm gegründeten Rainbow Coalition, einem multinationalen Zusammenschluß von Organisationen aus dem Spektrum der Bürgerrechts- und Alternativbewegung. Sie werfen ihm vor, durch politisches Taktieren und Zugeständnisse an die weiße Parteiführung der Demokraten, die Organisierung einer politischen Basis in den Ghettos zu vernachlässigen. Traditionell ist die intensive Stadtteilarbeit ein wichtiger Schwerpunkt im Aufbau des schwarzen Widerstands gegen Drogen und polizeiliche Repression in den Großstädten. In den letzten Jahren haben Organisationen wie das Black Men's Movement against Crack in New York City damit begonnen, Kundgebungen vor bekannten Crack-Häusern in den Ghettovierteln zu organisieren, auf denen die Dealer aufgefordert werden, das betreffende Haus und das Viertel zu verlassen. Werden diese Aufforderungen nicht befolgt, kommt es immer häufiger vor, daß Großdealer gewaltsam vertrieben werden. Das Black Men's Movement against Crack organisiert darüber hinaus öffentliche Treffen in den betroffenen Nachbarschaften, bei denen die Anwohner und Anwohnerinnen gemeinsam mit den Aktivisten und Aktivistinnen diskutieren, wie der offene Drogenhandel und die Polizeiangriffe verhindert werden können.

Ein anderer Ansatzpunkt des autonomen schwarzen Widerstands ist die Forderung nach Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten und die Errichtung unabhängiger Therapiezentren in den Ghettovierteln Diese Therapiezentren verbinden ganzheitliche Therapieansätze mit intensiver Drogenberatung bei Nachbarschaftstreffen, in Kirchengemeinden und an den Straßentreffpunkten der Jugendlichen. Dem in den USA weitverbreiteten Substitutentzug durch Methadon setzen Therapiezentren wie Rap Inc. in Washington einen ganzheitlichen Entzug durch Akupunktur, makrobiotische Ernährung und Gruppendiskussionen entgegen. Abhängige, die sich in Washington DC zu einem Entzug bei Rap Inc. entschließen, leben für die Dauer der Therapie in Gemeinschaftshäusern, wo die Projektärzte auch die Akupunkturbehandlungen durchführen. Die Hausbewohner und Hausbewohnerinnen kochen und arbeiten gemeinsam, und in Gruppendiskussionen wird die Autobiographie von Malcolm X gelesen, mit dessen Erfahrungen als Kleinkrimineller und Drogenkonsument sich viele Jugendliche aus den Ghettos identifizieren können. In der letzten Phase der Therapie unterstützen die Mitarbeiter des Projekts die Klienten und Klientinnen bei der schwierigen Suche nach Wohnungen und einem Arbeitsplatz. Das Zentrum arbeitet eng mit der »U« Street Clinic zusammen, in der Abhängige ambulante Akupunkturbehandlungen erhalten und an Gruppentherapien teilnehmen. Beide Einrichtungen finanzieren sich durch Spenden- und Stiftungsgelder und werden nicht staatlich gefördert. Die Mitarbeiter von Rap betonen, daß es bei diesem ganzheitlichen Entzug vor allem darum geht, auf der Grundlage von Aneignung schwarzer Geschichte ein neues schwarzes Selbstbewußtsein zu entwickeln und die Jugendlichen wieder in die sozialen Strukturen der schwarzen Gemeinde einzubinden.

Auch in anderen Großstädten, wie z.B. Boston, sind in den letzten Jahren ähnliche Einrichtungen entstanden. Eine Vorreiterrolle bei diesem ganzheitlichen Therapieansatz hat das zu Beginn der 70er Jahre gegründete Lincoln Detox Center im Ghetto der South Bronx in New York City. Hier werden heute mehr als 300 Abhängige täglich ambulant behandelt. Das nach dem Vorbild des Lincoln Detox Center gegründete Behandlungszentrum der Black Acupuncturists Advisory Association of North America (BAANA) im Schwarzenstadtteil Harlem war gleichzeitig bis zu einer FBI-Razzia 1982 ein wichtiges Diskussionsforum für den militanten schwarzen Widerstand nach der Zerschlagung der Black Panther. Einer der

Gründer des Zentrums, der schwarze Arzt Mutulu Shakur, wurde 1988 wegen angeblicher Mitgliedschaft in der schwarzen Stadtguerilla, der Black Liberation Army, zu lebenslanger Haft verurteilt.

Eine andere Form des organisierten Widerstandes gegen den offenen Drogenhandel und die damit verbundene Polizeipräsenz in den schwarzen Vierteln, sind die Straßenpatrouillen, die sog. »Dopebusters«, und »Anti-Drogen teach-ins« der Nation of Islam. Der feste Moral- und Verhaltenskodex der Nation of Islam und ihr offensives Eintreten für schwarze Selbstbestimmung üben eine starke Anziehungskraft auf viele orientierungslose Jugendliche aus und führen dazu, daß die Mitgliederzahlen der Nation of Islam kontinuierlich ansteigen.

Immer häufiger kommt es aber auch, wie im April dieses Jahres in der Kleinstadt Teanack im Bundesstaat New Jersey, zu spontanen Protesten gegen die alltäglichen rassistischen Angriffe weißer Amerikaner und Amerikanerinnen auf schwarze Jugendliche. Nachdem in Teanack ein weißer Polizist einen unbewaffneten schwarzen Jugendlichen auf offener Straße erschossen hatte, fanden dort unorganisierte nächtliche Ausschreitungen mit Plünderungen und Angriffen auf Polizeifahrzeuge statt. Bei der am nächsten Tag von Bürgerrechtsorganisationen der schwarzen Mittelklasse organisierten Protestdemonstration wurde offensichtlich, daß viele junge Schwarze nicht länger gewillt sind, den moderaten, altgewordenen ehemaligen Helden der Bürgerrechtsbewegung der 50er Jahre auf dem langen, offensichtlich erfolglosen Marsch der Integration zu folgen. Ihre politischen Überzeugungen werden musikalisch von Rap-Gruppen wie Public Enemy und Niggers with an Attitude artikuliert, die sich in ihren Texten auf Malcolm, X und Black Power berufen und offen die bewaffnete Selbstverteidigung propagieren – und damit prompt das allgegenwärtige FBI in Alarmbereitschaft versetzen, das in New York City jetzt ein neues Büro zur Überwachung schwarzer Radiostationen, die »zuviel« Rapmusik spielen, eingerichtet hat. Das neu erwachte Interesse von Jugendlichen an der unterdrückten Geschichte der schwarzen Community in den USA, an Malcolm X und an autonomer schwarzer Organisierung äußert sich auch in ihrer Kleidung – an schwarzen Schulen und Universitäten tragen immer mehr Schüler und Schülerinnen T-Shirts mit dem Portrait von Malcolm X und den Farben der afrikanischen Befreiungsbewegungen.

Nationalistische Organisationen wie die New Afrikan Peoples Organization und die Republik of New Afrika versuchen diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, indem sie an Schulen, Universitäten und Nachbarschaftszentren Diskussions- und Aktionsgruppen organisieren, in denen schwarze Jugendliche sich mit ihrer Geschichte auseinandersetzen. Die Hauptforderungen von NAPO und der Republik of New Afrika ist die Errichtung eines unabhängigen schwarzen Staats in den heutigen US-Südstaaten Alabama, Mississippi, Georgia und South Carolina und ein Ende der rassistischen Bürger- und Polizeiangriffe gegen schwarze Jugendliche. NAPO bezieht sich historisch auf die antikolonialen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Seinen theoretischen Ursprung hat der revolutionäre schwarze Nationalismus in der Black Consciousness-Bewegung der 30er und 60er Jahre und in seiner Ablehnung des weißen US-Imperialismus. Ein anderer Schwerpunkt der Arbeit von NAPO liegt in der Unterstützung der ca. 40 schwarzen politischen Gefangenen aus der Panther-Bewegung und der Black Liberation Army. Einige der Panther-Gefangenen werden schon seit fast 20 Jahren in den Hochsicherheitstrakten der US-Gefängnisse festgehalten. Die meisten von ihnen wurden im Zuge des FBI-Aufstandsbekämpfungsprogramms mit Hilfe von gefälschten Beweisen, vom FBI gekauften Zeugen und rassistischen Richtern zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Im Falle des bekanntesten Panther-Gefangenen, Geronimo Pratt, haben die Gerichte zwar inzwischen festgestellt, daß er zu Unrecht wegen Mordes verurteilt wurde – die Staatsanwaltschaft verhindert seine Freilassung nach 19 Jahren Haft dennoch mit der Begründung, daß er »immer noch ein gefährlicher Revolutionär« sei.

Während viele schwarze Aktivisten und Aktivistinnen die alte Panther-Forderung nach bewaffneter Selbstverteidigung noch eher theoretisch diskutieren, hat der schwarze Stadtverordnete und ehemalige Black Panther Michael McGee in Milwaukee, einer mittleren Großstadt im Bundesstaat Michigan, Tatsachen geschaffen. Er forderte die Stadt Milwaukee auf, innerhalb der nächsten fünf Jahre 100 Mio. Dollar an die schwarze Bevölkerung der Stadt zu zahlen, und kündigte die Formierung einer bewaffneten schwarzen Miliz an, um diese Forderung durchzusetzen. Dieser »Versuch, die schwarze Würde und Selbstrespekt wiederherzustellen«, (so ein Universitätsprofessor) findet offenbar breite Unterstützung – zum ersten öffentlichen Gründungstreffen für die Miliz kamen über 600 schwarze Jugendliche.

Die Forderung nach Reparationszahlungen an die Schwarzen für die jahrhundertelange Ausbeutung schwarzer Arbeitskraft durch Sklaverei und ein kapitalistisches Wirtschaftssystem wird inzwischen auch von schwarzen Kongreßabgeordneten aufgestellt. Eine breite Koalition von schwarzen Parlamentariern und außerparlamentarischen Organisationen fordert die Zahlung von Reparationen in Höhe von 40 Mrd. Dollar an die schwarze US-Bevölkerung durch die US-Regierung. Dieses Geld soll in einem »Bildungsfond« angelegt werden, durch den dann Strukturprogramme sowie Bildungs- und Selbsthilfeprojekte finanziert werden sollen. Parallel dazu wird von vielen schwarzen Aktivisten und Aktivistinnen öffentlich über eine Neugründung der Black Panther Party diskutiert.

Noch ist nicht absehbar, ob es dem neuen schwarzen Widerstand gelingen wird, die Zerstörung der schwarzen Community in den USA aufzuhalten und unorganisierten, spontanen Aufständen eine politische Orientierung zu geben. Aber der immer lauter werdende Ruf nach »Black Power« wird die Bush-Administration in den nächsten Jahren sicher noch einiges

Kopfzerbrechen – und mehr – kosten.

Konkret 09/90, S. 53

Peter Bahlsen

Weiter militant

Der ANC gibt in Südafrika den bewaffneten Kampf auf und bleibt politisch in der Offensive

Alle Welt – behauptet unsere veröffentlichte Meinung – atmet erleichtert auf: Wieder gibt es einen Krisenherd weniger: Entspannung in Südafrika, Verständigung, Versöhnung. Das macht ein gutes Gefühl vor allem bei den von ihrer früheren Betroffenheit inzwischen so erschöpften Mitvierzigern in Redaktionen und Konferenzräumen. Als etwas problematisch erscheinen nur noch die Radikalen, die rechten (= weiß) ebenso wie die linken (= schwarz), die mit Terror und Gewalt den potentiellen Friedensnobelpreisträger Mandela (schwarz, ehemaliges Opfer) und de Klerk (weiß, ehemaliger Täter) die nationalen Vereinigungsfeiern vermiesen könnten.

In dem einen oder andern kleinen linken Dorf geht allerdings ein Zornesbeben durch die Hütten und die Seelen. Verrat und Kapitulation der einst so tapferen Krieger vom ANC und »Umkhonto We Sizwe« bringen auch den letzten ohnedies nicht allzu stabilen Brückenpfeiler internationaler Solidarität im fernen Afrika zum Einsturz. Es bringt eben doch mehr, sich mit Kämpfen in Mittelamerika, also gegen den US-Imperialismus, und in Palästina, also gegen den Zionismus, zu solidarisieren.

Darf man so die Gefühlslage der Nation beschreiben? Dann möchte ich doch meinen, daß das dem ANC und den Befreiungskämpferinnen und -kämpfern nicht gerecht wird. Ich meine sogar, daß von der Politik, der Strategie und der Taktik der südafrikanischen Anti-Apartheid-Bewegung eine Menge zu lernen wäre. Zum Beispiel, wie man in einer Situation internationaler Entsolidarisierung und Schwächung und nationaler militärischer Unterlegenheit politische Offensiven und Erfolge in Gang bringt und durchhält.

Als ein Ergebnis des zweiten offiziellen Gespräches zwischen Apartheid-Regime und ANC am 6. August erklärte Mandela, daß der ANC den bewaffneten Kampf seiner militärischen Organisation »Umkhonto We Sizwe« einstellen würde. Der ANC hat sich damit jedoch nicht vom Grundsatz des Rechts auf bewaffneten Widerstand, auf militärische, das System schädigende Guerilla-Aktionen distanziert. Er hat bislang auch nicht die praktische Möglichkeit zu solchen Aktionen, also die Waffen, aus der Hand gegeben. Die Kämpferinnen und Kämpfer leben teilweise auch weiterhin illegal.

Auf der anderen Seite hat de Klerk erklärt, daß er bis zum April 1991 mehr als 1000 politische Gefangene freilassen will. Das bedeutet nicht, daß er alle Gefangenen des Systems freilassen oder daß er für die Zukunft auf die neuerliche Inhaftierung von Oppositionellen verzichten will. Noch in den Wochen vor dem Gespräch mit Mandela waren zahlreiche, auch führende Aktivisten des ANC inhaftiert worden. Der südafrikanische Staat ist nach wie vor ein Instrument der weißen Rassisten, zu denen de Klerk ebenso gehört wie Polizei und Militär.

Schon darum halte ich den Austausch von so vielen Genossinnen und Genossen gegen die Suspendierung des bewaffneten Kampfes sowohl für klug, als auch vor allem für human. Dieser von manchen Super-Strategen als Verrat erlebte Deal öffnet die Gefängnistore für Menschen, die die Freiheit lieben und – da kann man sicher sein – weiter für sie kämpfen werden. Es wäre auch Nelson Mandela der letzte, der für die bedingte, also an Auflagen gebundene Freilassung aus dem Apartheid-Knast das Ziel der Befreiung aufgeben, »verraten« würde. Er selbst hätte schon seit etlichen Jahren ein freies Leben als »friedlicher« Kritiker der Apartheid verbringen können, wenn er sich vom bewaffneten Widerstand und von »Umkhonto We Sizwe« distanziert hätte. Hat er aber nicht.

Der ANC hat sich mit dem Abkommen nicht vom Recht auf Selbstverteidigung distanziert. Sie bleibt notwendig gegen die anhaltenden und zunehmenden Attacken faschistischer weißer Terrorgruppen, der Polizei und der neuerdings als nationaler Partei auftretender INKATHA des Dr. Buthelezi, der sich als schwarzer Unterherrscher von weißen Gnaden gewalttätig beweisen muß. Täglich gibt es Tote, inzwischen mehr als im Libanon. Die schwarzen Menschen in den »Homelands« und in den städtischen Ghettos werden darum Schwierigkeiten mit der Aufgabe des bewaffneten Kampfes der »Umkhonto We Sizwe« haben, der für sie auch ein Symbol der Fähigkeit zum Widerstand ist. Manche von ihnen werden sich möglicherweise jetzt den angeblich radikaleren Gruppen wie zum Beispiel dem PAC (Pan African Congress) zuwenden, der weiter am bewaffneten Kampf festhält. Die Militanz des PAC ist aber vor allem ein Ersatz für die fehlende politische Konzeption, es sei denn, man hält stete Opposition zum ANC für eine solche. Außerdem gilt für den PAC noch mehr als für den ANC, daß der bewaffnete Kampf mehr propagiert als tatsächlich geführt wurde. Das sollte man allerdings gerade in Deutschland nicht mit Häme oder Schmunzeln abtun, sondern als Ausdruck und Widerspiegelung der extremen Apartheid-Gewalt zu verstehen suchen.

Setzt der ANC jetzt nur noch auf das Mittel von Gesprächen, Verhandlungen und internationalen Public-Relation-Touren, um die Befreiung zu erreichen? Interessant ist, daß es in einem wichtigen Punkt in den Gesprächen mit de Klerk keine Verständigung gab und auch absehbar nicht geben wird. Der ANC wird die Organisierung und Unterstützung von Massen-Aktionen wie Streiks, Demonstrationen und Boykotts nicht beenden. Im Gegenteil bemüht sich der ANC, die erkämpfte

Freiheit nutzend, seit einiger Zeit um die Gewinnung und Organisierung von Mitgliedern für die legale Arbeit ebenso stark wie um die Ausbildung und den Aufbau der dafür sinnvollen Strukturen. Für den Dezember ist ein erster nationaler Kongreß angekündigt, der mit den Wahlen zu den Leitungsgremien die demokratische Beteiligung der Basis erhöhen soll.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß und wie sehr das System der Apartheid durch Massen-Aktionen in seiner Effizienz zu beeinträchtigen ist. Wenn die schwarze Arbeiterklasse streikt, ist sie durch weiße Streikbrecher nicht zu ersetzen, insbesondere nicht in den Bergwerken und im öffentlichen Dienst. Wenn sich die schwarzen Bewohnerinnen und Bewohner einer kleinen Stadt zum Boykott entschließen, können die weißen Geschäfte zu und unter Umständen schnell pleite machen. Wenn Schülerinnen und Schüler demonstrieren, sind die Schulen und Straßen dicht. All das hat sich gegen die brutale Repression in den letzten drei Jahren einige Male bewiesen. Und auch durch diese zu anderen Zeiten schon in anderen Ländern bewährten Mittel des politischen Kampfes ist das Regime an den Verhandlungstisch gezwungen worden, wozu der internationale Boykott einiger Staaten ebenso beigetragen hat wie einige hundert Anschläge von »Umkhonto We Sizwe« in den vergangenen Jahren.

Der ANC hat gute Gründe, für die noch bevorstehenden schweren Kämpfe mit dem Regime den eindeutigen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Massen-Strukturen und -Aktionen zu legen. Der internationale Boykott, der u.a. auch durch die rassismusverseuchte BRD immer wieder durchbrochen wurde, wird – um der guten Stimmung willen – ganz aufgegeben werden. Und bei den früheren Verbündeten wird es, teils aus Not, wie in Sambia, Angola, Zimbabwe usw., teils aus frisch gekaufter Überzeugung, wie in der DDR, Ungarn und der UdSSR, keine Unterstützung und kein Hinterland für die militärischen Aktivisten des »Umkhonto We Sizwe« mehr geben. Das sollten insbesondere die bedenken, die – unwillig oder unfähig zu politischer Aktion im eigenen Land – erzürnt oder schadenfroh die Suspendierung des bewaffneten Kampfes kommentieren.

Wirklich brisant wird es für die Strategie der südafrikanischen Befreiung an einer anderen Stelle. Wird man sich, wozu der eher sozialdemokratische Teil des ANC neigt, auf einen Kapitalismus ohne Apartheid einlassen und zu diesem wohl schneller erreichbaren Zwecke die Konfrontation mit den politisch bewußtesten Teilen auch des ANC selbst, d.h. auch mit den Gewerkschaften, eingehen? Darauf setzt die Strategie de Klerks. Auch die bundesdeutsche Sozialdemokratie ist inklusive ihrer Gewerkschaftsabteilungen an dieser Front erheblich aktiv. Oder wird die Befreiungsbewegung weiterkämpfen für das schwerer erreichbare Ziel einer Gesellschaft ohne Rassismus, was in Südafrika unzweideutig gegen den Kapitalismus geht?

Peter Bahlsen ist seit Jahren in der Anti-Apartheid-Bewegung aktiv

Konkret 09/90, S. 54

Franz Josef Degenhardt

Wiedergutmachung der 68er

Seine erste Platte hat er Jahre vor dem Aufkommen der APO produziert, etlichen 68ern war er zu reformistisch«, mit der Friedensbewegung hatte er seine Schwierigkeiten, heute macht sich Franz Josef Degenhardt Gedanken darüber, wieso ausgerechnet die Radikalen von einst die lautesten Schreier gegen alles sind, was zur DDR gehört. Oliver Tolmein sprach mit ihm über seine neue Platte (»Wer jetzt nicht tanzt«), über die DKP, den bewaffneten Kampf in der BRD und die Hoffnung auf die Urenkel

KONKRET: *Sie haben 1966 ein Lied geschrieben, »Tonio Schiawo«, in dem Sie erzählen, wie ein italienischer Arbeiter von seinen deutschen Kollegen beschimpft und schließlich umgebracht wird In den 70er Jahren haben Sie diesen Text auf Konzerten um eine mit großem Applaus bedachte Strophe erweitert und sich von der vermeintlichen Harmlosigkeit des »guten, alten Degenhardt« ein Stückchen distanziert: Wenn sich, was bevorstehe, die Proletarier aller Länder vereinigten, werde sich die Gewalt gegen die Richtigen richten. Wie sehen Sie heute den »guten, alten Degenhardt«?*

Degenhardt: Ich habe Lieder wie »Tonio Schiawo«, »Bauchladenmann« oder »Tarantella«, in denen ich ganz alte Bänkelsänger- und Vagantenlieder-Traditionen verarbeitet habe, kürzlich wieder angehört. Man kann sie sich heute noch anhören, weil sie – meine ich – handwerklich gut gearbeitet sind. Sie stecken allerdings voller schwerverständlicher Anspielungen und verschlungener Metaphorik, klingen mir dadurch heute manchmal zu bildungsphiliströs. Daß ich versucht habe, einigen dieser Texte in späteren Jahren – sozusagen brechtisch – eine »Nutzanwendung« zu geben, hat mit der 68er Bewegung zu tun. Viele der Aktivisten damals, zum Beispiel auch Dutschke, haben mir in Gesprächen über einzelne Lieder gesagt: »Da fehlt ein positiver Dreh, da muß noch eine optimistische Wendung her und so etwas wie Handlungsanweisung.« Nun ja. Ich tat's manchmal, aber die Lieder sind dadurch natürlich nicht besser sondern schlechter geworden. Doch wir fanden es damals wichtig. Das zählt. Später ist man immer Klugscheißer.

Es danach immer besser zu wissen, ist sicher eine falsche Haltung – aber Fehler deswegen als unvermeidlich zu kritisieren, weil sie dem Zeitgeist entsprangen, leuchtet mir auch nicht ein.

Ich und andere hatten eine kurze zeitlang die Vorstellung, Kunst operativ betreiben zu müssen. Das war nicht aus der Luft gegriffen, wir konnten auf eine lange Tradition, die in die 20er Jahre, in den Vormärz und noch weiter reichte, zurückblicken und haben versucht, die aufzunehmen.

Diese Fehleinschätzung der Verhältnisse und der eigenen Möglichkeiten in ihnen hat doch zur Folge gehabt, daß die K-Gruppen z. B. eine völlig verfehlte Politik betrieben haben.

Ja, aber die radikale Linke insgesamt ist damals nicht an ihrer Art, Politik zu machen, gescheitert, sondern an den Kräfteverhältnissen: Der Feind – um das schöne altmodische Wort zu benutzen – war übermächtig. Wir hatten in den Sechzigern nur die Tradition der revolutionären Linken aus den 20er Jahren, der damals aktiven Parteien, an die wir anknüpfen konnten und wollten. Wir hatten, dachte ich, gar keine Chance, etwas anderes zu analysieren und zu tun. Die Vorgänge damals lassen sich von heute aus nur schwer verstehen: Wenn man sich zum Beispiel heute Reden von Dutschke anhört, dann ist die Faszination, die von ihm ausging, schwer zu verstehen. Man muß sich die damaligen Verhältnisse insgesamt vor Augen führen und darf nicht die heute als falsch bewerteten Verhaltensweisen der Linken aus ihrem Kontext herausreißen. Im übrigen bin ich auch überzeugt, daß die 68er Bewegung nicht gescheitert ist. Das Ziel, die Revolution – auch so ein schönes altmodisches Wort – , wurde zwar nicht erreicht, aber dieser Mief der Adenauer-Zeit weggeblasen, das postfaschistische Klima aufgebrochen – und das war schon sehr viel. Es wurde dadurch wenigstens der Anschluß an die moderne kapitalistische Entwicklung – wie in England und Frankreich – , sagen wir: im Überbau erreicht. Das war das Ziel des breiten oppositionellen Bündnisses damals, und als es erreicht war, platzte das Bündnis. Von da aus die Widersprüche verschärfen, das wollten nur noch wenige. Aber was damals erreicht wurde, trotz allem, erscheint mir als Fortschritt.

Ein Fortschritt allerdings, dessen Konsequenz jetzt die Restauration eines modernisierten, machtvollen Groß-Deutschland ist...

Das konnte man nicht voraussehen. Das hat mich damals allerdings auch nicht sonderlich interessiert. Mich hat, als absehbar war, daß die Bewegung auslaufen würde, hauptsächlich die Frage der Organisierung interessiert, und in diesem Zusammenhang hat die DDR eine gewisse Rolle gespielt, vor allem als Relais- und Hilfsstation im antiimperialistischen Kampf: Die DDR zum Beispiel unterstützte die Befreiungsbewegungen vom Vietkong bis zum ANC, die BRD dagegen die reaktionären Regime. Die DDR nahm, anders als die BRD, nicht über die kapitalistische Weltwirtschaft an der Ausbeutung des Trikonts teil; in der DDR waren Leute aus dem revolutionären Teil der deutschen Arbeiterbewegung an der Macht, hier die traditionellen Eliten usw. Das war wichtig. Die inneren Verhältnisse in der DDR, etwa ob der Herr Müller in Leipzig Bananen kaufen konnte oder nicht, aber auch die fehlende Öffentlichkeit dort, haben mich nicht interessiert. Das war offensichtlich ein schwerer Fehler. Ich und andere haben zwar gelegentlich kritische Anmerkungen gemacht, aber wir hätten nachdrücklich und vehement immer wieder feststellen müssen, daß zum Satz der Gegensatz gehört, und zwar

öffentlich. Andere Gruppen in der westdeutschen Linken, wie zum Beispiel der Kommunistische Bund, haben das früher begriffen .

Sie sind aber weiterhin Mitglied in der DKP, die ja die BRD- Variante dieses »alten Denkens« und dieser »alten«, nicht offenen und öffentlichen Form, Politik zu machen, organisiert hat.

Es gibt einen ganz wichtigen Unterschied zwischen der DKP und der alten SED: Eine DKP-Mitgliedschaft hat eine Karriere in der Regel beendet oder verhindert. Das garantierte unter anderem in gewisser Weise eine Positivauslese. Daß ich heute noch in der Partei organisiert bin, ist Ausdruck meiner Loyalität zu ihr. Ich habe zu oft erlebt, daß in Krisenzeiten, im Kalten Krieg, als die Berufsverbote griffen, nach dem Deutschen Herbst, Menschen ihre Gruppen und Organisationen verlassen haben. Ich fühle mich nicht wohl auf der Seite der ewigen Austreter. Anfangs habe ich gesagt: »Jetzt aus der Partei austreten, das macht nur Pack.« Das nehme ich zurück. Viele der Genossinnen und Genossen haben gute Gründe – aber ich möchte es ihnen nicht gleichtun. Ich freue mich dagegen, wenn ich höre, daß im rassistischen Südafrika die KP legalisiert wird, daß Hammer und Sichel für die Menschen dort Symbole der Hoffnung sind, und ich freue mich auch über den revolutionären Willen Havannas, sich gegen die USA zu behaupten. Ich bin gern so »altmodisch«.

Als Kommunist in einer kommunistischen Partei organisiert zu sein, verlangt doch aber mehr als persönliche Loyalität. Wie sehen Sie denn Ihr Verhältnis als Künstler, der in gewisser Hinsicht auch eine öffentliche Person ist, zur Partei?

Ich war nie Funktionär in der DKP und habe mir auch nie etwas sagen lassen. Es hat allerdings auch nie ein DKP-Funktionär versucht, mir Vorschriften zu machen. Da ging es während der Studentenrevolte und in der damaligen APO viel rigider zu. Daß ich mich überhaupt organisiert habe, hat etwas mit der Tradition in meiner Familie zu tun. »Politik macht man in einer Partei«, hieß es da immer, »sonst geht es nicht«. Daß ich mich dann für die Organisierung in der DKP entschieden habe, hängt damit zusammen, daß hier die Kontakte zu den anderen KPs zusammenliefen, daß hier der historische Bezug auf die alte KPD am deutlichsten war.

Also ich erinnere mich da an anderes: Die DKP hat doch immer wieder versucht, radikale Entwicklungen in der Neuen Linken und in Bewegungen zu bremsen und umzuleiten, weil »die Massen« noch nicht soweit seien, weil das Bündnis mit der SPD gesucht wurde...

Das habe ich nicht so ernst genommen. Da gab es immer Möglichkeiten zu opponieren oder sich darüber hinwegzusetzen. Ich erinnere mich an einige Auseinandersetzungen, in denen es um »Volksnähe« ging. Mich bringt das Volk aber immer, wenn ich ihm zu nahe komme, zum Frieren. Das deutsche Volk hat ja nun auch die perversesten Wünsche und Engagements erkennen lassen: Ob es 1914 oder 1933 war, die Seite, auf der »das Volk« stand, war zuverlässig immer die falsche. Im übrigen gebe ich Thomas Manns Zeitblom in »Dr. Faustus« recht: Man muß die Menge nur als »Volk« anreden, wenn man sie zum Rückständig-Bösen verleiten will.

Aber was macht ein Kommunist, wenn er beim Gedanken an das Volk friert?

Ich bin darüber nicht glücklich, und ich kokettiere nicht mit Volksfeindlichkeit. Ich sehe übrigens auch andere Momente. Inmitten dieser Vorgänge um den 9. November herum verirrte sich ein Interview mit einem Arbeiter ins Fernsehen, und der sagte: »Wenn ich meine Arbeitskraft schon verkaufen muß, dann so, daß ich möglichst viel dafür bekomme.« Da flackerte etwas auf, das mir gefällt.

Aber dieses Denken nur an das Unmittelbare, an die Verhältnisse, die einem aktuell »das Beste« zu bescheren scheinen, ist doch äußerst gefährlich. Denken Sie an die Arbeiter, die 1934 Arbeit bekommen haben, die sie vorher nicht hatten, die hätten genau das gleiche sagen können...

Das stimmt. Klasseninstinkt zu haben, reicht nicht aus und ist gegebenenfalls das Gegenteil von Klassenbewußtsein. Aber ich muß mich vor einer elitären Haltung hüten, wonach die unmittelbaren Bedürfnisse plötzlich gar nichts mehr bedeuten oder nur als falsches Bewußtsein entlarvt werden. Im übrigen ist es leicht, immer in der Ecke zu stehen und recht zu behalten. Für ökonomisch Privilegierte sowieso.

Manchmal gibt es aber auch keinen anderen Platz: Man kann nicht auf richtige Positionen und Argumente verzichten, weil einem damit nur der Platz in der Ecke bleibt.

Aber wir müssen immer das Bewußtsein davon erhalten, daß nicht wir uns diesen Platz ausgesucht haben. Wir wollen uns einmischen, nicht raushalten. Ich bin allerdings, das muß ich sagen, angesichts der aktuellen Verhältnisse auch sehr irritiert über Leute, die schon wieder ganz genau wissen, was für große Chancen uns das Ende der DDR beschert, wie wir die nutzen können, was wir jetzt machen müssen; die, ohne einen Moment innezuhalten und nachzudenken, schon wieder mit den nächsten Wahlen beschäftigt sind, als sei nichts Wesentliches passiert.

Ich möchte nochmal zurück zu Ihrer Aversion gegen das Volk. Das sind ja nicht nur vielleicht heute nicht einmal mehr überwiegend, Arbeiterinnen und Arbeiter.

Nein, Sie haben recht. Sie sind fast alle diese liebenswürdigen Volksgenossen, pardon: -mitglieder. Die gibt's überall. Zum Beispiel habe ich auch wieder gefroren, als zu Zeiten der Friedensbewegung Zehntausende oder mehr anfingen, während der Konzerte und anderer Veranstaltungen Wunderkerzen anzuzünden und sie wie Fackeln zu schwenken. Das war einfach gespenstisch.

Ihr Frösteln angesichts der Rituale der Friedensbewegung überrascht mich – warum haben Sie das nie zum Thema Ihrer Lieder gemacht?

Ich habe zur Friedensbewegung überhaupt wenig gemacht. Ich erinnere mich an einen Auftritt, als ich mein Lied »Es denken die Leute von gestern wieder an morgen« sang, ein Lied, das beschreibt, wie in der Vorstellung eines Mittelklässlers frühmorgens ein russischer Panzer auf seinem englischen Rasen auftaucht. Ich habe diesem Lied Melodie und Rhythmus des SS-Liedes »Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt« unterlegt; und während ich das Lied singe und spiele, fangen die Leute im Publikum an mitzuklatschen. Fürchterlich.

Aber warum haben Sie dann damals nichts dagegen unternommen?

Mein Verhältnis zur Friedensbewegung ist kompliziert, weil dieser Aspekt nur einer, wenngleich ein sehr wichtiger ist. Daß wir uns, wie wir eingestehen müssen, streckenweise recht bewußtlos an der Friedensbewegung beteiligt haben, hängt damit zusammen, daß wir die Hochrüstung der Imperialisten um nahezu jeden Preis stoppen wollten. Gerade für die, die wie ich den Krieg noch kennengelernt haben, gibt es wenig Dinge, die mehr wert sind als der Frieden. Und um diesem Ziel, den Krieg zu verhindern, näherzukommen, haben wir hingenommen, daß wir politisch ein Stück weit entwaffnet wurden, daß wir eine Rhetorik hingenommen haben, die falsch war. Parolen, die, wie wir heute wissen, sich gegen uns gerichtet haben. Schlimm ist, daß wir trotzdem unser Ziel, die UdSSR von diesem enormen Rüstungsdruck zu entlasten, nicht erreicht haben.

Gorbatschow hat ja selber mit seiner Akzentuierung der globalen Menschheitsfragen, seinen beharrlichen Kooperationsangeboten und dem Verzicht darauf, etwas gegen die Restauration Groß-Deutschlands zu unternehmen, die Entwaffnung der Sowjetunion beschleunigt und verschärft.

Ich kann zu Gorbatschows Politik wenig sagen. Vielleicht ist es die einzige Möglichkeit, das Überleben der Sowjetunion zu sichern, wenn er nach der Devise verfährt, »if you can't beat them, join them«. Die imperialistischen Staaten haben ihre One-World längst durchgesetzt. Unsere Generation hat diese letzte Schlacht verloren – in den Bauernkriegen hieß es: »Unsere Enkel fechten's besser aus«. Heute müssen wir wohl auf die Urenkel hoffen.

In einem 1969 geschriebenen Lied, »Im Jahr der Schweine«, haben Sie so eine langwirkende Niederlage ja vorausgedacht und sich mit den Konsequenzen für die Linke befaßt, z.B. der Konsequenz, in die Illegalität zu gehen...

Ich habe den bewaffneten Kampf hier, in der Bundesrepublik, immer für falsch gehalten. Aber es ging mir darum zu verstehen, wie in dieser Umbruchsituation damals Genossen und Genossinnen zu einer ganz anderen Analyse kommen konnten. Ich nehme diese Auseinandersetzung auf meiner neuen Platte in dem Lied »Botschaft an eine Enkelin« auf, da wird dann auch deutlich, daß es viele Gemeinsamkeiten in der Einschätzung der Lage gibt: Die Bestienhaftigkeit des Imperialismus, das Wissen darum, daß er bekämpft werden muß und nicht durch Reformen seine Qualität ändert. Das muß heute, wo sich so viele schnell und hastig distanzieren, erinnert werden. Und wenn unsere Urenkel dereinst einen erfolgreichen Kampf führen werden, würde ich mich freuen, wenn es den einen oder anderen »Ulrike-Meinhof-Platz« gäbe...

Während Sie in ihrer »Botschaft an eine Enkelin« aber deutlich machen, daß Sie als Liedermacher eine Rolle einnehmen, für jemand anderen sprechen, klingt »Im Jahr der Schweine«, alssei das auch Ihre Sicht der Lage gewesen.

Ich war damals näher dran an den Auseinandersetzungen, zur Zeit der Entstehung von »Im Jahr der Schweine«. Ich war schließlich Anwalt einiger Leute aus der sogenannten ersten Generation der RAF. Heute bin ich entfernter, kann sozusagen im Off, im Hintergrund, aus einem bürgerlichen Salon heraus, wo jemand Cello übt, ein paar Klangfetzen ins Lied hineinklingen lassen, dadurch eine viel distanziertere Atmosphäre schaffen, in der »Botschaft an eine Enkelin«.

Wie kommt es, daß Sie sich gerade jetzt wieder mit dem Thema »bewaffneter Kampf« bzw. den Menschen, die ihn aufgenommen haben, beschäftigen?

Gerade in diesen Zeiten, in denen der Kapitalismus einen Endsieg errungen zu haben scheint, find ich es wichtig, an Revolutionäre zu erinnern. Gerade auch, wenn sie, wie ich weiß, entsetzliche Fehler gemacht haben. Vom Sofa aus zu konstatieren, daß kämpfende Menschen entsetzliche Fehler machen, ist, das weiß ich, äußerst problematisch – ich nehme es mir aber heraus, und ich meine das ganz anders als die Schnoddrigkeit, mit der zum Beispiel die »taz« über die RAF herzieht.

Einige Leute aus der RAF sind ja über den Umweg des »bewaffneten Kampfes« zu DDR-Bürgern geworden. Hat Sie das überrascht?

Daß Leute aus der RAF in die DDR gegangen sind, hat mich so sehr nicht überrascht. Ich hatte als Verteidiger in den ersten Jahren der RAF vage Angebote, übrigens auch von sozialdemokratisch regierten europäischen Ländern: Mir wurde angedeutet, konkreter läuft sowas ja anfangs nicht, daß RAF-Leute dort, wenn sie den bewaffneten Kampf aufgäben, aufgenommen und geschützt würden. Damals hat das die RAF aber abgelehnt. Ich habe jetzt den Brief von Inge Viett an ihr Magdeburger Kollektiv gelesen, und er hat mich sehr berührt. Am widerwärtigsten an dieser ganzen Hetze nach den Verhaftungen der ehemaligen RAF-Leute in der DDR finde ich diese petitbourgeoisen Schreiber, die aus ihren Redakteurssesseln heraus über das »kleinbürgerliche« Leben der von ihnen so genannten Terroristen herziehen. Überhaupt: dieser Haß, den diese nach Georg Büchner »gutdotierten Schreiber der Herrschenden« jetzt entwickeln! Dieses Triumphgeheul, das sie anstimmen, weil in der DDR den Regierenden, die ja zum Großteil mal Proleten waren, ihre Macht entrissen wurde! Es war ja immer der Alptraum des deutschen Bourgeois: die Pöbelherrschaft – der Prolet an der Macht. Und die Intellektuellen, die den Plebejern halfen, wurden immer abgrundtief gehaßt. Aber ich frage mich, woher diese darüber noch hinausgehenden Emotionen kommen. Sicher hängt es damit zusammen, daß viele ehemalige HJ-Führer und BDM-Führerinnen jetzt schadenfroh sagen können: Da seht ihr mal, wie es ist, wenn alles zusammenbricht...

Aber es gibt noch einen wichtigen anderen Aspekt: Die lautesten Schreier, die Wortführer der zum Teil infamen Kampagne gegen DDR-Intellektuelle, die PDS und alles, was zur DDR gehört, sind ja Alt-68er – wer immer sie damals auch auf den Barrikaden gesehen haben mag, sie verstehen sich jedenfalls als 68er. Viele, ich kenne ja einige von ihnen gut, waren damals in der APO aktiv geworden, weil sie ihren Eltern vorgeworfen haben: Ihr wàrt im Nationalsozialismus Mitläufer oder sogar Täter. Sie haben damals mit ihren Familien gebrochen. Im anschließenden »Langen Marsch durch die Institutionen« haben sie dann aber selber erfahren, daß sie sich dort nur halten und was werden können, wenn sie sich anpassen, wenn sie mitlaufen, wenn sie tun, was verlangt wird. Aus ihren Erfahrungen heraus haben sie ein spätes, wenngleich unausgesprochenes Verständnis für die Kollaboration ihrer NS-Eltern entwickelt. Und jetzt liefert das Ende der DDR ihnen die Möglichkeit, das alles auszusprechen. Es ist die Gelegenheit für eine späte Wiedergutmachung einiger Achtundsechziger an ihren Eltern, und es bietet die Möglichkeit, einen dicken Schlußstrich unter die eigene Geschichte zu ziehen. »Der Kampf der Faschisten gegen die Bolschewisten war eben doch richtig!« Daher vielleicht auch dieser Haß, dieses Wüten gegen alle, die an den alten linken Werten und Orientierungen festhalten und sie weiterentwickeln wollen.

Merkwürdig ist, daß nicht nur die Söhne und Töchter diesen Kotau vollziehen, sondern auch die Enkel. Ich frage mich, was bei der Umerziehung der Deutschen falsch gelaufen ist. Ich erinnere mich an einen alten Anarchisten seinerzeit, aus dem KZ gerade noch mit dem Leben davongekommen. »Ihr werdet sehen«, hat er gesagt, »sie ändern sich nicht. Das Verlierer-Trauma sitzt zu tief. Sie werden immer den Arsch dahin halten, woher die warme Luft bläst.«

Konkret 09/90, S. 57

Dok□ mentation

Das Hamb□ rger Infob□ ro f□ r Gefangene hat einen offenen Brief an die in der DDR festgenommenen E□ -RAF-Mitglieder geschrieben Wir dok□ mentieren a□ □ erdem einen (leicht gek□ r□ ten) Brief □ on Inge Viett an Verona Becker

Liebe Silke, Sigrid, Eva (Inge), Susanne, Monika! Lieber Henning, Werner!

Wir haben von Eurer Verhaftung mit Bestürzung erfahren. Wir können uns vorstellen, wie hart es für Euch sein muß, nach so langer Zeit in der DDR jetzt plötzlich aus dem Leben dort rausgerissen worden zu sein und mit dem Haß und der Rachsucht der BRD-Behörden konfrontiert zu sein. Es ist sicher doppelt hart, verhaftet zu werden für eine Lebensetappe, von der man/frau sich gelöst hat.

Wir wollen mit diesem Brief unsere Solidarität mit Euch ausdrücken. Wir wollten schon eher schreiben, aber als hier Zeitungsmeldungen erschienen über welche von Euch, die angeblich Aussagen machen über eine andere Gefangene – Brigitte Mohnhaupt – und sie belasten, da blieb uns erstmal die Luft weg, weil das Verrat ist. Wir befürchten, daß Brigittes Verlegung nach Stammheim, wo sie jetzt verschärft isoliert wird, auch eine Reaktion darauf ist. Die eigene Haut zu retten, indem frau/man andere belastet, das ist auf jeden Fall eine Grenze für uns. Wir wissen nicht, ob die Zeitungsmeldungen stimmen.

Wir stellen uns häufig vor, wie schwer es für jede/jeden von Euch sein kann, genau zu bestimmen, wie weit es ok ist zu gehen. Es kann sicher eine Gratwanderung sein, wo Ihr Eure ganze Klugheit, Umsicht und Kraft braucht, um aus der Sache ungebeugt und ohne die eigene Geschichte zu verleugnen rauszukommen.

Wir denken aus unseren Erfahrungen mit der BRD-Justiz, daß in dem Moment, wo Ihr anfangt, Euch auf Aussagen einzulassen, um schneller rauszukommen – erst recht während des Ermittlungsverfahrens – , Ihr in den Teufelskreis reinkommen könnt, daß das BKA immer mehr aus Euch rauspressen will. Ihnen ist dazu jedes Mittel recht. Schon oft hat die Justiz in der BRD versucht, Druck auf Gefangene mittels ihrer Kinder auszuüben. Jede Aussage ist für die Justiz und das BKA wie ein Mosaikstein, und das ganze Bild überblickt frau/man alleine nicht.

Trotz unserer Kritik denken wir, daß Eure Aussagebereitschaft auch eine Folge der nicht aufgearbeiteten Geschichte ist. Das ist auch unsere Verantwortung hier draußen. Geschichtsaufarbeitung kann nur in einem gemeinsamen Diskussionsprozeß laufen, den wir uns allerdings nicht in bürgerlichen Medien wie dem »Spiegel« vorstellen können; außerdem nicht in einer Form, die, wenn auch ungewollt, dazu beitragt, die von diesen Medien seit Jahren praktizierte Diffamierung da Widerstands zu betreiben. Sigrid, Dein Artikel im »Spiegel« spricht zwar wichtige Fragen an, aber wir verstehen nicht, wem Du was von Dir vermitteln willst und was Dein Ziel davon war.

Die Älteren von uns, die bis heute im Widerstand in der BRD sind, sind alle durch Phasen gegangen, in denen es Brüche gab, Zweifel, und wir wissen inzwischen, daß keine/keiner die Weisheit gepachtet hat und nicht nur die jeweils eigene politische Vorstellung ein richtiger Lebensweg ist. Früher dachten wir, wer aufhört, bei uns in der BRD zu kämpfen, ist für uns gestorben. Solche Menschen haben wir verachtet. Heute ist das nicht mehr so.

In unseren Kämpfen haben wir erfahren, daß keine Gruppe/Organisation mit ihren Vorstellungen alleine materiell durchgekommen ist. Das war der Moment, wo alte Vorstellungen angeknackst wurden und altes Mißtrauen schon mal aufgelöst werden konnte. Dadurch ist uns bewußt geworden (was eigentlich schon immer so war), daß der Widerstand aus vielen unterschiedlichen Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen besteht. Den Prozeß wirklich miteinander hinzukriegen, kann nur heißen, die Unterschiedlichkeit, die Widersprüche nicht ängstlich wegzudrücken, sondern voneinander zu lernen und dabei noch das Ziel, die Umwälzung d« Gesellschaft im Auge zu behalten.

Diese Erfahrungen haben wir erst sehr punktuell gemacht, und sie sind noch nicht gesichert, die ganze Entwicklung ist überhaupt noch nicht durchgestanden. Die alte Härte ist oft als Dogma entlarvt worden und konnte nicht den Erfordernissen des Kampfes standhalten, weil sie gar nicht in der Lage war, die Vielschichtigkeit d« Realität und die unterschiedlichen Bedürfnisse zu erfassen. Inzwischen haben wir einiges an Selbstbewußtsein und an Erfahrungen gewonnen. Vieles wurde angefangen, der Aufbau der Revolutionären Front in Westeuropa und entschlossene Basisbewegungen: Häuserkampf, Anti-AKW, Startbahn, WAA, ... es gab Grenzen im Durchsetzungsvermögen und Grenzen, den Widerstand zu verankern. Bisher gibt a noch nicht die Kraft, all die Ansätze, Rinnsale und Ströme für Selbstbestimmung und Macht von unten zu integrieren. Das wäre heute wohl auch nicht die Organisation, sondern mehr die kollektive Einsicht, einander zu brauchen auf dem Weg zur Revolution.

Wir wissen gar nicht, ob Du/Ihr, einige von Euch, Interesse haben an Kontakt mit uns. Für uns ist es so, daß wir großes Interesse daran haben, von Euren Erfahrungen zu hören. Wie war für Euch das Leben in der DDR? Uns wäre auch wichtig zu erfahren, wie Ihr das für Euch gesehen habt, damals als Ihr hier aufgehört habt. Kritik ist fruchtbar, hilfreich für das »wie weiter«.

Wir sind mehrere Frauen und ein Mann, das Hamburger Infobüro für Gefangene. Die Infobüros sind 1989 während des Hungerstreiks entstanden, weil wir Orte brauchten, um Informationen zu sammeln und weiterzugeben über den Kampf der politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung und für die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen. Nachdem wir letzten Jahr die Ziele da Hungerstreiks nicht durchsetzen konnten und durch den Umbruch in der DDR viele grundsätzliche Fragen aufgeworfen worden sind, haben wir noch nicht die Lösung »wie weit««. Da geht es uns ähnlich wie vielen anderen Gruppen. Wir werden an verschiedenen Punkten aktiv: Initiativen zum Hungerstreik in Spanien, der seit 9 Monaten läuft, Knastaufstände der »sozialen« kämpfenden Gefangenen, Situation der haftunfähigen Gefangenen, laufende 129a-Prozesse, ... in diesem Rahmen steht auch uns« Brief an Euch.

Wir haben überlegt, wie Eure Verhaftungen politisch einzuschätzen sind, was das für uns heißt und was Grundlage ein« politischen Kampagne sein könnte. Eine Kampagne für Eure Freilassung, praktische Solidarität kann nur aus einem gemeinsamen Arbeits- und Diskussionsprozeß kommen. Im folgenden unsere Diskussion in Stichworten. Sagt doch mal, was Ihr dazu denkt! –

Unsere Position ist, daß im Kampf für Befreiung/soziale Umwälzung verschiedene Formen des Kampfes nötig sind. Auch wenn wir Fragen zu der Geschichte haben, denken wir, daß der bewaffnete Kampf ein wichtiger Faktor zur Herausbildung antagonistischen Bewußtseins hier in der Metropole war und ist. Auseinandersetzung darüber kann nur heißen, einerseits nicht jede Kritik an d« Politik d« Guerilla und anti-imperialistischen Gruppen wegzudrücken und andererseits die Politik nicht in Bausch und Bogen runterzumachen. Festhalten an Mythenbildung (die Guerilla ist unfehlbar) und einfache Negation (die Politik ist gescheitert) sind ein defensives Umgehen mit Schwachen und verhindern Lernprozesse. –

Wir finden es gut, daß Ihr in der alten DDR geschützt vor der politischen Verfolgung der westlichen Repressionsapparate leben konntet. Die BRD hingegen tritt wie die ganze EG das Asylrecht mit Füßen. Mitglieder von anti-imperialistischen Befreiungsbewegungen werden hier verfolgt (3129a Verfahren wegen angeblich« Mitgliedschaft in der PKK und IRA). Für Flüchtlinge w«den die EG-Grenzen systematisch dichtgemacht. –

Der Kapitalismus versucht jetzt überall, sein Warensystem als das einzige und ewige in das Bewußtsein der Menschen zu drücken und jeden Gedanken an Befreiung auszulöschen. Die Prozesse gegen Euch werden sie mit dem Kalkül führen wollen, daß sie diesem Ziel dienen. Deshalb wollen sie, daß Ihr ihnen als Kronzeugen verfügbar seid, oder sie drohen, Euch für Jahre einzuknasten.

Kronzeuge sein heißt, über die eigene Tatbeteiligung hinaus Aussagen zu machen, also nach dem Diktat des BKA and«e ans Messer zu liefern. Außerdem werden sie versuchen, jede Aussage dahingehend zu verwerten, revolutionäre Politik als gescheitert und inhaltslos darzustellen: Ihr, bzw. alle politischen Gefangenen, seid im Bild der bürgerlichen Presse entweder die »Verführten« oder die »knallharten fighter«, nämlich die, die sich nicht eindeutig von ihr« Geschichte und Politik distanzieren. Letztere wollen sie in der Isolationshaft vernichten. Es ist wichtig, dieses Staatsschutzinteresse zu benennen, um die Notwendigkeit für eine Diskussion über die gemeinsame Geschichte und offene Fragen der Gegenwart zu begreifen, damit ihr Kalkül nicht aufgeht. –

Eure Verhaftungen in der DDR und die damit verbundene Terrorismushetze über die »Stasi-RAF-Connection« werden benutzt für den Aufbau eines Repressionsapparates im Rahmen d« Annektion der DDR: Fahndungsunion, Lieferung von Polizeiausrüstung d« BRD an die DDR, Schulung da Volkspolizei in der BRD, Bildung einer Anti-Terrorismus-Sondereinheit, die Eure Verhaftungen durchgeführt hat, Gleichschaltung der Gerichte in der Auseinandersetzung um die Auslieferung, Einführung des 129a in einem Volkskammerbeschluß. Inzwischen wurdet Ihr, bis auf Monika, in die BRD »überstellt« . Das lief so ab, als ob die DDR ein Bundesland d« BRD wäre. Faktisch war das eine Auslieferung, die bei Eva gegen ihren Willen vorgenommen wurde. Das war ein V«stoß gegen das Völkerrecht, da es zwischen der BRD und der DDR kein Auslieferungsabkommen gibt.

Soweit unsere Gedanken über eine eventuelle Kampagne zu Eurer Freilassung. Könnt Ihr Euch das vorstellen? Habt Ihr dazu was zu ergänzen?

Und eine letzte Frage: Wir überlegen ob und wie eine Kampagne zu Euch mit d« Forderung nach Zusammenlegung, Freilassung der haftunfähigen Gefangenen und Abschaffung d« Isolationshaft zusammengebracht werden kann – was dankt Ihr dazu?

Macht´s gut und viel Kraft für Euch.

Solidarische Grüße vom Infobüro für Gefangene in Hamburg, 16.8.1990

Infobüro, Paulinenstraße 15a, 2000 Hamburg 36

Berlin, 30.6.90

Liebe Verena,

als erstes möchte ich Dich bitten, daß Du meine jetzige Identität repektierst, und dann will ich Dir sagen, wie sehr ich mich über Deinen Brief gefreut habe. Nur sehr schlecht kann ich mir vorstellen, wie man drüben klar kommt, ich meine wie Du und ich. – Verena, meine Geschichte, das sind nicht nur die Jahre, Erfahrungen bis zum Exil, das ist nur die Hälfte. Die andere Hälfte sind die Jahre hier in der Republik – und es waren meine besten Jahre. Meine Geschichte ist die dieser zwei Hälften. Du hast genug durchgemacht und erlebt, um zu wissen, was Erfahrungen sind. Nämlich Veränderungen.

Meine Situation ist qualvoll verknüpft mit dem, was jetzt abläuft bei uns: Die Auflösung einer Gesellschaft als geschichtliches Subjekt – Gesellschaft ein Gefüge aus Menschen – und so läuft der Zusammenbruch auch hier über Menschen. Seit Monaten erleb ich das Zusammenbrechen von Existenzen und Identitäten, das Auseinanderfallen von Gemeinschaften, Kollektiven und Familien. Das verzweifelte Suchen nach Orientierung derjenigen, die ein Leben lang gekämpft und geschuftet haben, für die Realisierung und Materialisierung ihres Ideals. Ich erlebe diejenigen, die sich ducken, kleinmachen, damit sie nicht gesehen werden, die bei passender Gelegenheit in die Lücke springen und wieder da sind: programmatisch, geschmeidig und anpassungsfähig. Fähig, jedem Herrn zu dienen. Und dann die freie Bahn für Dummheit, Bosheit und Häme Elemente die nie interessiert waren an einer Weiterentwicklung, Verbesserung des Sozialismus, sondern seine Schwächen und Möglichkeiten gleichermaßen ausgebeutet haben. – Mensch Verena, Du machst Dir keinen Begriff, was los ist: ein gnadenloser Kahlschlag sozialistischer Inhalte und Werte auf allen Gebieten: Elternhaus, Schule, Beruf, Freizeit. Mit ungezügelt« Geilheit stößt der imperialistische Markt nach und transportiert seine Inhalte. Die Vereinzelung des Manschen ist in vollem Gange.

Meine konkrete Situation ist die Zusammenfassung des jetzigen Gesellschaftszustandes: Die Behörden sind in der Auflösung ihrer eigenen Legitimität begriffen und sind bereits Objekt fremder Interessen. Ich selbst ringe um Klugheit, Kraft und relativer Gleichgewicht in diesem Beben. Liebe Verena, natürlich brauche ich eine Menge, aber meine Lieben aus Magdeburg sind da am Ball. Sollten sie aber bestimmte Dinge (z.B. Zeitschriften aus der BRD etc.) nicht bewältigen, komme ich ungeniert auf Dein Angebot zurück.

Laß wieder von Dir hören und sei von Herzen gegrüßt!

Eva

Konkret 09/90, S. 58

Eva Groepler

»Erschießen, aufhängen, ausrotten«

Wes Geistes Kind war Louis-Ferdinand Céline, dessen Romane Matthias Altenburg in KONKRET 8/90 als »Gegengift gegen die frommen Verblasenheiten der Linken« empfohlen hat?

Mir fehlen noch etliche Haßgefühle. Ich bin gewiß, daß sie existieren.«
Céline, Motto zu Mea culpa, 1936

»... Um für die nächste Runde gewappnet zu sein, sollte mal jemand das Werk des Dichters und Armenarztes Louis-Ferdinand Céline plündern«, empfahl Matthias Altenburg den Linken im Augustheft von KONKRET. Von den »wunderbaren Aphorismen und Sentenzen«, die ihn so hin und her gerissen haben, daß er L.F. C. sogleich mit Kafka, Gorki und Goethe verglich, zitiert er: »Das Leben ist eine Sauerei.« Einfach wunderbar. Célines Romane seien »das Gegengift gegen die frommen Verblasenheiten der Linken, gegen all das philanthropische Gefasel, gegen diese bedenkenlosen Vitalbolzereien«. Wahr ist: Sein Werk liegt heute wie damals ganz im Trend nationalistischer Erweckungen.

Wenigstens hätte Altenburg eine Einteilung in Vorkriegsproduktion, politische Schriften und Nachkriegsromane vornehmen können. Für die damaligen literarischen Verhältnisse mag ja stimmen, daß der Schriftsteller mit seinem Erstlingsroman *Reise ans Ende der Nacht* (1932) tatsächlich sprachlich innovierte, daß er, wie Maurice Nadeau meinte, die »fossil gewordenen Assoziationen und Gemeinplätze« der gesprochenen Sprache »zerlegte und zerschlug«. Deshalb hat dieser sogenannte nihilistisch-pazifistische Roman ebenso wie Célines zweiter, *Tod auf Kredit* (1936), vielen gefallen, von Gide und Sartre bis zu etlichen französischen Schülergenerationen auf der Suche nach vermeintlich subversiver Identität. Und es stimmt auch, daß Aragon vorübergehend hoffte, Céline möge den Weg zur Arbeiterklasse via KPF doch noch finden. Anders Nizan, der beide Romane in der *Humanité* besprach und, ähnlich wie Trotzki, Benjamin und Canetti, die allseitige Menschenverachtung ihres Verfassers verwarf. Mit Trotzki bedauerte er darüber hinaus, daß dem Autor schlicht der Begriff der Revolution fehle.

Nun enthält die *Reise...* noch nicht die Antisemitismen, von denen auch Altenburg weiß, dafür aber einschlägige Sentenzen zu den »perversen«, »geilen«, »hysterischen«, »widerwärtigen«, »verkommenen Negern« aus der Sicht des Helden Bardamu. Später wird Céline, ehe er sich an seinem Lebensabend den »Gelben« widmet, Juden und Neger immer wieder in Beziehung zueinander setzen (»jüdische Neger«, »Juden-Neger«), insbesondere in seinem Werk *Bagatelles pour un massacre* (1937), das in Deutschland 1938 unter dem Titel *Die Judenverschwörung in Frankreich* erschien. Hier schwärmt er für Hitler, weil »dieser nicht wie die Juden« lüge: »Er sagt: das Recht ist die Kraft. Das ist klar. Ich weiß, woran ich bin.« Folgerichtig bekennt Céline: »Ich würde sehr gern mit Hitler ein Bündnis schließen.« Von Kafka, Gorki und Goethe hält er nicht so viel, stattdessen fordert er: »Alle Arier müßten Drumont gelesen haben. An neueren: de Vries, de Poncins, Sombart, Stanley, Chamberlain; an noch jüngeren: Montandon, Darquier de Pellepoix, Boissel, H.-R. Petit, H. Costas, des Essard, Alex, Santo...«.

Eine bemerkenswerte Gesellschaft. Darquier de Pellepoix, Begründer der *Union pour la défense de la race,* war 1942 bis 1944 Generalkommissar für Judenfragen im Vichy-Frankreich. Für den Posten hatte der Gestapo-Botschafter in Paris, Otto Abetz, 1941 übrigens auch den »Dichter und Armenarzt« Céline vorgeschlagen, so daß sein Antisemitismus, wie man sieht, in der Tat »verbürgt und nicht zu bezweifeln« ist. Montandon, der Ethnologie lehrte, organisierte die berüchtigte Pariser Ausstellung zur »jüdischen Physiognomie« und schlug vor, allen Juden die Nase zu amputieren. Die übrigen, die L.-F.- C. empfiehlt, sind aus demselben Holz. Frei von jeglichem philanthropischen Gefasel und mit beiden Beinen im Leben stehend verfaßten sie »Studien« zum »jüdischen Stolz« oder zur »mysteriösen jüdischen Internationale«.

Gerade letztere beschäftigte den genialen Autor der »Aphorismen und Sentenzen« stark. Er behauptete, daß nicht allein Frankreich, sondern auch die USA und die Sowjetunion vom internationalen Judentum in den Krieg gezogen würden. Als Gegengift beschwor er das Ariertum der Deutschen und Franzosen mit ihrem gemeinsamen keltisch-germanischen Kulturerbe: »Zusammen werden wir Europa lenken.« Möglich, daß Célines Judenhaß, vom leider sowieso günstigen zeitgeschichtlichen Trend abgesehen, auch persönlich-biographisch motiviert war. Wie Hitler hatte er eine schwere Kindheit, also belastende Vater- bzw. Bastardenprobleme. Erschwerend kam hinzu, daß Céline drei Jahre beim Völkerbund tätig gewesen ist, und sich dort mit seinem Vorgesetzten überworfen hatte, der, man ahnt es, polnischer Jude war. Prompt ist seine erste literarische Arbeit, *Die Kirche (* 1928), eine antisemitisch gefärbte Satire auf den Völkerbund, den er in *Bagatelles...* als »die größte Synagoge im größten Freimaurertempel der Welt« bezeichnete.

1941 wohnte der Mann, den Améry als schäumenden Paranoiker bezeichnete, der Eröffnung des Pariser »Instituts für Judenfragen« bei, mahnte brieflich an, seine Werke dort auszustellen und schlug vor, eine einheitliche anti-jüdische Partei zu gründen. Ernst Jünger hat ihn in seinen *Strahlungen* erwähnt: »Er sprach sein Befremden, sein Erstaunen darüber aus, daß wir Soldaten die Juden nicht erschießen, aufhängen, ausrotten, sein Erstaunen darüber, daß jemand, dem die Bajonette

zur Verfügung stehen, nicht unbeschränkten Gebrauch von ihnen macht... Wenn ich die Bajonette hätte, ich würde wissen, was ich zu tun hätte.« Der *Stürmer* lobte ihn 1939 als den »großen französischen Judengegner«.

Ja, Hermlin hat recht und auch der gute Piwitt mit dem, was er voraussetzt, bevor er »trotzdem« sagt: Célines Schriften aus den Jahren 1937 bis 1941 *(Bagatelles.... L'école des cadavres* und *Les beaux draps)* kennzeichnet ein durchgehendes Element: ein brutaler und eindeutiger Antisemitismus. »Knüpft den Juden an den Pfahl!« ruft er in *Les beaux draps* aus. Deshalb stand Céline auch Modell für Sartres *Portrait eines Antisemiten,* im ersten Teil der *Überlegungen zur Judenfrage* (1945): »Zerstörer von Beruf, Sadist mit reinem Gewissen, ist der Antisemit im Grunde seiner Seele ein Verbrecher.« Der Portraitierte, der 1944 zuerst nach Deutschland flüchtete, wo er mit der Vichy-Regierung das Exil in Sigmaringen teilte, antwortete aus Dänemark, wutschäumend über Sartres Annahme, er hätte für seine Unterstützung der Nazis Geld erhalten: »diese Glupschaugen... dieser sabbernde Mund... dieser Haken: ein Wurm, genau das ist er.«

1945 verlangte die französische Justiz seine Auslieferung, 1950 wurde er in Abwesenheit zu einem Jahr Gefängnis, 50.000 Francs Geldstrafe, Beschlagnahme des Eigentums und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. In Dänemark wartete er die Auflösung der Sondergerichte (1951) und das Amnestiegesetz ab, ehe er nach Frankreich zurückkehrte, wo er 10 Jahre später starb. In seinen Nachkriegsromanen stilisierte er sich zum verkannten und verfolgten, dazu noch kranken und mittellosen Propheten, verglich sich mit Rabelais, auch ein Arzt, und der penetrante Hinweis, er nehme in seiner Praxis in Meudon von mittellosen Patienten kein Geld an, stammte von niemand anderem als ihm selbst.

Wenn er überhaupt je Antisemitisches geschrieben habe, fand Céline, dann aus Sorge um den Frieden. Eben: »gegen das Wirken gewisser semitischer Clans, die uns in den Krieg trieben« (1946).

Konkret 09/90, S. 59

Maria Baader; Gotlind Magiriba-Lwanga

»Lösung der Frauenfrage«

Eine Kritik an antisemitischen Tendenzen in der Frauenbewegung und der selbstherrlichen Auseinandersetzung der Linken mit Rassismus

Wir haben, eingeladen von Frauen, auf dem Kongreß der Radikalen Linken Anfang Juni in Köln Thesen vorgestellt, die aus unserer Arbeit im lesbisch-feministischen Schabbeskreis hervorgegangen sind und die wir bislang nur innerhalb der Frauenbewegung diskutiert haben. Wir haben die Bedenken, unsere Kritik an Teilen dieser Frauenbewegung einem gemischten Kreis vorzutragen, beiseite geschoben, weil wir hofften, in einer Situation, die politisches Handeln erfordert, die Ansätze, die unter Frauen zu »Deutschem«, zu Antisemitismus und Rassismus entwickelt worden sind, in einen breiteren Kontext stellen zu können. Über das Ergebnis dieses Versuchs sind wir schockiert. Die differenzierte Auseinandersetzung über die verschiedenen Ebenen von Antisemitismus und Rassismus, die in der Frauenbewegung wenigstens in Ansätzen stattgefunden hat, ist an der Linken vollständig vorbeigegangen.

Wir stellen fest, daß das Angebot einer »neuen Zeit«, der neuen deutschen Identität, eines Deutschlands, das die Nachkriegsordnung revidiert, den 2. Weltkrieg doch noch gewinnt, die Teilung überwindet, die Besatzung abschüttelt und endlich souverän wird ..., daß dieses Angebot bis weit in die linke und alternative Szene hinein von Männern und Frauen angenommen wird.

Waren es in den letzten Jahren Vorstöße von rechts, wie »Bitburg« und die »Historikerdebatte«, mit denen die Entsorgung des Nationalsozialismus betrieben wurde, so ist heute die Wiederherstellung einer »positiven« Vorstellung vom Deutsch-Sein gesamtgesellschaftlich durchgesetzt.

Eine selbstbewußte, sich auf eine tragfähige Basis stützende Haltung gegen deutschen Chauvinismus kann nicht eingenommen werden, weil eine persönliche Auseinandersetzung mit der Täterschaft der Eltern und Großeltern im Nationalsozialismus nicht stattgefunden hat. Wenn Geschichte nicht bearbeitet wird, muß sie entsorgt werden. Nur in der Konfrontation mit der eigenen gesellschaftlichen Position in Vergangenheit und Gegenwart kann eine Identität entwickelt werden, die Herrendenken, Rassismus und Antisemitismus substantiell etwas entgegensetzt. Geschieht das nicht, behält z. B. der Antisemitismus seinen Platz im eigenen Gefühlshaushalt und wird Täterschaft reproduziert.

An ein paar Beispielen aus der Frauenbewegung wollen wir das darstellen. In den 70er Jahren setzte in der Frauenbewegung eine Entwicklung ein, in der zum Teil als Reaktion auf die Entlastungsthese, Frauen hätten Hitler an die Macht gebracht, Frauen unterschiedslos als Opfer des Nationalsozialismus angesehen wurden. Mit den Vätern und Großvätern wurde abgerechnet, die Mütter wurden ausgenommen. Faschismus wurde als schärfste Form männlicher Herrschaft bewertet und Frauen jeder Verantwortung dafür enthoben.

Ist der Mann an Krieg und Terror schuld, so bringt die Frau bei schlechter Versorgung die Kinder durch, leidet unter den Bombenangriffen und beseitigt danach die Trümmer. Der weibliche Existenzkampf wird zum Widerstand stilisiert.

Ein Beispiel dafür liefert Gisela Bock. Sie hat in ihrem Buch über »Zwangssterilisation im Nationalsozialismus« (so der Titel) viele Quellen ausgewertet und einen wichtigen Beitrag zur NS-Forschung geleistet. Aber ihre Interpretationen erscheinen uns fragwürdig. Sie überschreibt ein Kapitel mit »Die Lösung der Frauenfrage« und behauptet, Sterilisationspolitik und Mordpolitik seien »partiell identische Strategien der 'Sonderbehandlung'« gewesen. Das Ausmaß der Sterilisation von Frauen gilt ihr »als Indikator« für das, »was der Nationalsozialismus allen Frauen glaubte zumuten zu können«, und dafür, daß »diese Politik für das gesamte weibliche Geschlecht von Bedeutung« gewesen sei. Sterilisation sei »geplanter und bewußter Massenmord«. Bocks Argumentation ist darauf angelegt, alle Frauen zu potentiellen Opfern männlicher Politik zu erklären.

Selbst wenn es sich so verhalten hätte, daß alle Frauen potentiell Opfer gewesen wären, gäbe es doch noch einen gravierenden Unterschied zwischen diesem potentiellen Opfer-Sein als Frau und etwa der Situation jüdischer Frauen, die per Rassedefinition und ohne Ausnahme tatsächlich zum Tod verurteilt waren. Diesen Unterschied verwischt Gisela Bock.

Frauen waren nicht nur Opfer, sie waren auch Täterinnen, die auf vielfältige Weise nationalsozialistische Herrschaft getragen und mitgestaltet haben. Frauen hatten im Verhältnis zu den Männern ihrer Gruppe relativ weniger Macht, aber als »arische« Frauen und nach ihrer Klassenlage hatten sie gegenüber anderen Frauen (und Männern) sehr wohl Machtpositionen.

Um die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern, wird von Teilen der deutschen Frauenbewegung alles darangesetzt, den eigenen Opferstatus zu verteidigen. So wurde zum Beispiel im Frühjahr 87 in Leserinnenbriefen der Zeitschrift »Schlangenbrut« als Reaktion auf einen Artikel, der sich mit Antisemitismus in der feministischen Theologie befaßte, gekontert: frau wolle nicht mehr immer über Juden reden, es sei an der Zeit endlich von »uns« zu sprechen, nämlich von

den neun Millionen ermordeter Hexen. Eine Notiz in diesem Tenor hat auch die Zeitschrift »Emma« im November 87 stolz als Beitrag einer Leserin abgedruckt:

»'Deutschlands originellste Kräuterhexe' sucht zur Zeit Dentagard. ' 10 Kräuterhexen werden ausgelost und im November in die alte Hexenstadt Lemgo zum geheimnisvollen Kräuterhexen-Ritual eingeladen', heißt es im Anzeigentext. Der verschweigt allerdings, daß in Lemgo allein im 17. Jahrhundert in wenigen Jahren 130 Frauen als Hexen verbrannt worden sind. Die Emma-Leserin Lilo Hartmann hat deswegen den Dentagard-Werbeleuten für die nächste Kampagne eine Alternativanzeige entworfen. Motto: 'Dentagard sucht Deutschlands originellsten Schacherjuden! ' Und: ' 10 Schacherjuden werden ausgelost und zum alten Vernichtungsort Auschwitz zum geheimnisvollen Ausleseritual eingeladen.'«

Diese makabre Konkurrenz der Massenmorde ist Ausdruck einer aggressiven Abwehrstrategie, die auf das hinausläuft, was Dan Diner Antisemitismus nicht 'trotz' sondern 'wegen' Auschwitz nennt.

In dem »Telefongespräch mit einem Freund« aus dem Buch »Geschichten der drei Frauen K.« häuft Helke Sander eine Anzahl durchaus üblicher Antisemitismen an. Es geht um Frau K., die von einem Freund gebeten wird, sich in einer Institution, in der sie Mitglied ist, für die finanzielle Förderung einer Recherche, die ein »orthodoxer Jude« betreibt, einzusetzen. Der Charakter der Institution sowie der Gegenstand der Recherche bleiben ungenannt. Die Recherche eines Juden aber wird zur jüdischen Recherche: Frau K. erwidert ihrem Freund, daß sie »persönlich voreingenommen gegen orthodoxe Juden« sei. »Der in den 5 Büchern Moses enthaltene Vernichtungswille, sagte sie, hätte in den letzten paar tausend Jahren schon genügend Unheil über die Menschen gebracht und ihr Denken vergiftet und pervertiert. Der buchstäblich mörderische Patriarchalismus des Alten Testaments, die Intoleranz, Frauenverachtung, die Denkverbote und Autoritätsunterwerfung und die Ausrottungsideologie darin seien vom gleichen Geist beseelt, oft von den gleichen Worten getragen wie die Ideologie derer, die die Juden umgebracht hätten.« Auch wäre es fraglich, »ob die geringen Mittel dieser Institution nicht besser denen zugute kommen sollten, deren Leben heute auf dem Spiel stehe«. Der wahrscheinlich normdeutsche Freund entgegnet, indem er an die Verantwortung für die Vernichtung von Juden mit dem Wort »wir« appelliert und so die Kollektivschuld einbringt. Frau K. weist dieses »wir« als »bürokratische Sprachregelung« zurück und stellt »ihre eigenen Verantwortlichkeiten« für sämtliche tatsächlichen oder potentiellen Greuel der Welt, von Iran bis Uganda, AKW's und Seveso dagegen.

Überdies »wüßte sie auch noch von ein paar Frauenprojekten, deren Arbeit gerade in diesem Zusammenhang wichtig und bisher von nichts und niemandem gefördert seien«. In welchem Zusammenhang, wird nicht ausgeführt, so wie sich die Erzählung als Ganzes nicht durch stringente Argumentation auszeichnet, sondern Gedanken wie im Selbstgespräch assoziativ aneinanderreiht. Dies feiert Frau K. als Überwindung eines »Denkverbots« .

Helke Sander spielt »Juden« und »Frauen« gegeneinander aus. Ihre »Frauenprojekte« sind ethnisch und kulturell unspezifisch, als wäre Frau-Sein schon Ethnie und Kultur an sich, während die jüdische Minderheit wieder einmal von einem Mann repräsentiert wird. Das konstruierte »Exemplar« ist auch noch genau das, was Juden stereotyperweise sind: orthodox. Jüdische Frauen können in so einem Konzept nicht vorkommen.

Frau K.'s Vorwurf, daß Juden Frauenverächter seien, untermauert Helke Sander, indem sie Juden, vermittelt durch Frau K.'s Freund, an der Unterdrückung deutscher Frauen mitwirken läßt. Der Freund übt, die Interessen eines Juden vertretend, moralischen Druck aus und zwar ausgerechnet für die Bereitstellung von Geld. Mit dem antisemitischen Hinweis auf die jüdische »Ausrottungsideologie« entzieht sich Frau K. diesem Druck und legt nahe, daß die ermordeten Juden der von ihnen selbst initiierten Grausamkeit zum Opfer gefallen wären. *Juden* hätten also die Verantwortung für ihre eigene Vernichtung zu tragen. Das ist die moderne Variante der christlichen Auffassung, Juden hätten durch den Christusmord den Zorn Gottes auf sich gezogen.

Helke Sander bezieht sich explizit auf den »Historikerstreit« und läßt Frau K. räsonnieren, daß die »allen derartig ritualisiert eingehämmerte« »Unvergleichlichkeit« der Shoah als »Denkverbot« wirke, das darauf abziele, alle anderen Verbrechen der Geschichte an anderen Opfergruppen in den Hintergrund zu drängen. »So könnten die historischen Gewinner, die nicht weniger Dreck am Stecken hätten als die Nazis, ihre eigenen Taten weiterhin übergehen. Dies sei der eigentliche Sinn des Vergleichsverbots.« Als Opfer dieser anderen Taten führt sie 30 Millionen Tote bei der Kolonisierung Amerikas und weitere Millionen als Ketzer und Hexen vernichtete Menschen an. Frau K.'s Rundumschlag läßt von spezifischer Gewalt Betroffenen keinen Raum und verwandelt sie alle in einen Berg namenloser Toter, Opfer. Wie die »Millionen von Hexen« sind Juden und alle anderen Opfer nur noch Manövriermasse in einer Inszenierung, die jede klar umrissene Verantwortung deutscher, nicht jüdischer Frauen ausschließt. Als Neuauflage Noltescher Thesen haben wir es hier mit einem Trend zu tun, bei dem »aus weiblicher Sicht« herrschende, »männliche« (»jüdische«?) Geschichtsschreibung revidiert werden soll. Daß die Frauenöffentlichkeit über dieses Unterfangen bis heute keine breit angelegte Debatte geführt hat, spricht für sich.

Das Leugnen von Täterschaft perpetuiert dieses, und ein als bloßer Anspruch vorgetragener Anti-Rassismus (oder Anti-Antisemitismus) bleibt ohne Einsicht in die eigene Machtposition kaum mehr als Rhetorik. Wenn nun anläßlich der

positiven Neubesetzung des Datums »9. November« endgültig Schluß sein soll mit dem »Gerede von Scham und Schuld«, wird frau sich, bei skizziertem Stand der Dinge in der Frauenbewegung, dem wohl nicht entgegenstellen.

Die deutsche Linke ihrerseits hat es sich mit deutscher Geschichte und dem Nationalsozialismus oft auch sehr leicht gemacht. Sie stand qua Antifa immer auf der »richtigen« Seite. Mit der politischen Gegnerschaft zum Faschismus fühlte sie sich aus der Zugehörigkeit zu einer Täter-Nation entlassen und der weiteren Auseinandersetzung enthoben. Statements wie: »Ich bin nicht deutsch, ich bin InternationalistIn, ich bin links, ich bin KosmopolitIn« sollen den/die Sprechende/n aus ihrem gesellschaftlichen Kontext er-lösen.

Wie brüchig diese Versuche sind, wird spätestens an der Hilflosigkeit deutlich, mit der wir deutschen, nicht-jüdischen Eltern und Großeltern gegenüberstehen. Wie gerne wird der kleinste Beweis für non-konformes Verhalten aufgenommen und die eine oder andere Lebenslüge geglaubt. Wenn's gar nicht mehr anders geht, wird halt auf damalige Zwänge verwiesen oder aber der »Kontakt abgebrochen«. Wenn eine Konfrontation stattfindet, solidarisiert sich mensch nicht nur mit den Opfern, sondern identifiziert sich gleich mit ihnen, inszeniert sich selbst als Opfer. Ein Phänomen, das sich auch bei der »Soli-Arbeit« für ferne nationale Befreiungsbewegungen – von Vietnam bis Nicaragua – einstellt: Der/die junge Deutsche, der/die den eigenen Hintergrund verleugnet, sucht sich ein attraktiveres Identifikations-OBJEKT. Juden und die »Verdammten dieser Erde« werden als Statisten benutzt, um *unser* Anliegen voranzutreiben, um *unsere* Bedürfnisse zu formulieren und moralisch zu legitimieren. Die, auf die wir uns beziehen, bleiben lediglich Projektionsfläche. Ihre Kultur und sozialen Bewegungen werden nach den eigenen Vorstellungen idealisiert oder nach den eigenen Maßstäben kritisiert. Die nicht-deutschen Genossen und Genossinnen werden solange ernst genommen, wie es uns gefällt.

In der BRD gilt für die Linke wie für die Frauenbewegung, daß sie in der Öffentlichkeit als ethnisch homogene Gruppe auftreten. Männer und Frauen aus Minderheiten sind nur dann gefragt, wenn sie als Repräsentantinnen und Repräsentanten ihrer Minderheit zu einem »Minderheiten-Thema« Stellung beziehen. Wann ein »Minderheiten-Thema« wichtig ist, entscheidet die dominierende ethnische Norm (weiß, christlich-säkularisiert, deutsch). Die sogenannte Betroffenenpolitik erlaubt es Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Minderheiten immerhin, sich zu ihrer spezifischen Situation zu äußern. Das ist mehr, als sie gar nicht zu Wort kommen zu lassen und nur über sie zu reden. Trotzdem ist auch dieses Verhältnis von Herrschaft geprägt: Es wird von »Nicht-Betroffenen« entschieden, wer wann wozu sprechen darf. Als Betroffene/r zu sprechen, heißt noch nicht, *gehört zu* werden. Eine in dieser Weise praktizierte Betroffenenpolitik verfehlt ihren emanzipatorischen Anspruch, wenn die »Nicht-Betroffenen« ihre BeTEILigung an den jeweils zur Diskussion gestellten Unterdrückungsformen ausblenden und sich darauf beschränken, den Betroffenen unverbindlich (mehr oder weniger interessiert) zuzuhören. Nicht-Betroffen-Sein ist schon Privileg an sich und Indiz für Teilhabe an der Macht. Der Hinweis auf Teilhabe an der Macht auch deutscher Linker bewirkt in der Regel Hohngeschrei, selbst wenn die Angesprochenen aus der Mittelschicht stammen, weiß, hetero, deutsch, männlich usw. sind.

So hat sich die Linke auch um die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus weitgehend gedrückt. Bezogen auf die Geschichte des Nationalsozialismus wurde er selten als zentral wahrgenommen. Statt die marxistischen Analysemethoden zu erweitern, wurde er mit ihrer Hilfe zu einem Nebenwiderspruch erklärt oder die systematische Vernichtung der europäischen Juden gleich als 'irrational' abgehakt. Eine Aufarbeitung des Antisemitismus in der Geschichte der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und Bewegungen vor und auch während des NS blieb ebenso aus. Eine Phase des Philosemitismus in den 60er Jahren wurde in den 70er und 80er Jahren durch linken Antizionismus abgelöst. Die Sozialdemokratie der Jahrhundertwende in Deutschland und Österreich hatte eine Theorie entwickelt, die es ihr ermöglichte, politisch einzig relevante Gegnerin der antisemitischen Bewegung zu werden. Grundlegende Züge davon sind immer noch gültig, aber auch ihre Defizite und eigene nicht überwundene Antisemitismen wirken heute in der Linken weiter:

Etwa das Konzept von den Juden als »geschichtslosem Volk«, dessen Zusammenhalt sich in modernen Gesellschaften lediglich über Verfolgung herstelle. Die linke »Lösung der jüdischen Frage« fordert Assimilation, also Untergang durch Selbstauflösung. Der Zionismus unterschiedlicher politischer Richtungen, in dem Juden/Jüdinnen eine Chance sahen, diesem »Schicksal« zu entgehen, wurde zuweilen sogar als noch gefährlicher als der Antisemitismus gewertet und gilt vielen Linken als Hauptfeind. Antisemitismus kann nach den historischen Erfahrungen zwar nicht mehr als politisch unreifer Ausdruck von Antikapitalismus gefeiert werden, aber wer ihn »zu« ernst nimmt, steht noch immer im Verdacht, Hand in Hand mit der Lobby des »internationalen Judentums« »jüdische Interessen« zu vertreten. Diese fiktiven jüdisch-imperialistischen Interessen liegen heute in der »Ausrottung des palästinensischen Volkes« und der Unterjochung der Deutschen durch moralischen Druck (siehe Frau K.).

Über weitere Gründe für das Fehlen einer kritischen Auseinandersetzung mit dem (auch: eigenen) Antisemitismus läßt sich spekulieren. Liegt es daran, daß Juden und Jüdinnen in der BRD keine ökonomische Unterklasse bilden, an denen mensch sein Sendungsbewußtsein ausleben kann? Oder entsprechen jüdische Kulturelemente nicht dem gegenwärtigen Trend des Massengeschmacks (Kebab, Bauchtanz, Trommeln), so daß sie als Konsumobjekte nicht so hoch im Kurs stehen? Als »Exoten der Marke Lebensfreude« lassen sich Juden/Jüdinnen nur schwer verkaufen. Weil mit ihnen Konzentrationslager

assoziiert werden, sind sie nicht so ohne weiteres zu vermarkten. Sie sind zum Symbol eines permanent schlechten Gewissens der Deutschen geworden.

Schuld, Scham und verschiedene Strategien zu deren Abwehr bilden vielfach den unausgesprochenen Hintergrund alltäglichen und politischen Handelns. Daß wir oft dahingehend mißverstanden werden, wir würden die Kollektivschuld-These propagieren, werten wir hierfür als Indiz. Wir plädieren für die Aufklärung solch irrationaler Reaktionen, die u.E. auf Probleme mit der eigenen deutschen, nicht jüdischen Identität verweisen.

Wir wollen damit einen Begriff in die Debatte bringen, der unter Linken oft als psychologisierend oder positivistisch mißverstanden wird: Identität. Zugegeben, mit »Identität« wird viel Unfug getrieben, gerade in der letzten Zeit. Was uns dabei vorschwebt, ist jedenfalls kein weiterer Exkurs über das 'deutsche Wesen' oder eine weitere Auflage der 'Volkscharaktere'. Nach unseren Vorstellungen umschreibt der Begriff Identität einen *politischen Ausgangspunkt,* der die ethnisch-kulturelle, über Geburt und Sozialisation vermittelte Zuordnung und gegenwärtige gesellschaftliche Stellung der Individuen berücksichtigt.

So unangenehm das manchem/r (Norm-) Deutschen erscheinen mag, dies betrifft auch die Zugehörigkeit zu einem nationalen Kollektiv. Mensch kann sich via Bewußtsein nicht aus dem Kollektiv, in das er/sie hineingewachsen ist, hinausschleudern. Auch wer den Nationalismus vehement ablehnt, wird Elemente dieser Ideologie in seinem Denken transportieren, weil sie Bestandteile des Alltags, Selbstverständlichkeiten sind und als solche gar nicht identifiziert werden.

Wir haben versucht darzustellen, wie die Leugnung der eigenen gesellschaftlichen Position in die Sackgasse führen muß. Im deutschen, weißen, christlichen Kontext der NS-Vergangenheit werden dauerhafte Anstrengungen unternommen, um sich nicht mit der eigenen Täterschaft zu konfrontieren. Doch alle diese Anstrengungen können langfristig keine Identität schaffen, mit der es sich leben ließe, sie hinterlassen bloß ein Vakuum an nationaler Identität. Darauf trifft nun das Angebot, das Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte zu entsorgen verspricht und die Leerstelle mit der Identifikation mit einer »deutschen Revolution« und einem »positiven« deutschen Selbstbewußtsein füllen kann.

Eine Variante der beschriebenen Leugnung, wenn auch eine mit den »besten Absichten«, ist auf politischer Ebene die Strategie der Negation. Auch mit ihr katapultiert mensch sich aus den eigenen Zusammenhängen, diesmal um sie zu bekämpfen.

Wir wollen ein Modell dagegen setzen, in dem mensch sich als Subjekt in einem System von Herrschaftsbeziehungen begreift. Solche Herrschaftsbeziehungen können nicht von außen zerschlagen werden. – Außen gibt es nicht. – Sondern sie sollen aufgelöst werden, was nur möglich ist, wenn die jeweils Handelnden ihren Standort bestimmen, die Voraussetzungen ihres Denkens reflektieren und unterschiedliche Macht (Klassenlage, deutscher Paß, Hautfarbe, Zugehörigkeit zu heterosexueller oder christlich-säkularer Norm, Geschlecht etc.) anerkennen, um daraus konkrete politische Schritte zu entwickeln. Das ist es, was wir meinen, wenn wir sagen, es gilt aus der Schuld in die Verantwortung zu treten. Das ist die Voraussetzung für ein Ende der Fremdbestimmung von »Minderheiten« durch uns und für eine nicht-rassistische, nicht-nationalistische politische Kultur. Sie hebt zwar staatliche Repression und Aggression noch nicht auf, schafft uns aber andere Eingriffsmöglichkeiten .

Der Text ist eine stark überarbeitete Fassung eines Referats, das auf dem Kongreß der Radikalen Linken Anfang Juni in Köln gehalten wurde.

Maria Baader ist Tischlerin und Studentin, Gotlind Magiriba-Lwanga ist Soziologin. Beide leben in Westberlin.

Konkret 09/90, S. 62

Jan Philipp Reemtsma

Terroratio I

Ausgehend von Hannah Arendts Annahme, daß»weder die Einrichtung der Lager selbst und was innerhalb ihrer streng bewachten Grenzen vor sich ging, noch deren politische Rolle ... irgendeinen Sinn (ergeben)«, versucht Jan Philipp Reemtsma in einem zweiteiligen Beitrag, die Frage nach Rationalität oder Irrationalität der nationalsozialistischen Massenvernichtung zu beantworten. Seine These: Erst das Verständnis der Logik terroristischer Handlungen erlaubt auch die Einsicht in die Logik einer »Vernichtung um der Vernichtung willen«

»Das Widerstreben, das Phänomen des Terrors in all seinen Implikationen rückhaltlos zu erforschen, ist in sich selbst ein unterschwelliges Phänomen des Terrors.«
Leo Löwenthal

»Jede Wissenschaft gründet notwendigerweise auf einigen unausgesprochenen Grundannahmen. Diese Axiome fallen nur dann in sich zusammen, wenn gänzlich unerwartete Phänomene auftreten, die sich mit dem vorhandenen Begriffssystem nicht mehr verstehen lassen. Diese Regel gilt auch für die Sozialwissenschaften mit ihren während der letzten hundert Jahre entwickelten Methoden. Im folgenden soll die These erläutert werden, daß die Einrichtung der Konzentrations- und Vernichtungslager, die inneren Verhältnisse dieser Lager wie ihre Funktion im Terrorapparat totalitärer Regime, höchstwahrscheinlich jenes unvorhergesehene Phänomen darstellen, welches eine der gegenwärtigen Gesellschaft und Politik angemessene Sicht der Dinge blockiert. Es zwingt Sozialwissenschaftler und Historiker, ihre bislang nicht in Frage gestellten Grundannahmen über den Lauf der Welt und über das menschliche Verhalten zu überdenken.

Die Schwierigkeiten bei der Beschäftigung mit dem Gegenstand sind offenkundig: schon die bloße Aufzählung von Fakten klingt in den Ohren von anderen 'überspannt und unglaubwürdig' (Robert H. Jackson), und aus den Berichten von ehemaligen Häftlingen geht hervor, daß sie es während ihrer Haftzeit 'nie ganz geschafft haben', sich selbst zu überzeugen, 'daß all dies Wirklichkeit war, was da tatsächlich geschah, und nicht irgendein Albtraum' (Bruno Bettelheim). Vor allem aber irritiert, daß der gesunde Menschenverstand vor dem Gegenstand versagt, denn weder die Einrichtung der Lager selbst und was innerhalb ihrer streng bewachten Grenzen vor sich ging, noch deren politische Rolle ergeben irgendeinen Sinn.« 1

Dieses Zitat stammt aus einem Aufsatz Hannah Arendts, der die letzte Aussage zur Titelgebung verwandt hat: »Die vollendete Sinnlosigkeit« . Es soll vor Augen führen, daß das, was im moralischen Sinne in der Regel akzeptiert wird, daß es sich bei den nationalsozialistischen Massenmorden nicht um einen beliebigen Gegenstand der Sozialwissenschaften oder der Historiographie handelt, auch in einem wissenschaftstheoretischen Sinn von Bedeutung ist. Arendt unterscheidet in ihrem Aufsatz nicht genau zwischen dem, was man durch die Ereignisse ausgelöste (oder motivierte) politisch-moralische Reaktionsbildungen nennen könnte, einer- und wissenschaftlicher Erklärung andererseits. Sie setzt sogar die Haltung der Zeithistorikerin bzw. politischen Analytikerin, die sie einnimmt, in wesentlichen Aspekten in Parallele zum Richter über die oder Opfer der in Frage stehenden Handlungen: sowohl in bezug auf die Probleme, der Wirklichkeit der nazistischen Vernichtungspolitik einen angemessenen sprachlichen Ausdruck zu verleihen, wie auch bezüglich der Schwierigkeiten, die diese Wirklichkeit dem »gesunden Menschenverstand« macht. Daß mit letzterem das Problem des Sozialwissenschaftlers mit der Frage nach der Rationalität oder Irrationalität der Ereignisse ähnlich – wenngleich in einem anderen existenziellen Sinn – getroffen ist wie die Fähigkeit eines Häftlings, die »Wirklichkeit« der ihn umgebenden Realität zu begreifen, weist auf eine weitere Parallele hin, die Arendt nahelegt: Es könnte der individuellen Notwendigkeit eines Überlebenden, das, was er erlebt hat, psychisch zu verarbeiten, die Aufgabe des Sozialwissenschaftlers entsprechen, für die kollektive Verarbeitung des historischen Ereignisses zu sorgen, oder, bescheidener und realitätsnäher gesagt: Seine Arbeit ist Teil eines kollektiven Bemühens um Verarbeitung.

Es liegt nun nahe, die Behauptung einer »vollendeten Sinnlosigkeit« der Ereignisse als ein doppeltes Versagen vor der Aufgabe zu interpretieren. Einmal kann man sagen, um was für ein Ereignis auch immer es sich handele, Aufgabe des Sozialwissenschaftlers sei es zu »erklären«, was in der Regel nur ein anderer Ausdruck für »Explikation der Handlungsrationalität« ist, zum zweiten sei die Behauptung einer »vollendeten Sinnlosigkeit« eben gerade nicht der Versuch, ein Ereignis zu »verarbeiten«, sondern die Weigerung, das zu tun. Ich behaupte das Gegenteil. Ich meine, daß der Weg zu einer Verarbeitung der Ereignisse genau über jenes »Gefühl der Sinnlosigkeit« und die Analyse der Art und Weise, wie das Ereignis selbst dieses Gefühl produziert, geht, und daß der Sozialwissenschaftler gerade aus der Betrachtung der möglichen »Verarbeitungsformen« Einblick in die spezifische Rationalität der Ereignisse, die das Titelwortspiel dieses Beitrags anzudeuten versucht, gewinnen kann.

Man kann ja den eigentlichen Sinn der Behauptung einer »vollendeten Sinnlosigkeit« auf Anhieb nicht gut verstehen. Sagt sie etwas über Eigenschaften einer Reihe historischer Ereignisse aus, oder ist sie eine hermeneutische Maxime? Und wenn man geneigt ist zu antworten, das lasse sich wohl nicht ganz trennen, wäre zu fragen, wie das, jenseits allgemeiner

methodologischer Überlegungen, zu verstehen sei. Man kommt, denke ich, dem Sinn der Behauptung dann gut auf die Spur, wenn man die beiden Versuche, gegen sie zu argumentieren, betrachtet. Das eine Gegenargument referiert Arendt selbst: »Wenn man von allen gewohnten Maßstäben abstrahiert und nur die wahnwitzigen ideologischen Behauptungen des Rassismus in ihrer logischen Klarheit betrachtet, dann macht die Ausrottungspolitik der Nazis fast allzuviel Sinn.« Mit anderen Worten: Man müsse die Massenmorde der Nazis als wert-, nicht als zweckrationale Handlungen verstehen. Abgesehen von der grundsätzlichen Problematik dieser Unterscheidung (wenn man sie im Sinne des Erfinders gebraucht), ist gerade sie nicht recht tauglich zum Einwand: Die reine Wertrationalität wäre im Weberschen Sprachgebrauch ohnehin synonym mit Irrationalität, und Arendt setzt ja auch hinzu, ein solcher Idealismus des Bösen wäre nur noch mit klinischen Vokabeln zu belegen: »Dem von ihnen angerichteten Grauen liegt die unbeugsame Logik zugrunde, welche auch die Sichtweise von Paranoikern regiert, in deren Systemen alles mit absoluter Notwendigkeit folgert, wenn einmal die erste verrückte Prämisse akzeptiert worden ist. Der Wahnwitz solcher Systeme besteht natürlich nicht nur in ihrer Ausgangsprämisse, sondern vor allem in der ehernen Logik, die sich durchsetzt« – ohne Rücksicht auf Nützlichkeitserwägungen etwa. Die Deutung der nationalsozialistischen Massenmorde als »Akte reiner und rücksichtsloser Wertrationalität« steht nicht gegen die Auffassung, es habe sich um Handlungen »vollendeter Sinnlosigkeit« gehandelt, sondern faßt dasselbe Phänomen deskriptiv in einen anderen Sprachgebrauch.

In der Tat bestünde der einzig mögliche Einwand gegen die Auffassung Arendts darin, eine Rationalität der Massenvernichtungen zu behaupten, mit anderen Worten: einen einsehbaren Zweck (oder mehrere) anzugeben, dem sie gedient haben.

*

»Eines Tages waren Kumpels zu ihm gegangen, um mit ihm über einen Kameraden zu sprechen, der sehr krank war und den man für den Transport bestimmt hatte. Wenn er fort mußte, war es durchaus möglich, daß er auf der Fahrt sterben würde. Er hat gelacht und immer wieder gesagt: 'Ihr wißt wohl nicht, warum ihr hier seid?' Und jedes Wort betonend: 'Ihr müßt endlich begreifen, daß ihr hier seid, um zu sterben. Geht hin zur SS und sagt, euer Kamerad ist krank, dann werdet ihr schon sehen!'«
Robert Antelme: Das Menschengeschlecht, München 1987

*

In ihrem Aufsatz »Die Ökonomie der 'Endlösung'. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung« 2 behaupten Susanne Heim und Götz Aly, daß die nationalsozialistischen Massenvernichtungen insofern als rationales Handeln verstanden werden könnten, als sie Mittel zu bestimmten angebbaren Zwecken gewesen seien. Ich möchte an dieser Stelle unerörtert lassen, wie überzeugend Heim/Alys Argumentationsführung im einzelnen ist, weil sie für das, worum es mir im folgenden geht, nicht wesentlich ist. Ich unterstelle also einmal, das von Heim/Aly präsentierte Material belegte die von ihnen favorisierte These, es seien Zwecke wirtschafts- und bevölkerungspolitischer Art gewesen, für die die Massenmorde – und zwar vor allem die an der jüdischen Bevölkerung Polens, Österreichs und Deutschlands begangenen – Mittel gewesen seien. 3

Die Bedeutung eines militanten Antisemitismus für die Massenmorde an Juden leugnen natürlich Heim/Aly nicht, sind aber durchaus gesonnen, sie zu relativieren: »Wenn sich Frank den hochgebildeten Emmerich zum Wirtschaftsminister seiner sich gerade konstituierenden Krakauer Regierung berief, so geschah das als Teil eines umfassenden Konzeptes, das den Sachverstand über die Dogmen der Partei stellte.«4 Nun ist die Gegenüberstellung von »hochgebildet« und sagen wir mal: »gläubiger Nazi« künstlich. Von jenen wirtschafts- und sozialpolitischen Experten, die Heim und Aly meinen, schreiben sie: »Sie schwelgten nicht in Mythen, sondern dachten in Kategorien von Großwirtschaftsräumen, struktureller Bereinigung, Überbevölkerungs- und Ernährungsproblemen.« Abgesehen davon, daß der Unterschied zwischen diesen Großwirtschaftsräumen und jenen Raumphantasien aus Hitlers »Mein Kampf« oder eines Dr. Best, der flugs dabei an Dschingis Khan dachte, nur mit Mühe erkennbar sein dürfte, abgesehen davon, daß die meisten Wirtschaftstheorien ein mythologisches Fundament haben – ein nationalistisches, sagt Joan Robinson – , ist es eine historisch wie psychologisch nicht haltbare Vorstellung, daß Menschen sich entweder »rational wissenschaftlich« verhalten und so denken oder aber auf »mythischer Grundlage«. Die historisch längstlebige, gemessen daran politisch wie wirtschaftlich erfolgreichste Massenorganisation, die katholische Kirche, arbeitete und arbeitet auf mythologischer Grundlage und hat als wesentliches Ziel ihrer Existenz die weltweite Durchsetzung dieser Mythologie. Der Versuch, dieses Ziel zu relativieren, die Vernachlässigung der Mythologie zugunsten (im engeren Sinne) ökonomischer Ziele hat ihr eine Niederlage großen Ausmaßes eingebracht, die sogenannte Reformation.

Es ist ja gerade die Durchsetzbarkeit eines Massenmordes zu welchen Zwecken auch immer ohne eine Ideologie mit einigen Eigenschaften schwerlich denkbar. Wer vorschlägt, eine Bevölkerung zu dezimieren, indem man den »jüdischen Bevölkerungsanteil« vertreibt oder umbringt, muß sowohl Antisemit sein, wie sich in einem antisemitischen Umfeld

bewegen, um wegen eines solchen Vorschlags nicht sofort ernstliche Störungen in seiner Lebens- und Berufsplanung befürchten zu müssen. Es sind zudem solche bevölkerungspolitischen Konzepte ohne eine Selektionen ermöglichende Idee politisch gar nicht durchsetzbar, es sei denn als militärisches Massaker. Einen zivilen, in irgendeiner Weise »geregelten« wie auf Konsens, Teilnahme oder Billigung einer Mehrheit beruhenden Massenmord kann nur durchführen, wer sicherstellt, daß die Mehrheit sich sicher weiß oder wähnt. Hier nun könnte eingewendet werden, ein solches Selektionskriterium sei prinzipiell beliebig und habe deshalb nur instrumentellen Charakter. In der Tat wäre ein Machiavellist der Massenvernichtung denkbar, der auf die Wichtigkeit einer so beschaffenen Ideologie hinweist, ohne sie selbst zu teilen. Aus seiner Perspektive wäre die mörderische Gesinnung seiner Mitmenschen rational eingesetztes Mittel zur Durchsetzung seiner eigenen anders begründeten Zwecke.

Nun kann aber gegen jede Behauptung der Rationalität einer Handlung eingewendet werden, es handle sich um eine bloße »Rationalisierung«, bzw. diejenigen, die die in Frage stehende Handlung interpretierten, seien auf die »Rationalisierungsstrategien« der Handelnden hereingefallen – Götz Aly und Susanne Heim wären gleichsam beim Bankett von Tar & Feathers. Dabei handelt es sich bei der Behauptung einer so-oder-so beschaffenen Rationalität immer um eine »Rationalisierung« (allerdings nicht im psychologischen Sinn). Es geht ja nie alles, was dem Beobachter an einer menschlichen Handlung auffallen mag, in der Behauptung ihrer Rationalität auf; bereits das, was an einem menschlichen Verhalten als zur benannten Handlung gehörig angesehen wird und was nicht, hängt von der unterstellten Rationalität ab. Der Streit darüber, ob einer Handlung zurecht eine bestimmte Rationalität unterstellt wird oder nicht, ist in der Regel ein Streit darüber, welchen Aspekten der Handlung ein einsehbarer Sinn gegeben werden soll und welchen nicht – sofern es nicht sogar ein Streit darüber ist, welche Handlung überhaupt vorliegt.

Jede Rationalisierung produziert einen (in Relation zu ihr) irrationalen »Rest«. Der kritische Hinweis, etwas sei eine »Rationalisierung«, der seinerseits keine eigene (die dann meistens die »eigentliche Rationalität« genannt wird) vorschlägt, behauptet, der »Rest« sei zu groß oder zu wichtig, um vernachlässigbar zu sein. Man sollte nun annehmen, es müsse stets eine konkurrierende Rationalitätsthese vorgetragen werden, in Relation zu welcher allein die »Wichtigkeit« des vernachlässigten »Restes« behauptet werden könne. Hält man das für möglich, könnte man strenggenommen nicht mehr, wie Hannah Arendt, die »vollendete Sinnlosigkeit« eines Ereignisses auch nur behaupten. Anders gesagt: sei diese Behauptung nur die sprachliche Verkleidung der Weigerung, sich mit dem Ereignis überhaupt zu befassen. Radikalisiert man diesen Gedanken, könnte man sagen, daß das rationale Nachdenken über menschliches Handeln eben in sich selber nichts anderes sei als die Diskussion von Modellen der Rationalität und der stete Versuch, den »irrationalen Rest« zu verkleinern. Dann wäre die Vorstellung irrationaler Handlungen mit der Definition rationalen Nachdenkens über menschliches Handeln nicht vereinbar.

Löst man die Termini »rational« und »irrational« von den Konnotationen »bewußt« und »unbewußt«, die ihnen manchmal anhängen, läßt sich gegen ein solches Wegdefinieren des Ärgernisses, das die Behauptung der »vollendeten Sinnlosigkeit« dem Sozialwissenschaftler ist, wenig einwenden. Jedenfalls dann nicht, wenn man die wissenschaftliche Beschäftigung mit einem Ereignis nicht selbst wieder als einen sozialen Vorgang sieht, der auf das Ereignis, das er sich zum Gegenstand macht »antwortet«, aber nicht nur dies, sondern der darüber hinaus ja auch in einem nicht nur trivialen, sondern eben durchaus bedenkenswerten Sinn von ihm »produziert« worden ist. Das Objekt einer historischen Erklärung ist immer auch die Ursache dieser Erklärung.

Ich kann nun das Eingangsstichwort von den »Verarbeitungsformen« wieder aufgreifen und es so wenden: Man sollte das Rationalisieren eines historischen Ereignisses stets unter dem möglichen Doppelsinn des Wortes »Rationalisierung« betrachten, wenn das Ereignis selbst besondere Anforderungen an die psychischen wie intellektuellen Fähigkeiten stellt »to cope with it«. Das heißt, man sollte das Ereignis als etwas verstehen, das einem sowohl bestimmte Rationalitäts»angebote« macht, wie als etwas, das sich der Geste der Rationalisierung »entzieht«. Gerade weil die Zuschreibung des Prädikats »rational« keine empirische Aussage ist, sondern das Resultat einer hermeneutischen Operation markiert, ist es geboten, den Umgang mit der Frage nach der Rationalität selbst als Folge oder, wenn man so will, Bestandteil des Ereignisses selbst zu verstehen.

*

»Durstig wie ich bin, sehe ich vor dem Fenster in Reichweite einen schönen Eiszapfen hängen. Ich öffne das Fenster und mache den Eiszapfen ab, doch gleich kommt ein großer und kräftiger Kerl, der draußen herumging, und reißt ihn mir mit Gewalt aus der Hand. 'Warum?' frage ich in meinem beschränkten Deutsch. 'Hier ist kein Warum', gibt er mir zur Antwort und stößt mich zurück. Die Erklärung hierfür ist grauenhaft und doch so einfach: an diesem Ort ist alles verboten; nicht aus irgendwelchen unerfindlichen Gründen, sondern weil das Lager zu diesem Zweck geschaffen wurde. Wenn wir darin leben wollen, müssen wir das rasch und gut lernen....

Das Kommando 98, das 'Chemie-Kommando', hätte eine Abteilung von Spezialisten sein sollen. Der Tag, da dessen Gründung offiziell bekanntgegeben wurde, sammelte sich auf dem Appellplatz ein elender Haufen von fünfzehn Häftlingen

in der Morgendämmerung um den neuen Kapo. Die erste Enttäuschung: Schon wieder ein 'Grünes Dreieck', ein Berufsverbrecher; der 'Arbeitsdienst' hatte es nicht für nötig befunden, zum Kapo des Chemie-Kommandos einen Chemiker zu bestimmen. Unsinnig, Worte an ihn zu verschwenden und Fragen zu stellen, er würde nicht antworten oder nur mit Gebrüll und mit Fußtritten. Andererseits wirkten sein nicht allzu robustes Aussehen und seine unterdurchschnittliche Körpergröße einigermaßen beruhigend.

Er hielt eine kurze Ansprache in ungereimtem Kasernendeutsch, was die Enttäuschung nur noch vertiefte. Das waren also die Chemiker. Schön, und er sei Alex . . . und überhaupt sollten sie sich ja nicht einbilden, jemand für dumm verkaufen zu können, falls sich da einer als Chemiker ausgegeben hätte und gar keiner sei; es gäbe eine Prüfung, jawohl, und zwar in den nächsten Tagen, eine Chemieprüfung vor einer Dreierkommission in der Polymerisations-Abteilung: Doktor Hagen, Doktor Probst und Doktor Ingenieur Pannwitz. Und damit, meine Herren, sei schon genug Zeit draufgegangen, die Kommandos 96 und 97 seien schon abmarschiert; vorwärts, marsch, und um keinen Zweifel zu lassen: wer nicht im Gleichschritt und in der Reihe marschiere, bekäme es mit ihm zu tun....

Endlich kann man reden, und jedem von uns kommt das, was Alex gesagt hat, wie der Traum eines Wahnsinnigen vor. Mit diesen unseren hohlen Gesichtern, mit diesen unseren geschorenen Schädeln, in diesem unserm schändlichen Aufzug sollen wir eine Chemieprüfung machen! . . . Demnach fehlt es den Deutschen so sehr an Chemikern? Oder ist es nur ein neuer Trick, eine neue Machenschaft, 'pour faire chier le Juifs'? Ist ihnen denn überhaupt bewußt, was für eine groteske und absurde Bewährung da von uns gefordert wird, von uns, die wir schon nicht mehr am Leben sind, die wir von der elenden Erwartung des Nichts schon halb wahnsinnig sind?

Clausner zeigt mir den Boden seines Eßnapfs. Wo die andern ihre Nummern, Alberto und ich unsere Namen eingeritzt haben, steht bei ihm: 'Ne pas chercher à comprendre'.«
Primo Levi: Ist das ein Mensch?, München/Wien 1988

*

Was es bedeutet, das Räsonnieren über historische Ereignisse auch als Form ihrer »Verarbeitung« zu verstehen, läßt sich auch an einer anderen Überlegung demonstrieren. Was für eine menschliche Tätigkeit das Erklären historischer Ereignisse ist, ist bekanntlich umstritten. Art und Verlaufsformen des Streites lassen darauf schließen, daß die gesellschaftliche Praxis, Historisches zu erklären und über Erklärungen zu streiten, nicht nur Ausdruck eines einzigen Motives ist. Zwar pflegt man als Zweck historischer Erklärungen anzugeben, man wolle aus ihnen größere Kompetenz für künftiges Handeln gewinnen, »aus der Geschichte lernen« in einer älteren Formulierung, aber abgesehen davon, daß man jedenfalls aus der Geschichte lernen kann, daß dieses Programm äußerst wenig erfolgreich gewesen ist, ist bis heute unklar und umstritten, wie das geschehen könne.

In einer Konkretisierung dieses Programms wird die Unklarheit besonders deutlich: im erklärenden Umgang mit historischen Verbrechen. Man pflegt zu sagen, das Erklären diene dem Ziel, eine Wiederholung zu verhindern. Da aber »Geschichte sich nicht wiederholt«, jedenfalls nicht »so«, erwüchse aus dieser Zielsetzung keine Forderung nach besonders detaillierten oder »gründlichen« Erklärungen. Daß man dennoch ein Bedürfnis nach Erklärungen hat und durchaus als ein Kriterium ihrer Stimmigkeit angesehen wird, daß sie auch »im Detail stimmen«, liegt daran, daß man eben nicht genau sagen kann, was es heiße, aus der Geschichte für die Zukunft zu lernen.

Selbst dort, wo es buchstäblich um Rezepte geht, nützen diese wenig. Mit einem Koch-Rezept kann nur der wirklich etwas anfangen, der »kochen kann«. Und auch der professionellste counter-insurgency-Experte (um einen Stand anzuführen, der ein besonderes Maß an sozialem »Rezeptwissen« angehäuft hat) würde nicht behaupten, es ginge ohne »Urteilskraft« bzw. ein allgemeines Wissen darüber, »wie es in der Welt aussieht«, was Menschen zuzutrauen ist und was nicht etc. Je komplexer und weniger gleichförmig die Vorgänge sind, auf die ein Mensch zu reagieren hat, umso wichtiger ist es für ihn, zu wissen, wie »es im Allgemeinen funktioniert«. Gerade weil man nicht weiß, welches Wissen über welche Details wichtig werden kann, ist es wichtig, viel zu wissen, und (leider) unmöglich, scharfe Grenzen zwischen nützlicher Information und »Wissensballast« zu ziehen.

Nun beruht das gesellschaftliche Bedürfnis nach Historiographie nicht auf der Hoffnung auf die Ausbildung kompetenter Politiker in historischen Seminaren, im Gegenteil dürfte das eine besonders wenig verbreitete Hoffnung sein. Aber genauso wie die anderen wissenschaftlichen Disziplinen verstanden werden können als gesellschaftliche Delegationen zur Spezialisierung von Alltagswissen, so ist die Historiographie ein Teil der individuellen wie sozialen Bemühung, sich »ein Bild von der Welt zu machen«, um in ihr handeln zu können. Handeln zu können und dabei möglichst wenig Schaden zu nehmen – im Falle der Konfrontation mit historischen Katastrophen kollidiert das Bedürfnis nach einem möglichst zutreffenden »Bild der Welt« mit dem Wunsch, eine möglichst gute Chance zu haben, unbeschädigt im Weltlauf zu überleben, gerade dann, wenn jenes besonders detailreich gemalt ist. Man »möchte es denn doch nicht so genau wissen«. Die Art des Ereignisses beschädigt die Motivation, es genauer kennenzulernen, sich »ein Bild von ihm zu machen«.

Bekanntlich fällt es auch Individuen schwer, traumatisierende Erlebnisse in ihre Biographien (ihr »Selbstbild«) zu integrieren. Diese Schwierigkeit kann so groß sein, daß das Individuum das Erlebnis aus dem Gedächtnis streicht, »verdrängt«, oder bis zur Akzeptabilität deformiert. Man kann äquivalentes Verhalten für Kollektive annehmen. Die Historiographie ist in einem gewissen Sinne, auch diesseits der Metaphorik, ein »kollektives (Langzeit)Gedächtnis«, und man kann den Umgang der Historiker mit der Geschichte auch als Ausdruck der Schwierigkeiten eines Kollektivs verstehen, mit den Traumatisierungen zu leben, die ihm angetan worden sind (und die es anderen angetan hat, d.h. immer auch: die es sich selbst angetan hat). Auch in diesem Sinne möchte ich historische Erklärungsmodelle als »Verarbeitungsformen« historischer Traumatisierungen verstanden wissen.

Dan Diner hat indirekt diese Aufgabe der Geschichtsschreibung betont, indem er für die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus die Übernahme der Perspektive der Opfer zur Norm erhoben hat: »Ein Zugriff auf die Massenvernichtung, den Kern des Nationalsozialismus, der vom Erfahrungsvermögen der Opfer angesichts ihrer Vernichtung ausgeht, wird gleichsam ins Zentrum der Besonderheit dieses historischen Phänomens vorzustoßen vermögen«.5 Es zeigt sich hier, daß die Voraussetzung der Verarbeitung eines historischen Traumas, die in der Tat zunächst wenigstens die Einnahme der Opferperspektive ist, mit dem Ziel, sich »ein möglichst vollständiges Bild von der Sache zu machen« (das von dem der »Verarbeitung« weder sachlich noch psychodynamisch abzutrennen ist) kollidiert. Diner faßt das in den Unterschied von Täter- und Opfer-Perspektive: »Die Unterschiedlichkeit, unter Umständen gar Gegensätzlichkeit der Perspektiven legt den methodischen Schluß nahe, erlebter Alltag und existentielle Ausnahme ließen sich als *eine* Geschichte theoretisch nicht mehr erzählen. Daraus folgte historiographisch, daß zwei Welten nicht miteinander, sondern nur nebeneinander existieren – kurz: daß eine wirklich synthetisierende Geschichtsschreibung des Nationalsozialismus nicht mehr möglich wäre.« Dieses aber würde bedeuten, »die von den Nazis erstellte Welt anzunehmen, und sei's auch nur historiographisch«.

Die beschriebene »Unmöglichkeit, *eine* Geschichte zu erzählen«, bildet die psychische Realität einer extremen Terror-Handlung präzise ab. Es leben der Folterer und der Gefolterte »nicht in derselben Welt« . Für diesen ist die Folter alles, »die Welt«; jenem ein kleines Stück Tag. In der Psychologie des Quälers kann die größtmögliche Distanz von Subjekt (er-selbst) und Objekt (der-da) hergestellt werden, die es geben kann: Der Quäler beseitigt Dreck; – diese Distanz war in Auschwitz die Grundverfassung der Subjekt-Objekt-Relation im Herrschaftsgefälle (radikaler als bei allen anderen historischen Massakern, von denen wir wissen). Selbst dort, wo das Engagement des Peinigers, sein Haß, das nicht verlorene Wissen offenbart, daß er Menschen peinigt, und dieses Bewußtsein sich vielleicht nie ganz auslöschen läßt, ist doch auch der Haß eine Funktion dieser Grundmatrix. Und selbst dort wo der Peiniger seine Arbeit nicht gern sondern »widerstrebend« tut – gerade dort wird die totale Deckungsunmöglichkeit der »Erlebnisräume« deutlich: Der Quäler beklagt die Pein, die das Quälen ihm bereitet.

Die Frage, wie es sich verhalte »mit einer Tat, die zwar Millionen sich eindeutig als Opfer *erfahren* ließ, sich aber der Arbeitsteiligkeit ihrer Durchführung wegen einer *entsprechenden* subjektiven und personell rückführbaren Täterschaft«6 entziehe, läßt sich der Handlungslogik und ihrer Konsequenzen wegen auch an andere historische Verbrechen stellen, was der Frage aber nichts an Schärfe nimmt. Diners Konsequenz, den Versuch, in einem historiographischen Modell die Täter- wie Opferseite abzubilden, aufzugeben, und – dann konsequent – Geschichtsschreibung nur aus der Opferperspektive zu betreiben, kann aber folgendes Problem nicht lösen: Nicht nur das Sich-Einlassen auf eine »gespaltene Geschichtsschreibung« wäre die Übernahme einer durch die Nazis und ihre Taten oktroyierten Perspektive, sondern die Akzeptanz der Opferperspektive ebenfalls, trotz oder wegen des heroischen oder barmherzigen Gestus', der einer solchen Haltung anhaftet. Man muß das zunächst nicht als einen Einwand nehmen, vor allem dann nicht, wenn hierdurch weniger ein End- als vielmehr ein Ausgangspunkt der Überlegungen bestimmt ist. »Grosso modo wird die mittels der Opferperspektive geleitete Sicht auf die Tat folgendes Ergebnis befördern: Das auf Überleben gerichtete, vor allem ökonomische Interessen und Selbsterhaltung der Nazis antizipierende Verhalten der Opfer erwies sich angesichts eines auf bloße Vernichtung gerichteten Handelns der Nazis als kontraindiziert und von einer der säkularen Lebenswelt entgegengesetzten Logik erstickt. Jegliche auf gesundem Menschenverstand beruhende rationale Annahme wurde letztlich in ihr todbringendes Gegenteil verkehrt. Jede Handlung, und war sie allen menschlichen und gesellschaftlichen Erfahrungen nach noch so rational und erfolgversprechend aufs Überleben gerichtet, führte notwendig in die Vernichtung, zumal die Überlebensabsicht der Opfer ja zum willfährigen Instrument der Nazis wurde. Alles deutet auf eine kognitive Bewußtseinsbarriere hin, an der nicht nur die Opfer, sondern auch andere in konventioneller Antizipation der zwar zweckrational durchgeführten, jedoch gegenrational gerichteten Handlungslogik der Nazis scheiterten« (Diner, Erwägungen).

Diners Begriff der »Gegenrationalität« ist deshalb fruchtbar, weil er auf den Umstand hinweist, daß die Beschaffenheit eines Ereignisses seine Erklärbarkeit und die Möglichkeit einer (adäquaten) Verarbeitung behindern kann, und zwar nicht nur, wie oben ausgeführt, weil man ihm, seiner »Bedrohlichkeit« wegen, Widerstände entgegenbringt, sondern weil es die Art und Weise, in der wir rationales Handeln zu rekonstruieren pflegen, durcheinanderbringt. In seinem Aufsatz »Individuum und Terror« hat Leo Löwenthal in einer frühen Auswertung (1946) diesen Vorgang benannt (und Arendts

eingangs zitierter Aufsatz folgt seiner Darstellung in weiten Passagen). Löwenthal beschreibt zwar das Lagersystem des deutschen Nationalsozialismus, wählt aber eine umfassendere Kategorie: den Terror. »Eine der Hauptfunktionen des Terrors ist es, jede rationale Beziehung zwischen Regierungsentscheidungen und individuellem Schicksal auszulöschen.« Es resultiere daraus »der Zusammenbruch kontinuierlicher Erfahrung«, im extremen Falle der »Zusammenbruch der Persönlichkeit«. Auch diesseits eines solchen Zusammenbruchs, der natürlich keine noch so zu nennende »Verarbeitung« des Erlebten mehr zuläßt, liegt in der Terrorfunktion die massive Störung der kollektiven wie individuellen Möglichkeiten, das Erlebte zu verarbeiten – und zwar gilt das auch für diejenigen, die nur indirekte Opfer des Terrors sind, bis hin zu den Nachgeborenen: »Gewiß hat die Transformation eines Menschen vom Individuum, dessen Wesen Kontinuierlichkeit von Erfahrungen und Erinnerungen bedeutet, zum bloßen Bündel fragmentierter Reaktionen tiefergreifende Konsequenzen unter den inhaftierten, wehrlosen Opfern des Terrors als in der 'freien' Bevölkerung. Der Unterschied ist jedoch nur graduell, und wenn wir unsere Theorie in diesem Zusammenhang nur mit Berichten aus den Lagern belegen, so darf doch nicht vergessen werden, daß die Bevölkerung im allgemeinen von Massenverhaftungen und KZ-Terror wußte. Und somit waren nicht nur die inhaftierten Juden, die 'Kommunisten', die Polen und so fort Opfer des Terrors, sondern der Intention nach tatsächlich alle.«7

Jener Prozeß der »Zerstörung von Erfahrung«, wie Löwenthal es nennt, ist verstehbar als ein Resultat der spezifischen Logik des Terrors. Löwenthal weist auf das Mittel der Massenverhaftungen hin: »Die für das Anfangsstadium totalitären Terrors typischen Massenverhaftungen, das Zusammen-, werfen aus den unterschiedlichsten Gründen von Menschen verschiedenartigster Herkunft, Gesinnung und Religion in den Konzentrationslagern dient gerade der Auslöschung individueller Differenzen und Ansprüche gegenüber dem Machtapparat. Der qualitative Unterschied, der sonst zwischen verurteilten Gefängnisinsassen und dem Rest der Bevölkerung besteht, existiert nicht zwischen den Opfern des Terrors im Konzentrationslager und den Menschen draußen. Das Auswahlprinzip bei Massenverhaftungen, das scheinbar so irrational ist, beruht auf terroristischer Kalkulation.« Der Grund für dieses Kalkül ist einfach: Eine terroristische Strategie hat um so größere Erfolgschancen, je geringere ihre »Objekte« haben, Gegenstrategien zu entwickeln. Es ist also für den Exekutor von terroristischen Aktionen »rational«, nicht nur scheinbar, sondern im Einzelfall wirklich »irrationale« Handlungen zu begehen. Terror, dessen Ziel es ist, nicht nur Schrecken (auf den man sich einstellen kann) zu verbreiten, sondern auch Unsicherheit, wird durch einen »eingebauten Zufallsgenerator« erst effektiv und systematisch 8, denn gegen die zufällige, rational nicht begründbare Auswahl von Opfern terroristischer Handlungen gibt es keine wirkungsvolle Gegenstrategie. Beim Opfer wird so die Möglichkeit zu rationalem Handeln gestört (im Extremfall zerstört). »Das Leben«, schreibt Löwenthal, »wird zu einer Kette erwarteter, vermiedener oder erlittener Schocks, und diese fragmentierten Erfahrungen führen zu Fragmentierungen des Individuums. In einer terroristischen Gesellschaft, wo alles aufs sorgfältigste geplant ist, besteht der Plan für das Individuum darin, daß es keinen gibt«. – Die Vorstellung einer völlig willkürlichen Welt, in der a keine rationalen Strategien mehr gibt, gehört, es sei dies nur erwähnt, zu den ältesten traumatischen Bildern der Menschheit: Der Gott als spielendes Kind ist schrecklicher als der böse Dämon.

Wie das Verständnis terroristischer Handlungslogik auch die Einsicht in die Logik einer »Vernichtung um der Vernichtung willen« erlaubt, wird im zweiten Teil dieses Beitrags auszuführen sein. Hier sei nur darauf hingewiesen (und damit die Dinersche Argumentation wieder aufgenommen), daß die Vernichtungslager selbst perfekte Inszenierungen totalen Terrors in dem eben beschriebenen Sinne waren. Wer in das Lager eingeliefert wurde, sah sich Bedingungen gegenüber, die, auch wenn es sich nicht um ein Lager mit Gaskammern und Verbrennungsöfen gehandelt hätte, ein langfristiges Überleben kaum ermöglichten. Überleben konnte im Lager nur, wer die dortigen Lebens-, Arbeits- und Nahrungsbedingungen nicht hinnahm. Wer das aber nicht tat, verstieß gegen Vorschriften, die ihm entweder den Tod einbrachten oder Verletzungen, die seine Überlebensfähigkeit weiter einschränkten. Die Möglichkeiten langfristigen Überlebens gab es also nur um den Preis eines gesteigerten Risikos frühen Todes. Eine solche paradoxe Strategie kann nicht »gelingen«, man kann sie nur, und dann eben zufällig, überleben. Jeder Akt des Überlebens in einem Vernichtungslager bringt wiederum die Vernichtung näher, die Zweck des Lagers ist. Jagoda, Klodzinski und Maslowski haben daher ihre Umfrage unter polnischen Überlebenden von Auschwitz, »Wie kam es, daß ich das Lager überlebt habe?«, mit der Bemerkung abgeschlossen, daß in der Regel wohl immer einige die Versuche überlebten, Menschenmassen. zu vernichten, nicht aber warum *diese* und aus welchem Grund.9

Ich denke, daß es dies ist, was Diner die »Gegenrationalität« nennt, wenigstens auf seiten der Opfer. Dieselbe »Gegenrationalität«, die dem Opfer das Entwickeln einer rationalen Überlebensstrategie unmöglich machen soll, begründet die spezifische Schwierigkeit des Historikers, der im nachhinein das Geschehen rekonstruieren will, eine Entscheidung zu treffen, ob er eine bestimmte terroristische Handlung »rational« oder »irrational« nennen soll. Es ist eben so, daß unter bestimmten Umständen ein wahnsinniger Mörder der ideale Exekutor eines leidenschaftslos ersonnenen Terrorprogramms ist. So ist eine Handlung »zweckloser Grausamkeit«, etwa das ohne jegliche »strafende Absicht« erfolgende Tottreten eines um Suppe anstehenden Häftlings einerseits »irrational«, andererseits ist es, innerhalb des Terrorsystems gesehen, »rational«, daß solche »irrationalen« Handlungen geschehen. Man würde sie dennoch nicht »diesbezüglich rational« nennen, weil es nicht begründbar ist, warum *diese* Person zu *diesem* Zeitpunkt *dieser* Handlung unterworfen wurde, das

heißt alles, was die Handlung überhaupt zur Handlung macht, alle ihre Komponenten sind »vollkommen sinnlos«, aber gerade das macht sie zu einem sinnvollen Bestandteil des Terrorsystems.

Anmerkungen

l) Hannah Arendt: Die vollendete Sinnlosigkeit; in: dies.: Nach Auschwitz, Berlin 1989, S. 7f

2) Susanne Heim/Götz Aly: Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: dies. u. A. (Hg.): Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine politische Ökonomie der Endlösung?, Berlin 1987 (siehe auch Heim/Aly: Sozialplanung und Völkermord, in KONKRET 10/89)

3) Und nicht etwa seien die vorgeblichen Betreiber solcher Planungen in Wirklichkeit Nutznießer eines nicht von ihnen in Gang gesetzten Verbrechens gewesen. Das von Heim/Aly präsentierte Material legt allerdings eine solche Interpretation näher als die von der Autorin und dem Autor vertretene.

4) Susanne Heim, Götz Aly, a.a.O. S. 63 – Das Argument ist prekär: Die implizierte Behauptung müßte durch den Nachweis belegt werden, daß Emmerich etwas tat was der Nazi-Ideologie wi*dersprach;* belegt soll aber werden, daß er Urheber von Taten war, die man bisher einer *anderen Motivation* zugesprochen hatte.

5) Dan Diner: Erwägungen zu einer Historik des Nationalsozialismus, in: Siegfried Blasche u.A. (Hg.): Zerstörung des moralischen Selbstbewußtseins: Chance oder Gefährdung, Frankfurt 1988, S. 61 (siehe auch D. Diner: Die Wahl der Perspektive, in KONKRET 1/90)

6) Dan Diner: Zwischen Aporie und Apologie Über Grenzen der Historisierbarkeit des Nationalsozialismus, in: ders. (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte?, Frankfurt 1987, S. 71

7) Leo Löwenthal, Individuum und Terror, zitiert aus: Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt 1988, S. 17

8) Die argentinische Militärdiktatur ist nachweislich so verfahren (und hat nicht etwa nur »instinktiv« so gehandelt) . bestimmte Nächte wurden für Massenverhaftungen innerhalb einer Bevölkerungs- bzw. Berufsgruppe, die Opfer nach Methoden wie »jeder zehnte im Branchenbuch« bestimmt – Die Frage »warum ich?« ist in einem solchen Fall nicht einmal mehr sinnvoll zu stellen.

9) Die Auschwitz-Hefte. Texte da polnischen Zeitschrift Przeglad Lekarski über historische, psychische und medizinische Aspekte des Lebens und Sterbens in Auschwitz, Weinheim/Basel 1987, Bd I, S. 49f

Im nächsten Heft: Warum die Juden?

Jan Philipp Reemtsma nahm zuletzt an einem Streitgespräch über die Wiedervereinigung teil – KONKRET 4/90

Konkret 09/90, S. 67

Brigitte Kronauer

Literatur und Staubmäntel

Früher gab es beim Hamburger Dom auf St. Pauli eine Budenaufschrift, die den Besuchern eine Darbietung mit dem Titel »Hamburg bei Nacht« versprach. Hatten die auf Pikanterien gefaßten Leute bezahlt, wurden hinter ihnen die Türen geschlossen, und vor ihnen zog man einen Vorhang beiseite, der den Blick öffnete auf die Lichter der realen, nächtlichen Stadt.

Ezra Pound: »In einer Station der Metro: Das Erscheinen dieser Gesichter in der Menge:/Blütenblätter auf einem nassen, schwarzen Ast.«

Die Gemeinsamkeit zwischen jahrmarktlicher Wörterschwindelei und Pounds berühmtem Zweizeiler verbirgt sich hinter einer Umkehrung. Im ersten Fall wird die hochgespannte Erwartung eines möglichst schlüpfrigen Spektakels mit einer hier nicht vermuteten Alltäglichkeit konfrontiert, im zweiten wendet der Autor die durch die Alltäglichkeitssynonyme 'U-Bahn-Station', 'Menge' geweckten Assoziationen in ein fast schockierend poetisches Bild.

Beide Male wird durch Deklaration das sogenannte Banale in Szene gesetzt, allerdings in unterschiedlicher Laufrichtung. Beide Male, bei idealer Rezeption, könnte sein geschärftes Interesse für sang- und klanglose Realität, für das sehr Vertraute, das Ergebnis sein. Literatur und Staubmäntel! Dann also ebensogut: Literatur und Trenchcoats, Coca Cola, Hamburgers? Keinesfalls! Es soll hier nicht um jene nur die Favoriten wechselnde Flair- und Hautgout-Kultur gehen, der ihre Gegenstände schnuppe sind, während sie sich an deren ausgerufener Trivialität zu entzücken vorgibt, sondern um das nullpunktartige, unschuldig Beiläufige noch außerhalb der Bewertungen von schön, häßlich, gut, böse, um Literatur und Kartoffelschälmesser, Bleistiftanspitzer, Impfnarbe.

Besteht vielleicht eine mögliche Tugend von Literatur, zumal in einer Umgebung, in der Personen und Sachen unaufhörlich angepriesen und disqualifiziert werden, in ihrem demokratischen Verfahren, eine hierarchielos partikelte Wirklichkeit dar- oder herzustellen, in der allem gleichermaßen Beachtung zuteil wird, was soviel heißt wie: Die Aura des schon als positive oder negative Besonderheit Gefeierten, etwa in politischer, metaphysischer, biologischer Hinsicht, zu beschneiden und das meist Übersehene – die bei jedem Weiterschieben der Waren offensichtliche, schmerzhafte Schultersteife der Supermarktkassiererin – auf die gleiche Höhe zu bringen?

Durchaus nicht! In der Literatur ist solche Gerechtigkeit kein Verdienst. Ohne Bewertungen ist es auch bei ihr langweilig, und der Vorteil, den der Umgang mit dem staubgrau getarnten Landläufigen bringt, ist vor allem die gesteigerte Freiheit für eigene Gewichtungen, Bedeutungszuschanzungen, das Vergnügen, ein unscheinbares Ding, die unauffällige Geste kraft literarischer Suggestion zur Hauptfigur zu machen, übrigens wie im Leben, wo erotische oder kriminologische Zusammenhänge ein beliebiges Fetzchen Stoff, Haar, Haut zu Devotionalien oder Indizien stilisieren.

Die Kombination aber von Banalem und überliefert Hochrespektiertem sowie hochgradig Verabscheutem, die Kreuzung jedenfalls mit so oder so sakrosankten Inhalten kann gelegentlich eine wünschenswerte kleine Kettenreaktion auslösen: »Da kam uns eine Seelenschar entgegen;/Sie zogen längs des festen Damms einher,/Und blickten so, wie abends Wanderer pflegen,/Wenn Neumond ist und das Erkennen schwer;«: Bis hierhin ist noch alles normal, Dante vergleicht in seiner »Commedia« eine Gruppe unglücklicher Höllenbewohner in Seelengestalt mit Leuten, die im Dunkeln den Weg suchen. Dann aber: »Da schärften sie so sehr nach uns die Brauen,/Gleichwie ein alter Schneider blickt ins Ohr.«

Der Streich ist ja der, daß hier das abgedroschen Alltägliche jungfräulich und präzise ist in seiner verblüffenden Vergleichsfunktion, indessen die wolkige »Seelenschar« zum Jungfräulich-Präzisen erst rückwirkend geadelt wird durch die eiserne Nadelöhrrahmung. Auf der anderen Seite: Was wäre der Schneider ohne den mit dem konventionellen Bedeutungsgefälle spielenden Schachzug Dantes !

Der zeitgenössischen Literatur wird des öfteren angekreidet, sie beschäftige sich a) zu sehr und b) zu wenig mit dem Banalen. Solche Vorwürfe über zu viel Grau- oder zu wenig Dreckanteile, insgesamt mangelnde Bedeutsamkeit, sprich auch: Relevanz, muß sie sich nicht allzu sehr zu Herzen nehmen. Eine Regel aber scheint auf den ersten Blick von Belang, nämlich die, Banales nie auch noch als solches darzustellen. Sollte man nicht aber das unbedenklich tun, jedoch indem man seine abenteuerlichen Reize, ohne seinen banalen Charakter zu verraten, scharf herausarbeitet, z.B. durch Dehnung, Überstürzung? Nicht Schrittgeschwindigkeit der Normalität, vielmehr: Elektrizität zwischen den Details.

Noch viel heikler verhält es sich mit der Schönheit! Obschon alle ihr in dieser oder jener, heimlicher oder offener Weise nachrennen, gilt die Häßlichkeit in der Kunst als wirklicher und wichtiger. Das ist halbwegs ein Mysterium. Zweifellos soll sich die Häßlichkeit hüten, derart selbstgerecht daher zu trampeln, vielleicht macht sie sich ähnliche Illusionen, was ihren Wahrheitsgehalt betrifft, wie ihre Gegenspielerin. Diese aber muß sich in literarischen Zusammenhängen große Mühe geben, ja auf Schleichpfaden gehen, wenn sie auftauchen und gelitten sein will. Gern darf sie das Böse, Morbide,

Unheilbringende sein, der zu entlarvende Schein, die hochgefährdete Augenblicksvision. Ihre Strafe: die Vergänglichkeit. Sie kann auch auftreten im Gewand des Häßlichen, zumindest Grotesken, Unansehnlichen und durch geschickte Arbeit des Autors als zwiespältige Schönheit lanciert werden. Spezialisten: A. Schmidt, Heissenbüttel, Henscheid.

Natürlich ist Schönheit auch Geschmackssache, aber es gibt eine Tradition schöner Gegenstände, und einer der Gründe der Scheu vor ihr ist ein technischer und nicht quasi-moralischer. Gibt sich ein Schriftsteller mit schon voll inthronisierten Größen ab, kann er sie nur noch zerstören, wenn er selbst etwas tun will. Kein Wunder, wenn er das neutral Prosaische vorzieht. Absoluter Härtetest trotzdem: Schönheit in der Realität in Schönheit in der Kunst zu verwandeln. Borniert hingegen ist die Ansicht orthodoxer Ästheten, die Realität habe die Kunst nötig, um überhaupt schön zu sein oder um als das empfunden zu werden.

Und geht es letztlich nicht um anderes als um profan, bedeutsam, gut und häßlich, schön und schlecht? Literatur arbeitet mit solchen Kategorien, indem sie diese an festen Gegenständen, Fakten abwechselnd zum Vorschein bringt durch Beleuchtungs- und Positionswechsel. Der hauptsächliche Vorteil, der entscheidende Kurerfolg beim Aufenthalt in solchen sprachlichen Gebilden: Was im Leben nie gelingt, ekstatische Momente, Augenblicke höchster Inbrunst (schlicht: ein Höchstmaß an Interesse) konstant zu machen, erzielt die Literatur durch ihre flexible, aber nicht an Dringlichkeit, »Intensität« nachlassende Zuwendung (das ist ihr Ernst, ihre Moral) den Dingen gegenüber, die sie beobachtet und dabei u.U. auf den Kopf stellt. Wie in der Realität allenfalls ein kurzfristiges, alles dominierendes Gefühl, so erzeugt ihre unvoreingenommene »musternde« Aufmerksamkeit eine Atmosphäre des Nicht-Zufälligen, mehr noch als eine Perspektive: eine Meteorologie, aus der Leser gestärkt hervorgehen, ohne genau zu wissen, warum, im besten und seltenen Fall mit dem Wunsch, auf den letzten oder letzten hundert Seiten das Werk nie mehr verlassen zu müssen.

Was wurde erlebt und handgreiflich?

Statt rekapitulierender Bestätigung offizieller Wertungen: Wertschätzung der Einzeldinge, des Konkreten, der Details. Wertsteigerung der Wirklichkeit.

Brigitte Kronauer schrieb in KONKRET 7/90 über »Literatur und Umständlichkeit«

Konkret 09/90, S. 68

Hermann Peter Piwitt

Disput und Widerspruch

Der Kritiker Stephan Reinhardt hat die erste umfassende Biographie des deutschen Schriftstellers Alfred Andersch (1914-1980) vorgelegt, die Geschichte eines »konservativen Linken«

Es ist circa 30 Jahre her, da wollte der Schreiber dieses dem Chef eines angesehenen Frankfurter Verlagshauses ein ehrliches Kompliment machen: Sie sind ja kein Intellektueller! sagte er zu ihm. Das paßte dem aber gar nicht. Seitdem sind sie bis heute voneinander enttäuscht geblieben.

Unseren nicht eben hohen Begriff von (Links)intellektuellen hatten wir uns seinerzeit an gewissen Autoren und Publizisten der 50er und 60er Jahre gebildet. Sie beschworen ständig die Gefahr eines neuen Faschismus, und daß er sie am Ende zur Emigration in ihre Landhäuser im Tessin zwingen könnte; während sie daheim recht unbeirrt die erstaunlichsten Geschäfte abwickelten. Als einer der geschicktesten von ihnen war mir immer Alfred Andersch erschienen. Erst später war ich bereit, nicht ohne Beschämung zur Kenntnis zu nehmen, was für ein starkes Vorleben der Mann denn doch vorzuweisen hatte.

Womit wir wieder einmal beim Thema wären: nämlich, daß es ein zweischneidiges Ei ist, den Rang eines Künstlers an dessen Leben zu messen sowie an den Meinungen, die er kundgibt.

Warum dennoch nicht sich der Biographie eines Autors zuwenden, sofern er nur über treffliche Werke schon habilitiert ist? Zumal dann, wenn jemand durch sein eingreifendes Schreiben wie durch seine Ergriffenheiten, durch sein Aufbegehren wie durch seine Verweigerungen, durch seine tatkräftige kulturelle und ästhetische Neugier wie durch seine Anpassungsleistungen in die Sozial- und Kulturgeschichte seines Landes ebenso verwickelt war, wie er ein Stück davon mitgestaltet hat? Wie eben Alfred Andersch?

Andersch, aufgewachsen in einem völkisch-nationalen Elternhaus, wo man Ernst Jünger verehrte und Hitlers engste Weggefährten persönlich kannte, erlebt als Kind den Mord an den Münchner Räterevolutionären, ist später Jungkommunist und geht nach '33 dafür ein paar Monate nach Dachau. Während der NS-Zeit taucht er weg als Werbeleiter eines Hamburger Chemiebetriebs, desertiert als Soldat in Italien und wird im Herbst '44 als 'prisoner of war' per Schiff in die USA verfrachtet, im Seesack Ernst Jüngers »Marmorklippen«. Drüben arbeitet er mit an der Zeitschrift »Der Ruf«, die als Gefangenenzeitung kursiert und zeitweise von rund der Hälfte der 400.000 Kriegsgefangenen gelesen wird. Er kultiviert – bis hin zu Roosevelts Forderung nach Freiheit von Not und Furcht – das rohe mittel/osteuropäische Linkssein seiner Anfangsjahre und bereichert es um die Ideen der Aufklärung und der westlichen Moderne. Er erschließt sich die moderne amerikanische Literatur, die er später, ebenso wie die neue französische und italienische, den Deutschen in »Texte und Zeichen« vermitteln hilft. Und führt den »Ruf«, gemeinsam mit Hans Werner Richter, ab August '46 im Westen Deutschlands weiter; aber schon nach zehn Monaten – die Auflage ist inzwischen auf 70.000 gestiegen – stellt die Zeitschrift auf Druck der US-amerikanischen Zensurbehörde ihr Erscheinen ein.

Was schreibe ich da, das nicht so oder ähnlich auch im »Munzinger« steht oder im »Kritischen Lexikon der deutschen Gegenwartsliteratur«?

Ausführlicher hat jetzt der Essayist und Kritiker Stephan Reinhardt Anderschs Leben nacherzählt. Nämlich auf 633 Seiten. Es ist ein Leben ohne landläufige Skandale. Andersch ist weder als großer Ficker noch als Schießer oder Trinker hervorgetreten; oder was sonst der Eigenschaften mehr sind, die in der Regel bezeugen, daß ein Künstler versäumt hat, seine Kraft im Werk zu verausgaben. (Weshalb es denn – H. Miller, Hemingway, Bukowski – auch gewöhnlich entsprechend dürftig ausfällt.) Wenn sich diese Andersch-Biographie dennoch so spannend liest wie Casanovas Memoiren, so kraft der souveränen Demut des Biographen: Denn Reinhardt dokumentiert nicht nur alles hintereinander weg, von der Wiege bis zur Bahre, was immer er hat in Erfahrung bringen können; er tritt auch hinter die Fakten zurück, denen somit alle Überzeugungsarbeit zufällt. Kein Deuter, Verklärer oder sonstwie Sachwalter oder Prophet macht sich hier in einem fremden Leben breit, uns nötigend, seine Ansichten zu teilen; es ist der Leser, der, in un-beirrter Entdeckerfreude, Anderschs Leben teilt und die Zeit, mit der er handgemein wurde.

Von Andersch hörte ich zum erstenmal 1954 in der Prima des Gymnasiums Oberursel bei Frankfurt. Ein Student kam in den Deutschkurs; er hatte die eben erschienenen Bücher der »studio frankfurt«-Reihe dabei (Böll, Bachmann, Arno Schmidt), und was er daraus vorlas, fanden wir, die wir die Schulautoren von *damals* lasen – Binding, Ponten, Wiechert, Bergengruene – 'irgendwie gewollt'.

Andersch, bereits bekannt als Autor des Buches »Kirschen der Freiheit«, mit dem er sein Lebensthema, die Desertation, zum erstenmal romanhaft-biographisch angeht, ist zu dieser Zeit Feature-König der Nachtstudios und Promoter von Bauhaus, Jazz, Zwölftonmusik, abstrakter Malerei und Arno Schmidt in einem immer noch halbbarbarischen und sich entsprechend wieder restaurierenden Land. Ein Mann, der – spröde, nobel und immer auf Entdeckungen aus – ebenso gönnen kann, wie er schnell beleidigt ist; gute Anzugtuche und teure Hotels so zu schätzen weiß wie im Urlaub die Wildnis

pur. Strafanzeigen wegen Gotteslästerung hat er sich zu erwehren als Drucker von Schmidts »Seelandschaft mit Pocahontas«. Dem »Schäumen« der »Adenauer- und Nazimeute« sieht er sich ausgesetzt. Und kontert das »grauenhafte Seinsgeschwätz Heideggers«. Als Kollegen 1968 zu diskreditieren beschließen, was sich ihnen nicht hat hingeben wollen, bis dato und fürderhin nicht, das schöne Werkstück nämlich, als sie die Literatur ihrer neuen Flamme, dem Proletariat, zum Opfer darbringen, empört sich Andersch: Berufsverbot für Dichter! Und besteht, Jahre später, mit dem Gedicht »Artikel 3 (3)« darauf, daß das »faschistische Krebsgeschwür« des Radikalenerlasses »herausoperiert« werden müsse aus dem Gesellschaftskörper der Bundesrepublik.

Einen »konservativen Linken« nennt Reinhardt Andersch. Und es sind nicht zuletzt die in väterlichen Altlasten verborgenen konservativen Kellergeister, die dem Dichter immer mal wieder einen Streich spielen: Während er sich noch in »Winterspelt« die Figur eines zur kollektiven Desertation entschlossenen deutschen Offiziers erarbeitet, bescheinigt er in einer Laudatio Ernst Jünger, dem überzeugten Militaristen, »Mut«. Worauf sich Jünger mit hörbar hoher Stimme bedankt und hinzufügt: »Im Widerstand bin ich nie gewesen.«

War der Dichter Andersch dem Bürger Andersch nicht geheuer? Und erweist sich selbst das tadel-loseste Leben nicht bei näherem Hinsehen als verkrachte Existenz?

Andersch: einer aus jener Schriftsteller- und Publizistengeneration, die sich noch als integrierte Opposition verstand und vernünftigerweise verstehen konnte; kritischer Partner der Macht in einer Gesellschaft, in der noch nichts entschieden war, die Verteilungskämpfe noch nicht bereinigt zum geschlossenen Justemilieu der 80er Jahre. Neidisch werden könnte da geradezu, wer, wie die Besten aus der nachgeborenen Generation, so angeekelt wie genötigt inzwischen längst das Abseits gewählt hat als unsicheren Ort. Da war noch Markt, und also Disput, Widerspruch der Meinungen; da wurden noch Seilschaften gebildet gegen Gegner, die noch dingfest zu machen waren. Und der Dichter? Hier einem Intendanten die Hand schüttelnd, dort einem Wirtschaftsminister Glück wünschend...? Und die Gruppe 47 zog herum als das gute politische Gewissen der Republik; denn noch hatten die Herrschenden ihr eigenes nicht rundum erneuert.

»Die Chance und Würde des Intellektuellen besteht sowohl in der Radikalisierung seiner Subjektivität als auch in der mitfühlenden Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen«, – gilt dieser Andersch-Satz darum heute nicht mehr? Ich denke, doch. Und man verlange vom Dichter gefälligst nie wieder mehr (oder weniger), als diesen Zwiespalt auszuhalten; wie auch Andersch ihn aushielt. Nur: das mit der »Teilhabe am gesellschaftlichen Ganzen« fassen wir doch vielleicht ein bißchen der neuen Lage angemessener, existentialistischer: Denn welche Würde gäbe es wohl heute, im Palais Deutschland der Festung Europa, für einen Intellektuellen und Künstler noch groß zu verteidigen als die von, na, sagen wir: Becketts Malone hinter Gary Coopers Maschinengewehr in »Wem die Stunde schlägt«?

Was zählt, sind ohnehin allein die Kunst-Stücke: Die Kirschen der Freiheit, Winterspelt, Erzählungen...

Stephan Reinhardt: »Alfred Andersch. Eine Biographie«, Diogenes, 1990, 633 S., 69 Mark

Dieser Text ist ein Vorabdruck aus LITERATUR KONKRET, das zum 15. Mal zur Buchmesse im Handel sein wird (ab 2.10.90)

Konkret 09/90, S. 70

Roger Willemsen

Just another word

Während niemand glaubt, mit dem Kauf einer bestimmten Seife wirklich die Freiheit eines Liebesspiels in der Atlantik-Brandung zu erwerben, glauben die Deutschen durchaus, ihr Regieren, Rechten und Rüsten folge jener hehren Idee, »der man im Hafen von New York ein irreführendes Denkmal errichtet hat«

An nichts merkt man so deutlich, daß der Nationalsozialismus überwunden ist, wie an der danach gewonnenen Freiheit. Man kann gar nicht alles aufzählen, was auf einmal frei geworden ist: das Einkaufen, die Meinungsäußerung, das Autofahren, die Wissenschaften, die Bundeswehr, nur die Körperkultur war vorher schon frei. Selbst Dinge, die vormals noch einfach »Freude« heißen mußten, sind inzwischen der imperialistischen Offensive der Freiheit zum Opfer gefallen und dürfen jetzt auch »Freiheit« heißen. Beethovens Neunte zum Beispiel hat 150 Jahre warten müssen, bis die Deutsche Grammophon in der von Schiller irrtümlich »Ode an die Freude« betitelten Dichtung eine »Ode an die Freiheit« erkannte, wodurch sie sich, mit notariell beglaubigten Mauerstückchen zusammengeschweißt, auch noch einmal wie neu unter die sanften Revolutionäre bringen ließ. Und das zur rechten Zeit, denn plötzlich lieben die Deutschen die Freiheit bis zum Intimverkehr und zur Tollerei und setzen täglich die Madame de Stael ins Unrecht, die behauptet hatte: »Die Liebe zur Freiheit ist bei den Deutschen nicht entwickelt.«

Freiheit wird zum Koeffizienten aller Dinge, die man tut, egal, ob freiwillig oder zwangsweise. Natürlich ist dabei nicht an die Freiheit der idealistischen Philosophie oder des Bildungs- oder wenigstens des Groschenromans gedacht, nicht an 'Emanzipation vom infantilen Bann' oder 'individuelle Menschwerdung', sondern an Antikommunismus und Truppenübungen, Haarfestiger und Laxativa. 'Freiheit' macht Sinn nur noch in der Sprache der Politik und der Werbung. Emotional gehöht durch die Vorstellungen aus der Werbung dringt Politik auf dem Weg über die Freiheit ins Privatleben ein, sie wird emotional als 'freiheitliche Demokratie'. 'Freiheitlich' ist ein unglückliches Adjektiv, eigentlich eher ein Adhortativ, eine Ermunterungsformel, die soviel bedeutet wie: Sein wir freiheitlich! Wenn man ihr folgt, kommt man vielleicht zu dem Ergebnis, daß der Staat mehr Freiheit im Angebot hat, als wir ertragen können, und daß die katholische Volkspsychologin Christa Meves ganz recht hat mit ihrem Aphorismus: »Freiheit will gelernt sein«. Mit anderen Worten: Aus Sexualerziehung ist schließlich Terrorismus geworden !

So wie es steht, kann man die Freiheit nicht mehr genießen, ohne in ihr die Demokratie zu genießen und in dieser den Staat, der sie verkörpert und der so überzeugende Freiheits-Statuetten wie Volker Rühe und Jürgen Möllemann für sie aufstellt, die sie immerzu loben, aber nicht wirken, als hätten sie schon mal so richtig Marlboro-mäßig an ihr geschnuppert. Ebenso aber wie einem Menschen der Ausblick in eine Landschaft verleidet werden kann, wenn jemand neben ihm steht, um ihn ständig zu Genuß und Lobpreis anzustacheln, ebenso bleibt einem hier das Lob der Freiheit in der Kehle stecken – zumal, wenn man sich überzeugt hat, daß der, der da stachelt, ein notorischer Salutist ist und der Ausblick auf eine Plantage hinausgeht.

Oder auf ein Produkt in der Glotze. Während aber niemand glaubt, in der Seife wirklich die Freiheit eines Liebesspiels in der Atlantik-Brandung einzukaufen, glaubt man durchaus, das Regieren, Rechten und Rüsten habe mit der hehren Idee zu tun, der man im Hafen von New York ein irreführendes Denkmal errichtet hat.

Dort, wo die Freiheit zu Hause ist, tut man sich immer wieder gern zusammen, ihr auch anderswo ein Zuhause einzurichten. Nach dankenswerter Arbeit des Retoucheurs und kosmetischen Chirurgen muß nun zwar die Delacroix'sche 'Freiheit' auf der amerikanischen Revolutions-Gedächtnis-Briefmarke ohne Mammillen das Volk anführen, aber das war eben auch selbst für eine Freiheit zuviel Freiheit. Schließlich haben die GIs in El Salvador den Eingeborenen auch nicht mit enthüllten Gonaden den Weg in die Freiheit gewiesen! Wo es jedoch nicht um Kunst, sondern um Krieg geht, ist die Zimperlichkeit schwächer und die Freiheit stärker entwickelt . Die ganze Nato-Gründungs-Satzung rankt sich um den Freiheitsbegriff, und noch jede amerikanische Jungschar, die bis an die Zähne friedlich in eines der Länder im Gesindetrakt eingewandert ist, hat dies bekanntlich im Namen der Freiheit getan – und zwar nicht nur um der eigenen willen, sondern für die ganze westliche und letztlich schlicht für die Welt. »In Vietnam verteidigen die USA die Freiheit Berlins«, sagten deutsche Politiker solidarisch, als der Widerstand gegen den dortigen Krieg auch in Deutschland hochkochte, und unter dieser rhetorischen Begleitmusik ihrer Verbündeten sind die Amis noch in jede Schlacht gezogen. Daran, daß Krieg geführt wird, kann man nämlich erkennen: Es geht ums Ganze, und das einzige Ganze, das es gibt, ist die Freiheit. Einmal mehr hatte Simon Bolivar die USA gegen, aber die Wahrheit für sich, als er sagte: »Die Vereinigten Staaten scheinen von der Vorsehung dazu auserwählt, Lateinamerika im Namen der Freiheit ins Elend zu stürzen.«

Entsprechend käme man dem Phänomen auch in der europäischen Politik näher, wollte man alle im Namen der Freiheit durchgesetzten Staatsmaßnahmen einmal nicht als Aufhebung des Zwangs, der Herrschaft und Unterdrückung ansehen, sondern vielmehr als 'notwendige' Einschränkungen, als Beschneidung und Entziehung von Freiheit. Kein Staat wird leugnen, daß er mit dergleichen ständig beschäftigt ist, aber er wird sagen, was da geopfert wird, das zähle ja nicht wirklich zur Freiheit, sondern es handele sich um Freiheiten, die ohnehin kein anständiger Mensch für sich in Anspruch nehmen

werde. Strauß befand beispielsweise zur Wehrdienstverweigerung, sie sei verbrieftes Recht, gut und schön, aber wer Gebrauch davon mache, sei, da solle man sich nicht täuschen, eigentlich ein Staatsgegner.

So wurde die Freiheit durch den Staat eigentlich immer nur als Komparativ definiert, als: weniger unfrei. Qualität und Form dieser Freiheit bestimmen sich nämlich wesentlich durch das, was in anderen Ländern – und vor allem 'drüben' – nicht zu haben war. In dieser Formulierung wurde aus der Freiheit ein Kampfbegriff.

Wichtiger als die Freiheit ist folglich das, was unter dem Label »Preis der Freiheit« erhoben wird. Für die Ware mit diesem Preis gilt allerdings nicht das in der Geschäftswelt übliche 'Gekauft wie gesehen', sondern gekauft wird blindlings, und es ist ziemlich wahrscheinlich, daß wir an dem Preis noch zahlen, wenn keiner mehr weiß, was Freiheit ist.

Daß man diesen Zustand im Grunde längst erreicht hat, drängt sich einem auf, wo immer man der Freiheit rhetorisch begegnet.

Der 'Rote Dany' (wenn Sie mal einen Linken einladen wollen, der wird Ihnen gefallen, der fällt nicht so rot aus), also der weiß: »Freiheit bedeutet, irgendwann Schluß zu sagen.« Nicht klug, aber dafür wenigstens befriedigend einfältig, es sei denn er wollte sagen: Freitod bedeutet, irgendwann Schluß zu sagen. Dann wär's tadellos. Dito Wolf Biermann: »Die Freiheit, *die* Freiheit ist immer nur eine, die man sich nimmt.« Hören alle gerne, die schon mal blaugemacht haben. Sollten aber hier wieder nicht die gemeint sein, die sich »mit frevler Hand aus dem Sonnenbezirk jäten« (Harden) – und es wäre doch merkwürdig, wenn man die Aussagen zu 'Freiheit' und 'Freitod' so gar nicht unterscheiden könnte – dann bliebe nur noch jene Spießer- und Anpasserfreiheit übrig, die immerzu damit wedelt, daß man ja noch in der Zwangsjacke so herrlich spontan die Zunge rausstrecken kann. Matthias Zeitgeist-Horx schließlich weiß: »Kulturelle Qualität – das bedeutet faktische Freiheit«, zwar kann man das mit derselben Berechtigung auch vom Verzehr von Ginsengwurzeln sagen, aber der Gedankenstrich in der Mitte soll wohl ohnehin auf den Verlust von ein paar Seiten wertvollen Originalmanuskripts hindeuten.

Nein, mag Oskar Lafontaine diese »Linke« für »unschlagbar« im »konsequenten Durchhalten der Freiheitsidee« halten, in Wahrheit verklebt sie dasselbe Furnier wie die Regierung über ihr und sollte lieber noch einmal bei Janis und Joplin anfangen und ihrem: »Freedom's just another word for nothing left to loose.«

Während man also noch das beruhigende Gefühl hat, daß wenigstens Axel Caesar Springer seinen »Auftrag: Freiheit« ernster nahm als seine ehemaligen Kontrahenten, integrieren die Parteien bereits wild und wahllos diesen »höchsten gesellschaftlichen Leitbegriff« (H.E. Richter) in ihre Programme. Auf ihrem Mannheimer Parteitag (1975) stellte sich die CDU der Freiheit noch einmal ganz neu, nämlich sprachlich, und traf eine einschneidende Entscheidung, nämlich eine Terminologie-Entscheidung. »Freiheit« sei künftig, so wurde verordnet, als zentraler Begriff zu verwenden. Anschließend ist die CDU so gut wie in »häuslicher Fleiß« auch in »Freiheit« geworden, und Heiner Geißler, von Lafontaine bezichtigt, seine Partei habe anders als er selbst, die »Freiheitsidee nicht konsequent zu Ende gedacht«, konnte wahrheitsgemäß antworten: »Das ist ein großes Mißverständnis der Demokratie.« Aber bei Licht besehen ist wahrscheinlich schon 'konsequent zu Ende denken' ein großes Mißverständnis der Demokratie.

Abgesehen davon war die CDU unsicher, ob nicht bereits das Tragen von selbstgestrickten Pullovern im Parlament Ausdruck von zuviel Freiheit sei – was zumindest den allgemeinen Sachverhalt recht gut abbildet, daß schon das falsche Outfit, als Hinweis auf zuviel praktizierte Meinungsfreiheit und möglicherweise sogar 'Engagement', der Karriere schadet und an der Stelle wieder beginnt, an die Freiheit zu grenzen, die nicht gemeint war. Man wird also letztlich nicht daran vorbeikommen, wie für alles auch für die Freiheit Spezialisten einzusetzen, die einem erstens sagen, wann man sie überzieht, zweitens, wann sie einem schadet und drittens, wann sie einen umbringt. Daß sich dabei schließlich jede Vorstellung von Freiheit im alten, verblasenen Sinn verflüchtigen könnte, ist so bedauerlich wie unvermeidlich, daß dieser Weg längst beschritten ist, nicht zu leugnen, und daß deshalb zumindest rhetorisch mehr Freiheit auf uns zukommt, nicht mehr abzuwenden. Schließlich geht es der Freiheit hier wie dem Marzipan in der Werbung: ist es minderwertig, nennt es sich »echt XY-Marzipan«.

Besonders wuchtig aber hat immer noch Johannes Rau über die Freiheit nachgedacht, und dabei hat er, ob gewollt oder nicht, auch die genaueste Auskunft darüber gegeben, was Menschen überhaupt von jener Freiheit zu erwarten haben, mit der ihnen der Staat so ausdauernd auf die Nerven fällt. »Freiheit heißt«, schreibt Rau an seine potentiellen Wähler, »saubere Luft atmen können«. Was die Medizinbücher seit Jahrhunderten fälschlich als Normal-Ventilation behandelt haben, und was ja in letzter Zeit auch immer schlechter schmeckt, das ist also in Wirklichkeit immer schon Freiheit gewesen. Man kann sich die Medizin der Zukunft vorstellen, wie sie dereinst ins Rheinland zieht mit der Bitte: Sage Du uns, Bruder Johannes, was wir respirieren! Bis dahin atmen wir weiter die dreckige Luft der Unfreiheit ein, und wer begriffen hat, daß das mittelfristig zum Exitus führt, der versteht auch die Botschaft des Imam aus Düsseldorf: Freiheit bedeutet, nicht vom Staat auf dem Luftwege umgebracht zu werden. Die Freiheit wollten wir schon loben, hätten wir sie denn.

Aber es kommt noch besser mit Rau: »Freiheit ist, bei Krankheit und Not nicht allein gelassen zu werden.« Abgesehen von den Fällen, wo genau das zumindest ein Vorschlag zur Güte oder wenigstens ein Schritt in Richtung Freiheit wäre, *werden* die Leute in Krankheit und Not alleingelassen, es sei denn, sie haben sich in jahrzehntelanger Arbeit genug auf die Seite gelegt, was sie wiederum gewiß nicht in aller Freiheit, sondern in aller Abhängigkeit getan haben. Wenn sie dabei außer von Sorge um sich selbst von irgendetwas getrieben wurden, dann wohl von der Gewißheit, daß die einzige sichere Freiheit im Staate diejenige ist, die er sich ihnen gegenüber herausnimmt – sei es mit Krankenkassenreformen oder Rentenkürzungen oder auch nur damit, daß er ihnen das relative Gelingen *ihres* Überlebenskampfes als Sakrament einer »Freiheit« unter den Gaumen schiebt, die *er* schenkt.

Aber es kommt noch mehr Freiheit auf uns zu, mit Rau: »Freiheit, das bedeutet, einen Arbeitsplatz zu haben.« Das ist jetzt für die gesagt, die jeden Morgen in Fabrik und Büro rennen mit den Worten: 'Heute nehme ich mir mal wieder die Freiheit!' Wenn diese Werktätigen aber dann die Masse der Arbeitslosen schon in die Zwei-Uhr-Vorstellung von »Deutschland ohne Lendenschurz« laufen sehen, dann kommt ihnen mit Sicherheit *zuletzt* der Gedanke: »Sind die aber heute mal wieder unfrei ! « Das Vertrackte ist eben, daß vielmehr der Arbeitsplatz und alles, was mit ihm zusammenhängt, zum Inbegriff der Unfreiheit geworden ist, wobei man *ohne* ihn wiederum von der Freiheit einer 'menschenwürdigen' Lebensführung ausgeschlossen bleibt. Ergo steht auf den Torbögen dieses Reichs der Freiheit ganz unironisch: Arbeit macht frei, und ergo muß man mit den Bremer Stadtmusikanten sagen: Etwas Besseres als Unfreiheit werden wir nirgends finden. Aber eine Rau-Freiheit bleibt noch: »Freiheit, das ist das Dach über dem Kopf.« Die Mehrheit würde vermutlich finden, das Dach über dem Kopf sei Architektur. Aber Bertrand Russell soll gesagt haben, der Unterschied zwischen einem, der sich für ein Rührei, und einem, der sich für einen Menschen halte, bestehe nur darin, daß der erste in der Minderzahl sei. Also soll das Dach ruhig Freiheit sein, denn damit sind auch Heizungen, Handschuhes Gasmasken, Zahnersatz, Kondome, Blitzableiter und alles, womit man sonst noch den Kampf gegen den Tod führt, nichts Geringeres als Freiheit – ein Satz, dessen Formulierung auch dem Autor dieser Zeilen umso leichter gefallen ist, als er ihn in einer freiheitlichen Hose steckend formulieren durfte.

Vielleicht gibt es nun Bürger, die sich die Freiheit – möglicherweise unter Anleitung des Werbefernsehens – immer anders vorgestellt haben. Die könnten jetzt erkennen, daß sie die Freiheit nicht haben, und zwar schon aus dem einfachen Grunde, weil sie in ihrem Namen zu viele Hypotheken auf-nehmen mußten. Die Freiheit des Westens erkaufen sie mit Waffensystemen, die Freiheit der Wahl mit Parteien, die sie nicht mal unfrei wollen würden, die Freiheit der Meinung mit Meinungen, für die man keine braucht, die Demonstrationsfreiheit mit der Androhung körperlicher Vernichtung und natürlich alle Freiheiten überhaupt mit ihrer Arbeit. Genau genommen, stellen sie vielleicht fest, bringt der Staat die Freiheit als ein Placebo unter die Bürger: Sie werden sich schon frei fühlen. Abgesehen davon können sie diese Freiheit fast nur in der Welt des Konsums, der Produktwahl, der Käuflichkeit von allen und allem definieren, und außerhalb davon soll sich mal jemand eine Freiheit nehmen!

Aber selbst das kommt vor. Da gibt es Leute, die fühlen sich »um der sozialen Ordnung willen« in ihren »Individualrechten eingeschränkt«. »In dieser Situation«, weiß X.Y. Zimmermann, »fällt es routinierten Rechtsbrechern leicht, das alte Freiheitsideal als Vorwand für formalistische Haarspaltereien zu mißbrauchen und so zu versuchen, die Rechtspflege lahmzulegen.« Die Verbrecher, die da mit so viel philosophischem Gepäck zu des nächsten Hab und Gut einsteigen, haben also ihre Rechnung ohne den routinierten Rechtsbrecher-Häscher gemacht, der das alte Fahndungsideal ohne formalistische Haarspaltereien einsetzen und sie und die alte Freiheit lahmlegen wird. Denn es ist doch so, argumentiert der Kopf mit der telegenen Schräglage, viel Freiheit, viel Verbrechen, viel Verbrechen, viel Ruf nach dem »starken Mann«, ergo führt Freiheit zum Faschismus. »Auch gut gegeben«, hätte Johann Peter Hebel gesagt.

Der temperierte Bürger wird indessen zunächst einmal feststellen, daß es an den meisten Stellen, wo ihm die Politik rhetorisch 'Freiheit' anbietet, sinnvoller wäre, einen anderen Schwulstausdruck einzusetzen wie: Das Dach über dem Kopf ist 'Sicherheit' oder 'Verantwortung' oder irgendwas anderes, es kommt ja nicht drauf an, und wenn er dann noch eine freie Wissenschaft bemühen will, dann wird sie ihm sagen – vorausgesetzt es ist nicht sechs Wochen vor der Wahl – , daß ein Dach der obere Abschluß eines Gebäudes sei, und alles weitere stehe unter 'Dachschaden'.

Was die Bürger aber statt der Freiheit haben, wird ihnen nicht nur aufgedrängt, sie sind auch noch verpflichtet, dieses Surrogat zu lieben, worin sie wiederum ganz und gar unfrei sind. Während sie also eben noch entdecken daß diese Freiheit weniger gut zu haben und wesentlich anspruchsvoller ist als ein durchschnittlicher Logier-Besuch, entdecken sie im nächsten Schritt vielleicht bereits, daß das Kleingedruckte an dieser Freiheit wesentlich umfangreicher ist als das in kapitale Überschrift Gesetzte, in Hymne Komponierte und auf Münze Geprägte, und wenn sie dann begriffen haben, *was* sie sich mit der Freiheit zu frischer Luft, Dach und Arbeitsplatz aufgehalst haben, dann ist es schon zu spät, und sie können sich allein vornehmen, künftig keine goldenen Eier von frei herumlaufenden Politikern mehr anzunehmen und nur noch Seife, aber keine Politik mehr zu kaufen, die ihnen mit dem Aufdruck: 'garantiert freiheitlich' angeboten wird.

Besonders eingeweiht in alle diese Widersprüche um die Freiheit ist aber der über den Parteien stehende Mann, der dazu da ist, sie zugleich zu verkörpern und zu bemänteln. Das tut er, indem er zunächst so heftig für sie empfindet, als handele es

sich um die amerikanische Grünspan-Allegorie selbst. Richard von Weizsäcker kennt die Freiheit als philosophische – da ist sie freier – und als deutsche – da ist sie es weniger. Für die philosophische gilt: »Der Mensch ist frei« und – jetzt kommt die gute Nachricht: – »Wir sind alle Menschen.« Nun hat aber die Statue ein so langes Gewand an, damit man den Pferdefuß nicht sieht, Weizsäcker kennt sie jedoch so persönlich, daß er auch diesen kennt und uns leider-leider sagen muß, »daß sie kein kostbares Geschenk ist«, und das wiederum bedeutet: »Für diese Freiheit müssen wir auch etwas investieren.« Wohlgemerkt: »wir« investieren nicht wie üblich »in«, »wir« investieren »für«. Unter Börsenfachleuten gibt es diese Wendung nur im Zusammenhang mit »für-nichts-und-wieder-nichts-« oder auch »für-die-Katz-Investieren«.

Damit sind wir auf dem richtigen Weg. In diesem, dem Ökonomischen verpflichteten Sprachgebrauch zeichnen sich tatsächlich vor allem die Grenzen der Freiheit ab. Denn nicht nur arbeitet die Ökonomie überall am Entzug der Freiheit, sie setzt auch durch, daß die Freiheit nur hat, wer sie sich leisten kann, während man sie für die anderen zwangsläufig zerlegen, portionieren, rationieren und von ein paar Konditionen abhängig machen muß. Da dies aber nun einmal so ist und man unter dem Banner der Freiheit nicht zur Ausübung der Freiheit, vielmehr zu allerlei Aufgaben und Pflichten herangezogen wird, deshalb hat wohl doch Sartre recht, wenn er die Verwendung der »Freiheit« in solchen Zusammenhängen schlicht als Etikettenschwindel bezeichnet: »Wenn man angibt, einem Menschen die Freiheit zu geben, aber von vorneherein unter gewissen Vorbedingungen – zum Beispiel, daß er etwas ganz Bestimmtes tun soll – , wenn er nur eine ganz bestimmte Verantwortlichkeit haben darf, wenn die anderen eigentlich für ihn gewählt haben, dann ist es ein schlechter Spaß, aber keine Freiheit.«

Aber dergleichen läßt man lieber einen Toten sagen, dem man nicht mehr viel tun kann. Kritikern der Freiheit ergeht es nämlich in der Regel schlecht, weil die Kritiker der Kritiker finden, an solche Subjekte sei die Freiheit schlicht und einfach vergeudet. Denn schließlich, finden sie, erkennt man doch schon daran, daß eine Kritik erlaubt ist, wie im Grunde unberechtigt sie ist. »Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit«, der beliebte Satz Dolf Sternbergs aus der Folge »Erkennen Sie die Me-lo-die«, wäre ein schönes Stück Ermächtigungsphilosophie, wenn man nur Ernst damit machen wollte, jeden, der die Freiheit nicht als Dach und Bettflasche und Atemluft denkt, als Systemfeind zu sehen.

Dabei retouchieren die Regierungen die nackte Freiheit schon ganz allein, und wenn es nötig ist, auch einmal bis aufs Skelett. Denn wie heißt es in der genannten CDU-Freiheits-Erklärung: »Zeiten der Krise fordern ein anderes Gleichgewicht von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität«, ein Gleichgewicht, das sich vermutlich nur bewahren läßt, indem man alle drei erheblich einschränkt.

Dieser Text ist ein Abschnitt aus Willemsens Buch »Kopf oder Adler«, das Ende September in der Edition Tiamat, Berlin, erscheinen wird. Umfang ca. 180 Seiten, Preis ca. 24 Mark

Konkret 09/90, S. 74

Eckhard Henscheid

Sedlmayr tot

Stand der Mörder am Grabe?

An ihm war alles falsch. An ihm war nichts rein, bei ihm kam alles zu allem. Und war doch so einfach und platt.

Alles war falsch an ihm. Im Kugelkopf der Schnauzer wie der vorgeschobene Schauspielerberuf. Und am falschesten waren die eine vox populi ersetzenden Einschätzungen der Medialapparate, der »Parade-Bayer« (»Abendzeitung«) sowieso, aber auch der »Allzweck-Bayer« (»taz«). Am nächsten kommt der Sache noch die »Süddeutsche Zeitung«, welche in Sedlmayr ein »wirtschaftliches Gesamtkunstwerk« ersah. Aber auch das ist falsch. Sedlmayr war vielmehr nur eine irgendwie steinzeitliche, vorweltliche Geldabgreifmaschine.

»Die Gewappelten derbleeken« wollte laut »Abendzeitung« der unlängst mit 64 Jahren Erschlagene, er sei ein »Vertreter der kleinen Leit« (ebd.) gewesen. Alles gelogen; so hanebüchen gelogen wie bis dahin das vor Frenesie sich ausschüttelnde Begeisterungslachen derer, die von CSU-Stoiber bis zu SPD-Rothemund zur Hebung des Nockherberg-Starkbierniveaus sich alljährlich als Vertreter der Gewappelten derart derblecken ließen, daß sie wahrlich Freudentränen weinten über der Genugtuung, von Sedlmayr und seinem Schreiber H. Burger wahrgenommen worden zu sein. Burger, »SZ«-Autor und Sedlmayrs in puncto Widerwärtigkeit ebenbürtiges Pendant: »Er hat die Starken herausgefordert und die Schwächlichen geschont.« Kein Wort wahr. Er hat die mehr oder weniger Starken gebauchpinselt und die Schwachen entschlossener ausgenommen als die satirischen Hüsch, Kittner und Scheibner mitinander es seit Jahrzehnten tun.

Unsinn, Folkloreabhub, zuweilen zynisch-reines l'art pour l'art. Mit einer gewissen Verwandschaft zu prominenter Literaturkritik. Der Dreck, den, ohne zu erahnen, wie obszön er gärte, der SPD-OB G. Kronawitter am Grabe Sedlmayrs daherspintisierte, er hätte in seiner antithesenfesten Sinnlosigkeit – »in das Herzliche mischte er ein bißchen Grant, in den Humor einen Schuß Bitterkeit« – von Reich-Ranicki stammen können.

Josef-Othmar Zöller vom Bayerischen Rundfunk gleichfalls am so plötzlich offenen Grabe: »Ein bißchen Hirnbeiß, ein bißchen Qualtinger«. Und ein bißchen Hamlet notabene, Mephisto, Karl Valentin – und Nestroy als Gerhard Polt von Gustl Bayerhammer nicht zu vergessen. »Der geliebte Grantler« war er den Bayern und wer-weiß Deutschen – so in einer fix anberaumten »AZ«-Serie Rudolf Schröck mit einem weinlachenden Auge über jenen, der »nichts mit Saufen, Sepplhosen und Schuhplatteln zu tun hatte«. Sondern nur mit dem Trachtenfilzhut, dem Cityjanker und dem ewig wie ein Heilsversprechen umklammerten Weizenbierpokal. Aber nicht einmal der Serientitel stimmt. Er kann zwischen »Grantler« hie und – der nämlich war, den nämlich spielte Sedlmayr – »Grattler« i.e. Kleingewerbetreibender stv. für Kleinbürger, Kleinexistenzler, Spießer, dort nicht auseinanderhalten.

Man braucht kein besonderes Talent für Individual- und Sozialpsychologie, um den Code, das Erfolgsgeheimnis Sedlmayr zu entschlüsseln. Obschon evident der Unsympath an sich, war er für viele, für fast alle – und nicht nur Bayerntrottel – Identifikationsgestalt und Ichideal, weil in ihm sie ihre eigene – wenn man denn will: kleinbürgerliche – Schäbigkeit exakt wiederfanden, dies modern-zeitlose Syndrom aus Aufmischbereitschaft und Selbstekel; gleichzeitig aber beschwichtigt und nämlich versichert wurden: der Mann sei zwar widerborstig, geldgierig, von üblen Leidenschaften verzehrt (wie sie selber) – aber eben deshalb letzten Endes ein Eccehomo, wie er heute zu sein hat: bauernschlau, gemütlich, trinkfest, unerschütterbar – wie abermals sie selber.

Solche recht raffinierte unio mystica von Projektion und mehrfacher Fehlprojektion, des Imagos wie der Semantik, erklärt den Erfolg, die Hingegebenheit an Sedlmayr zur einen Hälfte – die andere: Der Mann war überhaupt keine Rolle, kein Schauspieler. Er spielte immerzu, und insofern mit vorbildlicher Unverwechselbarkeit, sich selber: den kleinkarierten, raffsüchtigen, zuweilen schlecht-selbstironischen Knalldeppen der aktuell-akuten deutsch-süddeutschen Prägung; auch Realität und Folklore werden da eins. Und genau dieser Depp und Widerling – man braucht dazu gar keine Kollegen-Nachrufe, um es zu wissen – war der Verstorbene wirklich. Sein scheinbares Doppelleben in der realen Schwulenwelt signalisiert mitnichten einen Gegensatz; sondern Identität; allenfalls die Kompensation eines gar zu hähnekrähend Verlogenen. Und weil diese Einhit von Person und Mimenfunktion weit jenseits von Schiller oder gar Brecht eine derart bruchlose war, deshalb befriedigte Sedlmayr nicht allein alle möglichen finsteren Spießer-Sehnsüchte – genau darum war er in gewisser Weise sogar sein sehr guter Schauspieler, technisch oft nicht sehr fern von Polt. Sondern, in einem ebenso antiquierten wie avancierten Sinn, eins mit sich und identisch; nämlich als der jederzeit parate Darsteller des Arschlochs schlechthin prächtig besetzt; mit keinem geringeren als sich selber.

Er war weißgott mehr als ein planer Mime. Sondern seit seiner künstlerischen Aushebung durch Syberberg sogenannter Volksschauspieler und sogenannter Polit-Satiriker; Fernsehpolizist und TV-Landarzt; omnipräsent im Werbefunk und ubiquitär im Werbefernsehen, weit vor der landesüblichen Konkurrenz, dem sich wechselseitig scharf beäugenden und bekriegenden Münchner Medieng'schwörl. Eine staunenswerte Ämterkompatibilität im allseitigen Simulations- und

Verblendungszusammenhang – : spätestens mit seinem 10 Farbquadratmeter großen Eintreten für den jederzeitigen Genuß von Weizenbier, nämlich als wünschenswert vereinsamter und von den Mitmenschen abgeschotteter Berufsrentner und Dackelbesitzer war Sedlmayr so populär wie Strauß, bekannter als der heutige Ministerpräsident samt seiner Regierung.

Und identifikationsformierender. Patronus Bavariae, eine metapolitische Instanz. Die Verlogenheit oder wahlweise Verblödetheit, die mediale wie die gewissermaßen so-gerade-noch reale, sie ist nicht nur unter weißblauem Himmel eine äußerste; der Realitätsschwund reißend, – wohl selbst in des gerissenen Sedlmayr Hirn. »Das ist nicht mehr nur einfach gelogen«, so Hermann L. Gremliza 1985 in strukturell verwandtem Zusammenhang, »denn es gehört zur Lüge, daß sie in einem wie immer verqueren Verhältnis zur Wirklichkeit steht. Was hier geschieht, ist von aller Realität entbundene, freie Kunst: vollendeter Nonsense.«

Je blöder, desto missionarischer; je mehr ihnen durchgeht, desto enthemmter werden sie. So lautet das Erste Thermonukleae Gesetz der entropischen Psychoenergie. Nur eins, eins ließ der Sedlmayr sich diesbezüglich entgehen, eines war ihm zeitlebens nicht mehr vergönnt: die entschlossene musikalische Zusatzverschweißelung mit dem gottesmutterfrohen Naabtal-Duo.

Ein Journalist bot vor einigen Jahren Sedlmayr die öffentliche Wette an, für Geld würde dieser alles tun, sich im Zweifelsfall auch vor versammelter Fernsehkamera einen runterholen. Daß keine Strafanzeige o. dgl. seitens des sog. Schauspielers erfolgte, wird seinen guten Grund haben. Den Gegenbeweis anzutreten, wäre Sedlmayr schwer gefallen.

Ein Arsch trat ab. Ein warmer Regen für die sommerlochpanische Heimatpresse. Indessen aber nur »Bild« wahrhaft himmlisch zwischen Vater Graf/Stasi/Sedlmayr/Boris-Kati-Stefanie hin- und wiederschaukelte und schunkelte, derweil lebte die einst, ja letzten Endes bis heute als linksliberal scheinfirmierende »Münchner Abendzeitung« satt geschlagene vier Wochen komplett ausschließlich von der Leiche Sedlmayr – schamlos, ja wie in einem berauschend-berauschten Offenbarungseid ihrer eigenen Pressemoralbeteuerungen dieser allesaberauchalles (DDR, Oper, sogar Beckenbauer) subordinierend; völlig überbauentkleidet und in der Not »Mörder! Mörder!«-Rufe im Friedhof türkend. Ob der Mörder nun wirklich am Grabe stand, konnte sie zwar ebenso wenig rauskriegen wie ARD und ZDF, die aber beidesamt – auch dieses Novum wollen wir fest- und hochhalten – nicht allein vom Ableben, sondern auch von der Beerdigung in »heute« bzw. »Tagesschau« berichteten; ein Vorzug, der z.B. Norbert Elias bald darauf nicht gegönnt war. Kaum verzeihlich allerdings, daß beide nicht schon am Vormittag live vom Waldfriedhof übertrugen. Die Chance, ein dicker Hund dieser Größenordnung – sie kommen so bald nicht wieder.

Konkret 09/90, S. 76

Heiner Carow; Conrad Schuhler

»Was derzeit stattfindet, ist ein Krieg«

Seit 1980 ist Heiner Carow Mitglied der Ost-Berliner Akademie der Künste, vor wie nach der Wende ihr Vizepräsident. Mit »Paul und Paula«, »Bis daß der Tod Euch scheidet« und dem jüngsten Berlinale-Beitrag »Coming Out« wurde er zum erfolgreichsten Filmregisseur der DDR. Conrad Schuhler besuchte den Filmemacher in Babelsberg und sprach mit ihm über die kulturelle Identität der DDR und Möglichkeiten, diese auch gegen den Nivellierungsdruck des Westens zu erhalten

KONKRET: Sie wurden vor wenigen Wochen zum Vizepräsidenten der Berliner Akademie der Künste wiedergewählt. Wie Ihr neuer Präsident Heiner Müller wehren Sie sich gegen die Unterwerfung Ihres Landes unter das Diktat des Westens und wollen die Akademie nutzen, um das »kulturell Dauerhafte«, das die DDR hervorbrachte, zu schützen. Von der »TAZ« bis zum »Spiegel«, von den Bonner Vereinigungsparteien ganz zu schweigen, will man in der Bundesrepublik davon nichts mehr wissen und sähe die Akademie lieber heute als morgen geschlossen.

Carow: Die Akademie, die in der Nachfolge der Preußischen Akademie wiedererrichtet wurde, besteht nun fast 300 Jahre, und ich habe den Eindruck, sie wird heute mehr denn je gebraucht. In der DDR sterben Kinos und Kinoproduktion, Verlage und Buchproduktion, Theater und Orchester, unser gesamtes Kunstleben ist in Auflösung, da wird eine Akademie, die Raum und Schutz für Künste und Künstler bieten könnte, lebenswichtig. Ich habe nichts davon gehört, daß man etwa die Akademien von West-Berlin, von Darmstadt oder München auflösen will. Warum also unsere Berliner Akademie? Oder geht das Argument etwa so: Weil die DDR nicht nur zerschlagen, sondern auch jede Spur von ihr aus der Geschichte getilgt werden soll, muß die Akademie schleunigst verschwinden.

KONKRET: Natürlich ist dies das Motiv. Wir sind *ein* Volk, lautet der Schlachtruf der deutschnationalen Erweckung. *Ein* Volk, das heißt *ein* Erbe, *ein* Satz gemeinsamer Werte, Erinnerungen und Sehnsüchte – vom Rotbart im Kyffhäuser bis zur sozialen Marktwirtschaft. Deshalb bekommt Martin Walser für seine tadellose nationale Haltung den Preis der Münchner Akademie, während die Ostberliner Akademie eben weg muß, da sie für die Bewahrung und Weiterführung von Elementen der DDR-Kultur eintritt.

Carow: Aber das ist doch der pure Schwachsinn. Die Frage überhaupt aufzuwerfen, ob die DDR-Kultur Bewahrenswertes aufzuweisen habe, ist beleidigend und borniert. Sie zeigt die provinzielle Öde dieser Zensoren. Die Welt hat doch längst entschieden, welches künstlerische Gewicht ein Brecht und eine Anna Seghers, Konrad Wolf und Harry Kupfer, eine Ruth Berghaus haben. Wer in der Bundesrepublik will sich denn die Kompetenz anmaßen, hier eine neue Wertung vorzunehmen? Ich glaube, man wird nicht darum herumkommen, anzuerkennen, daß dort, wo kluge und ernsthafte Leute 40 Jahre lang künstlerisch gearbeitet haben, auch relevante Produkte entstanden sind.

KONKRET: Das trifft allerdings nur eine Seite des Streits. Zwar wird mittlerweile tatsächlich von »FAZ« oder »Zeit« Künstlern schon allein deshalb ihr Wert abgesprochen, weil sie in der DDR geblieben sind und ihr nicht demonstrativ den Rücken gekehrt haben. Dennoch sind viele fähig, die künstlerische Substanz Einzelner zu erkennen, bestreiten aber, daß es eine spezifische DDR-Kultur, oder anders formuliert: eine kulturelle Identität der DDR gäbe, die es jetzt zu bewahren gälte.

Carow: Mit kultureller Identität meinen wir ja nicht Identität mit Honecker oder mit dem Zentralkomitee der SED. Wir meinen damit eine Kultur, die ausging von den Idealen des Sozialismus. Die fragte nach der Würde des Menschen und danach, wie der Mensch seine Geschichte selbst macht. Insofern gibt es schon eine spezifische DDR-Kultur und DDR-Kunst, was Ihnen besonders ins Auge fällt, wenn Sie sich anschauen, wie sich DDR-Künstler mit Faschismus und Antifaschismus auseinandergesetzt haben. Dazu kommt, daß Kunst ein Kommunikationsprozeß zwischen Künstler und Publikum ist und die DDR es tatsächlich in einem großen Maß geschafft hat, die Menschen mit der Kunst zusammenzubringen. Das hat mit dem Absenken von Geld- und sonstigen Schwellen zu tun, die beispielsweise in Ihrem Land zwischen Künstlern und Publikum bestehen. Auch das darf man sich also hinzudenken, wenn wir von DDR-Kultur und Bewahrenswertem reden.

KONKRET: Man muß aber auch hinzudenken, daß die DDR-Kunst in ihrer Breite keineswegs sich nach den von Ihnen skizzierten Idealen sozialistischer Wahrhaftigkeit entfalten konnte. Ihr war vielmehr lange die Funktion zugedacht, mit ihren ästhetischen Mitteln die Massen zu noch intensiverem Einsatz für die vorgegebenen politischen Ziele zu mobilisieren. In diesem Sinn sprach Walter Ulbricht davon, daß die Arbeiterklasse die Höhen der Kultur zu erstürmen habe. Und lange, eigentlich bis zuletzt, galt der Grundsatz, daß die Künste von den Ideen und dem Lebensgefühl der »Sieger der Geschichte« durchdrungen zu sein hätten. Angesichts des sozialen und wirtschaftlichen Verfalls der DDR mußten sich solche Kunstprodukte immer weiter von der Wahrheit entfernen.

Carow: Solche Produkte und solche Pressionen gab es zweifelsohne. Für mich gehören diese Produkte allerdings nicht zur Kunst. Genausowenig wie ich die Früchte Ihrer Kommerzkultur für Kunst halte. Kunst hat mit Wahrheit zu tun. Es ist der

Auftrag des Künstlers, mit seinen Mitteln die Befindlichkeit des Menschen zu erkunden. Propagandistische Vorgaben können nur das Gegenteil von Kunst hervorbringen.

KONKRET: So viel zu den Definitionen. Was aber prägte nun die Wirklichkeit der Künste in der DDR? Herrschten Kitsch und Propaganda vor oder wahrhaftige Auseinandersetzung mit den wirklichen Zuständen? Denken wir an den Film »Spur der Steine«, der ein spannender, massenwirksamer Film ist, aber aus den Kinos verbannt wurde, weil er die bürokratisch-autoritäre Herrschaft der Partei als wesentliches Hindernis für den Fortschritt bloßlegte.

Carow: Das Verbot von »Spur der Steine« war fürchterlich. Ich habe den Film sehr geliebt. Er wurde im Ergebnis der berüchtigten 11. ZK-Tagung 1965 aus den Kinos genommen. Wenig später erging es mir mit der ersten Version meines Films »Die Russen kommen« nicht anders. Aber ich bin dennoch der Meinung, daß nicht Kitsch und Propaganda die DDR-Künste geprägt haben. Das 11. Plenum war ja eine Reaktion auf eine Entwicklung in den Künsten, sich immer kompromißloser der Wahrheit des Landes zu verpflichten. Das wurde durch dieses Plenum kurzfristig aufgehalten. Aber sie konnten die Entwicklung nicht umkehren und auch nicht lange aufhalten. Der 8. Parteitag 1971 erklärte dann von höchster Stelle, daß es für die Künste keine formalen und agitatorischen Vorgaben geben könne.

Ich kann das auch an meinem eigenen Beispiel erläutern. Oft hat man von mir verlangt, ich solle endlich den positiven Helden der Arbeiterklasse auf die Leinwand bringen. Ich hab mich dem immer verweigert, weil ein solches propagandistisches Retortenkonzept gar nicht gelingen kann. Ich habe stattdessen, darauf bestehe ich, wahre Filme über das Leben der Menschen in der DDR gemacht.

KONKRET: Da Sie Ihr eigenes Beispiel anführen – die »TAZ«, die von vielen für links gehalten wird, schrieb, was will denn Carow, dieser hundertprozentig linientreue SED-Mann, in der neuen Akademie der Künste? Wenn es überhaupt etwas zu bewahren gäbe an der DDR-Kultur, dann nicht mit solchen Leuten, die sich mit dem alten SED-Staat identifizieren.

Carow: Was wollen diese Leute? Sollen nur solche sich an der weiteren Entwicklung beteiligen dürfen, die das Land verlassen haben? Gilt nur der noch als Künstler, der emigrierte?

KONKRET: Das ist nicht das Argument. Die »TAZ« differenziert feiner als die »FAZ«. Man muß nicht unbedingt das Land verlassen haben, aber man darf nicht im Schaufenster der SED gestanden haben.

Carow: Die Leute machen einen schweren Fehler, nämlich jeden Künstler mit der SED-Kunstpolitik und jedes SED-Mitglied mit dem SED-Politbüro zu identifizieren. So war es doch nicht. Wir haben über all die Jahre heftige Auseinandersetzungen geführt, und da Sie mich persönlich ansprechen, füge ich hinzu, auch mit persönlichen Konsequenzen. So habe ich zum Beispiel einmal acht Jahre lang keinen neuen Film drehen können. Und wenn Sie das »linientreu« nennen, was ich mit meinen Filmen »Paul und Paula«, »Bis daß der Tod Euch scheidet« oder jetzt mit »Coming out« vorstellte, dann möchte ich wissen, was an einer solchen Linie falsch sein soll.

KONKRET: Sie sagen das so, als wären Sie im Rückblick auf Ihr Leben im Sozialismus der DDR mit sich im Reinen und hätten sich weiter nichts vorzuwerfen.

Carow: Was soll ich denn machen? Soll ich mir Asche aufs Haupt streuen, entschuldigt bitte, ich bin hier geboren und habe hier gelebt und gearbeitet? Sagen Sie mir das, was hab ich denn verbrochen? Wer hat denn, und jetzt beziehe ich mich auf Walter Jens, in der Demokratie das Recht, die einen gegen die andern auszugrenzen?

KONKRET: Würden Sie sagen, daß Ihr Kollege als Vizepräsident der Akademie, Stephan Hermlin, mehr Schuld auf sich geladen hat als Sie?

Carow: Natürlich nicht, der Begriff Schuld ist ganz sinnlos.

KONKRET: Hermlin spricht von seiner Schuld, seiner Mitschuld am Bankrott des Sozialismus.

Carow: Aus dieser Perspektive bekommt man die Sache nicht in den Blick. Wir haben in einer Diktatur gelebt, jawohl. Niemand, ich kenne keinen, und ich war oft im Ausland, hat uns doch aufgefordert, die Machthaber zu stürzen. Wir haben unsere Arbeit gemacht, so gut und so wahrhaftig, wie wir konnten. Für mich jedenfalls nehme ich das in Anspruch.

KONKRET: Sie waren nicht nur Filmemacher, Sie sind seit 10 Jahren prominentes Mitglied der Akademie, Sie sind der prominenteste Regisseur des Landes. Ihr Wort hatte Gewicht, haben Sie es eingesetzt?

Carow: Ja, das habe ich. Es ging oft um einzelne Projekte, um einzelne Menschen. Denen haben Einsprüche geholfen.

KONKRET: Das blieb der Öffentlichkeit verborgen, während Ihre offiziellen Funktionen und Auftritte Sie als einen Repräsentanten des Systems darstellten.

Carow: Meine sogenannte Schaufensterfunktion war vor allem auf die Massenwirksamkeit meiner Filme zurückzuführen. Man soll sich die Filme anschauen, dann weiß man, wie und zu welchem Zweck ich mich im Sozialismus eingesetzt habe. Im übrigen will ich denen, die eine antisozialistische Haltung als Ausweis für die neue Demokratie verlangen, sagen, daß ich niemals einen inneren künstlerischen Anlaß verspürt habe, einen antisozialistischen Film zu machen. Und daß ich einen

solchen Anlaß auch heute nicht verspüre, da ich nämlich der Meinung bin, daß die jetzige kapitalistische Restauration alles andere als ein Glück ist. Was derzeit stattfindet, ist ein Krieg. Nicht mit Waffen wird er geführt, sondern mit Geld. Die Schlacht um die DDR hat das Geld der BRD gewonnen. Aber dabei wird es nicht bleiben. Warten Sie, was geschieht, wenn die 'Deutschstämmigen' in Polen oder der Sowjetunion heim ins Reich der DM wollen. Die Gefahren für den Frieden, für ein menschliches Leben sind größer geworden. Das sind die Herausforderungen für die Künstler unserer Tage, und die sozialistischen Ideale bleiben eine wichtige, für mich unverzichtbare Orientierung.

Konkret 09/90, S. 78

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats: »Slap!«

Chumbawamba: Slap! Agit-Prop/ EfA

Bisher war es in dieser Kolumne ja immer darum gegangen, die als KONKRET-Leserschaft sich »organisierende« Linke mit etwas zu konfrontieren, das ihr zu 90 Prozent entgeht, obwohl dieses Entgangene nach meiner Auffassung als der Teil der Welt anzusehen ist, indem sich das – nennen wir es mal so, bis wir einen besseren Begriff finden – »gesellschaftliche Imaginäre« konstituiert. Dem sich anzuschließen, das zu »organisieren« die traditionell selbstgewählte Aufgabe dieser Linken war (auch wenn sie es in der Absicht, es zu organisieren, genauso oft zerstört oder planiert hat): Underground, Jugendkultur, Minderheitenkultur, Risikogruppenkultur, vorpolitische Dissidenz. Gegen eine durchaus verständliche (man kann ja nicht überall sein), aber leicht in Dünkel umschlagende linke Borniertheit, wie sie mitunter sogar in redaktionellen Beiträgen, etwa letzten Monat in »Ich habe gelesen«, mich ärgert (obwohl ich der Letzte wäre, »Raumpatrouille-Allnighter« oder »Casablanca«-Fans zu verteidigen, aber sie wurden bei Altenburg stellvertretend auch für alle Verwertungen von Kulturindustrieabfall durch dissidente Subkulturen abgekanzelt, für deren Praxis ich eine Menge zu sagen hätte). Ich habe es daher fast immer vermieden, über Platten zu schreiben, die über ihre politische Bedeutung schon Bescheid wissen. Auch um nicht einer »linken« Kultur zuzuarbeiten, die sich immerzu nur emotional bestätigt, was ihr theoretisch längst klar ist, den dialektischen Verstand gegen kleinbürgerliches Sentiment eintauschend keine notwendigen Dissonanzen aushalten kann und, wenn es um Kultur geht, entweder ihre Tränendrüsen entsichert oder sich in die Sicherheit der von kulturindustrieller Verstricktheit garantiert freien, akzeptierten Bildungsgüter des hochkulturellen Erbes flüchtet.

Chumbawamba ist eine nach eigenem Verständnis linksradikale Band. Und das unterscheidet sie von allen anderen hier bislang erwähnten, die zwar fast alle dissidente Positionen bezogen oder linksradikale Anwandlungen hatten, aber kein reflektiert politisches Verständnis der eigenen Arbeit. Chumbawamba haben seit 86 zwei Punk-LPs gemacht (»Never Mind The Ballots« – Generalthema: Antiparlamentarismus – und »Pictures Of Starving Children Sell Records« – Generalthema: Anti-Benefiz-Konzerte, Anti-Live-Aid). Dann entstand eine Platte mit Acapella-Versionen politischer Folk-Songs (»English Rebel Songs – 1381-1914«), für deren Cover sie sich als Schlachter verkleideten. Das daraufhin von den Druckern des Vertriebspartners ihrer eigenen Firma »Agit-Prop« abgelehnte Bild ersetzten sie durch eine Zeichnung aus dem 18. Jahrhundert, die aufgebrachte Hoodlums zeigt, wie sie King George steinigen. »Slap!« ist nun eine moderne Tanzplatte. Chumbawamba benutzen Samples, Loops und auch selbst eingespielte, teilweise jazzig angericherte Dancebeats, zwischen HipHop, House und anderen Alltags- und Straßengrooves der Gegenwart, um legendären Momenten der jüngeren Geschichte eine euphorisierende Form zu geben, der der Optimismus, die Lebenskunst derjenigen Ghetto- und Marginalkulturen zugute kommt, die diese Dancebeats entwickelt haben. All diesen Momenten ist gemeinsam, daß sie Prozesse, Konstellationen, zähes, komplexes Material über eine Konfrontation, eine Auseinandersetzung, einen jähen Moment aus ihrer Kompliziertheit herausreißen und auf den Punkt bringen. Dies aber entspricht dem Arbeiten mit kleinen, distinkten jähen Elementen, die zwar historisch codiert sind, aber kurz herausgerissen und beleuchtet werden, wie es für Musik, die mit Samples arbeitet, charakteristisch ist. Das Bild dafür ist die Ohrfeige, die Bernadette Devlin am Tag nach dem »Bloody Sunday« dem britischen Innenminister gab, und die »Slap!« machte. Sozusagen ein Beat, dessen Resonanzkörper eine Ministerbacke war, und aus dem Chumbawamba einen Loop machen.

So beginnt die Platte mit dem Song »Ulrike«. Die von den rebel-Songs bekannte, helle Acapella-Stimme singt: »I sometimes wonder, sometimes wonder, ten thousand Deutschmark to hand me over. I sometimes wonder, I sometimes wonder. You can make a living sometimes wondering.« Dann setzt der unwiderstehliche Dancebeat ein, gegliedert von einem wiederholten, klassischen Scratch-Effekt, hundertfach gehört, der auf den DJ der Beastie Boys zurückgehen soll, und einem Bläser-Motiv im Stile der südafrikanischen High-Life Musik, die seit Jahrzehnten fast nur noch im britischen Exil praktiziert wird und deren wichtigste Vertreter, Chris McGregor und Dudu Pukwana eben dort kürzlich elende Exil-Tode gestorben sind. Auf dem Cover lesen wir dazu ein Zitat aus einem Interview, das Astrid Proll einer englischen Zeitung gegeben hat, in dem sie mit der Floskel »I sometimes wonder« beginnend spekuliert, was aus Ulrike Meinhof hätte werden können, wäre sie noch am Leben: eine grüne Bundestagsabgeordnete oder eine geachtete Journalistin. Dem entgegnet die nunmehr vom synkopierten Groove vorangetriebene Stimme, wie arhythmisch über diesem stehend: »Who wants to be a Green MP? I don't.« Aus einem zweiten auf der Hülle zu diesem Song gelieferten Zitat aus einer Elvis-Biographie erfahren wir, wie Colonel Parker erst so richtig froh wurde, nachdem er seinen Schützling glücklich unter die Erde gebracht hatte (und wir erinnern uns an den BAMS-Artikel, der neulich berichtete, daß viele Firmen zu einem größeren Teil von dem Produkt ihrer toten als ihrer lebenden Stars existieren). Im Mittelteil von »Ulrike« wird jetzt Elvis eingeblendet, ebenso körperlos und ohne Bezug zum Beat wie vorher die Chumbawamba-Mädchenstimme, mit einem Sample aus »Can't Help Falling In Love«.

In anderen Stücken geht es z.B. um Frauen, die nach dem Tiananmen-Massaker an schwitzende Soldaten in scheinbar »patriotischer« Absicht vergiftete Wassermelonen verteilen. Um einen von Primo Levi beschriebenen KZ-Häftling und sein Credo (eingeleitet von dem bekanntesten Acid-House-Loop). Um eine Entrüstung von Heartfield/Grosz gegen Kokoschka (»Der Kunstlump«), der sich während des Kapp-Putsches Sorgen um die von Kugeln bedrohten Meisterwerke im Museum machte (statt um die Leben der Arbeiter: »Rubens Has Been Shot«). Etc.

Es handelt sich bei der Vorgehensweise von Chumbawamba nicht um ein idiotisches, leuteverarschendes »zeitgemäßes Verpacken« »unbequemer« oder »kontroverser« Inhalte. Sie weisen vielmehr nach, daß die Struktur dieser Akte und Konfrontationen, dieser Versprecher, Statements, gelungener und mißlungener Aktionen, schon vorhanden ist in den Formen zeitgenössicher Popmusik. Wie sie aus Rissen und Widersprüchen eine Einheit, einen ganzen Groove bilden, entspricht dem plötzlichen Umschlagen in situative Klarheit von historischen Prozessen, die so plötzlich die Analyse selber liefern, daß kein Historiker sie zu konstruieren braucht, nur aufzugreifen und auszustellen. Daß diese Struktur in der zeitgenössischen Popmusik von sich nur selten weiß, ist klar. Chumbawamba liefern ihr sozusagen den Text, den sie schon die ganze Zeit begleitet hat.

Chumbawamba sind aus Leeds und stehen in dieser Stadt in einer Tradition, Popmusik nicht kulturpessimistisch von den industriellen Konditionen ihres Enstehens reinigen, sondern darin selbst ihre geheime Bedeutung, ihren Traum von sich selbst entdecken zu wollen. Für diese Tradition intellektueller Tanzmusik aus dem Umfeld der Uni von Leeds stehen Green Garthside und sein Soul-Projekt Scritti Politti, Gang Of Four (die auf »Slap!« gesampelt werden), Mekons und der Einfluß des ehemaligen Situationisten und Kunsthistorikers T.J. Clarke, der hier früher lehrte. Außer den Mekons war von dieser Tradition lange nichts übrig geblieben, und ich muß bis ins Jahr 82 zurückdenken, als ich in einer Kassler Normalo-Discothek, während der documenta, zu einem Song wie »I Love A Man In Uniform« von Gang Of Four (»The girls just love the way you shoot«) tanzte. Das war vor Sampling und lange bevor es wieder eine zeitgenössische schwarze, politische Musik gab (HipHop). Chumbawamba sind die Ersten, die unter diesen neuen Umständen das Projekt wieder aufnehmen.

Chumbawamba sind, so könnte man argumentieren, Leute, die das Ziel dieser Kolumne, so wie es ihrem Autor auch erst im Laufe der Zeit klargeworden ist, erreicht haben: daß Linke nicht borniert, pädagogisch oder im Besitz einer Wahrheit versuchen, aus Massenkultur und deren »avantgardistischen« Rändern authentische Spuren aktueller Kämpfe und Widersprüche, in der durch die Subjektivität ihrer Opfer und die Objektivität der von diesen eroberten technologischen Innovationen hindurch, herauszulesen, diese zu betonen, auszustellen und ihnen den Text zu singen, den sie längst schon begleiten . Aber die Eitelkeit eines solch pädagogischen Leitgedankens dieser Kolumne entlarvt sich an den Fakten: Chumbawamba waren erst eine Punk-Band, dann Links-Intellektuelle. An ihrer musikalischen Praxis entwickelte sich ihr Diskurs, nicht der Diskurs stieg zum Dancefloor hinab. Und so soll es wohl auch sein.

Konkret 09/90, S. 80

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Lieber Hasam Sudein.

Bei Redaktionsschluß weiß ich noch immer nicht, ob III. Weltkrieg oder nicht. Ich bin 52, Sie sind 53. Wir schaun uns das mal von Mann zu Mann an. Ich aus von Bayern, in meinem Gartenhäuschen, Sie von Ihnen aus, von mir aus ausm Sandbunker. Im Oktoberheft unterhalten wir uns dann weiter. Recht so?

Herzlichst Ihr Fastjahrgangskollege Tomayer, den obwohl er zwei drei sehr schöne Gedichte geschrieben, niemand kennt, während Sie ja nun in vieler Mund sind, Sie Beneidenswerter, Sie.

Der Rat der Stadt Weimar fragte unterm 14. August 1990 bei mir an, ob ich Weimars Stadtschreiber für 1991/92 werden wolle.

Was war Weimar mal: Goethe! Schiller!! Und jetzt bieten sie einem, der nun aber wirklich keine sprachliche Leuchte im Verständigungsdunkel des Universums ist, so einen Posten an. Mit Dienstmofa! (Unter Ulbricht wär das nicht passiert.)

Jaja. Sedlmayr. Sedlmayr ohne e im mayer. Und ob er Nayr war oder Bayer. Und was der Fragen mehr sind. Wozu auch die gehört, ob es einen Sinn macht, daß einer andauernd den »lieb grantlnden Münchner Reviervorsteher« gibt, aber dann, wenns drauf ankommt, sein eignes Umgebrachtwordensein aufzuklären, sich krank meldet. Er, ausgerechnet er, der die Münchner Mordkommission zeitlebens an die Wand gespielt hat. Schlamperei das. Aber es ist ja schlußendlich wurscht, das, und auch, daß einer dreißig Millionen zusammengrimmassiert, ohne sich im Vollbesitz des Atems darum zu kümmern, in welche Verbrechen (Schnellernährung, Schilift, Bodenbodenraketen usw.) »sich« die immense Kohle fortpflanzen soll. Intressant ist nur das:

[Schnipsel BILD-Zeitungstitel »Sedlmayr - Hundegeschirr im Folterschrank«]

Also wie bei Friede Springer beschäftigte postmodernpublizistische SS-Strichjungen die Folter zur Unterhaltungsdisposition bringen. Ich fordere ja schon seit Jahrzehnten deutsche Romanciers, Sonnettisten, Reflektionöre, Reklamatöre, Juden, Kommunisten sowie die in Stammheim inhaftierten sibirischen Tiger zum Neogrande Piss In bei Springer auf. Aber sie hören ja nicht, begreifen nicht. Also daß gegen die schwarzrotgoldne Gewalt nur eins hilft: Der präzise Piss, der klare Schiß in schwarzrotgoldenen Hurrastuben.

Ich fordere Sie, Matthias Altenburg, Günter Amendt, Walter Boehlich, Theresia Degener, Franz Josef Degenhardt, Diedrich Diederichsen, Thomas Ebermann, Gerd Fuchs, Georg Fülberth, Eike Geisel, Peter Hacks, Karl-Heinz Hansen, Kurt Hübner, Ernst Kahl, Otto Köhler, Erich Kuby, Hermann Peter Piwitt, Wolfgang Pohrt, Jan Philipp Reemtsma, Michael Scharang, Georg Seeßlen, Ingrid Strobl, Detlef zum Winkel, Winfried Wolf - sowie Hermann L. Gremliza, Wolfgang Schneider, Oliver Tolmein, Hannelore Heinrichs, Christoph Speier und Ulrich Alberti - hiermit auf, die Rote Armee Fraktion, das einzige neben uns Wortkriegern summende und brummende Widerstandsnest, entweder in direkter Zuschrift oder in advertisements in überregionalen Tageszeitungen dahingehend aufzufordern, nicht alle fünf viertel Jahre einen Staatssekretär oder einen Rüstungsabteilungsleiter umzubringen, sondern in direktestem, waffenhaftestem Zugriff Endläufe um die Deutsche Meisterschaft im Tractor-Pulling auf dem agra-Gelände in Markkleeberg ein für alle Mal zu unterbinden.

[Schnipsel BILD-Zeitungsbericht über Deutsche Meisterschaft im Tractor-Pulling]

Konkret 09/90, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Man erzählt mir, daß der Regisseur Bobby Roth unter dem Titel »The Man Inside« das Leben des Ersatzchristus von Nippes verfilmen will. Wallraff selbst soll von Jürgen Prochnow dargestellt werden. Und wer spielt mich? Ich will gefragt werden und bestehe auf Brando.

Vor Jahren hat der Präsident des Verbands der Kriegsopfer behauptet, seine Klienten seien nicht »die Sparschweine der Nation«. Gestern hat der ÖTV-Vorsitzende von Ostberlin verlangt, der öffentliche Dienst der DDR dürfe nicht

zum Sparschwein der deutschen Einheit

degradiert werden. Der Beweis, daß das, was da zusammenwächst, zusammengehört, ist erbracht.

Das Martyrium der TalkshowmasterIn Lea Rosh:

Ich hätte es sehr gerne, wenn die Welt wunderbar funktionierte, dann könnte ich verreisen, fressen, saufen, Musik hören.

Leider funktioniert die Welt gar nicht wunderbar, weshalb Frau Rosh vor lauter Sorgen um die Menschen und die Natur und die Figur und die dazu passenden Haarfarben, Lidschatten, Strasskettchen und Blusenausschnitte auf alles Schöne verzichten muß. Ihre Rebellion ist gerechtfertigt.

Zwei Redakteure der »Tageszeitung« haben ihren Lieblingsstaatsschützer Christian Lochte, den Präsidenten des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz, gefragt, was er sich davon verspricht, die Gefangenen aus der RAF zu größeren Gruppen zusammenzulegen:

Es dauert manchmal Monate, bis auf eine konspirative Nachricht eine konspirative Antwort eintrifft. Dieser politische Diskussionsprozeß spielt sich in Stichworten und im Zeitlupentempo ab. Er dauert schon aufgrund dieser Umstände Jahre und ist dazu noch mit vielen Mißverständnissen belastet. Die Häftlinge verharren ganz ängstlich in ihren Positionen. Wenn einer einmal einen neuen Gedanken einbringt, wird er aus der Entfernung und wegen der ganzen Langsamkeit des Prozesses erstmal verdächtigt, daß er nicht kapiert hat. Eine Bewegung im Denken ist so gar nicht möglich. Deshalb muß man den Gefangenen einen permanenten Austausch ermöglichen. So würden viel mehr Personen aus der RAF überhaupt die Chance und die Möglichkeit erhalten, zur Besinnung zu kommen.

Lochte hat recht. Wenn es nach ihm ginge, könnte das Ding so funktionieren wie damals, als man ängstlich in ihren Positionen verharrenden linksradikalen Inis, Büros, Straßen- und Häuserkämpfern die Chance und die Möglichkeit gegeben hat, zu neuen Gedanken, zu Beschleunigung und zur Besinnung zu kommen, indem man sie zur alternativen »Tageszeitung« zusammenlegte.

Der Londoner Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen« meldet, daß er auf dem humanistischen Gymnasium war:

Wieder wird die britische »Zwangsvorstellung« vom »fiat justitia, pereat mundi« angeprangert.

Und durchs Abitur gefallen ist.

Die Seelsorgerin Vollmer, deren Reich gerade schwer im Kommen ist, muß ihren pastorierten Senf zu wirklich jedem Vorfall geben, ob Fußballweltmeisterschaft oder Neuselattentat:

Der Schrecken über die absolute Sinnlosigkeit solcher Anschläge sitzt tiefer.

Ein rechtes Wort zur rechten Zeit schafft Frieden und Behaglichkeit. Oder Betroffenheit? Das kommt auf dasselbe raus.

Es scheint, als habe Jan Philipp Reemtsma mit seinem Plädoyer für den Kalauer leider dem Musikkritiker des »Spiegel«, der alle Töne mißversteht und warum also literarische nicht auch, Mut gemacht. Zu einem Konzert des dicken Tenors Pavarotti wagt er sich vor bis zu

Pastarotti – Belkonto – Puccini, Donizetti, Ruckizucki

Und über die Wirkung aufs Publikum schreibt er, der Klaus Umbaba:

Da blieb kein Höschen trocken.

Ficken kann er also auch nicht.

»Schwierigkeiten mit dem Konjunktiv« hat der Johannes Gross entdeckt:

In der Hamburger Journalistenschule fällt bei einem Kurs auf, daß ein Teil der gut vorgebildeten jungen DDR-Journalisten bei der abhängigen Rede den Konjunktiv verschmäht. Ja, sagen sie, es sei ihnen in Leipzig beigebracht worden, der Konjunktiv sei das Stilmittel der ironischen Distanzierung. Es war richtig zu schreiben: »Kohl beteuerte, die Bundesrepublik sei *eine friedliche Macht«, wie es auch heißen mußte: »Honecker erklärte, die DDR* ist *in den Menschenrechten auf Weltniveau.«*

Ein weiteres Beispiel für die Verheerungen, die marxistisch-leninistische Indoktrination angerichtet hat. Wie es, etwa von dem gut vorgebildeten älteren WDR-Journalisten Friedrich Nowottny, richtig gemacht wird, war zehn Jahre vor dem Lehrgang für deutsche Revolutionäre (in »Was Gabriele Henkel alles mit der Hand macht«, Seite 72) nachzulesen:

Das Verlangen der Gewerkschaften nach mehr als nur einem Inflationsausgleich wird von den Unternehmern mit dem berechtigten Hinweis gekontert, daß jetzt die Zeit gekommen ist.

während die Gewerkschaften, also Honeckers fünfte Kolonne, nur meinen durften, daß eine andere gekommen ist, was aber keine ironische Distanzierung bedeutete, sondern nur eine korrekte Anwendung des Konjunktivs in der abhängigen Rede, von welcher man in Leipzig keine Ahnung hatte.

Als sie alle ganz stolz waren, Weltmeister geworden zu sein, hat der »Stern« sie gefragt, was Abseits beim Fußball bedeute:

Norbert Blüm: Wenn bei der Ballannahme der Spieler in der gegnerischen Hälfte weniger als zwei Gegenspieler vor sich hat, also praktisch den Torwart und sonst nichts. Heute gilt, glaube ich, gleiche Höhe.

Otto Graf Lambsdorff: Meiner Frau versuche ich seit Bestehen unserer Ehe zu erklären, was Abseits ist – völlig erfolglos. Dabei ist die Sache ganz einfach: Abseits ist, wenn der eigene Spieler nur einen Schritt vor dem zweitletzten Mann des gegnerischen Spielers steht und zwar in dessen Hälfte.

Wolfgang Mischnik: Abseits ist, wenn ein Spieler der gegnerischen Mannschaft ohne Ball nur noch einen Spieler der Gegnermannschaft vor sich hat.

Drei Fans, die sich kein großes Spiel entgehen lassen und unter ihresgleichen als Experten gelten, drei deutsche Schicksale zugleich: Sie sind jetzt Weltmeister – und wissen nicht worin.

Es ist durchaus nicht so, daß meine Meinung beim bürgerlichen Betrieb nicht gefragt wäre. Dem Frankfurter Verlag Georg Simader beispielsweise ist sehr daran gelegen, in diesen Zeiten des Umbruchs von mir zu erfahren, wohin die Reise geht:

Sehr geehrter Herr Gremliza, für den Verlag Georg Simader erstelle ich zur Zeit ein Buch mit Restaurant- und Ausflugstips rund um Hamburg. Da es beinah unmöglich ist, alle verschwiegenen gastlichen Stätten rund um Hamburg aufzuführen, interessiert mich ihr ganz persönlicher Tip: Wo fahren Sie hin, wenn sie raus aus der Stadt wollen, wo gehen Sie essen oder trinken Sie Kaffee, was ist Ihr Geheim-Tip für eine Fahrt ins Grüne?

Mein Geheim-Tip ist, daß die deutsche Fahrt ins Grüne am 14. Oktober die Pinnau runtergeht – jenen Bach, der westlich von Hamburg, bei der »Aal-Kate« in Moorrege, in die wiedervereinigte Elbe mündet. (Aber bitte nicht weitersagen, sonst will sich dort die ganze Bundesdelegiertenkonferenz ein Plätzchen sichern.)